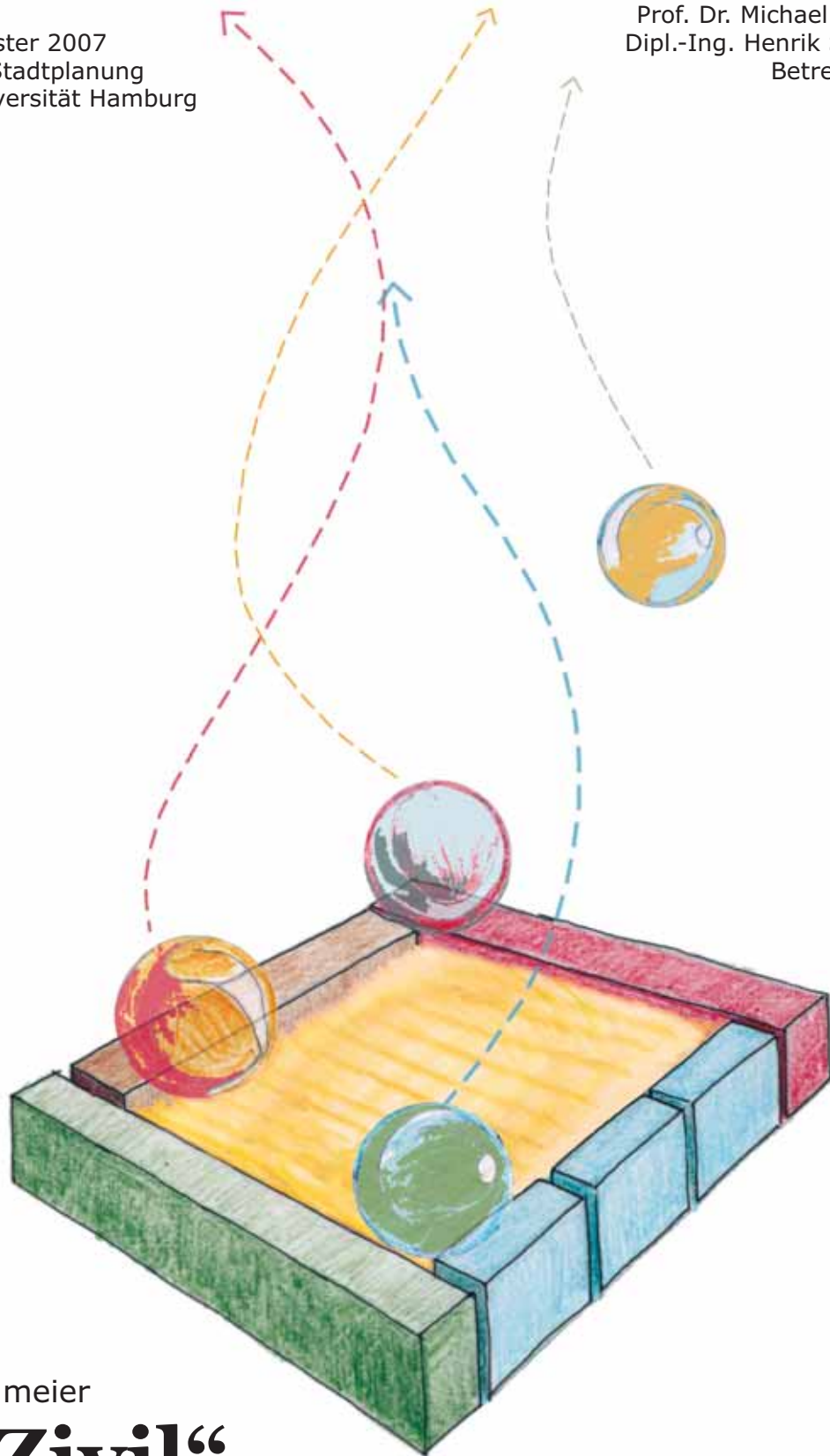


Diplomarbeit
Sommersemester 2007
Studiengang Stadtplanung
HafenCity Universität Hamburg

Prof. Dr. Michael Koch
Dipl.-Ing. Henrik Stohr
Betreuung



Ellen Fiedelmeier

„In Zivil“

Auf dem Wege zu einer zivilgesellschaftlich getragenen
Stadtteilentwicklung in Großwohnsiedlungen
- Am Beispiel Hamburg-Steilshoop

Ellen Fiedelmeier

**„In Zivil“
Auf dem Weg zu einer zivilgesellschaftlich getragenen
Stadtteilentwicklung in Großwohnsiedlungen
- Am Beispiel Hamburg-Steilshoop**

Diplomarbeit an der HafenCity Universität Hamburg
Sommersemester 2007

Betreuung: Prof. Dr. Michael Koch,
Dipl. Ing. Henrik Stohr

Zusammenfassung der Arbeit

Kernfragestellung

Die Diplomarbeit befasst sich mit der Fragestellung, inwieweit zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung und -pflege in Großwohnsiedlungen möglich ist. Zivilgesellschaftliche Akteure (Bürger, Dritter Sektor, Unternehmen) werden zur Lösung gesellschaftlicher und planerischer Aufgaben immer wichtiger. Dem liegt die Ursache eines Steuerungsverlustes des Staates zugrunde. Zivilgesellschaftlich getragene Planung bietet mit der Nutzung der sozialen und ökonomischen Selbststeuerungskräfte der zivilgesellschaftlichen Akteure einen Weg an, um mit der sozialstaatlichen und demokratischen Krise umzugehen.

Großwohnsiedlungen gelten als Modernisierungsverlierer in den gespaltenen Städten der globalisierten Gesellschaft. Mit ihren siedlungsstrukturellen und räumlichen Besonderheiten aus dem überkommenen Planungsanspruch ihrer Entstehung in den 1950er-1980er Jahren sind sie schon kurz nach der Fertigstellung in Verruf geraten und erfuhren als soziale Brennpunkte eine steile Karriere als Siedlungstyp der Stadterneuerung. Trotz starker öffentlicher Gegensteuerung und Nachbesserungen sind sie dennoch heute Orte der sozialen Exklusion und eine Herausforderung nachhaltiger Stadtteilentwicklung. Der staatliche Rückzug und die damit verbundene Forderung nach mehr zivilgesellschaftlicher Eigenverantwortung kommt allmählich auch hier an. Vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Benachteiligungen stellt sich die Frage, wie zivilgesellschaftliche Akteure in Zukunft diese Stadtteile entwickeln sowie sozial und ökonomisch nachhaltig pflegen und erhalten können. Die Voraussetzungen sind schwieriger als in funktionsgemischten und sozial ausgeglichenen Quartieren.

Drei Zugänge zum Fallbeispiel Hamburg - Steilshoop

Am Beispiel der Hamburger Großsiedlung wird dieser Frage auf den Grund gegangen. Steilshoop bietet sich als Fallbeispiel an, da es seit 2000 aus der städtebaulichen Sanierung entlassen ist und erneut droht zu kippen. Aktuelle stadtentwicklungspolitische Ansätze in Hamburg drängen auf Stärkung zivilgesellschaftlicher Eigenkräfte des Stadtteils im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Der Wandel weg von öffentlicher Alimentierung hin zu zivilgesellschaftlicher Motivierung ist hier also bereits im Gange. Der Stadtteil verfügt bereits über einen Stamm an sozialen Netzwerken, welches eine positive Ausgangsbasis liefert.

Die Fragestellung teilt sich in drei theoretische Zugänge zum Stadtteil auf, die empirisch durch qualitative Interviews mit Anspruchsgruppen (Stakeholdern) Steilshoops und durch eigene wie auf Sekundärquellen basierte Analysen untersucht werden. *Der erste theoretische Zugang* stellt die Annahme auf, dass durch fast zwanzig Jahre Stadterneuerung in Steilshoop, die Großwohnsiedlung nicht selbstständig geworden ist. Selbstständig in dem Sinne, dass die Akteure des Stadtteils die Geschicke stadtentwicklungsrelevanter Handlungsfelder sozial und ökonomisch selbst angehen und lösen können. Vielmehr hat die bisherige Stadterneuerung Steilshoop zu einem öffentlichen „Programmfresser ohne Reue“ gemacht. *Der zweite theoretische Zugang* befasst sich mit den inneren Rahmenbedingungen der sozialen Netzwerke (Sozialkapital) im Stadtteil. Sollen sie Aufgaben der Stadtteilentwicklung und -pflege tragen, müssen sie dauerhaft koordiniert kollektiv handeln können. Wer kümmert sich um was in Steilshoop? Die soziale Selbsterneuerungsfähigkeit des Sozialkapitals ist dabei stark von gemeinsamer Problemverantwortung abhängig. Diese wiederum wird durch Motivation der Akteure, ihrer Beziehungen sowie gemeinsamen Themen und Zielen bestimmt. *Im dritten und letzten Zugang* steht die Selbsterneuerungsfähigkeit des Dritten Sektors als Ort zivilgesellschaftlichen Engagements zur Diskussion. Die bisherige Förderung sozialer Einrichtungen und institutionalisierter Vereine ist stark von öffentlicher Förderung

abhängig. Zieht sich der Staat zurück, ist auch ihre Förderung dauerhaft in Frage gestellt. Es stellt sich die Frage, ob alleinige öffentliche Förderung für zivilgesellschaftlich getragene Prozesse ausreicht. Wird im Stadtteil nach den richtigen Ressourcen gerufen? Denn je flexibler die Ressourcennutzung zur Sicherstellung der eigenen Tätigkeit ist, desto eher können stadtteilbezogene Themen und Ziele angegangen werden.

Empirische Ergebnisse

Die empirischen Ergebnisse ergeben ein gemischtes Bild von Potenzialen und Hürden für die Möglichkeit der zivilgesellschaftlich getragenen Stadtteilentwicklung und -pflege.

Aufgrund eines Nebeneinanders von Fort- und Rückschritt in den Planungsweisen der Stadterneuerung kann Steilshoop tatsächlich als ein öffentlicher Programmfresser betrachtet werden. Das ist das Ergebnis *im ersten empirischen Block*. Dafür kann der Stadtteil selbst nichts. Den Erfolgen der Aufwertung (Wohnumfeld, soziale Infrastruktur) und Beteiligung während der Sanierung steht eine fehlende Sicherung der Sanierungserfolge gegenüber. Besonders die Akteure des für das Engagement so wichtigen Dritten Sektors müssen unter fehlender Finanzierungssicherheit und hohen bürokratischen Auflagen leiden. Es fehlen dauerhaft angelegte Beteiligungs- und Kommunikationsstrukturen für und zwischen den Bürgern und der planenden Verwaltung. Die aktuellen Entwicklungen der Stadterneuerung zielen, bis auf den kommenden Verfügungsfond, lediglich auf Hilfe zur Selbsthilfe der Grundeigentümer über Housing Improvement Districts (*HID*), mit denen das Engagement der verschiedenen Eigentümer in einem festgelegten Gebiet gesetzlich gebunden werden soll. Diesem positiven Ansatz zur ökonomischen Nachhaltigkeit steht wiederum unkoordiniertes und intransparentes Handeln des Staates während der Vorbereitung des *HID* gegenüber. Die nicht direkt am *HID* beteiligten Akteure wurden erst spät gehört, was zu starken Frustrationen führte.

Aus der *zweiten empirischen Überprüfung* der sozialen Netzwerke ergaben sich viele Potenziale und auch einige Hürden. Die Beziehungen zwischen den Sphären ergeben, dass vor allem die Kooperationsbereitschaft der Organisationen im Dritten Sektor wächst, während den Grundeigentümern und dem Staat mehr Kommunikation statt Kooperation mit diesen Akteuren wichtig ist. Es ergeben sich viele gemeinsame Schnittmengen in den Themen und Zielen (u.a. Image verbessern) für die Zukunft Steilshoops, denen allerdings die tatsächlichen Kooperationen nicht gerecht werden. Als Stadtteilgremium ist die Koordinierungskonferenz stark professionalisiert und ist damit zu hochschwellig für die überhaupt unterrepräsentierten Bewohner im aktiven Bereich. Das Gros der Aktiven kommt allmählich ins Alter. Es fehlt an Nachwuchs für Aktive.

Die *dritte empirische Analyse* ergab, dass die Austauschbarkeit öffentlichen Geldes durch alternative Ressourcen (z.B. private Geldquellen, Tausch, Leihe) im professionellen Dritten Sektor durch zeitfressende Verwaltungsaufgaben kaum erschöpfend ausprobiert werden kann. Die Stadtteilinitiative, die ohne eigene Einnahmen agiert, zeigt zwar, dass es mittels Kooperation und alternativen wirtschaftlichen Handlungsformen im informellen Sektor möglich ist, mit wenig Geld Projekte und Aktionen auf die Beine zu stellen. Doch vor allem der Mangel an verfügbarem Raum im Stadtteil behindert die Entfaltung von Ideen. Des Weiteren fehlen Entscheidungsspielräume und Formen der Anerkennung, um ehrenamtliches Potenzial als Ersatz für öffentliches Geld loszutreten.

Die Schlussfolgerungen aus den drei Zugängen der Kernfragestellung ergeben Handlungsbedürfnisse, die für eine zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung und -pflege notwendig sind. Vor allem müssen nachhaltige und entscheidungsstarke Strukturen für Kommunikation und Kooperation und alternative ökonomische Förderstrategien abseits des Staates entwickelt werden.

Konzeptionelle Überlegungen für ein integriertes Stadtteilmanagement

In den konzeptionellen Überlegungen werden die vorhandenen sozialen und ökonomischen Handlungsfäden aufgenommen und in ein *integriertes Stadtteilmanagement* zusammengeführt. Dieses Stadtteilmanagement bietet einen stabilen Rahmen zur Entwicklung zivilgesellschaftlicher Eigenkräfte auf Basis von mehreren Standbeinen und bestimmten inhaltlichen Ausrichtungen. Zum einen braucht es ein institutionelles Standbein, in dem das Stadtteilmanagement verortet ist, welches mehr als ein klassisches Quartiersmanagement über eigene Entscheidungskompetenzen verfügt und unabhängig von der öffentlichen Verwaltung existiert. Durchgeführt wird es durch eine einzu-richtende intermediäre Organisation im Spektrum des Dritten Sektors. Es hat die Aufgabe die Kommunikation zwischen den Sphären herzustellen und die verschiedenen Tätigkeiten und Projektideen der zivilgesellschaftlichen Akteure zu koordinieren, qualifizierend zu beraten und zu begleiten. In dem verknüpften kooperativen Standbein werden gezielt Kooperationen zwischen starken und schwachen Partnern im Stadtteil und der Stadtregion gefördert, z.B. auf dem *Marktplatz für Gute Geschäfte*, wo sich Unternehmen und Gemeinnützige direkt kennenlernen können. Die ökonomische Tragfähigkeit wird durch ein dreiteiliges ökonomisches Standbein gewährleistet, an dem sich Staat wie private und bürgerliche Akteure beteiligen. Es geht vom kurzfristigen Aufbau einer Stadtteilstiftung und der langfristigen Förderung wirtschaftlich selbstständiger Gemeinwesenunternehmungen aus. Die Entwicklung von Nutzungsideen und die Umsetzung dieser braucht einen eigenen unabhängigen Ort als Brutstätte, der über das räumliche Standbein in bestehenden oder neu zu errichtenden Gebäuden in Steilshoop verwirklicht wird. Inhaltlich richtet sich das Stadtteilmanagement um vier Punkte aus, die gefördert werden sollen. Dazu gehört eine gemeinsame Vision, Produktentwicklung und Innovation sowie Pragmatismus und Kultur, in welchen pragmatische Lösungsansätze für Handlungsfelder im Stadtteil mit künstlerisch-kulturellen Elementen in Verbindung gebracht werden.

Erste Implementation: Stigma umkehren

Die erste gemeinsame Aufgabe in der *Implementation* des Stadtteilmanagements liegt in der Umkehr des Stigma Steilshoops als Problemstadtteil. Das Stigma bindet Kräfte im Stadtteil, die bei positiver Außenwahrnehmung für die Zukunft Steilshoops frei werden können. Das ist jedoch keine kurzfristige, sondern ebenso wie der Aufbau einer tragenden Zivilgesellschaft ein dauerhafter Prozess, der mittels Meilensteine in vier verschiedene Teilziele kurz- und mittelfristig angelegt ist. Der erste Meilenstein hat das Ziel die Bewohner und die Jugend durch Projekte des *Community Based Art* und neuen Medien zu aktivieren. Der zweite Meilenstein hat die Durchführung einer Zukunftskonferenz für gemeinsame Visionen, den Aufbau von Akteursnetzwerken und lokalen Partnerschaften mit Partnern aus dem Stadtteil wie der Stadt und Region im Sinn. Der dritte und vierte Meilenstein fokussiert den Aufbau ökonomischer Eigenständigkeit durch eine Fundraising-Stiftung und ein lokales Gemeinwesenzentrum. Als Vision steht ein ökonomisch und sozial nachhaltiges Steilshoop, welches vom Stigma befreit eigenständig seine Zukunft steuern und umsetzen kann.

Ausblick

Im Ausblick lässt sich sagen, dass in Großwohnsiedlungen wie Steilshoop zivilgesellschaftlich getragene Planung möglich ist, sofern ein ausreichend ausgestalteter Rahmen der Unterstützung zum Aufbau und Koordination der zivilgesellschaftlichen Kräfte vorhanden ist. Sie müssen den lokalen Bedürfnissen angepasst sein. Diese Möglichkeiten und Grenzen werden vor allem durch den Staat gegeben, der durch klare oder unklare kommunizierte wie koordinierte Handlungsweisen sowohl „Ermöglicher“ als auch „Behinderer“ sein kann.

Vorwort

Anlass der Arbeit

Ganz am Anfang meiner Themensuche stand der November 2005 mit den sozialen Unruhen in den französischen Vorstädten der Nachkriegsplanung. Großwohnsiedlungen gelten meistens als Unorte, in denen der Rest der Gesellschaft lebt. Diese Spannung um die gesellschaftliche Ausgrenzung brachte Hunderte von Jugendlichen dazu, mehr als 9.000 Autos innerhalb weniger Wochen in ganz Frankreich anzuzünden. Es kam mir der Gedanke der Grenzen der Planung auf und inwieweit sie für diese Unruhen mitverantwortlich ist. Für Deutschland gab es zwar Entwarnung und dennoch gilt dieser Siedlungstyp auch hier als Problem und Ort der sozialen Ausgrenzung. Ich stellte mir die Frage, ob diese Quartiere tatsächlich ein reiner Fehltritt der Planung vor dreißig Jahren war und sie heute chancenlos in die Zukunft blicken müssen. Parallel entstanden in Hamburg neue Instrumente der Quartiersentwicklung, die vor allem die Eigenkräfte in besonders erneuerungsbedürftigen Stadtteilen fördern sollen. Aus diesen Fäden entwickelte sich allmählich die Fragestellung der Arbeit.

Danksagung und Widmung

Ich möchte allen Menschen, die mir im Vorfeld der Themensuche und der Ausarbeitung der Diplomarbeit mit wachen und beruhigenden Geist, aufmerksamen Augen und tatkräftigen Händen zur Seite standen, herzlich danken. Dazu gehören vor allem neben meinem Freund Basti mit seiner Liebe und Geduld, Tina, Dagmar, Mascha, Michael, Sonja und Wiebke sowie meine Betreuer Michael Koch und Henrik Stohr, die mir überaus hilfreiche Tipps und Anregungen, die die Arbeit kreativ förderten, gaben.

Ein großer Dank gilt an die großzügige Unterstützung der interviewten Akteure aus dem Stadtteil, die mir geduldig ihre knappe Zeit und Räumlichkeiten zur Verfügung stellten. Ohne sie als Experten ihres Stadtteils, wäre die Arbeit nur halb so viel wert.

Schließlich widme ich diese Arbeit meiner Familie, die mir den Freiraum geben meinen eigenen Weg zu gehen. Ihr seid großartig.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung der Arbeit	iii
Vorwort	vii
Einleitung	1
Erkenntnisinteresse der Arbeit	1
Untersuchungsfahrplan	1
I Einführung in das Thema	4
1 Zivilgesellschaft im Aufwind	5
1-1 Zivilgesellschaft und Sozialkapital – was heißt das eigentlich?	5
1-1-1 Zivilgesellschaft	5
1-1-2 Sozialkapital	5
1-1-3 Ohne Sozialkapital keine Zivilgesellschaft – und umgekehrt	6
1-2 Krise des Sozialstaats und der Demokratie	6
1-2-1 Der Staat entlässt seine Kinder	6
1-2-2 Ohne Visionen in die eigenverantwortliche Zukunft	7
1-3 Akteure und Formen von zivilgesellschaftlichem Engagement	8
1-3-1 Staatsbürger	8
1-3-2 Dritter Sektor	9
1-3-3 Unternehmen der Wirtschaft	12
1-4 Neues Staatsverständnis gebraucht	13
1-4-1 Aktivierender <i>Ermöglicher</i>	13
1-4-2 Lokale Motivation und Ansprache benachteiligter Bevölkerungsgruppen	13
1-4-3 Kommunikations- und Kooperationskultur stärken	14
1-4-4 Prinzip der Subsidiarität stärken	14
1-4-5 Sähen...	14
1-4-6 ... und gießen	15
1-4-7 Unternehmen als Akteure der Bürgergesellschaft fördern	15
1-4-8 Kernaufgaben des Staates überdenken	15
1-5 Zwischenfazit	15
2 Zivilgesellschaft und Planung	16
2-1 Lokale Ebene als Ort der Teilhabe	16
2-2 Zusammenhang von Zivilgesellschaft und Planung	16
2-2-1 Verknüpfung Beteiligung - Zivilgesellschaft	17
2-2-2 Vergleich der Förderansprüche von Zivilgesellschaft und Vorteile der Beteiligung	17
2-3 Kontexte zivilgesellschaftlicher Planung	18
2-3-1 Räumliche Kontexte	18
2-3-2 Inhaltliche Kontexte	19
2-4 Akteursrollen und -ungleichgewichte	19
2-4-1 Rollen der Akteure	19
2-4-2 Ungleichgewichte zwischen Akteuren	19
2-5 Trägerschaft der Planung	20
2-5-1 Zivilgesellschaftliche Auslöser	20
2-5-2 Beteiligung und Kooperation in zivilgesellschaftlicher Planung	20
2-5-3 Zivilgesellschaftlich getragene Planung	21
2-6 Soziale und ökonomische Nachhaltigkeit als Stadtteilentwicklungsziele	22
2-6-1 Das Drei-Säulen-Konzept der Nachhaltigkeit	22
2-6-2 Urban Governance als Umgang mit der Selbststeuerung	23
2-6-3 Gemeinwesenökonomie zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit	24
2-6-4 Programmatische Ansätze	25
2-6-5 Instrumente	26

2-6-6	Geschichtetes Nebeneinander	27
2-7	Zwischenfazit	28
3	Großwohnsiedlungen – Herausforderungen der Stadtteilentwicklung	29
3-1	Anspruch und Wirklichkeit eines Planungsideals	29
3-1-1	Definition	29
3-1-2	Entstehung	29
3-1-3	Planungsanspruch und Charakteristika	30
3-2	Wirklichkeit und Ruf der Großsiedlungen	31
3-2-1	Soziale Brennpunkte	31
3-2-2	Nachbesserung im Bündel	32
3-3	Aktuelle Herausforderungen der Stadtteilentwicklung in Großwohnsiedlungen	32
3-3-1	Großwohnsiedlungen und Zivilgesellschaft	32
Exkurs:	Spaltung der Städte am Beispiel Hamburg	33
3-3-2	Zivilgesellschaftliche Perspektive: Motivieren statt Alimentieren	34
3-4	Zwischenfazit	34
II	Fragestellung und Methodik	36
1	Hamburg-Steilshoop als Ort zivilgesellschaftlich getragener Stadtteilentwicklung?	37
1-1	Drei Zugänge zu Hamburg-Steilshoop	38
1-1-1	Programmfresser ohne Reue?	38
1-1-2	Wen kümmert was in Steilshoop?	38
1-1-3	Rufe nach den richtigen Ressourcen?	39
1-1-4	Konzeptionelle Überlegungen	39
2	Methodik der empirischen Untersuchung	40
2-1	Sekundäranalysen: Literatur-, Presse- und Internetrecherchen	40
2-2	Primäranalyse: Problemzentrierte Leitfadenterviews und Beobachtung	40
2-2-1	Auswahl der Erhebungsmethoden	41
2-2-2	Durchführung der Erhebung	41
2-2-3	Auswertung der Erhebung	42
2-2-4	Besonderheiten der Erhebung	42
2-2-5	Kurzporträts der Interviewpartner	42
2-2-6	Besonderheiten der Interviews	43
III	Hamburg-Steilshoop: Profil einer Großsiedlung	46
1	Hamburg-Steilshoop: Profil einer Großsiedlung	47
1-1	Lage und Wahrnehmung in der Stadt	48
1-1-1	Lage in der Stadt	48
1-1-2	Wahrnehmung in der Stadt	48
1-2	Entstehung	49
1-3	Bau- und Siedlungsstruktur	49
1-4	Grün- und Freiräume	50
1-5	Wohnen	51
1-5-1	Wohnraum	51
1-5-2	Eigentümerstruktur	51
1-6	Bevölkerungs- und Sozialstruktur	55
1-6-1	Bevölkerungsstruktur	55
1-6-2	Sozialstruktur	55
1-7	Soziale und wirtschaftliche Infrastruktur	56
1-7-1	Soziale Infrastruktur	56
1-7-2	Wirtschaftliche Struktur	57
1-8	Zwischenfazit	57

2 Stadteilerneuerungsgenese	58
2-1 Schnelle Karriere als Stadterneuerungstypus	58
2-2 Nachbesserungen vor dem Sanierungsverfahren	58
2-3 Sanierungsverfahren 1987 bis 2000	60
2-3-1 Gründe für die Nachbesserung durch Sanierung	60
2-3-2 Ziele der Sanierung	60
2-3-3 Zeitablauf der Sanierung	60
2-3-4 Ergebnisse der Sanierung	60
2-4 Aktuelle Entwicklungen nach der Sanierung	61
2-5 Lebenswerte Stadt Hamburg	61
2-5-1 Projektgebiet Steilshoop: Große Siedlung - Großes Engagement	61
2-5-2 Übertragung des <i>BID</i> -Ansatzes auf Wohngebiete	61
2-5-3 Entstehung eines potenziellen <i>HID</i> Steilshoop	62
Exkurs: <i>BID</i> als Form der Kooperation von Grundeigentümern	62
2-6 Aussicht auf <i>Aktive Stadtteilentwicklung</i> 2008	63
2-7 Zwischenfazit	64

3 Anspruchsgruppen in Steilshoop	65
3-1 Vertreter der Bewohnerschaft	65
3-1-1 Von der Selbsthilfe zum Verein	65
3-1-2 Institutionalisierung als Hürde	65
3-2 Vertreter im Dritten Sektor	65
3-2-1 Mietergemeinschaft Steilshoop	65
3-2-2 Stadtteilinitiative wir-steilshooper.de	66
3-2-3 Selbsthilfegruppen	66
3-2-4 Stadtteilkulturverein <i>A.G.D.A.Z.</i>	67
3-2-5 Soziale Dienstleister	67
3-2-6 Sozial AG und Koordinierungskonferenz (<i>KoKo</i>)	67
3-3 Vertreter der privater Unternehmen	68
3-3-1 Unterschiedliche Eigentübertypen und Verhaltensweisen	68
3-3-2 Kooperation der Grundeigentümer	68
3-4 Politik und Verwaltung	68
3-5 Zwischenfazit	69

IV Zugang 1 - Programmfresser ohne Reue? 70

1 Ist Steilshoop ein Programmfresser ohne Reue?	71
1-1 Sozioökonomische Nachhaltigkeit in der Errichtung von Steilshoop	71
1-1-1 Voruntersuchung	71
1-1-2 Eigenbewertung	71
1-1-3 Akteursbewertung	72
1-2 Sozioökonomische Nachhaltigkeit in der Sanierung	73
1-2-1 Voruntersuchung	73
1-2-2 Eigenbewertung	73
1-2-3 Akteursbewertung der Sanierung	78
1-2-3-1 Soziale Nachhaltigkeit der Sanierung	78
1-2-3-2 Ökonomische Nachhaltigkeit der Sanierung	79
1-3 Sozioökonomische Nachhaltigkeit in den aktuellen Entwicklungen der Lebenswerten Stadt	80
1-3-1 Voruntersuchung	80
1-3-2 Eigenbewertung	81
1-3-3 Akteursbewertung	82
1-3-3-1 Soziale Nachhaltigkeit aktueller Entwicklungen	82
1-3-3-2 Ökonomische Nachhaltigkeit aktueller Entwicklungen	83
1-4 Zwischenfazit: Nebeneinander von Fort- und Rückschritt	83

V Zugang 2 - Wen kümmert was in Steilshoop? 86

1 Wen kümmert was in Steilshoop?	87
1-1 Motivation der Akteure	87
1-1-1 Voruntersuchung	87
1-1-2 Akteurssichtweisen	88
1-2 Beziehungen der Akteure	89
1-2-1 Staat kann nicht alles leisten	89
1-2-2 Stadtteilinitiative: Nur im Miteinander kommen wir weiter	90
1-2-3 Dritter Sektor: Vom Staat als Lenker und dritten Kulturen	91
1-2-4 Grundeigentümer: Jeder muss sein Thema finden	92
1-3 Aktuelle Handlungsfelder	92
1-3-1 Voruntersuchung	92
1-3-2 Akteursspezifische Themen und Ziele der Stadtteilentwicklung	96
1-4 Zwischenfazit: Dem Sozialkapital fehlen Aktive und Verknüpfungen	100

VI Zugang 3 - Rufe nach den richtigen Ressourcen? 102

1 Rufe nach den richtigen Ressourcen?	103
1-1 Vielfalt der Ressourcen	103
1-1-1 Geld als universelles Tauschmittel	104
1-1-2 Lokale Verfügbarkeit von Ressourcen	104
1-1-3 Akteurssichtweisen	105
1-2 Austauschbarkeit der Ressource öffentliches Geld	108
1-2-1 Schneeballprinzip der Abhängigkeiten	108
1-2-2 Akteurssichtweisen	109
1-3 Zwischenfazit – Austauschbarkeit von Geld stößt auf Grenzen	112

VII Schlussfolgerungen 114

1 Schlussfolgerungen	115
1-1 Potenziale für eine zivilgesellschaftlich getragene Planung	115
1-2 Hürden für eine zivilgesellschaftlich getragene Planung	115
1-3 Abzuleitende Handlungsbedürfnisse	115

VIII Konzeption 118

1 Konzeptionelle Vorüberlegungen	119
1-1 Strategische Handlungsalternativen	119
1-1-1 Ökonomische Handlungsfäden	119
1-1-2 Soziale Handlungsfäden	120
1-2 Soziale und ökonomische Handlungsfäden zusammen?	120
2 Ein integriertes Stadtteilmanagement mit mehr als einem Bein	121
2-1 Institutionelles Standbein	122
2-1-1 Stadtteilmanagement mit Zähnen	122
2-1-2 Kommunikation	122
2-1-3 Beratung und Begleitung	122
2-1-4 Koordination	123
2-1-5 Wer kümmert sich?	123
2-2 Kooperatives Standbein	123
2-2-1 Aktivierung	124
2-2-2 Verknüpfung	124
2-2-3 Faires Verhandeln	125
2-3 Dreiteiliges ökonomisches Standbein	125
2-3-1 Langfristige Strategien	125
2-3-2 Kurzfristige Strategien	126
2-4 Räumliches Standbein	126
2-4-1 Brutstätten	126

2-4-2	Unabhängigkeit im Gemeinwesenzentrum	127
2-5	Inhaltliche Ausrichtung	128
2-5-1	Vision	128
2-5-2	Pragmatismus und Kultur	128
2-5-3	Produktentwicklung und Innovation	128

3 Erste Implementation des Stadtteilmanagements:

Stigma umkehren		129
3-1	Stigma umkehren als dauerhafte Aufgabe	129
3-1-1	Langfristige Strategie	129
3-1-2	Kurzfristige Interventionen	131
3-2	Erster Meilenstein: Aktivierung der Bewohnerschaft und Jugend	131
3-2-1	Aktionen über Community Based Art	131
3-2-1-1	Willkommen im Schwarm!	132
3-2-1-2	Jugend als ernste Spieler für Steilshoop	134
3-3	Zweiter Meilenstein: Gemeinsame Vision entwickeln und Partner finden	136
3-3-1	Zukunftskonferenz	136
3-3-2	Netzwerken für lokale Partnerschaften	137
3-4	Dritter Meilenstein: Aufbau einer Stadtteilstiftung	138
3-4-1	Aufbau einer Fundraising-Stiftung	138
3-4-2	Professionelles Fundraising	138
Exkurs:	Errichtung einer Fundraising-Stiftung	138
3-5	Vierter Meilenstein: Mittelfristiger Aufbau eines Gemeinwesenzentrums	139
3-6	Vision: Ökonomische und soziale Tragfähigkeit Steilshoops	140

IX Ausblick **142**

1 Ausblick		143
1-1	Möglichkeiten und Grenzen einer zivilgesellschaftlich getragenen Stadtteilentwicklung und -pflege in Großwohnsiedlungen	143
1-2	Und nun?	143

Anhang **I**

Abbildungsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	V
Quellenverzeichnis	VI
Tabellenverzeichnis	XIII
Ausführliche Gründe der städtebaulichen Sanierung von 1987-2000	XIV
Zeitablauf der Sanierung	XV
Vorgezogene Maßnahmen	XVI
Erneuerungskonzept 1989	XVII
Leitfaden - Einzelinterviews nach Kernthesen	XVIII
Leitfaden Gruppeninterview	XXII

Einleitung

Erkenntnisinteresse der Arbeit

Die Zivilgesellschaft mit ihren Akteuren wird aufgrund staatlicher Steuerungsdefizite zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben und Probleme im Heute und für die Zukunft immer wichtiger. Damit ist sie auch für die Stadt- und Regionalplanung von Bedeutung. In der Planung wird sie durch diese Erkenntnis seit Jahren verstärkt in verschiedenen Kontexten und Intensitäten eingebunden. Die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren ist dabei vor allem eine Frage sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit, da darüber bestimmt wird, inwieweit sie sozial und ökonomisch selbstständig planerische Entwicklungen beeinflussen und sogar tragen können.

Großwohnsiedlungen bilden in der Stadtteilentwicklung eine Besonderheit. Sie gelten durch ihre überkommenen Ansprüche in der Errichtung und schnellen Karriere als Stadterneuerungstypus heute als Modernisierungsverlierer sowie Problemfälle staatlicher Planung und Fürsorge. In ihnen häufen sich aufgrund sozialräumlicher Segregationsprozesse die ökonomisch und sozial Benachteiligten der Städte. Das staatliche Steuerungsdefizit kommt bzw. wird jedoch auch hier ankommen und zivilgesellschaftliche Kräfte fordern an der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben teilzuhaben.

Es stellt sich die Kernfrage der Arbeit, inwieweit zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung und -pflege in Großwohnsiedlungen überhaupt möglich ist. Klar ist, dass Großwohnsiedlungen aufgrund ihrer sozialräumlichen und siedlungsstrukturellen Besonderheiten bestimmte Ansprüche der Förderung und Unterstützung von Zivilgesellschaft haben.

Am Beispiel der Großsiedlung Hamburg-Steilshoop wird diese Frage untersucht. Der Stadtteil bietet sich zur Beantwortung dieser Frage an, da er ein typischer Vertreter dieses Siedlungstyps ist und in allem ca. zwanzig Jahre (von dreißig Jahren Gesamtbestehen) in der Stadteilerneuerung steckt. Seit 2000 ist das stärkste öffentliche Instrument der Stadterneuerung, die städtebauliche Sanierung ausgelaufen. Aktuelle Entwicklungen und politische Konzepte der Freien und Hansestadt Hamburg zeigen eine Hinwendung hin zu Ansätzen der Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte und Selbsthilfe für Steilshoop.

Untersuchungsfahrplan

Die Arbeit baut sich in neun Teile auf. Sie beginnen mit der Einführung in das Thema, der Fragestellung und Methodik, gehen über das Profil der Großsiedlung Steilshoop, den drei empirischen Teile zur Behandlung der Kernfrage, die mit Schlussfolgerungen schließlich in konzeptionellen Überlegungen und Ausblicken der Arbeit münden (vgl. Abb. 1).

Im ersten Teil der Arbeit wird eine Einführung in Grundlagen des Themas gegeben. Diese umfasst den Bedeutungsaufschwung der Zivilgesellschaft (Kapitel 1), den Zusammenhang von Zivilgesellschaft, Planung und sozioökonomischer Nachhaltigkeit (Kapitel 2) sowie Großwohnsiedlungen als Modernisierungsverlierer und ihre Ansprüche für zivilgesellschaftliche Entwicklungen.

Der zweite Teil ist der Fragestellung und Methodik der empirischen Basis der Arbeit gewidmet. Die Kernfrage wird auf Basis von drei theoretischen Zugängen untersucht. Zunächst wird ein Blick auf die Zugänge mit ihren zugrundeliegenden Begrifflichkeiten gegeben und dann die Untersuchungsmethodik betrachtet, um das Annähern an den Stadtteil und an das Wissen der Akteure verständlich zu machen.

Im dritten Teil wird Steilshoop kurz im Profil vorgestellt. Dabei geht es neben allgemeinen Kenndaten vor allem um die Darlegung der Stadterneuerung in ihren Ursachen und Konzepten damals und heute. Es werden dann die Anspruchsgruppen (Stakeholder) des Stadtteils vorgestellt.

Die nachfolgenden drei Teile (IV, V, VI) betrachten die drei theoretischen Zugängen der Kernfrage empirisch. Der erste theoretische Zugang fragt, ob Steilshoop ein Programm-fresser ohne Reue ist. Dazu werden die äußeren Rahmenbedingungen der öffentlichen Stadtteilerneuerung im Hinblick auf sozioökonomische Nachhaltigkeit untersucht. Der zweite theoretische Zugang stellt sich die Frage, wen (wenn nicht den Staat) kümmert Steilshoop und was in ihm. Es werden die zivilgesellschaftlichen Akteure in ihrem Zusammenspiel für den Stadtteil auf Selbsterneuerungsfähigkeit ihrer sozialen Netzwerke geprüft. Schließlich wird im dritten Zugang die Frage gestellt, ob der Dritte Sektor als Ort des Engagements als traditioneller Empfänger öffentlichen Geldes nach den richtigen Ressourcen ruft. Die Selbsterneuerungsfähigkeit des Dritten Sektors wird bezüglich seiner Flexibilität in der Ressourcennutzung untersucht. Alle drei Teile beschreiben wichtige Elemente, die den Erfolg einer Konzeption zur Förderung von zivilgesellschaftlich getragener Planung bestimmen.

Am Ende der Untersuchungen stehen Schlussfolgerungen im siebten Teil, die den Aufbau eines integrierten Stadtteilmanagements im achten Teil umreißen. Entsprechend den lokalen Bedürfnissen definiert ein Rahmen die Förderung und Unterstützung von zivilgesellschaftlich getragener Planung in Steilshoop. Danach werden in der ersten Implementation des Stadtteilmanagements, Schritte der Förderung von Zivilgesellschaft an einem wichtigen Handlungsbedürfnis des Stadtteils, das Stigma als Problemstadtteil umzukehren, dargelegt.

Abschließend zieht der letzte Teil Resümee über die ganze Arbeit und befasst sich noch mal kritisch mit Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlich getragener Stadtteilentwicklung und -pflege in Großwohnsiedlungen. Dort werden Verweise auf die weitere Verwendung der Arbeit und notwendige Ansätze der weiteren Forschung gegeben.

Abb. 1: Aufbau der Arbeit nach Teilen (I-XI) und in ihnen integrierten Kapiteln

I Einführung in das Thema	1 Zivilgesellschaft im Aufwind	2 Zivilgesellschaft und Planung	3 Großwohnsiedlungen
II Fragestellung und Methodik	1 Fragestellung		2 Methodik
III Steilshoop kennen lernen	1 Profil	2 Stadterneuerung	3 Anspruchsgruppen
IV, V, VI Empirie	Zugang 1 Programmfresser	Zugang 2 Wen kümmert was?	Zugang 3 Ressourcen
VII	Schlussfolgerungen		
VIII Konzeptionelle Überlegungen	1 Integriertes Stadtteilmanagement		
	2 Erste Implementation: Stigma umkehren		
IX	Ausblick		

Im weiteren Verlauf der Arbeit wird, der Lesbarkeit wegen, die männliche Schreibweise von Personenbezeichnungen verwendet. Es sind damit aber beide Geschlechter angesprochen.



I Einführung in das Thema

**Zivilgesellschaft im Aufwind
Zivilgesellschaft und Planung**

**Großwohnsiedlungen - Herausforderungen
der Stadtteilentwicklung**

1 Zivilgesellschaft im Aufwind

Im ersten Teil der Arbeit wird eine Einführung in die Grundlagen des Themas gegeben. Das erste Kapitel befasst sich darin mit der Bedeutungszunahme der Zivilgesellschaft, Formen und Akteuren des zivilgesellschaftlichen Engagements. Es wird herausgestellt, dass zivilgesellschaftliches Engagement einem Wandel unterliegt, der sich von klassischen Engagementformen in Vereinen und Verbänden unterscheidet. Es wird auf der einen Seite mehr durch Eigeninteresse der Bürger und auf der anderen Seite durch mehr soziale Verantwortung von Unternehmen geprägt. Der Dritte Sektor nimmt dabei eine besondere Stellung als Ort des Engagements ein. Hier ist der Wandel am stärksten ablesbar. Der Staat muss auf all diese Entwicklungen durch Anpassung seines Selbstverständnisses reagieren. Eine zivilgesellschaftlich getragene Planung muss mit diesem Wandel umgehen können.

Zunächst wird der Begriff Zivilgesellschaft vorgestellt und in Zusammenhang mit dem Begriff des Sozialkapitals gebracht, welches für die Entwicklung von Zivilgesellschaft sehr wichtig ist. Dann werden die Hintergründe des zivilgesellschaftlichen Bedeutungsschubes betrachtet. Akteure der Zivilgesellschaft werden daraufhin mit ihren Formen des Engagements im Wandel vorgestellt. Am Ende werden die sich daraus ableitenden Anforderungen eines neuen Staatsverständnisses zur Förderung und Unterstützung von Zivilgesellschaft dargelegt.

1-1 Zivilgesellschaft und Sozialkapital – was heißt das eigentlich?

1-1-1 Zivilgesellschaft

Durch sein breites Spektrum von Definitionsauslegung und -besetzbarkeit erhält der Begriff *Zivilgesellschaft* seine Bekanntheit. Eine allgemein verbindliche Definition findet man nicht. 2002 befasste sich eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit der *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* und sprach sich in ihren abschließenden Empfehlungen für einen qualifizierten Begriff von bürgerschaftlichen Engagement aus (vgl. Enquete-Kommission 2002: 6). Ihre Definition wird hier zur Grundlage genommen, da die Enquete-Kommission in ihrer Arbeit sich u.a. der Auswertung der Bandbreite von Begrifflichkeiten widmete. Ihre Definition setzt im Verantwortungsverständnis für andere an, am Lernen von Gemeinschaftsfähigkeit und dem Aktivwerden als Mitbürger. Bürgerschaftliches Engagement zeigt sich nicht nur in der Mitwirkung in politischen Parteien, Verbänden oder in politischen bzw. sozialen Organisationen. Auch in Freizeit, Sport und Geselligkeit drückt es sich aus.

Im Leitbild der Bürgergesellschaft sieht die Kommission „*ein Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Regeln selbst organisieren und auf die Geschicke des Gemeinwesens einwirken können*“ (a.a.O.). Die Begriffe Zivil- und Bürgergesellschaft sowie zivilgesellschaftliches und bürgerschaftliches Engagement werden hier synonym verwendet, da in der Literatur keine scharfe Abgrenzung zwischen ihnen existiert und angewendet wird.

1-1-2 Sozialkapital

Sozialkapital steht im engen Zusammenhang mit Zivilgesellschaft. Damit werden soziale Netzwerke, wechselseitiges Vertrauen und Anerkennung in geteilten Normen bezeichnet, von denen einzelne Personen, Gruppen oder sogar ganze Gesellschaften profitieren (vgl. Haus 2005: 26). Es zeichnet sich in Abgrenzung zu anderen Kapitalformen wie z.B. ökonomischem Kapital oder kulturellem Kapital durch die Qualität sozialer Beziehungen aus. Gesellschaftliche Anerkennung und Handlungsmöglichkeiten sind danach nicht nur durch finanzielle und Bildungskompetenzen bestimmt.

1-1-3 Ohne Sozialkapital keine Zivilgesellschaft – und umgekehrt

Sowohl das Konzept des Sozialkapitals als auch das der Zivilgesellschaft bezeichnen nicht einfach *herstellbare* Qualitäten sozialen Zusammenlebens. Sie sind bedeutend für die Qualität sozialer Integration und Demokratie. Sie stehen gemeinsam für erfahrbare Anerkennung und Würde der handelnden Personen durch Engagement. Ihr positives Zusammenwirken bedingt gleichzeitig einander. Zivilgesellschaft kann sich nicht ohne vorhandenes Sozialkapital entwickeln. Das heißt, Zivilgesellschaft ist auf soziale Netzwerke und das Vertrauen in ihnen angewiesen, um sich entfalten zu können. Auf der anderen Seite bedarf es der demokratischen Öffentlichkeit und identitätsstiftender Institutionen einer offenen Zivilgesellschaft, „*damit soziales Kapital ‚überbrückenden‘ Charakter*“ annimmt (vgl. Haus 2005: 26).

Dieser Zusammenhang eröffnet einen ersten Blick auf die Aufgaben, die mit der Förderung zivilgesellschaftlicher Prozesse einhergehen. Doch woher kommt diese scheinbare Notwendigkeit der Zivilgesellschaft für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft? Dieser Frage wird jetzt nachgegangen, um ein besseres Verständnis erforderlicher Rahmenbedingungen für die verschiedenen Akteure und Formen ihres Engagements aufzuzeigen.

1-2 Krise des Sozialstaats und der Demokratie

Die Krise des Sozialstaates begann nicht gestern und über Nacht. Seit Mitte der 1970er Jahre weicht die Globalisierung der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, die Grundlagen einer nationalstaatlichen Geld- und Vollbeschäftigungspolitik auf (vgl. Nullmeier 2003: 21). Die Krise des Sozialstaates ist vor allem eine Krise der Erwerbsgesellschaft: Das Umverteilungssystem im deutschen Sozialstaat baut auf Vollbeschäftigung und Bevölkerungswachstum, welche infolge des Strukturwandels und zunehmend geringeren Geburtenzahlen in den 1980er Jahren nicht mehr erreicht werden. Demgegenüber stehen jedoch wachsende Ausgaben für Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die sich ankündigende Krise wurde durch den Aufschwung der Wiedervereinigung etwas gebremst. Dennoch gab es bereits in den 1980er Jahren eine Privatisierungswelle in den Kommunalverwaltungen. Dies resultierte aus aufdrängenden finanziellen Problemen der Kommunen.

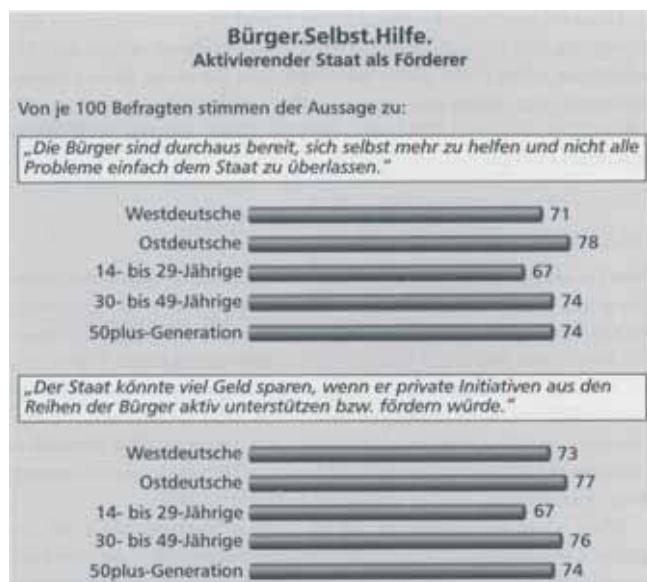
1-2-1 Der Staat entlässt seine Kinder

Der Diskurs um die Modernisierungen der Verwaltung (Neues Steuerungsmodell) bezieht nun die Bürger und den Dritten Sektor und damit ihre Selbsthilfepotenziale mehr mit ein: „*Das Markt- und Staatsversagen führt z.T. zu einer Vergemeinschaftung von Aufgaben, d.h. zu einer Delegation von vormals staatlichen bzw. städtischen Aufgaben an den Dritten Sektor und seine Selbsthilfegruppen und Vereine*“ (Kersting 2002: 279). Der überbordende Sozialstaat führte zu einer Anspruchshaltung, welche die Hilfsbereitschaft und den sozialen Zusammenhalt schwächte. Selbsthilfe muss wieder neu erlernt werden. Im europäischen Vergleich war Deutschland 2002 sogar Schlusslicht. „*Nur etwas die Hälfte der Deutschen war bereit, aktiv etwas für ältere Menschen (50%) oder Kranke und Behinderte (49%) zu tun. Irland, Italien und Schweden wiesen dagegen Zustimmungswerte von über 80 Prozent auf*“ (Opaschowski 2005: 167). Doch Selbsthilfekräfte sind ab sofort gebraucht. Im Gegensatz zur wohlstandsgeborenen Selbsthilfeidee der 1970er Jahre zwingt, „... *Notstands- (nicht Wohlstands-)Denken zum Selbsthilfehandeln, weil der Sozialstaat ‚schwächelt‘ oder ökonomisch versagt*“ (a.a.O.: 143). Es werden nur noch die Schwächsten gefördert. Die sich neu entwickelnde Selbsthilfegesellschaft ist deutlich weniger von staatlichen Umverteilungen abhängig (vgl. a.a.O.: 153).

1-2-2 Ohne Visionen in die eigenverantwortliche Zukunft

Die Krise des Sozialstaats geht mit der Krise der Demokratie einher. Mit dem Übergang von der Anspruchs- zur Leistungsgesellschaft reduziert sich die staatliche Fürsorge auf diejenigen, die sich nicht aus eigener Kraft selbst versorgen können. Die neuen Anforderungen an die Bürger erhöhen die Erwartungen an die Politiker, die diese jedoch nicht erfüllen können: „Das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der Demokratie schwindet, wenn Politiker Zukunftsdenken mit Denken in Legislaturperioden verwechseln. Das Visionsdefizit von Politik und Politikern muss als Hauptursache für die wachsende Skepsis gegenüber der Demokratie angesehen werden“ (a.a.O.: 131), vergleiche dazu auch Tabelle 1 unten. Statt einer Politik der Nachhaltigkeit sehen sich Bürger immer häufiger mit der Kurzfristigkeit von politischen Entscheidungsprozessen konfrontiert. Die Krise der Demokratie kann aber auch als verändertes Verständnis von Basisdemokratie begriffen werden. Die Bürger sind politischer als zuvor (vgl. a.a.O.: 135). Bürger brauchen mehr Mitbestimmungsrechte und Förderung, wenn sie mehr Verantwortung übernehmen sollen (siehe Abb. 2). Hier zeigt sich die Gespaltenheit in der Diskussion um Zivilgesellschaft: Zum einen ihr Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher und sozialstaatlicher Probleme und zum anderen ihre Gegenmachtposition zur bestehenden politisch-administrativen Ordnung (vgl. Zimmer 2004: 26).

Stimmungsbilder Einstellungen der Bevölkerung zu Politik, Politikern und Parteien			
Von je 100 Befragten stimmen der Meinung zu:			
	Gesamt	Ost	West
Politiker sind nicht mehr ehrlich und halten ihre Wahlversprechen meistens nicht.	89,5	91,9	88,8
Parteien sind mehr am Machterhalt als am Wohl der Bürger interessiert.	89,3	89,0	89,3
Politische Reformen sind für die Bürger kaum mehr nachvollziehbar. Was heute gilt, wird morgen schon wieder verändert.	88,4	92,2	87,5
Politiker sind keine moralischen Vorbilder mehr.	87,4	88,2	87,2
In der Politik geht es heute mehr um die Inszenierung von Politikern als um politische Inhalte.	81,9	81,1	82,1
Die Programme der Parteien unterscheiden sich kaum mehr voneinander und die Parteien verlieren damit ihr Profil.	77,2	81,3	76,1
Bei Wahlen kommen amerikanische Verhältnisse auf: Personen treten in den Vordergrund, politische Programme in den Hintergrund.	76,1	79,4	75,3
Parteien haben keine Programme und Politiker keine Visionen mehr.	70,4	69,4	70,7



Tab. 1 links, Abb. 2 rechts
(Grundlage: B-A-T Repräsentativerhebung 2004)

Mit wachsender Politikverdrossenheit sinkt die Wahlbeteiligung und schwinden in den Parteien die Mitgliederzahlen. Darüber hinaus überaltern sie: „Spätestens im Jahre 2010 wird jedes zweite Mitglied bei der SPD (2004: 43%) und der Union (2004: 46%) über 60 Jahre alt sein. Die Modernisierungsfähigkeit der großen Parteien ist damit in Frage gestellt“ (a.a.O.: 152). Allerdings schwinden nicht nur hier die Mitgliederzahlen: Gewerkschaften und Kirchen verlieren mehr und mehr an Einfluss. Ebenso geht es Vereinen, die auf dauerhaftes Engagement angewiesen sind (vgl. a.a.O.: 132f.). Das führt zu einer Schwächung des traditionellen Sozialkapitals, welches, wie bereits dargestellt, die Voraussetzung für eine sich zu entwickelnde Zivilgesellschaft ist.

Obwohl Mitgliederschwund in den traditionellen Vereins- und Großorganisationsformen stattfindet, ergibt sich parallel ein Aufschwung mit neuen bzw. anderen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements. Es kann also nicht von einseitigem Verfall traditionellen Sozialkapitals gesprochen werden.

1-3 Akteure und Formen von zivilgesellschaftlichem Engagement

Bürgerschaftliches Engagement bewegt sich zwischen den drei Sphären von Staat, Markt und Haushalten (siehe Abb. 3). Es „wird überall dort sichtbar, wo sich freiwillige Zusammenschlüsse bilden, wo Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten genutzt werden und Bürgerinnen und Bürger Gemeinwohlverantwortung übernehmen“ (Enquete-Kommission 2002: 6). Diese Betrachtungsweisen erwecken den Eindruck, dass der Bürger diese Rolle alleine ausfülle. Zwar ragt bürgerschaftliches Engagement aus den Polen Staat und Markt hinaus, tangiert aber gleichwohl beide (vgl. Heinze 2004: 24). Zivilgesellschaft zeigt sich durch das Assoziationsvermögen in verschiedenen Vereinen, Organisationen und Zusammenschlüssen (vgl. Evers 2004: 14). Diesem assoziativen Moment ist es zu verdanken, dass Organisationen des Dritten Sektors ein größerer Stellenwert als bislang eingeräumt wird (siehe Abb. 4) (Zimmer 2004: 25). In der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement wurden darüber hinaus Unternehmen lange vernachlässigt. Obschon sie mit der Privatisierungswelle in den 1980er Jahren zu notwendigen Partnern der Kommunen wurden. Mit zivilgesellschaftlichem Engagement werden also nicht nur Bürger als Staatsbürger bzw. den privaten Haushalten angesprochen, sondern auch Organisationen und Zusammenschlüsse des Dritten Sektors und wirtschaftliche Unternehmen als Unternehmensbürger.

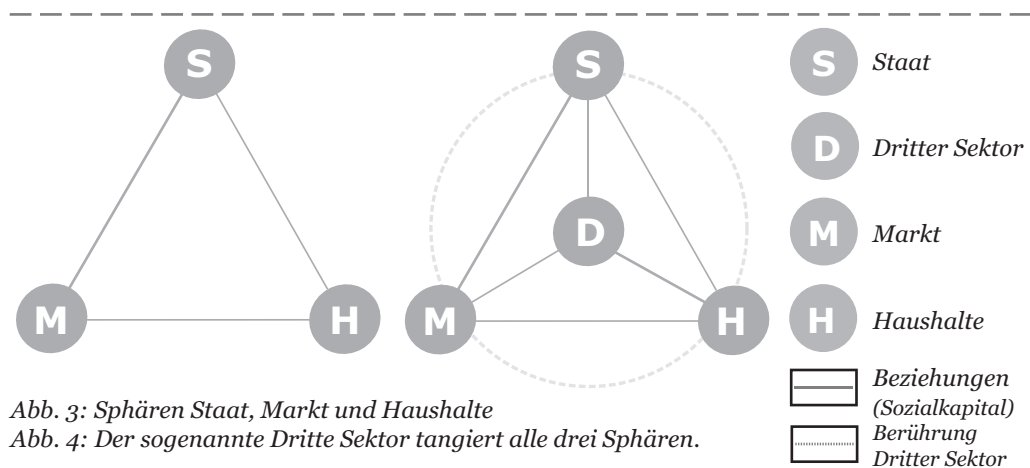


Abb. 3: Sphären Staat, Markt und Haushalte

Abb. 4: Der sogenannte Dritte Sektor tangiert alle drei Sphären.

1-3-1 Staatsbürger

Der Begriff Staatsbürger bezeichnet hier nicht die rechtliche Definition zur Staatszugehörigkeit. Die Bezeichnung Staatsbürger entwickelte sich durch die Ablösung des klassischen Bürgertums durch die Entwicklung von Nationalstaaten (vgl. Schubert/ Klein 2006).

EhrenSache statt EhrenAmt

Das Ehrenamt der Bürger erlebt einen Strukturwandel, in welchem das kalkulierte Helfen das selbstlose Helferdasein ablöst. Der Solidargedanke war lange Zeit mehr verpflichtend und wurde beinahe staatlich verordnet (vgl. Opaschowski 2005: 157). Nur im Rahmen organisierter Hilfe und Institutionen wurde das Ehrenamt (auch finanziell) gefördert. Das neue Verständnis von ehrenamtlichen Aufgaben bedeutet: „Sich engagieren ist Ehrensache (und weniger Ehrenamt)“ (a.a.O.: 161, 164). Es wird mehr Engagierte geben, die sich in informellen Initiativen als in Institutionen bewegen. Die Hilfe wird jedoch nicht mehr auf lebenslange Aktivität in dem gemeinnützigen Bereich bestehen. Soziale Netzwerke entstehen spontan bzw. aus Notlagen heraus auf Abruf und sind jederzeit kündbar, wenn der Bedarf bzw. die Notlage vorbei ist.

Was bringt mir das?

Eigeninteresse wird wichtiger für zivilgesellschaftliches Engagement. Das Ehrenamt muss sich den eigenen Bedürfnissen und Interessen anpassen können. „Die freiwilligen Helfer von heute und morgen [wollen allerdings] den Umfang, die Intensität und auch die zeitliche Dauer ihres Engagements selbst bestimmen“. Was bringt es mir, wird wichtiger angesichts der Konkurrenz von Konsumangeboten wie Fernsehen und Multimedia, Einkaufen, Kino etc. (vgl. a.a.O.: 161). Vor allem Jugendliche stellen sich diese Frage (siehe Abb. 5) (vgl. a.a.O.: 168).

Aus sozialwissenschaftlichen Studien (u.a. Emnid 1997, Keupp 2000) gehen vier wesentliche Bedingungen für das persönliche Einsetzen für andere hervor (vgl. a.a.O.: 169ff.):

- Es muss sich lohnen - Geldwerte oder materielle Vorteile (z.B. Vergünstigungen, Gutschriften)
- Es muss Spaß machen - keine bürokratischen Hürden, mehr Motivation, Gelegenheiten und organisatorische Unterstützung
- Es muss dem Ego gut tun - Stärkung des Selbstbewusstseins durch Hilfe geben und Gefordertwerden
- Es muss sichtbar sein - Öffentlichkeit steigert die Anerkennung für die eigene Leistung

Die neuen Motive entfalten sich am günstigsten in überschaubaren lokalen Zusammenhängen, wenig formalisiert und *biographisch angepasst* (Heinze 2005: 21). Im Spektrum der getätigten Hilfeleistungen ist klassisches Ehrenamt in der Minderheit gegenüber durchgeführter Hilfeleistung im *Nahmilieu* (vgl. Abb. 6). Das soziale Umfeld spielt eine zentrale Rolle und ist weit gespannt: Hilfeleistungen werden nicht nur für Verwandte, sondern auch für Freunde und Nachbarn erbracht. Mit „Netzwerken selbstgeknüpfter Nischen“ (Nolte 2004, zit. nach Opaschowski 2005: 149) sorgen Binnensolidaritäten für gemeinschaftliche Gefühle und den nötigen sozialen Zusammenhalt, gerade für Randgruppen.



Abb. 5 links: Hilfsbereitschaft ist verbunden mit kalkulierte Eigeninteresse

Abb. 6 rechts: Selbsthilfe findet im direkten sozialen Umfeld statt (B-A-T Repräsentativerhebung 2004)

1-3-2 Dritter Sektor

Zimmer bezeichnet den Bereich zwischen den drei Polen Staat, Markt und Haushalte als Dritten Sektor. In Konkurrenz zu den Sektoren des Marktes und dem Staat zeichnet sich dieser durch die Bedeutung von Solidarität in den Aktivitäten aus (siehe Abb. 7) (vgl. Zimmer 2004: 25f.). Birkhölzer ergänzt aus lokalökonomischer Perspektive „nicht-gewinnorientierte als auch nicht-staatliche Aktivitäten“ (Birkhölzer 2000: z1). Im Dritten

Sektor finden wirtschaftliche Aktivitäten statt, die im *Schatten* der öffentlichen Wahrnehmung stehen. Dazu zählen „*informelle Initiativen, Selbst- und Nachbarschaftshilfe, Tauschsysteme, Familienökonomie etc. - und nicht zuletzt alle Spielarten von illegaler und krimineller Ökonomie*“ (a.a.O.), wie auch in der Abbildung 8 zu sehen ist.

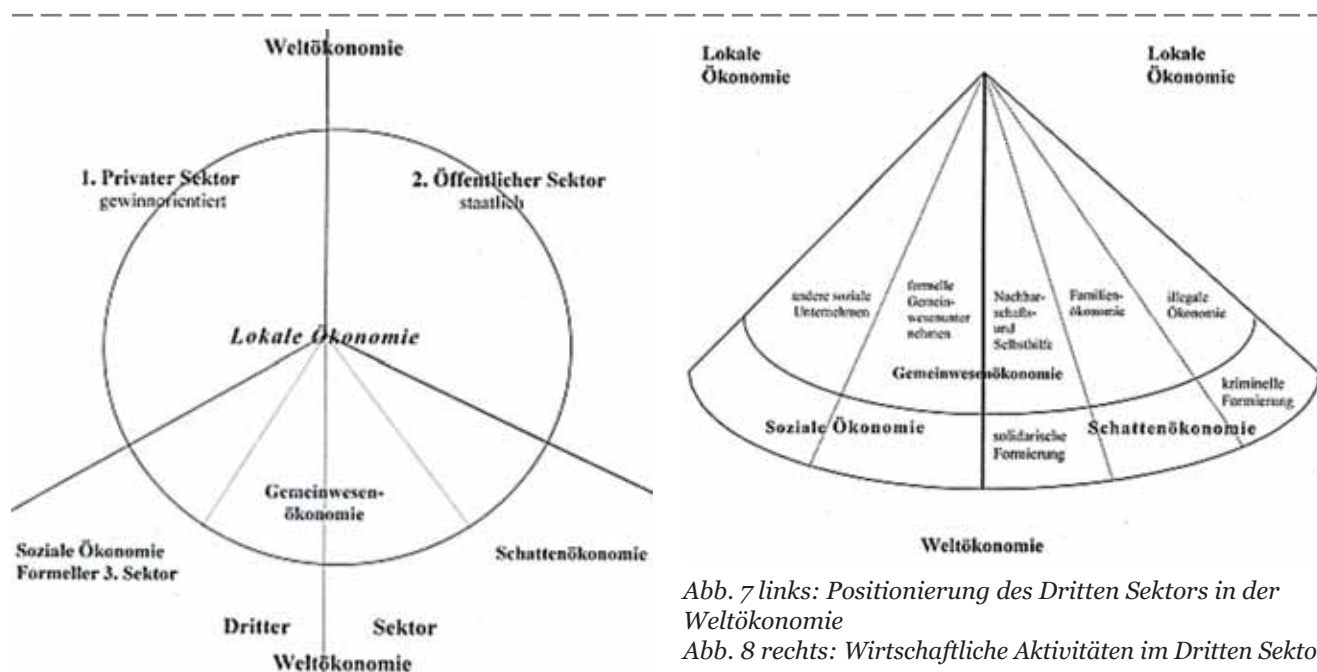


Abb. 7 links: Positionierung des Dritten Sektors in der Weltökonomie

Abb. 8 rechts: Wirtschaftliche Aktivitäten im Dritten Sektor

Der Dritte Sektor stand bislang mehr als Dienstleister im Vordergrund. Es wird vornehmlich dann von ihm gesprochen, wenn von der Aufgabenkritik in den Kommunen die Rede ist und kommunale Leistungen zur Disposition stehen (vgl. Kersting 2002: 277). Im Dritten-Sektor-Ansatz als jungem Forschungsfeld erfährt dieser Bereich einen Bedeutungsschub über diese Dienstleistungsfunktion hinaus (vgl. Zimmer 2004: 27)

- für die soziale Integration des Einzelnen,
- als Raum für Selbstorganisation, individuelles Engagement und kollektives Handeln und
- als kritisches Potenzial gegenüber Staat und Verwaltung.

Selbstorganisation

Besonders als Raum für Selbstorganisation geben Zusammenschlüsse des Dritten Sektors Raum für die vielfältigen und verschiedenen Identitäten der Menschen: „*Die Zusammensetzung und Struktur der Organisationen müssen neben hochformalisierten, hierarchisch gegliederten Organisationstypen (z.B. Verbände, Gewerkschaften), die Möglichkeit der Selbstorganisation durch kleine Vereinigungen und Initiativen (z.B. Vereine, Selbsthilfegruppen) offen halten*“ (vgl. a.a.O.: 29). Zimmer verweist hier auf die Bedeutung der selbstgesteuerten Erneuerungsfähigkeit. Diese ist wichtiger als die Stabilität des Organisationsgefüges. Dazu passt, dass Organisationen mit quasistaatlichem Charakter, die in gemeinnützige Dienste eingebunden sind, unattraktiv für bürgerschaftliches Engagement sind. Die Attraktivität nimmt stark zu, wenn die Organisationen ihre assoziativen Eigenschaften und ihre Unabhängigkeit bewahren können (vgl. a.a.O.: 28).

Lokale Verankerung

Auf der lokalen Ebene bieten Dritte-Sektor-Organisationen gemeinschaftliche Netzwerkstrukturen, die helfen sich in der globalisierten Welt zu verorten. Die Tätigkeitsebenen von Non-Profit-Organisationen zeigen, dass die lokale Ebene von Kommune und Region einen viel stärkeren Handlungsansatz bieten als übergeordnete Ebenen (siehe Tab. 2 auf der nächsten Seite).

Orte des Engagements

Als Ort zivilgesellschaftlichen Engagements bindet der Dritte Sektor vielfältige Tätigkeiten in ebenso vielfältigen Bereichen. Ihre ehrenamtliche Zeit in ihnen entspricht dem zeitlichen Volumen von über einer Million Vollzeitjobs. Der Bereich Kultur und Erholung, in welchen die zahlreichen Sportvereine stehen, nimmt aufgrund der höchsten Anzahl an Organisationen, Mitglieder, Ehrenamtlichen und geleisteter ehrenamtlicher Stunden den ersten Platz ein (vgl. Tab. 3 unten). Der Anteil der Aktiven in Organisationen des Dritten Sektors nimmt in Deutschland seit Jahren zu – das spricht für ihren Integrationscharakter. Der oben genannte Mitgliederschwund nimmt Vereinsformen aus, die eher auf Freizeitangebote ausgerichtet sind (vgl. Opaschowski 2005.: 133). Entsprechend den Veränderungen des Ehrenamts der Bürger sind Verschiebungen in den Aktivitätsbereichen, im Umfang, in der Zeitdauer und in der Motivation des Engagements feststellbar (vgl. Zimmer 2004: 28).

Tätigkeitsebene	vor allem (in Prozent)	Zum Teil (in Prozent)	gar nicht (in Prozent)	
Kommunal	66	27	7	
Regional	40	51	9	
Bundesland	33	44	23	
National	25	35	40	
International	11	35	54	

Bereich	Anzahl der Organisationen (in 1000)	Mitglieder 1997 (in 1000)	Ehrenamtliche 1996 (in 1000)	Geleistete Stunden ¹ (in 1000)
Kultur und Erholung	160,1	15 729	5 866	738 182
Bildung und Forschung	10,0	661	330	27 025
Gesundheitswesen	3,6	2 974	1 318	156 869
Soziale Dienste	130,0	1 586	1 187	181 530
Umwelt- und Naturschutz	30,0	2 710	857	102 827
Wohnungswesen und Beschäftigung	1,5	264	132	36 121
Bürger- und Verbraucherinteressen	40,0	1 190	725	192 234
Stiftungen	6,0	132	198	36 385
Internationale Aktivitäten	0,4	264	396	52 600
Wirtschafts- und Berufsverbände	5,0	11 963	593	86 019
Sonstige (Religion u.a.)	30,0	3 767	5 076	715 376
Insgesamt	416,6	41 240	16 678	2 325 168

Tab. 2 oben: Tätigkeitsebenen von Non-Profit-Organisationen des Dritten Sektors

Tab. 3 unten: Organisationen, Mitglieder und ehrenamtliches Engagement des Dritten Sektors (Datenbasis: John Hopkins Comparative Non Profit Sector Project, Teilstudie Deutschland)

„Und hören Sie auf zu sagen: Die machen das doch nur im eigenen Interesse. Da könnte ich Ihnen aus meiner politischen Erfahrung schon erzählen, wie wenig altruistisch viele der Bürgerinitiativen sind.“ - Dr. Volker Hassemer, Senator a.D., 2005

1-3-3 Unternehmen der Wirtschaft

„Corporate Citizenship bedeutet für Unternehmen, eine Firmenpolitik zu verfolgen, die durch Mitwirken an der nachhaltigen Lösung gesellschaftlicher Probleme bestimmt ist. Damit übernehmen Unternehmen eine neue Rolle. Sie treten in Dialog mit ihren Stakeholdern und verstehen sich als Partner von gemeinnützigen Organisationen“ (www.aktive-buergerschaft.de: z1). Investitionen in das Gemeinwesen haben im angelsächsischen Raum eine längere Tradition. Das zeigt die Bezeichnung *Corporate Citizenship*, die ins Deutsche durch *gute Unternehmensbürger* übersetzt werden kann. Auch in den Niederlanden und der Schweiz gibt es Erfahrungen, die in Deutschland noch selten zu finden sind.

Stakeholder statt Shareholder

Lange Zeit wurden Unternehmen aufgrund ihres vornehmlichen Interesses der Gewinnmaximierung aus der zivilgesellschaftlichen Debatte ausgeklammert. Dies ändert sich gegenwärtig. Bradley K. Googins, Direktor des Center for Corporate Citizenship am Boston College, klärte im Oktober 2006 im vollbesetzten KörperForum in der HafenCity Hamburg darüber auf, wie unternehmerische Strategien hin zu nachhaltig orientiertem Engagement zustande kommen: In den 100 weltweit stärksten Wirtschaftseinheiten sind 51 Unternehmen und 49 Nationalstaaten vertreten. „Vor dem Hintergrund dieses enormen Zuwachses an wirtschaftlicher Macht und im Kontext einer zunehmenden Transparenz durch die Medien steigt der öffentliche Druck auf die Wirtschaftsvertreter“ (www.koerber-stiftung.de: z1). Die traditionellen Bedürfnisse von Anteilseignern (Shareholder) auf Steigerung des finanziellen Unternehmenswertes müssen sich, aufgrund der gesellschaftlichen Erwartung und sozialen wie auch ökologischen Wandels, mehr an den Bedürfnissen von unternehmensrelevanten Anspruchsgruppen (Stakeholder) anpassen (siehe Abb. 9).

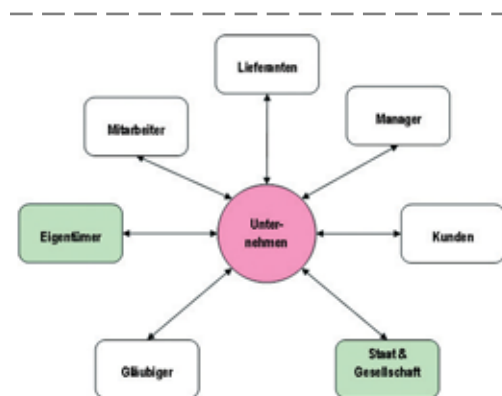


Abb. 9: Anspruchs- oder Stakeholdergruppen eines Unternehmens

Corporate Citizenship-Mix als Engagement-Baukasten

Formen unternehmerischen Engagements gehen dabei über klassisches Spenden bzw. Sponsoring hinaus. Der *Corporate Citizenship-Mix* bietet unabhängig von Unternehmensgröße und vorhandenen Ressourcen neun verschiedene Instrumente zum Engagement an (vgl. Dresewski 2004: 21f.):

- Unternehmensspenden (*Corporate Giving*): Spenden von Geld oder Sachmitteln, Spenden von Unternehmensleistungen, -produkten und -logistik;
- Sozialsponsoring (Social Sponsoring): Übertragung der Marketingmaßnahme Sponsoring auf den sozialen Bereich;
- Zweckgebundenes Marketing (*Cause Related Marketing*): Marketinginstrument, bei dem der Kauf eines Produkts/ einer Dienstleistung damit beworben wird, dass das Unternehmen einen Teil der Erträge einem sozialen Zweck oder einer Organisation als *Spende* zukommen lässt;
- Unternehmensstiftungen (*Corporate Foundations*): Gründen von Stiftungen durch Unternehmen;
- Gemeinnütziges Arbeitnehmerengagement (*Corporate Volunteering*): Investition der Zeit, des Know-Hows und Wissens ihrer Mitarbeiter und die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in und außerhalb der Arbeitszeit;
- Auftragsvergabe an soziale Organisationen (*Social Commissioning*): gezielte geschäftliche Partnerschaft mit gemeinnützigen Organisationen, z.B. soziale Beschäftigungsträger, als (ebenso kompetente und konkurrenzfähige) Dienstleister und Zuliefererbetriebe;
- Public Private Partnership (*Community Joint-Venture*): gemeinsame Unternehmung von einer gemeinnützigen Organisation und einem Unternehmen, in die beide Partner Ressourcen und Know-how einbringen und die keiner allein durchführen könnte;

- Lobbying für soziale Anliegen (*Social Lobbying*): bezeichnet den Einsatz von Kontakten und Einfluss des Unternehmens für die Ziele gemeinnütziger Organisationen oder Anliegen spezieller Gruppen im Gemeinwesen;
- Soziales Risiko-Kapital (*Venture Philanthropy*): unternehmerisch agierende Risiko-Kapitalgeber, die für eine begrenzte Zeit und ein bestimmtes Vorhaben sowohl Geld als auch Know-How in gemeinnützige Organisationen investieren.

Die verschiedenen Instrumente weisen unterschiedliche und eine sich steigernde Engagementtiefe auf.

Fremde der Sphären

In Deutschland ist unternehmerisches Engagement jedoch durch die traditionell getrennten Sphären von Wirtschaft und Politik noch relativ unterentwickelt. Die Trennung der Sphären besteht darüber hinaus vor allem zwischen dem sozialorientiertem Dritten Sektor und der Wirtschaft. Nach Evers liegt das u.a. an unterschiedlichen Sprach- und Handlungsstilen der verschiedenen Aufgabenbereiche und den dort tragenden Milieus. Die Gefahr liegt darin, dass sich die Teilkulturen unter den Vorzeichen eines kooperativen Politikmodells reproduzieren: „*In der Regel stehen im Zentrum dann eher professionell gemanagte Modernisierungsprojekte, die mit relativ viel Geld, Medienöffentlichkeit und einigen spektakulären ‚Sozialprojekten‘ zur Gemeinschaftsinitiative stilisiert werden. Weiterhin eher am Rand befinden sich dann die Kooperationsprojekte zur sozialen Stadt... mitsamt einschlägiger Träger und Initiativen, deren Gemeinwohl niemand bestreitet, aber die auch nicht in der Lage sind, die mächtigen und potenten Gruppen dafür zu gewinnen, bei ihnen wirklich einzusteigen und zu investieren. Die Aktivierung der Zivilgesellschaft bleibt beschränkt ohne die Aktivierung der Wirtschaft und umgekehrt*“ (Evers 2004: 17/18).

1-4 Neues Staatsverständnis gebraucht

Die Ausführungen über den Sozialstaat und seinen Niedergang haben deutlich gemacht, dass der Solidargedanke lange Zeit mehr verpflichtend war und beinahe staatlich verordnet wurde. Nur im Rahmen organisierter Hilfe und Institutionen wurde das Ehrenamt (finanziell) gefördert (vgl. a.a.O.: 157). Ein verändertes Staatsverständnis ist aber nötig, wenn der Bürger und die anderen zivilgesellschaftlichen Kräfte vom Dritten Sektor bis zu wirtschaftlichen Unternehmen mehr in Verantwortung gesetzt werden.

Einige Elemente des neuen Staatsverständnisses und der Aufgaben für eine Förderung der Zivilgesellschaft werden hier herausgegriffen:

1-4-1 Aktivierender Ermöglicher

Der aktivierende Staat *dient* dem Bürger und nicht nur andersherum (vgl. a.a.O. 166). Die Verantwortung wird partnerschaftlicher und geteilter sein als bislang (siehe Tab. 4). Daraus ergeben sich für alle genannten Akteure eigene Entscheidungskompetenzen und ein Ausgleich der Machtverhältnisse. Was für den Staat ein Machtverlust darstellt, ist ein notwendiger Machtgewinn für die zivilgesellschaftlichen Akteure, die nun mehr eigenverantwortlich handeln sollen. Dazu müssen Bürger und Organisationen des Dritten Sektors von staatlicher Gängelung und bürokratischer Überregulierung befreit und Engagement fördernde Rahmenbedingungen auf lokaler Ebene geschaffen werden (vgl. Enquete-Kommission 2002: 7).

1-4-2 Lokale Motivation und Ansprache benachteiligter Bevölkerungsgruppen

„*Eine ermöglichende Politik bedeutet auch, Maßnahmen und Strategien der Befähigung derjenigen Gruppen in der Bevölkerung zu entwickeln, die über herkömmliche Verfahren und Beteiligungsformen nicht ausreichend für bürgerschaftliches Engagement angesprochen und motiviert werden*“ (a.a.O.). „*Zudem ist dauerhaftes bürger-*

„*Wer sich in Krisenzeiten die Bürger ins Boot holt, wird sie in besseren Zeiten nicht mehr vom Steuer verdrängen können.*“
- Horst Opaschowski,
Sozialwissenschaftler
2005

Geteilte Verantwortung
Wer in Zukunft für einzelne Bereiche mehr Verantwortung übernehmen sollte

	mehr der Staat	mehr der Bürger	beide gleich
Einrichtungen für Kinderbetreuung	61,8	8,4	28,9
Arbeitsvermittlung/Arbeitsmarktpolitik/Schaffung von Arbeitsplätzen	61,4	6,3	31,0
Familienförderung/Familienhilfe/Familienpolitik	59,6	9,1	30,3
Studium/Hochschule/Forschung	59,5	11,3	28,2
Rentenversicherung	57,9	10,2	31,1
Pflegeversicherung	53,9	11,1	34,0
Krankenversicherung	52,8	12,1	34,2
Seniorentagesstätten mit Freizeitangeboten	52,0	12,2	33,1
Berufsausbildung	48,6	17,3	33,2
Erziehungskosten	47,5	14,8	36,4
Kultur/Kulturelle Einrichtungen/Kulturpolitik	43,9	14,2	40,0
Naherholungsgebiete	43,4	14,5	38,8
Umweltschutz	30,2	12,1	57,0
Kirchenförderung	29,4	27,8	29,2
Weiterbildung/lebenslanges Lernen	24,9	39,0	34,9
Förderung von Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftlichem Engagement	13,3	58,1	27,1

(Angaben in Prozent)



Tab. 4 links: Verantwortungsteilung aus Sicht von 2000 Befragten einer B-A-T Repräsentativerhebung von 2005

Abb. 10 rechts: Kluft zwischen bekundeter Bereitschaft und tatsächlicher Hilfeleistung (B-A-T Repräsentativerhebung 2004)

schaftliches Engagement aus Zeit- und Ressourcengründen für viele, vor allem für sozial schwächere und weniger mobile Bevölkerungsgruppen ausschließlich auf lokaler Ebene zu verwirklichen“ (a.a.O.: 159).

1-4-3 Kommunikations- und Kooperationskultur stärken

Staatliche Aufgabe bleibt es „alle Interessen und Problemlagen in die Verhandlungsnetze einzubinden“ (Heinze 2004: 20). Eine neue Kommunikations- und Kooperationskultur ist notwendig, um die Gräben zwischen den Sphären der Zivilgesellschaft zu schließen. Oder zumindest zu verringern, denn Machtungleichwichte zwischen den einzelnen Akteuren können nicht ohne weiteres durch die Akteure selbst ausgeglichen werden (vgl. a.a.O.).

1-4-4 Prinzip der Subsidiarität stärken

Das Prinzip der Subsidiarität muss stärker gefördert werden: „Förderung des Einzelnen vor der Gruppe, der Familie vor dem Verein und der Nachbarschaft vor der Gemeinde“ (Opaschowski 2005: 165). Dies erfordert einen weiteren Ausbau von Selbsthilfefrastrukturen in den Kommunen. Kommunen müssen selbst vernetzen und die zivilgesellschaftlichen Akteure als Partner begreifen (vgl. a.a.O.).

1-4-5 Sähen...

Entgegen der als groß ermittelten Bereitschaft zum Engagement ist die tatsächliche Hilfe nicht annähernd deckungsgleich in der Wirklichkeit sichtbar auffindbar (siehe Abb. 10 oben) (vgl. a.a.O.: 148f.). Das lässt auf Defizite in der Ausgestaltung der Unterstützung von Staat und Gesellschaft schließen. Die als *Dornröschen-Phänomen* bezeichnete Kluft muss als schlafende Ressource gesehen werden, die es zu wecken gilt. Dafür müssen auf lokaler Ebene Gelegenheitsstrukturen geschaffen werden (vgl. a.a.O.: 167).

1-4-6 ... und gießen

Ein sich auf diese Art entwickelndes Sozialkapital muss jedoch nicht nur geweckt werden: „*Wenn es nicht ständig aktiviert und gepflegt wird, droht es zu verkümmern*“ (Vesper 2004: 10). Die selbstgesteuerte Erneuerungsfähigkeit ist gerade bei Organisationen des Dritten Sektors notwendig, um nicht neue Verwaltungsaufgaben eines neuen Sozialpaternalismus aufgebürdet zu bekommen: „*Viele der neuen Repräsentanten der viel besungenen Zivilgesellschaft – zumeist kleine und lokale Träger, Projekte und Initiativen – zeichnen sich jedoch durch eine ungleich geringe Stabilität und Stärke aus*“ (vgl. Evers 2004: 18).

1-4-7 Unternehmen als Akteure der Bürgergesellschaft fördern

Als zivilgesellschaftliche Akteure entscheiden Unternehmen über Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und bürgerschaftlichem Engagement mit. Engagierte Menschen wollen nicht nur außerhalb des Berufs Erfahrungen sammeln und soziale Fähigkeiten trainieren, sondern diese als Kompetenzen in die Berufstätigkeit einbringen (vgl. Enquete-Kommission 2002: 7). Es müssen mehr unterstützende Gelegenheitsstrukturen für Engagement von Unternehmen eingerichtet werden.

1-4-8 Kernaufgaben des Staates überdenken

Nicht zuletzt muss der Staat über seine Kernaufgaben nachdenken. Wieweit dehnt sich der Begriff *Daseinsvorsorge*? Da auch soziale Absicherung, Vorsorge und Fürsorge Bedeutungsverschiebungen erfahren, ist das eine wichtige zu diskutierende Frage, die hier nicht beantwortet werden kann.

1-5 Zwischenfazit

Für die Beantwortung der Frage, wie Zivilgesellschaft für die Stadtteilentwicklung gewonnen werden kann, ist zunächst klar geworden, dass Zivilgesellschaft durch die Qualität sozialer Beziehungen in sozialen Netzwerken (Sozialkapital) der drei Sphären Staat, Markt, Haushalten und dem Dritten Sektor dazwischen bestimmt wird. Allerdings unterliegt gerade diese einem grundlegenden Wandel, dem auch Großwohnsiedlungen gerecht werden müssen. Der Wandel wurde durch Politikverdrossenheit und Rückzug des traditionellen Sozialkapitals in Parteien, Kirchen und Gewerkschaften eingeleitet. Dem Rückzug stellen sich jedoch neu entdeckte Akteure und Formen des Engagements gegenüber, die für die weitere Untersuchung zu beachten sind.

Besonders wichtig sind diesbezüglich folgende Erkenntnisse:

- Staatsbürger fragen sich, was ihnen Engagement bringt und wollen sich nicht mehr lebenslang an Engagement binden. Es entsteht vielmehr aus persönlichen auch kurzfristigen Bedürfnissen.
- Als Ort des Engagements und der lokalen Selbstorganisation von Bürgern erfährt der Dritte Sektor einen wichtigen Bedeutungsschub. Er muss sich, ohne einen bürokratisch gepflasterten neuen Sozialpaternalismus herauf zu beschwören, selbst erneuern können.
- Unternehmen treten mit ihrem Stake- statt Shareholderverständnis in Deutschland als noch zu entwickelnde zivilgesellschaftliche Akteure auf. Ihr vielfältiges Instrumentarium des Engagements gilt es zu gewinnen und dann zu nutzen.

Allerdings agieren die Sphären noch zu wenig miteinander, was die zivilgesellschaftlichen Projekte mit wirtschaftlichen und sozialen Trägern anbelangt. Für die Kernfrage ist das ein ebenso wichtiger Punkt wie die Einsicht, dass der Staat sich vor allem verändern muss, um mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu kooperieren.

2 Zivilgesellschaft und Planung

Dieses Kapitel stellt den Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und Planung her und zeigt, dass zivilgesellschaftliche Beteiligung für die Planung schon seit Jahren eine Rolle spielt. Für die Beantwortung der Kernfrage werden die Begriffe einer zivilgesellschaftlichen und einer zivilgesellschaftlich getragenen Planung vorgestellt. Es werden die räumlichen und inhaltlichen Kontexte dieser Planungsweisen sowie die differenzierten Rollen, Ungleichgewichte und Trägerschaften der Akteure betrachtet. Es ist dabei vor allem eine Frage der sozioökonomischen Nachhaltigkeit, inwieweit die zivilgesellschaftlichen Akteure selbst sozial und ökonomisch planerische Entwicklungen beeinflussen und tragen können. Konzeptionelle Ansätze der Urban Governance und der Gemeinwesenökonomie geben Aufschluss darüber, wie Kriterien sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit umgesetzt werden können. In der programmatischen und instrumentellen Praxis zeigt sich, wie tragfähige zivilgesellschaftliche Förderung aussehen kann. Es stellt sich abschließend für den Erfolg der Planung die Frage, wie diese beteiligungsorientierten Ansätze zu hoheitlichen Praktiken stehen.

Zuerst wird die lokale Ebene als Ort der Teilhabe vorgestellt. Dann wird Zivilgesellschaft mit Planung zusammengebracht und Schnittstellen der Anforderungen bürgerschaftlichen Engagements mit beteiligungsorientierten Planungsweisen aufgezeigt. Es werden daraufhin räumliche und inhaltliche Kontexte, die Akteursrollen und -ungleichgewichte und die verschiedenen Trägerschaften zivilgesellschaftlicher Planung vorgestellt. Es folgt die Betrachtung sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit als Stadtteilentwicklungsziele und deren konzeptionelle Ansätze der Umsetzung in Urban Governance und Gemeinwesenökonomie sowie in programmatischen Ansätzen der Sozialen Stadt, des Impulsprogramms *Initiative ergreifen* des Landes Nordrhein-Westfalen und die exemplarische Vorstellung von drei zivilgesellschaftlich geeigneten Instrumenten der Quartiersentwicklung. Schließlich werden die Instrumentarien in einem kurzen planungstheoretischen Zusammenhang zu hoheitlichen Planungswerkzeugen gebracht.

2-1 Lokale Ebene als Ort der Teilhabe

Es wurde in den Ausführungen des vorigen Kapitels deutlich, dass die lokale Ebene als kleinste gesellschaftliche Einheiten von der Stadtteilebene, über die Kommune zur Region die wichtigste Gemeinwesenebene bildet: *„Sie liegt, ohne erheblichen Aufwand betreiben zu müssen, in der Reichweite alltäglicher Lebenspraxis. Diese bildet einen Erfahrungshintergrund, auf dem sich bürgerschaftliches Kompetenzbewusstsein entwickeln kann. Hier sind direkte Kommunikation und öffentliche Versammlungen alltäglich möglich – wichtige Voraussetzungen für Vertrauen, soziales Kapital und eine deliberative [d.h. beratende, Anm. d. V.] Demokratie“* (Enquete-Kommission 2002: 159). Die Stadtteilebene, die kleinste kommunale Ebene, als Ort der *„Teilhabe des Einzelnen an der Gestaltung ihrer Lebensbereiche“* (Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 24) ist Gestaltungsgegenstand der planenden Disziplin und wird hier im Folgenden zugrunde gelegt.

2-2 Zusammenhang von Zivilgesellschaft und Planung

Spricht man von zivilgesellschaftlicher Planung, müssen Beteiligungs- und Kooperationsorientierung als Formen der kommunikativen diskursiven Planung in den Fokus gezogen werden. Voraussetzungen, die die Zivilgesellschaft fördern, werden mit diesen Formen der kommunikativen Planung weitgehend erfüllt. Es gibt aktuell Programme (vgl. Boll u.a. 2004), in denen bürgerschaftliches Engagement gezielt angesprochen wird. Eine ausdrücklich definierte zivilgesellschaftliche Planung jedoch gibt es aller-

dings nicht. Vieles, was in der Debatte um bürgerschaftliches Engagement genannt und gefordert wird, existiert in Formen der kommunikativen Planung bereits seit einigen Jahren und Jahrzehnten, geht in ihnen auf und erhält nun mit den zivilgesellschaftlichen Entwicklungen neuen Schwung (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 30ff.).

Im weiteren Sinn kann deshalb unter zivilgesellschaftlicher Planung kooperative und beteiligungsorientierte Planung verstanden und wird als zivilgesellschaftliche, beteiligungsorientierte und kooperative Planung folgend synonym bezeichnet werden. Im engeren Sinn ist zivilgesellschaftliche Planung als von zivilgesellschaftlichen Akteuren initiierte *und* getragene Planung zu verstehen. Sie wird im weiteren Verlauf als zivilgesellschaftlich getragene Planung bezeichnet. Der engere Sinn wird im Abschnitt über Trägerschaften von Planungsprozessen (Abschnitt 2-5-3) noch deutlicher, in der Arbeit angewendet und am Ende der Arbeit noch einmal aufgegriffen.

2-2-1 Verknüpfung Beteiligung - Zivilgesellschaft

Die Öffnung von Planungsverfahren mit der Beteiligung und Kooperation von Bürgern und Gesellschaft hat verschiedene Vorteile und Nutzen (vgl. a.a.O.: 21-25):

Nutzen für die Planung

Beteiligung hilft bei der *Informationsbeschaffung* im Planungsgebiet, weil Bürger Experten ihrer Lebensbereiche sind. Kooperative Ermittlung von Planungsabsichten spart diesen *Resonanztest* und hilft bei der *Konfliktvermeidung*. Um *Abstimmungen* zu *beschleunigen*, bieten sich dialogische Formen der frühzeitigen Zusammenführung aller Beteiligten an. Diese Formen ermöglichen es Bürger, Mieter, Grundeigentümer, Gewerbetreibende, Landwirte etc. zu *aktivieren* und zu *mobilisieren*. Weiterhin helfen Beteiligungs- und Kooperationsprozesse die Zufriedenheit mit Maßnahmen durch *Identifikation* zu erhöhen.

Nutzen für die Politik

Selbstbeteiligung und Engagement gerade auf lokaler Ebene zu fördern, hilft die politischen Entscheidungen lokaler Politik zu *legitimieren*. (*Mehr*) *Demokratie* drückt sich in ernst gemeinter Beteiligung aus und beinhaltet die Veränderung von Machtstrukturen. *Selbstverantwortung* der Bürger und *Entlastung* der öffentlichen Hand bieten Gelegenheit sich selbst um die Angelegenheiten der lokalen Gemeinschaft zu kümmern.

Nutzen für die Gesellschaft

Über *Selbstbestimmung* und *Emanzipation* hinaus werden *Handlungsbedarfe* vor Ort sichtbar gemacht, *Identifikationspunkte* mit der eigenen Lebensumwelt, Erfahrungen mit der Aneignung von Räumen und Möglichkeiten kollektiven Handelns gesammelt.

Nutzen im Recht

Beteiligungsangebote, die in die Gesetze aufgenommen wurden, schützen private Rechte (*Verfahrensrechtsschutz*) und helfen relevante Belange von Planungsbetroffenen zu ermitteln (*Abwägung*). Besonders Abwägung als Ausgleich zwischen unterschiedlichen privaten und öffentlichen Interessen (§1 Abs. 7 BauGB) ist Kern jeder Planungsaufgabe. In kooperativen Planungsprozessen bleibt sie eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Planungshoheit.

2-2-2 Vergleich der Förderansprüche von Zivilgesellschaft und Vorteile der Beteiligung

Zur Illustration des Zusammenhangs zwischen Zivilgesellschaft und Planung dienen einmal die vorstehenden Vorteile von Beteiligung sowie die nachstehende Grafik (Abb. 11 auf der nächsten Seite), wo die Ansprüche zur Förderung von Zivilgesellschaft den vier verschiedenen Nutzen von Beteiligung gegenüber gestellt sind.

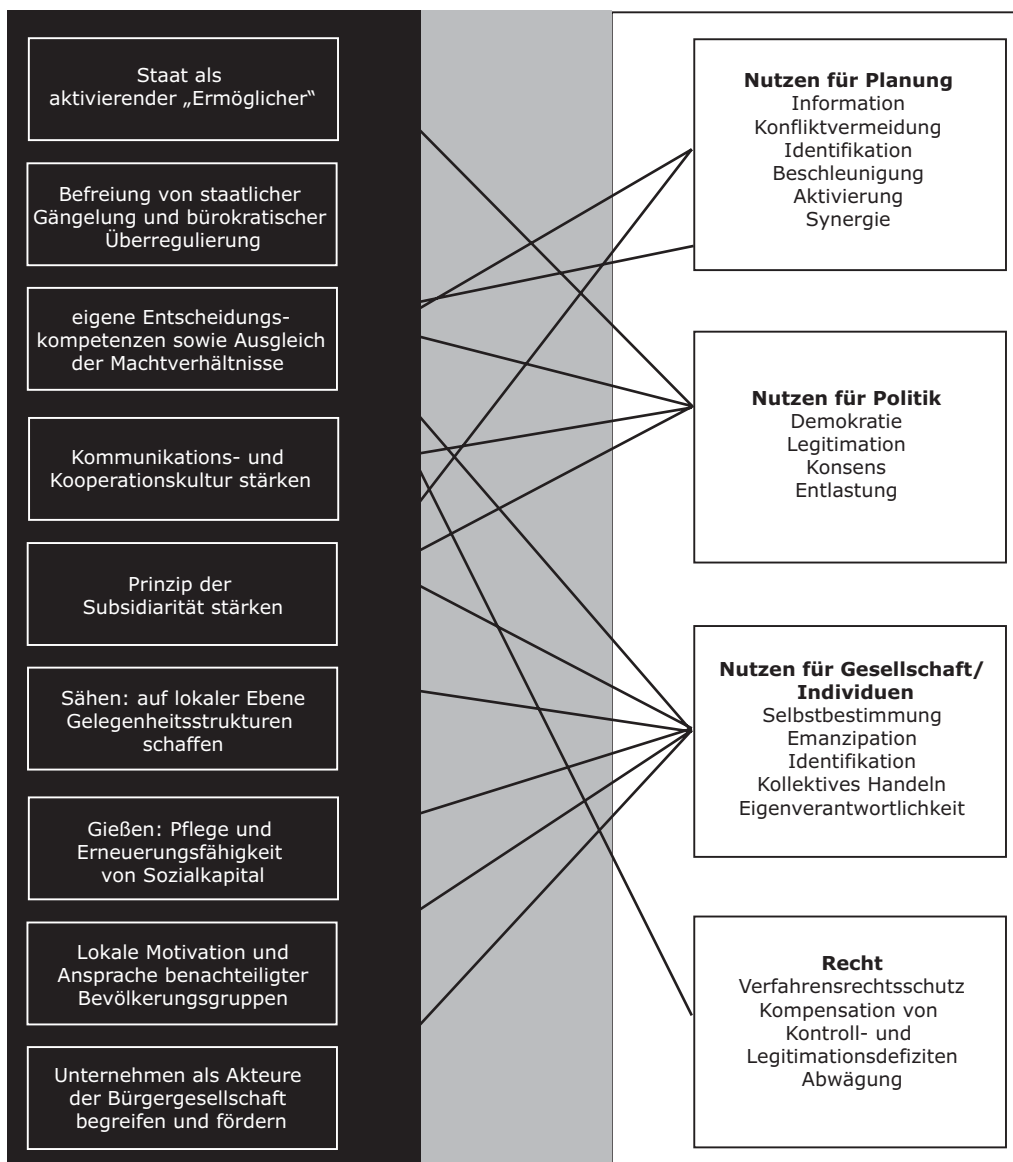


Abb. 11: Zusammenhang der Vorteile von Beteiligung (rechts) zu den Förderansprüchen von Zivilgesellschaft (links) in skizzierter Darstellung

2-3 Kontexte zivilgesellschaftlicher Planung

Kontexte, in denen sich zivilgesellschaftliche Planung abspielt, können vor allem nach inhaltlichen Handlungsfeldern und weniger über räumliche Kriterien abgegrenzt werden.

2-3-1 Räumliche Kontexte

„Die Ebenen der Planungsprozesse und Entwicklungsvorhaben reichen vom eigenen Grundstück, über den Wohnblock, die Siedlung, den Stadtteil/das Dorf bis hin zur Ebene der Stadt und Region“ (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 317). Je höher die Ebene der Beteiligung aber ist, desto weniger direkte Betroffene agieren, sondern vielmehr Vertreter einzelner Interessengruppen. „Die Beteiligungsebene ist von den Formen und Verfahren weitestgehend unabhängig“ (a.a.O.). Die Beteiligung und damit auch Engagement sind zuerst vom inhaltlichen Gegenstand abhängig (vgl. Selle 2000: z1).

Eine Zuordnung über räumliche, administrative Ebenen hinaus in die siedlungsstrukturelle Ebene, lässt sich nur schwer vornehmen. Zunehmende sozialräumliche Segre-

gationsprozesse allerdings klassifizieren Gebiete, in denen sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen häufen (siehe Akteursungleichgewichte unter 2-4-2). Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre formen heute vornehmlich den Siedlungstyp, in dem sich sozial ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen konzentrieren (vgl. Haus 2005:25, siehe Exkurs zur Spaltung der Städte auf Seite 33).

2-3-2 Inhaltliche Kontexte

Je nach Handlungsfeld werden unterschiedliche Ziele und Zielgruppen zur Beteiligung angesprochen (vgl. Selle 2000: z1):

- Das Feld der lokalen Demokratie,
- das Feld der Beteiligung an Programmen, Plänen und Projekte (von öffentlichen Akteuren ausgelöst),
- das Feld der kommunalen Dienstleistungen und
- das zunehmend wichtigere Feld der Kooperation kommunaler und anderer Akteure.

Abb.12: inhaltliche Kontexte der Beteiligung



Die nebenstehende Grafik (Abb. 12) zeigt, wie sich je nach Handlungsfeld die Rollen und Ziele des Akteurs Bürger variieren können. Je nach Gegenstand können diese auch auf Akteure des Dritten Sektors und Unternehmensakteure übertragen werden. D.h. auch diese Akteure können ihre Interessen als Lobbyisten in der lokalen Demokratie vertreten, auch sie können Betroffene oder Beteiligte von Planungsprozessen sein, auch sie sind Kunden kommunaler Dienstleistungen mit Nutzungsansprüchen und auch sie können und werden immer mehr zu Akteuren mit Eigenaktivitäten und zu Partnern z.B. der Stadtentwicklung.

2-4 Akteursrollen und -ungleichgewichte

2-4-1 Rollen der Akteure

In jedem dieser oben aufgeführten Felder haben die jeweils Mitwirkenden andere Rollen, verfolgen andere Ziele und gehen miteinander nach verschiedenen Regeln um (vgl. a.a.O.). Dieses Rollen- und Zielgefüge muss erkannt, transparent gestaltet und in der Planungsbeteiligung wie –kooperation bewusst behandelt werden (vgl. a.a.O.). Aus den Rollen ergeben sich verschiedene Beteiligungsmotivationen und –chancen. Letzteres sind jedoch ungleich gewichtet und verteilt.

2-4-2 Ungleichgewichte zwischen Akteuren

Das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure zwischen Staat, Markt und Haushalten ist durch ungleiche Ausgangsvoraussetzungen im Sinne von gleichen und ungleichen Teilhabechancen und ökonomischen Positionen geprägt. Bürger unterscheiden sich durch ihre Herkunft, ihr Alter, ihre persönliche Lebenslage, ihren Bildungsstand, ihren sozialen Status, ihr Geschlecht, ihre Einstellungen und Wertorientierungen (vgl. a.a.O.). Selle bezieht die Ungleichheiten zwar im Wesentlichen auf Bürger, Unternehmen können darunter aber ebenfalls gefasst werden. Intermediären Organisationen des Dritten Sektors wird eine Sonderrolle zugewiesen.

Marginalisierte Bevölkerungsgruppen

Informell werden Bürger „sofern sie über Kapital, Grundeigentum oder sonstige planungsrelevante Rechte verfügten“ (Selle 1996: 62) schon immer beteiligt. Die ökonomische Stellung und „das damit verbundene Informations-, Artikulations- und Beein-

flussungspotenzial“ (Selle 2000) polarisiert sich jedoch zunehmend in den Städten (siehe Exkurs auf Seite 33). Sozioökonomische Ungleichheiten, oft gepaart mit bestimmten ethnischen Herkunftsn ballen sich aufgrund zunehmender Einkommensunterschiede und eines freieren Wohnungsmarkt (vgl. Haus 2005: 27) in bestimmten Stadtteilen. Der Begriff der sozialen Exklusion bringt weitere mögliche Ungleichheiten auf den Punkt.

Soziale Exklusion

Soziale Exklusion oder soziale Ausgrenzung kann als Gegensatz zu sozialer Integration verstanden werden. Sie beinhaltet die Entwertung des Status als vollberechtigtes und teilhabefähiges Gesellschaftsmitglied und kann verschiedene Ursachen haben. Gründe können ökonomischer (durch ökonomische Randlage bzw. Armut), geschlechtsspezifischer oder ethnischer Natur sein. Drei Faktoren spielen davon abgesehen eine zentrale Rolle:

- politische Organisationsdefizite der Betroffenen,
- staatliche Steuerungsdefizite und
- das Zusammenspiel von den verschiedenen persönlichen oder kollektiven Merkmalen der Ausgeschlossenen und der Dynamik marktvermittelter Ungleichheit (vgl. a.a.O.).

Ungleichheiten bedingen ungleiche Behandlung, um einen gerechten Beteiligungsprozess zu gestalten. Dazu muss auf die spezifischen Voraussetzungen der Gruppen eingegangen und Auswahl bzw. Ausgrenzung durch Verfahren gemindert, wenn nicht gar vermieden werden. Die Schlagworte lauten hier *Empowerment* durch zielgruppenbezogene Aktivierung und ortsnahe Beratung (vgl. Selle 2000).

2-5 Trägerschaft der Planung

Nicht der Auslöser, sondern der oder die Träger der Planung entscheiden, ob von zivilgesellschaftlicher Beteiligung an planerischen Prozessen oder von zivilgesellschaftlich getragener Planung gesprochen werden kann. Auslöser zeigen aber bereits die Eigenkräfte Veränderungen anzustoßen.

2-5-1 Zivilgesellschaftliche Auslöser

Kommunale Planungs- und Entwicklungsprozesse können von der Zivilgesellschaft und ihren Akteuren (Bürger, Dritter Sektor, Unternehmen) selbst ausgelöst werden oder von der öffentlichen Hand (z.B. Kommune, Fachbehörden, Bezirke und Politik) bewirkt werden. In den vier genannten Bereichen ergeben sich auslösende Faktoren, die Planungsprozesse anstoßen können. Durch private Veränderungswünsche oder öffentlichen Handlungsdruck im lokalen Umfeld der Nachbarschaft, des Stadtteils oder der gesamten Stadt in Bereichen wie z.B. Gesundheit, Verkehr, Soziales, Gewerbe etc.. Ein Blick auf die methodische Entwicklung des Planungsverständnisses von Beteiligung zeigt, dass bis in die 1990er Jahre die Mehrheit der Beteiligungsentwicklungen außerhalb von Politik und Verwaltung - in der Gesellschaft selbst - induziert wurden. Seit Anfang der 1990er Jahre sind auch innerhalb des politisch-administrativen Systems Schübe zur Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen zu verzeichnen (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 30).

2-5-2

Beteiligung und Kooperation in zivilgesellschaftlicher Planung

Das Gros zivilgesellschaftlicher Planung findet durch *Beteiligung und Kooperation im Zusammenspiel mit öffentlichen Akteuren* statt. Beide Verfahrenstypen gestalten kooperative Prozesse, die sich voneinander aber unterscheiden: Beteiligung unterstellt einen zentralen Entscheidungsprozess innerhalb des politisch-administrativen Systems, an dem Dritte teilhaben. Kooperation hingegen ist ein Aushandlungs- und Entscheidungsprozess zwischen zahlreichen Akteuren aus den Sphären von Markt, Staat und privaten Haushalten (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 172).

Ihre Wichtigkeit zeigt sich in ihrer zunehmende Häufigkeit, mit der sie durchgeführt werden und mit der auf sie verwiesen wird (siehe Zusammenhang zwischen Beteiligung und Förderansprüchen der Zivilgesellschaft auf Seite 17). Die Teilnehmungspraxis entstammt vor allem der behutsamen Stadterneuerung von Altstädten in den 1970er und 1980er Jahren. Seitdem weitete sie sich in nahezu alle Planungsbereiche aus und wird heute in vielen Handlungsfeldern der Stadt- und Regionalentwicklung angewandt.

Mit den leerer werdenden Kassen der öffentlichen Haushalte in den 1980er Jahren wurden parallel immer mehr große Bau- und Entwicklungsvorhaben von Grundstückseigentümern, Investoren und Kommunen gemeinsam angegangen (vgl. Selle 1996: 66). Sie bilden die klassischen *Public-Private-Partnerships* als Kooperationsform. Kooperationen werden erst seit den 1990er Jahren in breiteren Kontexten angewandt. Die Facetten von Teilnehmungs- und Kooperationsformen sind in der Praxis sehr ausdifferenziert und vielfältig. Beide sind in baulich-räumlichen Planungskontexten wie auch sozialen, ökologischen oder infrastrukturellen Entwicklungs- oder Umbauprozessen, im kleinen Maßstab einer Nachbarschaft bis in die Region hinein zu finden.

2-5-3 Zivilgesellschaftlich getragene Planung

Von zivilgesellschaftlich *getragener* Planung im engen Sinn kann erst gesprochen werden, wenn die Gestaltung eines oder mehrerer Handlungsfelder im lokalen Umfeld eigenständig gestaltet und (ökonomisch selbstständig) umgesetzt wird.

Gegenplanung und Aneignung

Rein zivilgesellschaftlich getragene Prozesse vollziehen sich durch Formen der Aneignung von Raum als „*Resultat der Möglichkeiten (...) etwas den eigenen Wünschen, Ansprüchen, Erwartungen und konkreten Vorstellungen gemäÙes zu tun und hervorbringen zu können*“ (Chombart De Lauwe 1977 in Obermaier: 8). Dazu gehört Kauf, Erben, Mieten oder Besetzen von Eigentum im städtischen Raum. Die Gestaltung des angeeigneten Raumes kann sich durch Gegenplanung zu bestehenden Vorstellungen der Stadtoberkeiten und in der Umsetzung unabhängig von bestehenden Eigentumslagen in subkulturellen Milieus in leer stehenden Häusern und Brachen zeigen.

Beispiel: Park Fiction in Hamburg

Park Fiction ist ein sehr bekanntes Beispiel rein zivilgesellschaftlich induzierter und eigenständig durchgeführter Gegenplanung. Mitte der 1990er Jahre hatte die Stadt Hamburg gerade für eine Top-Lage gegenüber von Dock 10 in der Nähe der Landungsbrücken einen Bebauungsplan erlassen, der den Weg für eine lukrative Bebauung zuließ. Es kam entgegen üblichen Protesten gegen solche Pläne zu einem parallelen Planungsprozess, angeregt und durchgeführt durch ein „Netzwerk aus interventionistischen AnrainerInnen, sozialen Einrichtungen, Golden Pudel Club, KünstlerInnen und Hafenstrasse“ (www.parkfiction.org: z1). In einem kreativen und aktivierenden Teilnehmungsprozess entwickelte sich mit den Bewohnern ein Konzept für eine Parknutzung in dieser prominenten Lage. U.a. durch Präsentation und Erfolg des Konzepts auf der „documenta 11“ konnte sich diese Gegenplanung durchsetzen, wurde und wird bis heute in einem mit Hürden gepflasterten Weg in Kooperation mit der öffentlichen Hand umgesetzt.



Implementierung von zivilgesellschaftlich getragener Planung

Die Gestaltung und Umsetzung muss nicht zwangsläufig *gegen* staatliche Grenzen oder fremdes Eigentum laufen. Zivilgesellschaftlich getragene Planung kann in Kooperation mit öffentlichen und/ oder anderen privaten Akteuren geplant, gefördert und als Stadtteilentwicklungsziel betrachtet werden. Das Beispiel *Park Fiction* zeugt davon, dass es in der Legitimierung der Planung schließlich nicht ohne öffentliche Kooperationspartner geht. Ursprünglich illegitimen Zwischennutzungen, zum Beispiel, werden heute als Instrument der Stadtentwicklung für wirtschaftlich entwertete, noch nicht verwertbare Grundstücke oder gar ganze Areale als Keimzellen für Planung von unten (z.B. Amsterdam Kinetic North, vgl. Oswalt 2002: 47) eingebunden.

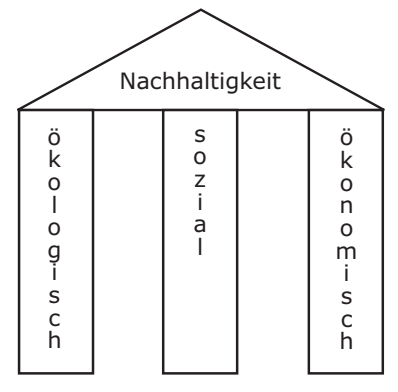
2-6 Soziale und ökonomische Nachhaltigkeit als Stadtteilentwicklungsziele

Soziale und ökonomische Nachhaltigkeit sind wichtige Voraussetzungen für die Implementierung von zivilgesellschaftlich getragener Planung. Besonders für benachteiligte Stadtteile, in denen ökonomisch schlechter ausgestattete Bevölkerungsgruppen leben, ist dies von Bedeutung. Der nächste Abschnitt geht auf die Ursprünge sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit zurück und stellt heraus, dass unter den gegebenen Bedingungen eines *schwächer* werdenden Staates beide Dimensionen wichtiger werden. Daraufhin zeigen konzeptionelle Ansätze die Übertragung in die Praxis mit programmatischen Ansätzen und geben beispielhafte Formen der Anwendung.

2-6-1 Das Drei-Säulen-Konzept der Nachhaltigkeit

Das 1987 von der Brundtland-Kommission aufgestellte Leitbild versteht unter Nachhaltigkeit eine Entwicklung „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (www.nachhaltigkeit.info: z1). Es wird heute als Grundlage für die meisten Nachhaltigkeitsdebatten verwandt. In diese Forderung gilt es die ökonomische, ökologische und soziale Dimension menschlicher Entwicklung einzubeziehen und integrative Lösungen zu entwickeln. Die drei Dimensionen sind gleichrangig zu behandeln (vgl. Brandl/Hildebrandt 2002: 17). Tatsächlich wurde die Konkretisierung dieses Anspruches jedoch weitgehend auf ökologische Fragen beschränkt. Für die ökonomische und soziale Dimension fehlen konkrete Handlungskriterien überwiegend. Erst in den letzten Jahren wurden qualitative Kriterien für die soziale und ökonomische Dimension ausgearbeitet (vgl. Brandl/Hildebrandt 2002: 17-22). Unter den Vorzeichen eines sich zurückziehenden Staates und weniger zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln, müssen Maßnahmen und Instrumente der Planung aber dauerhaft sozial und ökonomisch wirken können. Die ökologische Dimension ist zwar ebenso bedeutend, wird in dieser Arbeit jedoch nicht weiter betrachtet.

Abb. 13: Drei Säulen



Soziale Nachhaltigkeit

Das oben genannte Leitbild nachhaltiger Entwicklung basiert auf einem Verständnis von Gerechtigkeit, welches sehr sozial ist. Bisherige Ausarbeitungen zu sozialer Nachhaltigkeit umfassen in ihren Zielvorgaben Gesundheitserhalt, die Sicherung und Erhalt von sozialer Integration und Partizipation sowie die des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

In einem erweiterten Verständnis von Brandl/Hildebrandt können diese um zentrale Elemente zivilgesellschaftlicher und partizipativer Entwicklung ergänzt werden (vgl. a.a.O.: 29f.):

- eigene Arbeit in verschiedenen Formen der Erwerbs-, Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit als Grundlage selbstbestimmter Lebensführung
- selbstbestimmte Lebensführung bedeutet die umweltgerechte Befriedigung materieller Grundbedürfnisse, Gesundheit und die Möglichkeit lebenslanger Lernprozesse
- sofern eine eigenaktive Versorgung nicht möglich ist, wird sie durch ein gesellschaftliches Sicherungssystem ergänzt (soziale Gerechtigkeit)
- aktive Teilhabe setzt die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur und Beteiligungsrechte durch einen aktiven und aktivierenden Staat und intermediären Organisationen voraus

Die Kriterien entsprechen den Forderungen zur Stärkung und Umsetzung zivilgesellschaftlicher und beteiligungsorientierter Prozesse und betonen den Charakter der eigenständigen Lebensführung besonders aus der Sicht von Arbeit und eigenständigen Versorgung. Der Ansatz deutet damit ökonomische Elemente der Selbsthilfe an.

Ökonomische Nachhaltigkeit

In der rein ökologischen Sichtweise wird der Prozess der Wertschöpfung der Ökonomie ausgeklammert und diese auf die Funktion einer *black box* in einem Stoffdurchflusssystem¹ reduziert (vgl. a.a.O.: 22). Die Wertschöpfung stellt sich als „Kombination von erneuerbaren und nicht erneuerbaren Rohstoffen und Energie mit physischem Kapital² und dem spezifischen Input aus ...Wissen dar“ (a.a.O.: 23).

Ökonomische Nachhaltigkeit lässt sich „als Erhalt der ökonomischen Leistungsfähigkeit durch die Sicherung der Produktionsgrundlagen über die Zeit beschreiben“ (a.a.O.: 23). Darin inbegriffen sind die Substitutionsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Kapitalformen. Die Möglichkeiten des Austausches zwischen verschiedenen Ressourcen sind dabei nicht unbegrenzt (vgl. a.a.O.). Erfordert das Ziel einer Produktion ein Mindestmaß eines bestimmten Produktionsmittels, spricht man deshalb von *begrenzter Substitution*. Von *alternativer bzw. vollständiger Substitution* ist die Rede, wenn durch vollständigen Ersatz bzw. Verzicht des einen Produktionsmittels durch ein alternatives, dennoch das Produktionsziel erreicht werden kann (vgl. Blum 2000: 90). *Alternative Produktion* ist dadurch gekennzeichnet, dass ein bestimmtes Produktionsmittel, welches zur Produktion eines Gutes eingesetzt wird, nicht gleichzeitig alternativ zur Produktion eines anderen Gutes eingesetzt werden kann. Die gegenseitige Beeinflussung der Güter ist durch Konkurrenz um knappe Produktionsmittel gekennzeichnet. Geregelt wird diese Konkurrenz durch die Zuordnung der Güter auf mehrere Ziele durch Ressourcenallokation (vgl. Alisch 2004: 92, 94). Diese ausführliche Beschreibung wird später im dritten theoretischen Zugang der Fragestellung (*Rufe nach den richtigen Ressourcen?*) noch relevant werden.

Unter diesen Gesichtspunkten ist nach Brandl/ Hildebrandt (vgl. Brandl/Hildebrandt 2002: 24) eine Gesellschaft ökonomisch nachhaltig, wenn sie:

- ihre ökonomische Leistungsfähigkeit dauerhaft zumindest erhält (unter funktionalem Erhalt und Entwicklung des gesamten Kapitalstocks und unter Sicherung von nicht substituierbaren Ressourcen)
- Anreize zur Wirtschaftlichkeit und zur Verbesserung derselbigen erhält und schafft (statische und dynamische Effizienz) und
- die Anreize u.a. derart gestaltet, dass das Eigeninteresse dem Gemeinwohl dient

¹ Als Stoffdurchflusssystem nimmt sie Stoffe und Energie aus der Natur auf und gibt sie in Form von Emissionen und Abfällen wieder an die Natur zurück (vgl. Brandl/ Hildebrandt: 22).

² Kapital wird unter volkswirtschaftlichen Aspekten als der Bestand an sachlichen Produktionsmitteln (z.B. Grundstücke, Maschinen) in Anlagen oder in beweglicher Form von Vorprodukten und Vorräten (Betriebskapital) und Forderungen (Geldkapital) sowie auch an menschlichen Fähigkeiten (Humankapital) verstanden. Kapitalstock gibt die Höhe des verfügbaren Kapitals an (vgl. Brockhaus 2000: 177).

³ In der breiten Auslegung und Umsetzbarkeit liegt nach Luks die Schwäche und Stärke des Begriffes der Nachhaltigkeit. Grundlegender Kern ist, dass gesellschaftliche Entwicklungen nicht auf Kosten zukünftiger Generationen gehen dürfen (vgl. Luks 2002: 7-8).

Die Übertragung dieser Nachhaltigkeitskriterien auf praktische Fragen der tragfähigen Gestaltung von Gesellschaft und von Planung gestaltet sich auf vielen gleichzeitigen Wegen (z.B. in der *Lokalen Agenda 21* und in der *Sozialen Stadt*). Sie sind jedoch nicht aufeinander abgestimmt oder entstammen zwangsläufig diesen Kriterien und bringen unterschiedliche Formen der Umsetzung heraus³. Als konzeptionelle Ansätze der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit in der Stadt werden folgend *Urban Governance* und *gemeinwesenorientierte Ökonomie* sowie die programmatischen Ansätze der Sozialen Stadt und des Impulsprogramms *Initiative ergreifen* aus Nordrhein-Westfalen (NRW) vorgestellt. Beispielhaft werden zusätzlich drei Instrumente der beteiligungsorientierten Planung aufgegriffen, die soziale und ökonomische Nachhaltigkeit fördern.

2-6-2 Urban Governance als Umgang mit der Selbststeuerung

Ergänzend zur Krise der Steuerung des Staates (*Government*) und mit der Erkenntnis, dass gesellschaftliche Probleme in der Zukunft nur gemeinsam zu lösen sind, formierten sich unter dem Begriff *Governance* verschiedene Forschungsansätze (vgl. Brandl/ Hildebrandt 2002: 195). Als junges Forschungs- und Praxisfeld befasst sich Urban Governance mit den „neuen, weichen Formen der Vernetzung von Akteuren ..., die ergänzend zu den traditionellen Strukturen, dem ‚government‘, die kommunalen Geschichte mit beeinflussen“ (Fürst 2007:6). Hilfe zur Selbsthilfe als Hilfe zur Selbststeuerung kommt aus der Erkenntnis, dass die Stadtentwicklung von einer Vielzahl von Kräften außerhalb von legitimierten politischen Strukturen geprägt wird (vgl. Fürst 2007: 5). Selle spricht von *selbstaktiven Feldern*, mit denen Planer umgehen müssen (vgl. Selle 1991: 42/43).

Netzwerke

Die Netzwerkdefinition der *Urban Governance* steht sehr nahe an der des Sozialkapitals und wird nachstehend mit ihr synonym behandelt. Das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure der drei Sphären Staat, Markt, Haushalte und der Dritte Sektor wird durch die unterschiedlichen Handlungslogiken⁴ der Akteure gekennzeichnet. Kollektives Handeln funktioniert am einfachsten über Netzwerke. Sie sind durch freiwillige Kooperation, weitgehende Hierarchiefreiheit und gemeinsame Problemverantwortung im Sinne einer gemeinsamen Leitidee gekennzeichnet. Dauerhafte Netzwerke müssen für ihre Stabilität interne Regelbildung, Ausbau von Zusatznutzen für die Mitglieder und verbindende Visionen aufweisen können, da diese Netzwerke von Freiwilligkeit und Kosten-Nutzen-Kalkül bestimmt sind. Visionen, eine Leitidee oder gemeinsame Problemverantwortung bilden dabei starke Bindungskräfte (vgl. a.a.O.: 7).

Governance Arrangements

Solche *Governance Arrangements* stellen „handfeste Akteurskoalitionen“ dar, die „Interessen verfolgen und Wege finden, diese auch politisch-administrativ durchzusetzen“ (a.a.O.: 9). Damit ist die Grundproblematik von *Governance Arrangements* umrissen: Unabhängig von parlamentarischer Legitimation haben sie Einfluss auf politische Entscheidungen. Das kann zu Akzeptanzproblemen führen und Demokratie unterhöhlen, sofern sie nicht durch das letzte Wort von politischen Entscheidungsträgern oder durch die Qualität von Ergebnissen (Outputlegitimation) legitimiert werden (vgl. a.a.O.: 6/7). Kriterien sozialer Nachhaltigkeit werden durch Beteiligung und Kooperation in solchen Netzwerken übertragen. Für Stadtplaner gilt es, die Netzwerke als Kooperationen ausfindig zu machen und mit ihnen im Stadtentwicklungsprozess umzugehen. Denn das Umgehen dieser Gegebenheiten kann Ergebnisse planerischer Prozesse und soziale Nachhaltigkeit beeinflussen.

2-6-3

Gemeinwesenökonomie zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit

Ansätze für die Verbindung ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit liefert die Gemeinwesenökonomie. Dort wird plädiert für eine „Erweiterung gesellschaftlich anerkannter Handlungsbereiche durch die Öffnung und Erschließung von Optionen sozialer und ökonomischer Eigenproduktion und politischer Selbstorganisation im lokalen Kontext besonders für diejenigen, die auf das Gemeinwesen als Ort der Lebensbewältigung und Existenzsicherung am stärksten angewiesen sind. Es geht hierbei auch um die Rückbettung nicht marktvermittelter Tätigkeiten in alltägliche Lebenszusammenhänge durch Formen der Subsistenzwirtschaft, des Tausches, der Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe und Erwerbsarbeit im lokalen Umfeld“ (Elsen 2003: 23).

Die Voraussetzungen der Akteure zur Teilhabe und Selbstgestaltung sind ungleich verteilt. Insbesondere in benachteiligten Stadtteilen mit ökonomisch schwachen Bevölkerungsgruppen wirkt sich das Ungleichgewicht von Ressourcen auf Kooperationen aus. Selle fragt deswegen zu Recht: „Wie kann das schwächere ökonomische Gewicht, die geringe politische bargaining power, ausgeglichen oder kompensiert werden?“ (Selle 1991: 43).

Wirtschaftliches Handeln im Gemeinwesen

Die *Gemeinwesenökonomie* steht dafür, dass sich die Gemeinwesen⁵ als ökonomisch handelnde Subjekte verstehen. Das Gemeinwesen wird hierbei als zentraler Bezugsort von wirtschaftlichem Handeln bezeichnet. Unter Ökonomie werden hier „alle Formen der Produktion und Reproduktion menschlicher Lebensbedingungen“ verstanden. Nach dieser Definition macht es keinen Sinn, „die Gesellschaft in einen ökonomischen Bereich [aufzuteilen], der als produktiv gilt und einen sozialen Bereich, der angeblich nur unproduktiv ist und Geld kostet“ (Birkhölzer 2000: 23). Es wird stattdessen davon ausgegangen, dass „die Begriffe ‚ökonomisch‘ und ‚sozial‘ nur verschiedene Aspekte desselben Prozesses beschreiben, innerhalb dessen die ökonomischen Aktivitäten die Mittel darstellen zur Realisierung individueller oder sozialer Zielsetzungen“ (a.a.O.). Dementsprechend sind Ansätze zur (Wieder-)herstellung eines Gemeinwesens durch Defizit- und Ressourcenanalysen⁶ geprägt.

⁴ Politiker: machtorientiert, territorial; Unternehmer: marktorientiert, funktional; Dritter Sektor: ideengeleitet, Gruppenbezogen (vgl. Fürst 2007: 6)

⁵ Gemeinwesen bezieht sich im weitesten Sinne auf einen „geographisch oder kulturell abgrenzbaren Raum mit historisch gewachsener Struktur und Identität“ (Birkhölzer 2000: 22), kann im engeren Sinn auf die lokale Ebene von Nachbarschaft, Quartier und Stadtteil im städtischen Raum bezogen werden.

⁶ Es sollen u.a. „der Mangel an Gütern und Dienstleistungen, die Defizite in der Ver- und Entsorgung ... systematisch erfasst und in einer Bilanz den ungenutzten oder unzureichend genutzten Potentialen bzw. Ressourcen gegenübergestellt werden, wozu auch die Analyse gehört, welche Potentiale und Ressourcen überbeansprucht oder sinnlos verbraucht wurden“ (a.a.O.: 24).

2-6-4 Programmatische Ansätze

Soziale und ökonomische Nachhaltigkeit werden neben der *Lokalen Agenda 21* vor allem im Bund-Länder-Programm *Sozialen Stadt* und in dem Impulsprogramm *Initiative ergreifen* aus Nordrhein-Westfalen beachtet. Dabei steht *Initiative ergreifen* als ein ausdrücklicher Versuch gezielt zivilgesellschaftliches Engagement und Stadterneuerung miteinander zu verknüpfen.

Die Soziale Stadt

Als inhaltliches Oberziel eingebunden im Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt* wird deutlich, dass Nachhaltigkeit über ökologische Tragfähigkeit hinaus fassbar und elementar für die soziale Stadtteilentwicklung ist: „*Zum einen geht es darum, eine dauerhafte und selbsttragende, also nicht ständig und vollständig von öffentlichen Subventionen getragene Entwicklung im Stadtteil zu initiieren. Zum anderen ist hiermit gemeint, dass mit dem Programm ein integrierter Ansatz zu verfolgen ist, der ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Ziele gleichermaßen verfolgt*“ (Löhr 2004: z1).

Für die Förderung einer „*Kultur der Selbstständigkeit*“ anstatt einer „*Kultur der Abhängigkeit*“ (Löhr 2004: z1) stehen Ziele der „*Lokalen Ökonomie, Arbeit und Beschäftigung*“ in ihren verschiedenen Ausprägungen. Elsen weist allerdings darauf hin, dass „*die Programme eine nachhaltige Wirkung nur da erzielen [werden] können, wo sie entweder innerhalb eines bereits begonnenen Prozesses eigenständige Entwicklung vorantreiben, oder als Entwicklungskeim längerfristige Perspektiven auch jenseits der Programmlaufzeit eröffnen*“ (Elsen 2003: z1).

Verschiedenste Projekte in unterschiedlichen Handlungsfeldern werden seit 1999 unter dem Dach der *Sozialen Stadt* geführt. *Initiative ergreifen* ist ein Partnerprogramm der Sozialen Stadt.

„Initiative ergreifen“ -

Ein Programm zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements

Das experimentelle Impulsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalens (NRW) von 2001-2004 kann als erster ausdrücklicher programmatischer Ansatz für bürgerschaftliche Projekte gelten und ist vor allem mit seinen Förderbedingungen für zivilgesellschaftliche Projekte interessant. Im Bereich der Städtebauförderung und stadtteilbezogener, kultureller und sozialer Projekte sollten bürgerschaftliche Projekte, neue Arbeit und die Lebensqualität in den Siedlungen und Stadtteilen verbessert werden. 30 Projekte wurden auf diese Art gefördert – vornehmlich kulturwirtschaftliche und unternehmerische Projekte.

Unterstützt und angesprochen wurden gesellschaftliche Initiativen, die „*für ihre Projekte eine wirtschaftlich und organisatorisch tragfähige Perspektive zu entwickeln in der Lage sind*“ (Boll u.a. 2004: 33). Über „*Investitionen in die Steine*“ (mit der Städtebauförderung) wurden „*Investitionen in die Köpfe*“ gemacht und beim Aufbau von eigenständigen Unternehmen an der Schnittstelle von gemeinnützig-unprofitablen und erwerbswirtschaftlich-profitablen Nutzungen geholfen. Nutzungsideen und gemeinwesenorientierte Ökonomie bildeten damit die Grundlage der Förderung.

Die unterstützten Projekte mussten Gewähr bieten nach einer Anlaufzeit mit Anschubförderung eigenständig zu sein. Von Anfang an mussten sich die Initiativen darüber Gedanken machen, wie sie finanziell verantwortlich und mittelfristig eigenständig sein konnten. Zunächst über das Aufbringen eines Eigenanteils durch die Gemeinschaftsinitiative (auch durch Alternativstrategien des Fundraisings⁷, Sponsorings und baulicher Selbsthilfe), über die Gründung von Betreibergesellschaften und schließlich über den Aufbau eines selbstständigen Betriebs. Dem *Initiative ergreifen* - Ansatz lag damit ein klarer Förder-und-Fordern-Ansatz zugrunde.

Übergeordnet stand die Frage, ob dieser Förderansatz hilft, zivilgesellschaftliches Potenzial zu mobilisieren. Die Antwort auf die Frage hieß Ja und gebar die Erkenntnis,

⁷ Fundraising bezeichnet die Erstellung einer Kommunikationsstrategie für die Beschaffung von Finanzmitteln, und zwar vor allem für Mittel, die nicht nach klaren Förderkriterien vergeben werden und nicht regelmäßig fließen (vgl. Haibach 2002: 19).

dass die Förderung durch den Aufbau der Projekte vor allem Zeit braucht. Das beginnt mit der ersten Kontaktaufnahme und Prüfung, ob und wie Projekt und Programm zusammenpassen; geht über zur Projektentwicklung über einen intensiven Arbeits- und Qualifizierungsprozess mit allen Beteiligten bis zu einer Förderempfehlung, dem Fördervertrag und weitere Begleitung in der Umsetzung und der betrieblichen Einstiegsphase bis zur Stabilisierung des Projekts am Ende. Der Begleitprozess dauert auf diese Art mindestens drei, bei größeren Projekten bis zu sieben Jahre (vgl. Boll u.a. 2004: 33ff.).

2-6-5 Instrumente

Nachstehend werden aus der Fülle kooperativer Methoden drei Instrumente vorgestellt, die besonders zur sozialen und ökonomischen Selbstverantwortung von Zivilgesellschaft beitragen: lokale Partnerschaften, intermediäre Organisationen und Bürgerstiftungen.

Lokale Partnerschaften

Zunehmende Kooperationen mit anderen privaten Akteuren vor Ort, die nicht ausschließlich gewinnorientiert arbeiten (z.B. aus Stadtteilinitiativen, Non-Profit-Organisationen und lokalem Gewerbe) erweitern den ursprünglichen Begriff *Public-Private-Partnership* und es wird von *lokalen Partnerschaften* gesprochen. Je nach Ausrichtung, Teilnehmern und verbindlichen Rahmenbedingungen gibt es zahlreiche unterschiedliche Kooperationsausprägungen. Die zentralen Funktionen von lokalen Partnerschaften verdeutlichen ihre Wichtigkeit für eine aktive Zivilgesellschaft:

- Zusammenführen unterschiedlicher Akteure zur Auseinandersetzung mit gemeinsamen Problemen,
- Mobilisierung lokaler (endogener) Entwicklungspotenziale und
- die Entwicklung selbst tragender, nachhaltiger Problemlösungen.

Intermediäre Organisationen

Die Inkongruenzthese Selles besagt: „*Wenn neue Aufgaben oder ein besonders dringlicher Handlungsbedarf auf mangelndes Leistungsvermögen (oder Handlungsinteresse) vorhandener Akteure (Organisationen, Verwaltungen) stoßen, sind damit einige der Voraussetzungen für das Entstehen neuer (in der Regel: intermediärer) Organisationen geschaffen*“ (Selle 1991: 40). Ähnlich des Dritten-Sektor-Forschungsansatzes (vgl. Kapitel I 1-3-2) werden damit intermediären Organisationen besondere Fähigkeiten der Kompensation staatlichen Versagens und sozialen Integration zugeschrieben. Das macht sie für beteiligungsorientierte Planung sehr interessant: Kooperationen zwischen den verschiedenen Sphären von Staat, Markt und Haushalten sind durch unterschiedliche Denk- und Arbeitsweisen der einzelnen Akteure geprägt. Es sind oft schwierige Vermittlungsaufgaben zu bewältigen, die *Brückeninstanzen* auf den Plan rufen, die Verbindungen zwischen diesen Welten herstellen (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 195ff.). Das Aufgabenspektrum richtet sich in nahezu allen Handlungsfeldern von Stadt- und Regionalentwicklung auf Mobilisierung endogener Potenziale, externe Koordination, Aufbau von Kommunikationssträngen, Lösung von Selbstblockaden sowie fachlichen Rat aus.

Bürgerstiftungen

Eine Bürgerstiftung ist eine selbstständige und unabhängige Institution zur Förderung verschiedener gemeinnütziger Zwecke. Sie besteht in einem geografisch begrenzten, also lokalen oder regionalen Wirkungsraum. Bürgerstiftungen betreiben einen langfristigen Vermögensaufbau und machen ihre Organisationsstruktur und Mittelvergabe transparent (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2006: 4). „*Das Ziel einer Bürgerstiftung ist es, einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen (Corporate Citizens) zu ermöglichen, ihre spezifischen Beiträge zum Gemeinwohl unter einem gemeinsamen Dach zu verfolgen. Der langfristige Aufbau des Stiftungsvermögens durch Zustiftungen sichert die finanzielle Unabhängigkeit einer Bürgerstiftung und gewährleistet die Kontinuität der Stiftungsarbeit*“ (a.a.O.). Die Erträge einer Bürgerstiftung fördern und initiieren verschiedene Projekte. Darüber hinaus werden durch Bürgerstiftungen auch neue finanzielle Mittel eingeworben. Die Leitung der Stiftung wird von einem staatlich und organisatorisch unabhängigen Gremium aus Bürgern geleitet (vgl. a.a.O.: 5).

2-6-6 Geschichtetes Nebeneinander

Wie im Abschnitt 2-6-2 ausgeführt, sind diese Dimensionen der Nachhaltigkeit in der Planung schon ein Begriff. Das Leitbild des aktivierenden Staates hin zur Bürgerorientierung ist in den Köpfen zwar zumeist angekommen. Auch in der Praxis ist viel passiert. Dennoch bestehen sogar innerhalb derselben Kommune das als überkommene angenommene Plänen von oben neben guten Beispielen von beteiligungsorientierter Praxis (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 28). Hier kommt es zur Deckung mit der Entwicklung von Beteiligungspraxen, die Selle als Schichten versteht: „während sich die ersten Schichten durch gesetzliche Grundlagen relativ deutlich datieren lassen sind die jüngeren durch Verhaltensweisen (informelle Verfahren) definiert, die es auch in früheren Zeiten gab“ (Selle 1995: 241) (siehe dazu Abb. 14 unten). Hoheitliche Planung steht unvermindert neben kommunikativen Planungsweisen und wird je nach Planungsbedarf und Beteiligungsnotwendigkeit und auch -erwünschtheit eingesetzt (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 36). Das Nebeneinander verschiedener Planungsweisen kann zu Behinderungen zivilgesellschaftlicher Eigendynamik in einem Stadtteil führen, sowohl in sozialer Hinsicht wenn Misstrauen und Politikverdrossenheit aufgrund fehlender Bürgernähe entsteht, als auch in ökonomischer Sicht, wenn mehr alimentiert als motiviert wird.

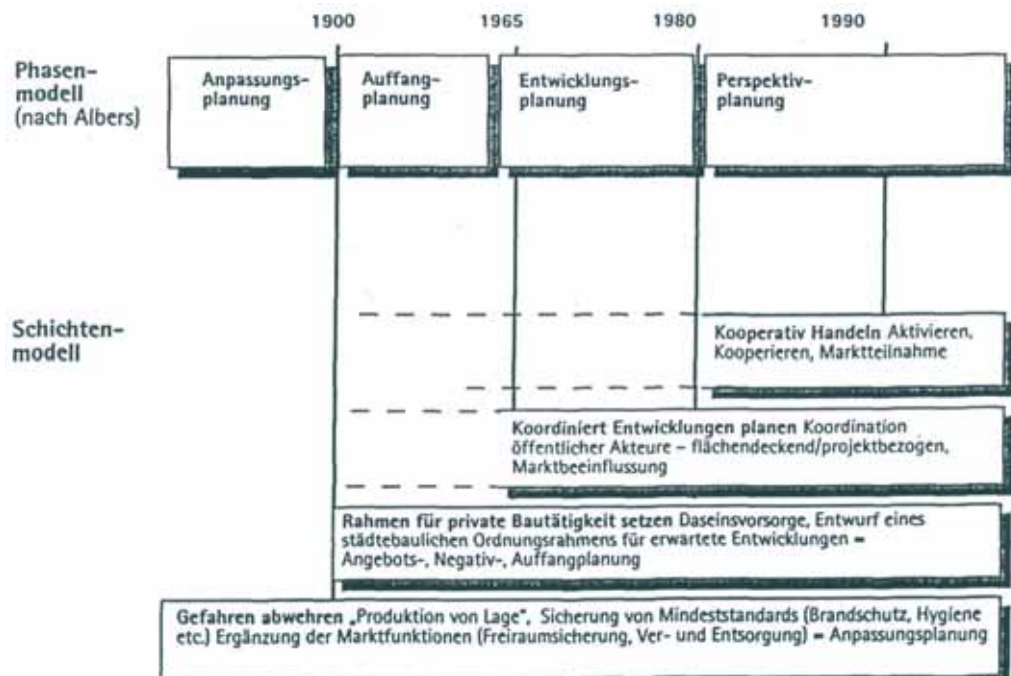


Abb. 14: Aufeinander aufbauende Planungspraxen, die parallele Anwendungen mit sich bringen

2-7 Zwischenfazit

Der Blick auf die räumlichen und inhaltlichen Kontexte zeigt, dass Zivilgesellschaft überall beteiligt werden kann. Dabei muss allerdings vor allem die sozioökonomische Ungleichheit der Akteure beachtet und diese nicht nur nach starker bargaining power ausgewählt werden. Besonders Nachhaltigkeit unter sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten ist in der Einbindung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sehr wichtig. Soziale Nachhaltigkeit wird unter Aspekten der Urban Governance als Erkennen der Selbststeuerungskräfte der Zivilgesellschaft betrachtet. Hilfe zur Selbsthilfe muss vor allem gemeinsame Visionen und Problemverantwortung der sozialen Netzwerke gerecht werden. Ökonomisch kann Nachhaltigkeit durch eigenständiges wirtschaftliches Handeln wie unter gemeinwesenökonomischen und im NRW-Programm Initiative ergreifen vorgestellt, gefördert werden. Das ist vor allem als ein langfristiges Projekt zu begreifen, welches die zivilgesellschaftlichen Kräfte dauerhaft mobilisieren soll und muss entsprechend begleitet werden. Für das wirtschaftliche Handeln sind weiterhin die Betrachtung von lokalen Ressourcen und ihre Austauschbarkeit relevant, da damit etwas über die Flexibilität der Selbsterneuerung der Unternehmung ausgesagt werden kann. Diese ist vor allem für den Dritten Sektor als assoziativen Ort des Engagements bedeutend, wie schon aus dem ersten Kapitel deutlich wurde. Lokale Partnerschaften, Bürgerstiftungen und intermediäre Organisationen im Dritten Sektor fördern die Selbstverantwortung als Instrumente der Quartiersentwicklung besonders. Diesen zum Teil noch relativ jungen Ansätzen können allerdings bestehende Planungspraktiken entgegenstehen. Sie können die zivilgesellschaftliche Eigendynamik behindern.

3 Großwohnsiedlungen – Herausforderungen der Stadtteilentwicklung

Dieses Kapitel widmet sich Großwohnsiedlungen als besonderen Stadtteilty. Diese Siedlungen hatten einen hohen planerischen Anspruch in der Errichtung und sind dennoch heute Modernisierungsverlierer und dauerhafte Fälle der öffentlichen Stadteilerneuerung. Aufgrund von sozialräumlichen Segregationsprozessen häufen sich hier sozial, ethnisch und ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Doch die staatliche Steuerungskrise erreicht auch sie und wird nicht zuletzt deswegen zur Herausforderung zukünftiger Stadtteilentwicklung. Sie sind der räumliche Bezugspunkt der Betrachtung zivilgesellschaftlich getragener Planung in dieser Arbeit.

Nach Definition, Planungsanspruch und Charakteristika der Entstehungsbedingungen wird auf die Wirklichkeit und Ruf der Siedlung eingegangen. Diesen Punkten folgen die heutigen Herausforderungen der Großwohnsiedlungen für die Stadtteilentwicklung aus zivilgesellschaftlicher Sicht.

3-1 Anspruch und Wirklichkeit eines Planungsideals

Die Ausführungen konzentrieren sich weniger auf die städtebaulichen und planungstechnischen Eigenschaften von Großwohnsiedlungen als auf ihre Entwicklung als Lebensumwelt, Problemstadtteile und der planerische Umgang damit. Die Ausführungen beziehen sich wo nicht anders angegeben auf Jessen 1998: 104-114.

3-1-1 Definition

Als Großwohnsiedlungen allgemein werden Wohngebiete bezeichnet, die nach dem 2. Weltkrieg nach einem einheitlichen städtebaulichen Konzept mit einem hohen Anteil an Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus entstanden. Sie umfassen 2500 und mehr Wohnungen und haben daher einen hohen Stellenwert für die Wohnungsversorgung.

3-1-2 Entstehung

Die Ära der Großwohnsiedlungen begann Mitte der 1950er Jahre (Abb. 14), erfuhr ihren Höhepunkt im Bau in den 1960ern und 1970ern (Abb. 15 und 16) und flaute nahe dem Nullpunkt in den 1980er Jahren ab.

Hamburg Neu-Allermöhe ist die einzige Großwohnsiedlung, die in 80ern in West-

Abb. 14-19 von links nach rechts: fünf Dekaden Großsiedlungsbau - 1950er Jahre Bremen-Neue Vahr, 1960er Jahre Nürnberg-Langwasser, 1970er Jahre Hamburg-Steilshoop, 1980er Jahre Hamburg-Neu-Allermöhe, 1990er Jahre Freiburg-Rieselfeld

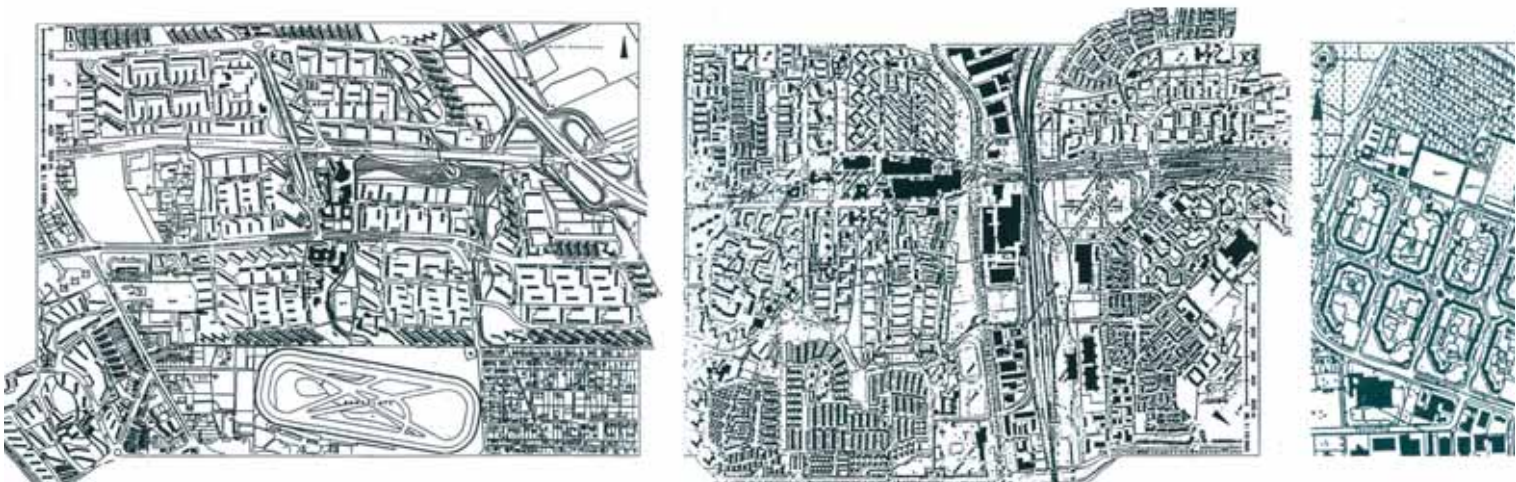




Abb. 20: Großwohnprojekt des neuen Jahrtausends - die HafenCity in Hamburg

deutschland gebaut wurde (Abb. 18). Das Ende des Großsiedlungsbaus wurde mit der ausreichenden Deckung des Wohnungsbedarfs begründet. Diese Einschätzung erwies sich als Fehler, sodass nach entstandenen Engpässen wieder neue großflächige Stadterweiterungen geplant und gebaut wurden. Als aktuelles Beispiel kann dazu die innerstädtische Flächenumnutzung ehemaligen Hafensareals zur *HafenCity* in Hamburg genannt werden (siehe Abb. 20 oben). Allerdings haben aktuelle Großwohnprojekte den Anspruch, nicht die bautechnischen und wohnungspolitischen Fehler der früheren Jahre des Großsiedlungsbaus zu wiederholen, auf die später noch zurückgekommen wird. Großsiedlungen waren kein rein deutsches Phänomen, sondern zog sich durch weite Teile Europas (z.B. Frankreich – Villes Nouvelles, Großbritannien – New Towns). An dieser Stelle sei nur auf die Maßstabsunterschiede verwiesen: Während die größte westdeutsche Siedlung in München Neu-Perlach *nur* 60.000 Einwohner zählt, fassen französische und niederländische Großwohnsiedlungen als geplante Entlastungsstädte der Kernstädte 200.000 bzw. 100.000 Bewohner.

3-1-3 Planungsanspruch und Charakteristika

Als Experimentierfelder der Moderne prägten Großsiedlungen im Wesentlichen die städtebaulichen Leitbilder der Nachkriegsgeschichte (Urbanität durch Dichte), die durch Funktionstrennung sowie Licht, Luft und Sonne geprägt waren.

Die Entstehungsbedingungen von Großwohnsiedlungen haben besondere Merkmale, auf die im Folgenden kurz eingegangen wird:

- Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft hatte und hat großen Anteil an der Entwicklung, Errichtung und Sanierung von Großwohnsiedlungen;
- in enger organisatorischer und personeller Verflechtung mit Kommunen formten sie auf diese Weise frühe *Public-Private-Partnerships*;



- Bürgerbeteiligung wurde bei der Planung nicht durchgeführt, aufgrund des vorherrschenden technokratischen Planungsverständnisses der Planer und der lokalen Öffentlichkeit;
- der soziale Mietwohnungsbau bildete eine wichtige Strategie der sozialen Integration neben der Eigentumsförderung;
- in Demonstrativbauvorhaben wurde neueste Erkenntnisse der staatlichen Forschungsförderung umgesetzt;
- es entstanden fast nur reine Wohnsiedlungen, da das stadt- und infrastrukturelle Konzept eine Mischung von Wohn- und Arbeitsplätzen nicht vorsah (Urbanität durch Dichte);
- stattdessen wurde im Idealfall auf eine gute Erreichbarkeit der Arbeitsmärkte durch den ÖPNV gesetzt;
- Wohnungen und Infrastruktur im Stadtteil wurden auf die *normale* Zweigenerationenfamilie zugeschnitten;
- Großsiedlungen bedeuteten große Aufträge für die Bauindustrie im Fertigteil- und Montagebau von Wohnungen.

3-2 Wirklichkeit und Ruf der Großsiedlungen

Bereits kurz nach Bezug der Wohnungen waren viele Großwohnsiedlungen kritisiert worden, was zu einer bemerkenswert schnellen und umfassenden Umwertung führte. Ursachen konzentrieren sich am stärksten in der anhaltend unzureichenden und verspäteten Ausstattung mit öffentlichen und privaten Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Nahversorgung usw.. Weiterhin lagen sie in den hohen und steigenden Mieten, in mangelhaftem Lärmschutz und in unwirtlichen Wohnumfeldern. Die mediale Berichterstattung und Fachpresse überhöhten diese Probleme und verurteilten Großwohnsiedlungen u.a. als *inhumanen* Städtebau, Beleg für wohnungspolitisches Versagen, Betonburgen, Wohnsilos oder Schlafstädte. Entgegen dieser Etiketten und Kritik konnte aber innerhalb der Siedlungen eine hohe Wohnzufriedenheit der Bewohner in empirischen Studien festgestellt werden.

3-2-1 Soziale Brennpunkte

Nicht zuletzt durch starke anhaltende Bürgerproteste wurden die Ausstattungsmängel nach und nach beseitigt und zum Teil sogar überkompensiert (im Vergleich zu anderen Stadtteilen). Nachsubventionen halfen die Mieten zu senken. Mit der Beseitigung der vorhandenen Mängel verlagerte sich der Schwerpunkt der Kommunalplanung von Stadterweiterung auf Stadterneuerung. Die Phase der Konsolidierung wirkte jedoch nur bis zum Anfang der 1980er Jahre.



Abb. 21: Soziale Unruheherde in den Trabantenstädten vor Paris im November 2005. Insgesamt brannten in weniger als einem Monat über 9200 Autos und es gab über 2800 Festnahmen in ganz Frankreich.

Abb. 22: Trabantenstadt vor Paris

Meldungen über Leerstände in Wohnungen, Probleme der Vermietung, soziale Konflikte, Bauschäden und Vandalismus kamen auf. Gründe hierfür lagen in der Entspannung des Wohnungsmarktes durch die erfolgreichen Sanierungen im Altbau und in der Schwäche des Arbeitsmarktes. Die kommunale Belegungspolitik und die Filterung auf dem Wohnungsmarkt veränderten die ursprüngliche Mietbevölkerung. Statt des anvisierten integrierten und vollbeschäftigten Mittelstandes konzentrierten sich mehr und mehr staatliche Fürsorgeempfänger in den Großsiedlungen. *Soziale Brennpunkte* entstanden. Die kurze Karriere vom Neubau- zum Erneuerungsgebiet fand sich auch in anderen europäischen Staaten wieder. Es kam dort sogar zu heftigeren sozialen Konflikten, aufgrund einer stärkeren ethnischen und sozialen Segregation in den Siedlungen (vgl. Abb. 21 und 22 auf der vorherigen Seite).

3-2-2 Nachbesserung im Bündel

Durch das zunehmende ökonomische Risiko und die sich entwickelnde sozialpolitische Daueraufgabe konnte nur noch die öffentliche Hand eingreifen und stabilisieren. Die „*Nachbesserung von Großsiedlungen*“ bildete einer der ersten Forschungsfelder des Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt).

Die Konzepte zu den Nachbesserungen enthielten verschieden gewichtete Maßnahmenbündel aus folgenden Bereichen:

- bautechnische Sanierungen: u.a. Fassadensanierung und Umgestaltungen von Eingangsbereichen
- städtebauliche Korrekturen: u.a. Wohnumfeldaufwertung und Sanierung der Stadtteilinfrastruktur
- organisatorische Erneuerungen: u.a. Mieternahe Wohnungsverwaltung und veränderte Belegungspolitiken
- soziale Programme: u.a. Initiativen in Ausbildung und Beschäftigung, mehr Sozialarbeit

Erkannt wurde damit aus sozialwissenschaftlicher Sicht, dass baulich-technische Maßnahmen alleine nicht ausreichten. Die zum Teil bis heute noch andauernden Erneuerungen lassen erste Erfolge erkennen: „*Die Fluktuation konnte gesenkt, Leerstand beseitigt, die Haustechnik modernisiert, das Wohnumfeld aufgewertet und die infrastrukturelle Versorgung verbessert werden*“ (a.a.O.: 113).

Offen jedoch ist die nachhaltige Wirkung dieser Aufwertung. Jessen stellt in Frage, „*inwieweit es tatsächlich gelingen kann, den Wohnungsbestand auf Dauer marktfähig zu halten, ... angesichts anhaltender Dauerarbeitslosigkeit, einer wachsenden Zahl von Haushalten, die auf Transfereinkommen angewiesen sind und dem Auslaufen der Sozialbindungen zumindest für manche der Großsiedlungen*“ (a.a.O.).

3-3 Aktuelle Herausforderungen der Stadtteilentwicklung in Großwohnsiedlungen

Die Spaltung der Städte und Konzentration sozialer Exklusion in Großsiedlungen, macht diesen Siedlungstyp zu einer Herausforderung für die Stadtteilentwicklung. Auch zivilgesellschaftliche Ansätze müssen den veränderten Bedingungen gerecht werden.

3-3-1 Großwohnsiedlungen und Zivilgesellschaft

Aufgrund ihrer Karriere sind Großsiedlungen stark durch staatliches Handeln geprägt. Die Kommunen haben jedoch immer engere finanzielle Handlungsspielräume, in denen sie agieren können. Das wurde bereits in den vergangenen Kapiteln als Grund für verstärktes Fördern bürgerschaftlicher Eigenkräfte genannt. Damit wird es auch für Großwohnsiedlungen zum Thema. Großwohnsiedlungen haben als Orte sozialer Exklusion (vgl. Haus 2005: 27), als benachteiligte Quartiere andere Ansprüche in der zivilgesellschaftlichen Stadtteilentwicklung, die hier kurz dargestellt werden.

Exkurs: Spaltung der Städte am Beispiel Hamburg

Die zugrunde liegenden Ursachen für die Spaltung der Städte und stärker werdende Armut liegen zum einen in den weltweiten wirtschaftlichen Änderungen und zum anderen in der lokalen Stadtpolitik. „Aufgrund einer internationalen Arbeitsteilung werden die Kapitalakkumulationsstrategien der Wirtschaft (Flexibilisierung und Deregulierung) in alle Regionen der Erde getragen“ (Alisch/Dschangat 1994: 178). Die neuen weltweiten Konkurrenzen wirken sich je nach Vielfalt und Flexibilität der lokalen Wirtschaftsstruktur positiv oder negativ auf Städte und Regionen aus. Dies äußert sich in Deutschland durch großräumige Polarisierungen, Strukturwandel bzw. Zusammenbrüchen ganzer Regionen (z.B. Ostdeutschland, Ruhrgebiet).

Die Stadt Hamburg zählt zu den Globalisierungsgewinnern und dennoch wächst hier die Zahl der Armen gleichwohl mit. Das trifft am härtesten Kinder in der Hansestadt: 20,4% der Hamburger Kinder leben nach einer Studie von Sozialgeld; in Deutschland insgesamt 1,5 Mio. Kinder (vgl. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband 2005: 3, 13). Hamburg gehörte schon 1994 zu den reichsten Städten Deutschlands mit der höchsten Dichte an Einkommensmillionären und hat dennoch mit die höchste Sozialhilfedichte (jetzt

ALG II) (vgl. Alisch/Dschangat 1994: 177). Die großen Unterschiede haben sich bis heute nicht geändert (siehe Abb. 23). „Es gibt in Hamburg nicht Armut trotz Reichtum, sondern wegen Reichtum“ (Dschangat in Die Zeit 32/ 2006: 11).

Abb. 23: Kinderarmut in Hamburg

Hamburg vorn

Trotz guter Wirtschaftsdaten ist die Kinderarmut in der Elbmetropole hoch

	Arbeitslosenquote (in Prozent, Juni 2006)
Berlin	17,2
Bremen	14,9
Hamburg	11,1
	Arbeitsplatzdichte 2005 (Erwerbstätige je tausend Einwohner)
Berlin	454
Bremen	575
Hamburg	606
	Anteil der Hartz-IV- und Sozialgeldempfänger (in Prozent, Juni 2006)
Berlin	Insgesamt 581 470 17,1
Bremen	26 659 14,1
Hamburg	199 214 11,5
	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2005 (in Euro)
Berlin	23 400
Bremen	36 600
Hamburg	45 900
	Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die von Sozialgeld leben (in Prozent, 2005)
Berlin	Insgesamt 126 300 29,9
Bremen	25 600 28,6
Hamburg	49 800 20,4

ZEIT-Grafik/Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Paritätischer Wohlfahrtsverband

Hamburg hat in seiner lokalen Politik früh („Unternehmen Hamburg“ – Dohnanyi 1983) die Aufmerksamkeit auf eine neue ökonomisch ausgerichtete Standortpolitik gelenkt. Dadurch gerieten benachteiligte Gebiete und Bevölkerungsgruppen sowie Stadtteilinteressen ins Hintertreffen. Die Wohnungspolitik (Verknappung von Wohnraum), der Rückzug des Bundes aus dem Sozialwohnungsbau (Übertragung der Verantwortung auf die Länder) und eine Belegungspolitik, die mit weniger werdenden Verfügungsmasse an Sozialwohnungen mehr Bedürftige versorgen musste, bildeten den wohnungspolitischen Rahmen für die ausgrenzenden Entwicklungen.

Es entwickelten sich drei Gebietstypen, in denen sich sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen konzentrierten (vgl. a.a.O.):

- Wohngebiete aus dem Altbaubestand der inneren Stadt
- Wiederaufbaugebiete der 1950er Jahre
- Großsiedlungen der 1970er und 1980er Jahre

Vor allem innerstädtische Altbaugebiete erfahren mittlerweile einen hohen Aufwertungsdruck (z.B. St. Georg - vgl. P3 TUHH 2003: 44). Die Aufwertung von innenstadtnahen Wohnvierteln führte parallel zum Verlust ehemals preisgünstigen Wohnraums und zu Verdrängungsprozessen in Stadtvierteln, die bereits stigmatisiert waren (vgl. (Alisch/Dschangat 1994: 179f.). So gelten Großwohnsiedlungen heute weiterhin als Orte sozialer Exklusion.

Ghettobildung durch fehlendes Sozialkapital

Der bereits angesprochene Bindungsverlust gesellschaftlicher Einrichtungen (Parteien, Gewerkschaften, Kirche) führen zu einer Privatisierung der Sozialkapitalbildung. In gefestigten Stadtteilen können Bevölkerungsgruppen dies leichter durch kreative informelle Netzwerkbildung ausgleichen (vgl. a.a.O.). Im Gegensatz dazu fehlt die Fähigkeit Sozialkapital zu erneuern scheinbar in benachteiligten Stadtteilen. Haus spricht von Ghettobildung durch „eine weitere Beeinträchtigung der Sozialkapitalausstattung derjenigen, welche die benachteiligten Stadtviertel bewohnen, womit dann auch die Verwertungschancen für noch vorhandenes kulturelles und ökonomisches Kapital sinken“ (a.a.O.). Sozialkapital ist demnach nicht nur Voraussetzung für den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen, sondern bedingt auch die Nutzung vorhandenen Kapitals: „So sind die verschiedenen Arten des Kapitals – ökonomisches, kulturelles und soziales – zwar wechselseitig voneinander abhängig, aber damit nicht beliebig gegenseitig ersetzbar“ (a.a.O.:28).

3-3-2 Zivilgesellschaftliche Perspektive: Motivieren statt Alimentieren

Haus nennt mehrere Herangehensweisen, wie in benachteiligten Stadtgebieten wie Großsiedlungen, Zivilgesellschaft und Sozialkapital aktiviert und genutzt werden können (a.a.O.: 29ff.). Erster Ansprechpartner ist dabei weiterhin der Staat. Jedoch weniger als Leistungserbringer, sondern mehr als *Ermöglicher* und *Stimulierer*, wie es im vorigen Kapitel schon benannt wurde. Die meisten Ansätze überschneiden sich mit den schon genannten und werden folgend nur noch ergänzt. „Kommunen dürfen ihre Kunden nicht nur alimentieren, sondern motivieren“ (a.a.O.: 29). Investitionen in soziales Kapital haben langfristigen Charakter, der eine Abkehr von kurzfristigem Effizienzdenken und Hinwendung zu neuem Wissen und Kooperationen erfordert. Organisationen des Dritten Sektors mit ihrem Netzwerkcharakter müssen gestärkt werden – ohne sie jedoch von der Diktatur der Bürokratie in die Diktatur der Ökonomisierung zu zwingen. Dadurch würde Engagement und Bereitschaft gefördert. Zivilgesellschaftliche und sozialkapitalorientierte Ansätze der Quartiersentwicklung hängen von der Beteiligung an der Suche nach Lösungen im Sinne der Planung der kleinen Schritte (perspektivischer Inkrementalismus) ab.

Institutionelles Design

Als Frage institutionellen Designs stellen sich die Anforderungen der Rahmenbedingungen. Nicht jede Form der Beteiligung eignet sich zur qualifizierten Diskussion lokaler Anliegen durch Zivilgesellschaft. Es geht viel mehr um eine Dezentralisierung der Verwaltung hin zur *raumorientierten Verwaltung*: „Hier werden die von der Stadt im Stadtteil getätigten Investitionen und ein frei verfügbares Budget zusammengefasst. Ein Stadtteilteam tritt in Konsultation mit Stadtteilakteuren und arbeitet einen Haushaltsplan aus, der dann vom Stadtrat beschlossen werden muss. Dabei geht es nicht bloß um das Abfragen von Präferenzen; vielmehr steht eine nachhaltige Kooperation im Stadtteil im Vordergrund“ (a.a.O.: 31).

3-4 Zwischenfazit

Obschon in den Entstehungsphasen nach neuestem Erkenntnisstand (Experimentierfelder der Moderne) reagiert wurde, gelten die Planungsideale heute als überholt. Verantwortlich dafür sind zum einen geänderte Wohnansprüche und nachlassende Nachfragen auf dem Wohnungsmarkt, zum anderen die Erkenntnis, dass das Verzicht auf arbeitsbezogene und damit auch wirtschaftliche Nutzungen die Quartiere eher schwächt als stärkt. Großwohnsiedlungen sind heute die Stadtteiltypen sozialer Exklusion und stark in der Öffentlichkeit verrufen. Diese Besonderheiten scheinen die staatliche Fürsorge in Großsiedlungen als benachteiligte Stadtteile vorzugeben und geben wenig Spielraum für zivilgesellschaftliche Eigenentwicklungen. Als ein Grund dafür wird wenig vorhandenes Sozialkapital, also die Fähigkeit soziale Netzwerke aufzubauen, genannt. Zivilgesellschaft braucht jedoch für ihre Entfaltung Sozialkapital und umgekehrt (siehe Kapitel I 1-1-3). Dagegen kann unter dem erweiterten Akteursverständnis aus dem ersten Kapi-

tel gehalten werden, dass Großsiedlungen schon mit ihrer Entstehung Orte Kooperation zwischen staatlicher Planung und privater Wohnungswirtschaft war. Die gemeinsame Planung und spätere Nachbesserung deuten hier auf gemeinsame Problemverantwortung der beteiligten Akteure hin. Bezogen auf die restlichen Akteure aus Bürgerschaft und Drittem Sektor kann nur durch Motivation statt Alimentation der zivilgesellschaftlichen Netzwerke in starken, dezentral organisierten Verwaltungen der schwachen Sozialkapitalbindung begegnet werden. Stadtteilakteure sind hier Partner und nicht Empfänger. Dies entspricht den Anforderungen zur Förderung von Zivilgesellschaft und ihrer eigenständigen Planung, wie sie in der Fragestellung für Großsiedlungen im weiteren Verlauf zu berücksichtigen sind.



II Fragestellung und Methodik

**Hamburg-Steilshoop als Ort
zivilgesellschaftlich
getragener Stadtteilentwicklung?**

**Methodik der
empirischen Untersuchung**

Der zweite Teil der Arbeit befasst sich mit der Fragestellung und Methodik der empirischen Untersuchung in der Arbeit. Als Fallbeispiel zur Untersuchung der Fragestellung, inwieweit zivilgesellschaftliche Akteure Stadtteilentwicklung und -pflege in Großwohnsiedlungen tragen können, dient Hamburg-Steilshoop. An drei theoretischen Zugängen zu Steilshoop wird die Kernfrage untersucht. Die zivilgesellschaftlichen Akteure dienen dabei als Experten ihrer Lebensumgebung.

Zunächst werden die Zugänge mit ihren zugrundeliegenden Begriffen und dann die Untersuchungsmethodik betrachtet, um das Annähern an den Stadtteil und an das Wissen der Akteure verständlich zu machen.



Abb. 24: Hamburg-Steilshoop ist im Umbruch begriffen. Gibt es eine Chance für eine Selbstständigkeit der Siedlung?

1 Hamburg-Steilshoop als Ort zivilgesellschaftlich getragener Stadtteilentwicklung?

Ist es vor dem Hintergrund der besonderen siedlungsstrukturellen und sozioökonomischen Eigenschaften von Großwohnsiedlungen möglich, dass die zivilgesellschaftlichen Kräfte zwischen Staat, Markt und Haushalten Stadtteilentwicklung selbst tragen können? Zivilgesellschaft mit ihre konstituierenden Akteuren und Rahmenbedingungen sind durch komplexe Prozesse (siehe Kapitel I 2-6-2) geprägt. Eine pauschale Antwort auf diese Frage kann es nicht geben, vielmehr muss sie am Einzelfall untersucht werden.

Diese Frage steht über der Betrachtung des Hamburger Stadtteils Steilshoop, der als Beispiel für Möglichkeiten und Grenzen zivilgesellschaftlich getragener Planung in Großwohnsiedlungen dient. Hamburg-Steilshoop kann als klassische Großwohnsiedlung des *karrierebewussten* Stadterneuerungstypus gesehen werden, die in ihrem dreißigjährigen Bestehen bereits zwanzig Jahre in der Nachbesserung stand. Seit sechs Jahren ist das stärkste Instrument der Stadterneuerung, die städtebauliche Sanierung nach § 142 BauGB in Steilshoop abgeschlossen und vieles in Bewegung geraten. Äußere und innere Rahmenbedingungen für die zukünftige Weiterentwicklung des Stadtteils ändern

sich und zivilgesellschaftliche Kräfte sind gefragt, an der Suche der Antworten teilzuhaben.

1-1 Drei Zugänge zu Hamburg-Steilshoop

Um die übergeordnete Fragestellung nach Möglichkeiten und Grenzen für zivilgesellschaftlich getragener Stadtteilentwicklung und –pflege zu beantworten, werden drei theoretische Zugänge zum Stadtteil gewählt. Sie sollen Aufschluss darüber geben, welche inneren und äußeren Rahmenbedingungen die Entwicklung einer tragfähigen Zivilgesellschaft in der Großsiedlung Steilshoop beeinflussen.

1-1-1 Programmfresser ohne Reue?

Der erste theoretische Zugang betrachtet die äußeren Rahmenbedingungen für soziale und ökonomische Nachhaltigkeit rückblickend und aktuell (siehe Kapitel IV 1). Die lange Zeit der öffentlich getragenen Stadtteilentwicklung, die immerhin zwei Drittel des gesamten Siedlungsalters ausmachen, hat den Stadtteil sehr geprägt. Es wird vermutet, dass die zahlreich durchgeführten Maßnahmen und Projekte innerhalb der Sanierung und darüber hinaus, nicht zu einer sich selbst tragenden Stadtteilentwicklung und –pflege im Sinne sozioökonomischer Nachhaltigkeit geführt haben. Die These lautet: Die zwanzig Jahre öffentlicher Stadterneuerung haben Steilshoop vielmehr zu einem *Programmfresser* gemacht. Ein Programmfresser, der öffentliche Maßnahmen und Projekte zum Leben braucht und wenig auf eigenen Füßen steht.

Stadtteilentwicklung und -pflege

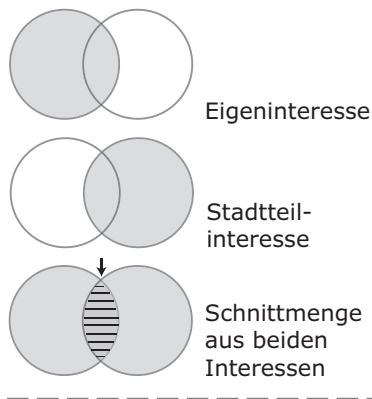
An dieser Stelle sei auf das zugrunde liegende Verständnis von Stadtteilentwicklung und –pflege eingegangen. Stadtteilentwicklung im Bestand bedeutet für Großwohnsiedlungen in der Regel (öffentliche) Stadterneuerung (siehe Kapitel I 3-3) zur Verbesserung von Lebensbedingungen. Es ist deutlich geworden, dass dabei die soziale und ökonomische Nachhaltigkeit angesichts der Leere öffentlicher Kassen und staatlicher Steuerungsdefizite immer wichtiger wird (Kapitel I 1-2-1). Mehr Partnerschaften zwischen den lokalen Akteuren und dem Staat in gestalterischer und ökonomischer Hinsicht zur Entwicklung von Stadtteilen bilden sich.

Nach diesen Gesichtspunkten ist unter Stadtteilpflege nicht die einmalige Aufbesserung von Missständen und einmalige Durchführung von Maßnahmen zur Förderung von Teilhabe zu verstehen. Sondern vielmehr die Erkenntnis, dass die Verbesserung von Lebensbedingungen in Stadtteilen dauerhaft und nachhaltig bestehen muss. Sie muss von den Bürgern, Unternehmen, Vereinen und Initiativen eigenständig gepflegt werden können. Je nach Handlungsfeld kann das unterschiedlich aussehen (z.B. Müllsammelaktionen im öffentlichen Raum). Die Pflege kann als das Erkennen von Problemen oder Veränderungswünschen im Stadtteil und der Fähigkeit diese (weitgehend) sozial und ökonomisch selbstständig ändern zu können, verstanden werden. Stadtteilentwicklung kann auf diese Weise von den zivilgesellschaftlichen Akteuren selbst gesteuert werden. Die Stadtteilpflege hängt von den unterstützenden Rahmenbedingungen der staatlichen Seite, von der Selbsterneuerungsfähigkeit der Netzwerke und Kooperationen (Sozialkapital) sowie der Akteure des Dritten Sektors als Orten zivilgesellschaftlichen Engagements ab. Die letzten beiden Punkte werden im zweiten und dritten theoretischen Zugang betrachtet.

1-1-2 Wen kümmert was in Steilshoop?

Der zweite theoretische Zugang befasst sich mit inneren Rahmenbedingungen sozialer Netzwerke (Sozialkapital) heute. Zivilgesellschaftliche Akteure – private Akteure, der Dritte Sektor und die Bewohnerschaft – sind aufgefordert, sich in die aktuelle Fragen und Zielbestrebungen des Stadtteils sowie die Neuordnung von Zuständigkeiten einzubringen. Die These lautet: Das erfordert koordiniertes Handeln der Akteure für sich selbst und untereinander.

Abb. 25: Motivation der Akteure in verschiedenen Interessensbereichen



Das Sozialkapital ist dabei abhängig von einer gemeinsamen Problemverantwortung, die durch Motivationen, klaren Zuständigkeiten und gemeinsame Themen und Ziele bestimmt wird.

Selbsterneuerungsfähigkeit des Sozialkapitals

Es geht um die Frage, wer kümmert sich um was in Steilshoop. Für die Entwicklung von Zivilgesellschaft besonders wichtig, werden Großsiedlungen die Fähigkeit ausreichend Sozialkapital erneuern zu können eher abgesprochen. Die Frage nach dem Wer und Was sind entscheidende Elemente, die Sozialkapital in ihrer Stabilität beeinflussen. Für koordiniertes Handeln ist in stabilen Netzwerken vor allem eine gemeinsame Problemverantwortung bzw. Leitidee notwendig. Sie bindet die Netzwerke zusammen.

Die gemeinsame Problemverantwortung für koordiniertes Handeln wird über die Motivation in der Schnittmenge von Eigeninteresse und Interesse für die Entwicklung des Stadtteils gebildet (siehe Abb. 25). Mit der Frage, wen sie für was zuständig erachten, wird deutlich, wo die Zuständigkeitszuweisungen in den gesellschaftlichen Sphären des Stadtteils stehen. Dem Selbststeuerungsgedanken der Urban Governance entnommen, erachten und verfolgen die Akteure eigenständig Themen und Ziele im Quartier. Aus der Schnittmenge gemeinsamer Ziele für den Stadtteil, lässt sich ein Potenzial für künftige Kooperationen für Steilshoop ablesen.

„Rufen wir nach den richtigen Ressourcen? Braucht es zur Auseinandersetzung mit unseren Aufgaben wirklich vor allem mehr Geld, besseres Recht? Würden die Dinge besser, wenn wir sie hätten? Ich zweifle.“
- Klaus Selle, Planungstheoretiker 2000

1-1-3 Rufe nach den richtigen Ressourcen?

Der dritte theoretische Zugang befasst sich mit den äußeren Rahmenbedingungen der Akteure des Dritten Sektors. Als Ort zivilgesellschaftlichen Engagements ist die Selbsterneuerungsfähigkeit seiner Tätigkeiten besonders wichtig. Es wird davon ausgegangen, dass die Fähigkeit stadtteilbezogene Themen und Ziele selbstverantwortlich zu übernehmen von der Flexibilität der Ressourcennutzung in der Selbsterneuerung abhängt. Die Flexibilität wird durch die vorhandenen Ressourcenvielfalt im Stadtteil und die Austauschbarkeit zunehmend knapper öffentlicher Fördergelder bestimmt.

Selbsterneuerungsfähigkeit des Dritten Sektors

Die Annahme, dass das Potenzial der Akteure des Dritten Sektors sich überhaupt für den Stadtteil einzusetzen von der Befriedigung ihrer eigenen selbst erhaltenden Bedürfnisse abhängt, kommt von pragmatischen wirtschaftlichen Erwägungen, wie sie in der Definition ökonomischer Nachhaltigkeit dargestellt wurden. Ressourcen können als (Produktions-)Mittel verstanden werden, mit denen die Produktion eines Gutes (hier die eigene ökonomische Leistungsfähigkeit) erreicht wird (vgl. Kapitel I 2-6-1).

Überträgt man die These der alternativen Produktion auf die Akteure kann man folgende Frage stellen: Inwieweit können zivilgesellschaftliche Akteure des Dritten Sektors über ihr eigenen Betrieb hinaus stadtteilbezogene Themen und Zielen angehen? Wenn die Ressource öffentliches Geld knapp ist, sie nur zur Produktion im eigenen Handlungsfeld dient, kann sie also nicht oder nur begrenzt für stadtteilbezogene Themen und Ziele verwendet werden. Das stadtteilbezogene Interesse ist am ehesten gegeben, wenn ihr eigenen Lebensbedingungen in ihrem Handlungsfeld gesichert sind.

Dass das knappe öffentliche Geld von welchem Selle spricht, nicht immer weiterhilft, zeigen innovative Problemlösungen (siehe Kapitel I 2-6-3 zur Gemeinwesenökonomie), die besonders dann entstehen, wenn nur wenig Geld vorhanden ist und auf alternative Ressourcen zurückgegriffen werden muss (vgl. Selle 2000: 47). Als Alternativen zur knappen Ressource Geld können eine Vielfalt anderer Ressourcen verwendet werden, um sein Fehlen auszugleichen und dennoch das angestrebte Ziel zu erreichen. Sie sind von der lokalen Verfügbarkeit und Zugänglichkeit abhängig. Die Substituierbarkeit der Ressource öffentliches Geld (begrenzt oder vollständig) bestimmt dabei die Flexibilität der Selbsterneuerungsfähigkeit für das Erreichen der Ziele. Sie kann auf diese Weise als Voraussetzung für die ökonomische Nachhaltigkeit gelten.

1-1-4 Konzeptionelle Überlegungen

Wenn diese inneren und äußeren Rahmenbedingungen untersucht sind, kann ermittelt werden, wieweit die zivilgesellschaftlichen Kräfte bereits im Stadtteil entfaltet sind und welche künftige Unterstützung sie zur Wahrnehmung von mehr Eigenverantwortung brauchen (siehe Kapitel VII 1-3). Die Rolle des Staates in Zukunft spielt bei der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen von zivilgesellschaftlich getragener Planung eine wichtige Rolle. Diese Arbeit konzentriert sich jedoch auf die zivilgesellschaftlichen Akteure. Der Blick auf den Staat wird deshalb nur flankierend gegeben.

2 Methodik der empirischen Untersuchung

Das Erkenntnisziel der empirischen Untersuchung lautet, Antworten auf die Fragen der drei Zugänge nach Steilshoop zu bekommen. Dabei kommen mehrere methodische Herangehensweisen zum Zuge. Zum einen gibt es einen Bereich der eigenen Erhebung (Primäranalyse) durch qualitative Sozialforschung mit problemzentrierten Leitfaden-Interviews und einer nicht-teilnehmenden Beobachtung. Zum anderen werden ergänzend Literatur-, Presse- und Internetrecherchen zur Sekundäranalyse benutzt, um Informationen zu den Teilaspekten der Zugänge zu verdichten.

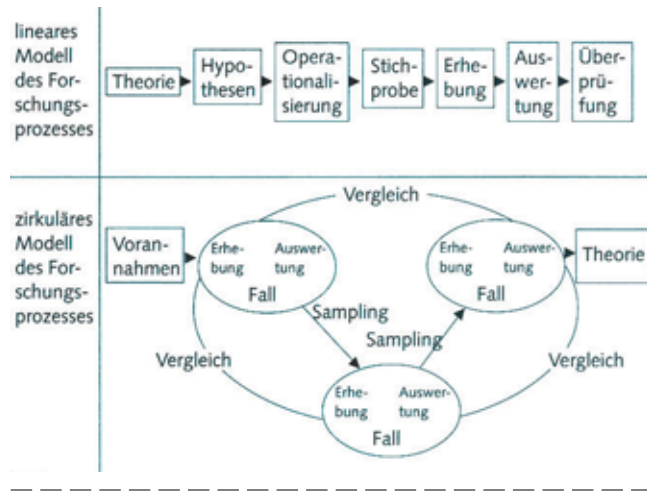
Dieses Kapitel dient dem Nachvollziehen der empirischen Untersuchung in der Auswahl der empirischen Methoden und der interviewten Akteure. Es beschreibt den Ablauf und Besonderheiten der qualitativen Untersuchung. Abschließend werden die interviewten Akteure kurz in ihrem Bezug zum Stadtteil und in ihrem Interviewaufreten vorgestellt.

2-1 Sekundäranalysen: Literatur-, Presse- und Internetrecherchen

In jedem Zugang wurden zunächst theoretische Wege der Annäherung beschrritten, die weitgehend auf der Basis von Literatur-, Presse- und Internetrecherchen stattfanden. Angesichts der aktuellen Dynamik der weiteren Entwicklung Steilshoops waren Presse- und vor allem Internetrecherchen sinnvoll, da hier die aktuellsten Informationen abrufbar sind. Da bislang nur wenig publiziert wurde, wird in diesem Fall auch auf Basisinformationen aus den Interviews zurückgegriffen. Diese Dynamik hat es allerdings erforderlich gemacht, mit dem Ende der Erhebung der qualitativen Interviews (Ende Februar 2007) auch weitere neue Entwicklungen zu aktuellen Planungen aus der weiteren Betrachtung und Ausarbeitung auszuklammern. Anders wäre eine Bearbeitung des Themas nicht möglich gewesen. Im Blick zurück in die Vergangenheit der Stadtteilentwicklung sowie in der Ermittlung von heutigen Entwicklungserfordernissen Steilshoops wurde auf Dokumentationen der Stadt Hamburg sowie auf mehrere Studien und Studienarbeiten über die Großsiedlung zurückgegriffen. Die Evaluation Steilshoops von Kirchhoff/ Jacobs 1985 bietet dabei immer noch gültige Informationen, auf die zurückgegriffen wird. Aktuellere Evaluationen sind nicht bekannt.

2-2 Primäranalyse: Problemzentrierte Leitfadeninterviews und Beobachtung

Abb. 26: Zirkuläres Modell im Vergleich zum linearen Modell im Forschungsprozess



Die Auswahl der empirischen Methode bot sich im Feld der qualitativen Sozialforschung am meisten an, da eine quantitative Methode (z.B. standardisierte Fragebögen) nicht der Weiterentwicklung der theoretischen Annahmen zu den Zugängen in den Stadtteil dienen. Die Abgrenzung vom quantitativen Vorgehen macht bereits klar, dass es sich bei der primären empirischen Untersuchung um einen Theorie bildenden Prozess handelte. Damit wurde kein linearer Forschungsprozess, sondern ein zirkuläres reflexives Modell zugrunde gelegt (siehe Abb. 26 links). Dieses Vorgehen geht auf Glaser und Strauss (1967/1998) zurück. Ihr Modell der gegenstandsbegründeten Theorie ermöglicht eine schrittweise Festlegung der Stichprobe (Samples) und der Erhebungsmethoden auf Basis der theoretischen Entwicklung (theoretisches Sampling) mit enger (auch zeitlicher) Verzahnung von Datenerhebung und -auswertung. Die Theorien (hier der Zugänge) unterliegen

auf die Art einer kontinuierlichen Revision, Überprüfung, Konstruktion und Rekonstruktion bis zum Eintreten einer theoretischen Sättigung, welche das Ende der Erhebung einleitet. (vgl. Flick 2002: 70ff.).

2-2-1 Auswahl der Erhebungsmethoden

Problemzentrierte Leitfadeninterviews

Zur Ermittlung der Aspekte der einzelnen Zugänge wurde das problemzentrierte Interview⁸ unter Verwendung eines Leitfadens benutzt. Bestandteile des Interviews waren der thematisch nach Zugängen aufgebaute Leitfaden, die Aufnahme des Interviews auf elektronischen Datenträgern und das Postscriptum (nachgeschaltetes Interviewprotokoll). Der Leitfaden strukturierte das Gespräch durch Themen einleitende Fragen (Problemzentrierung) und des Weiteren lediglich durch Wendung des Gesprächs bei allzu großer Vertiefung oder Unergiebigkeit eines Themas. Ansonsten oblag es den Interviewpartnern den Verlauf des Gesprächs zu gestalten (siehe Leitfaden im Anhang).

Auswahl der Samples

Die Auswahl und Anzahl der Interviews gestaltete sich entsprechend der theoretischen Entwicklung schrittweise. Entsprechend Glaser/Strauss wurden Personen nach ihrem zu erwartenden Gehalt an Neuem für die zu entwickelnden Theorien der Zugänge auf Grundlage des bisherigen Standes der Theorieentwicklung in die Untersuchung einbezogen (vgl. a.a.O.: 102).

Die Auswahl des ersten Samplings der Interviewpartner wurde auf Grundlage der für die Zugänge interessierenden Eigenschaften mit möglichst großer Unterschiedlichkeit in den Ausprägungen vollzogen. Die wichtigste Eigenschaft, die die Auswahl prägte, war der *Stadtteilbezug und -interesse* der Probanden. Zunächst wurde eine Liste mit allen möglichen Stakeholdern des Stadtteils gemacht und diese Gruppen zugeordnet. Dazu gehörten Akteure des Dritten Sektors inklusive Vertreter der Bewohnerschaft, private Akteure (Unternehmen in Steilshoop und Grundeigentümer) als auch öffentliche Akteure (planende Verwaltung, politische Vertreter). Die Bewohnerschaft selbst sollte nicht interviewt werden, denn seit Bestehens der Siedlung war Steilshoop (Teil-)Gegenstand mehrerer quantitativer und qualitativer Untersuchungen (zuletzt 1990 Infas), die zu einer Sensibilisierung und Müdigkeit der Bewohner des Stadtteils hinsichtlich seiner Eigenschaft als Untersuchungsgegenstand führten (vgl. u.a. Kirchhoff/ Jacobs 1985: 2). Abgeleitet von der zu erwartenden Ungleichheit der Akteure wurden ungleiche *Ressourcenverfügbarkeiten* zugrunde gelegt. Die Art und Ausprägung der Ressourcen ergab sich aus den ersten theoretischen Überlegungen zum dritten Zugang („Rufe

⁸ Diese Interviewform ist durch drei zentrale Kriterien gekennzeichnet: die Problemzentrierung an einer relevanten Fragestellung, die Gegenstandsorientierung mit der Möglichkeit der Modifizierung der Methode am Gegenstand und die Prozessorientierung im Forschungsprozess. (vgl. Flick 2002:135)

⁹ Es wird Distanz zum beobachteten Geschehen gehalten, um es nicht zu beeinflussen (vgl. auch a.a.O.: 201)

nach den richtigen Ressourcen?⁶). Entscheidend für die Auswahl waren letztlich die Gegensätze der angenommenen verfügbaren Ressourcen pro Akteursgruppe (besonders Handlungsspielraum, Raumverfügbarkeit und Finanzkraft).

2-2-2 Durchführung der Erhebung

Der Erhebungsprozess gliederte sich in drei Erhebungsphasen:

- 1. Phase: erste Datenerhebung auf Basis drei problemzentrierter Einzelinterviews
 - 03.01.07: Öffentlicher Akteur – planende Verwaltung
 - 09.01.07: Dritter Sektor - Vertreter der Bewohnerschaft
 - 10.01.07: Dritter Sektor - Sozialer Beschäftigungsträger
 - 15.01.07: vollständige⁹ Beobachtung der Koordinierungskonferenz Steilshoop
 - zeitnahe Datenauswertung und Weiterentwicklung der Theorien wie Teilaspekte der Zugänge
 - Auswahl der nächsten Akteure auf Basis der ersten Erkenntnisse
- 2. Phase: zweite Datenerhebung auf Basis problemzentrierter Einzelinterviews
 - 29.01.07: privater Akteur - Grundeigentümer
 - 01.02.07: Dritter Sektor – Stadtteilkulturverein
 - zeitnahe Datenauswertung und Weiterentwicklung der Theorien wie Teilaspekte der Zugänge
 - Auswahl der nächsten Akteure auf Basis der letzten Erkenntnisse für ein gemeinsames Gruppeninterview
- 3. Phase: dritte Datenerhebung auf Basis eines problemzentrierten Gruppeninterviews
 - 21.02.07: Gruppeninterview mit vier Teilnehmern (Stadtteilkulturverein, Vertreter der Bewohnerschaft, anderer Grundeigentümer, planende Verwaltung)
 - dritte zeitnahe Datenauswertung und Weiterentwicklung der Theorien wie Teilaspekte der Zugänge
 - Abschluss der Empirie durch theoretische Sättigung und Zeitgrenze

2-2-3 Auswertung der Erhebung

Nach Flick (2002) wurden die Interviews thematisch kodiert. Dieses Vorgehen bietet sich aus den zugrunde liegenden Gruppen an, deren Perspektive auf den Gegenstand der Untersuchung (Annäherung an Steilshoop) besonders aufschlussreich erscheint. An die Einzelfallanalysen, die zunächst offen und dann selektiv auf die einzelnen Themenbereiche untersucht wurden, reihten sich Querschnittsanalysen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Interviews zu finden. Die erste Erhebungsphase bildete dabei die Fokussierung auf bestimmte thematische Bereiche, die für die Beantwortung der Fragestellung relevant erschienen.

2-2-4 Besonderheiten der Erhebung

Die erste Phase lief sehr fruchtbar durch drei Interviews innerhalb von zwei Wochen ab. Dadurch konnten bereits erste Erkenntnisse gewonnen werden. Im Laufe der ersten Erhebungsphase ergab sich die Teilnahme an der alle sechs bis acht Wochen tagenden Koordinierungskonferenz als Stadtteilgremium. Die zweite Datenerhebungsphase gestaltete sich bereits schwieriger. Die ersten Erkenntnisse lieferten Fragen bzw. Datenlücken, die die weitere Auswahl bestimmten. Da nur von drei Akteursgruppen ausgegangen wurde, bot sich hier die Möglichkeit ebenfalls aus derselben Gruppe Akteure hinzuziehen. Jedoch waren die Anfragen nur mäßig erfolgreich, sodass nur zwei weitere Interviews zustande kamen.

Gruppeninterview

Da nur fünf Einzelinterviews (mit sieben Interviewpartnern) zustande kamen, stellte sich die Frage, ob eine Gruppendiskussion mit mehreren Akteuren eine breitere Datenbasis schaffen könnte. Diese Form der Interviews bringt Vorteile auf verschiedenen Ebenen: Einerseits spart man Aufwand an Zeit weitere Interviewpartner in Einzelgesprächen zu interviewen, indem man mehrere Akteure zusammenbringt. Zum anderen fördert die Gruppendynamik nach Pollock das Heraustreten von isolierten Einzelmeinungen in einen alltäglichen Kommunikationsbezug, wo Meinungen eher Bestand haben als in einer einzelnen Interviewsituation. „Es wird auch die Korrektur durch die Gruppe bei nicht

zutreffenden, sozial nicht geteilten oder extremen Ansichten als Mittel der Validierung von Äußerungen und Ansichten einbezogen“ (vgl. a.a.O.: 171). Mit der Gruppendiskussion wurde auch das Ziel verbunden, Aussagen bisheriger Interviewpartner mit noch nicht gehörten Meinungen anderer ausgewählter Akteure zu überprüfen.

2-2-5 Kurzporträts der Interviewpartner

Öffentlicher Akteur - planende Verwaltung: Herr H. und Frau F. vom Bezirksamt Wandsbek, derzeit Teilnehmer der Koordinierungskonferenz

Herr H., ist seit 2005 im Bezirk Wandsbek tätig. Frau F. seit 1991 mit dem Sanierungsverfahren in Steilshoop bekannt. Beide sind derzeit in die Projektbetreuung Steilshoops im Rahmen des Senatsprogramms *Lebenswerte Stadt Hamburg* eingebunden. Obschon beide den Stadtteil sehr gut kennen, konnten sie vor allem detaillierte Hintergrundinformationen zu den derzeitigen Planungsentwicklungen geben. .

Dritter Sektor – Vertreter der Bewohnerschaft: Herr F. und Herr G. von der Stadtteilinitiative „wir-steilshooper.de“, Mitglieder der Koordinierungskonferenz

Herr F. zog Herrn G. als seinen Stellvertreter hinzu. Sie sind am ehesten an den Bedürfnissen der Bewohnerschaft dran, da sie zur Generation der Erstmieter gehören und haben umfangreiches Wissen über die Vorgänge im Stadtteil. Schnell wurde deutlich, dass beide die Gelegenheit des Interviews nutzten, ihre Ziele der Öffentlichkeitsarbeit für den Stadtteil umzusetzen und Steilshoop mit seinen Vorzügen hervorhoben.

Dritter Sektor – Sozialer Beschäftigungsträger: Frau L. von der abraune gGmbH, leitendes Mitglied der Koordinierungskonferenz

Das Interview war sehr anregend und bot besonders Einblicke in die Zeit des Sanierungsverfahrens und die schwierige Zeit danach. Frau L. machte dabei einen abgeklärten und dennoch kämpferischen Eindruck, da der soziale Betrieb mit finanziellen Engpässen zu kämpfen hat und die aktuellen Entwicklungen diesen Umstand und den anderer Akteure im Stadtteil nicht zu beachten scheint. Sie lebt nicht in Steilshoop und ist als allein erziehende Mutter außerhalb ihrer eigentlichen Arbeitszeit vor allem in der Koordinierungskonferenz aktiv.

Privater Akteur – Grundeigentümer: Herr W. von der SAGA/GWG in Wandsbek, hin und wieder Teilnehmer der Koordinierungskonferenz

Herr W. ist seit sechs Jahren bei der SAGA/GWG in Wandsbek tätig und hatte gute Kenntnisse über den Stadtteil. Als Kooperationspartner des kommenden Housing Improvement District (HID) konnte er interessante Hintergrundinformationen zu den Beweggründen der Entstehung des HID liefern. Auch wurde die Einstellung des schon lange engagierten Unternehmens hinsichtlich der Zukunft des Stadtteils sichtbar.

Dritter Sektor – Stadtteilkulturverein: Frau T. von der Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit e.V. (A.G.D.A.Z.)

Die nach Steilshoop 1985 geratene Anwältin ist seit fast genauso langer Zeit im Stadtteilkulturverein aktiv. Sie beschreibt ausführlich die damaligen Bedingungen der Förderung innerhalb der Sanierung und die Arbeit mit verschiedenen Nationen und kann ebenso von heutigen Nöten berichten wie Frau L.

Gruppeninterview

Herr H., und Herr G., Frau T. und ein weiterer Grundeigentümer Herr M. von der Schiffszimmerergenossenschaft

Auf Grundlage der vorgetragenen Erkenntnisse aus den Einzelinterviews und Fragen, die sich daraus stellten, entfaltete sich eine angeregte Diskussion über die Nachhaltigkeit der Sanierung (Hilfe zur Selbsthilfe?), die Kontroversen der *Lebenswerten Stadt* in Steilshoop, die Schwächen der öffentlichen Hand und des Dritten Sektors und Lösungsaussichten für die Zukunft. Besonders Frau T. von A.G.D.A.Z. und Herr H. von der planenden Verwaltung kamen ins Gespräch.

Herr M. vertritt die Wohnungsgenossenschaft, die im Osten der Siedlung einen kleinen Wohnungsbestand von 150 Wohneinheiten hat. Er wirkte als der Unternehmer neuen Typus, dessen soziales Engagement Teil einer langfristigen Geschäftsstrategie ist.

2-2-6 Besonderheiten der Interviews

Als inhaltliche Kuriosität muss herausgestellt werden, dass alle Interviewpartner unterschiedliche Zahlen der Einwohnergröße für Steilshoop zugrunde legten. Die einen sprachen vom gesamten Stadtteil von fast 20.000 Einwohnern, die anderen meinten mit 16.000 Einwohnern zwar die Siedlung und liegen doch etwas daneben (14.381 Einwohner). Aufgrund der Griffigkeit der Zahl wird im Folgenden 16.000 Einwohner zugrunde gelegt.



III Hamburg-Steilshoop: Profil einer Großsiedlung

**Lage und Wahrnehmung in der Stadt
Entstehung**

Bau- und Siedlungsstruktur

Grün- und Freiraum

Wohnen

Bevölkerungs- und Sozialstruktur

Soziale und wirtschaftliche Infrastruktur

Stadterneuerungsgenese

Anspruchsgruppen im Stadtteil

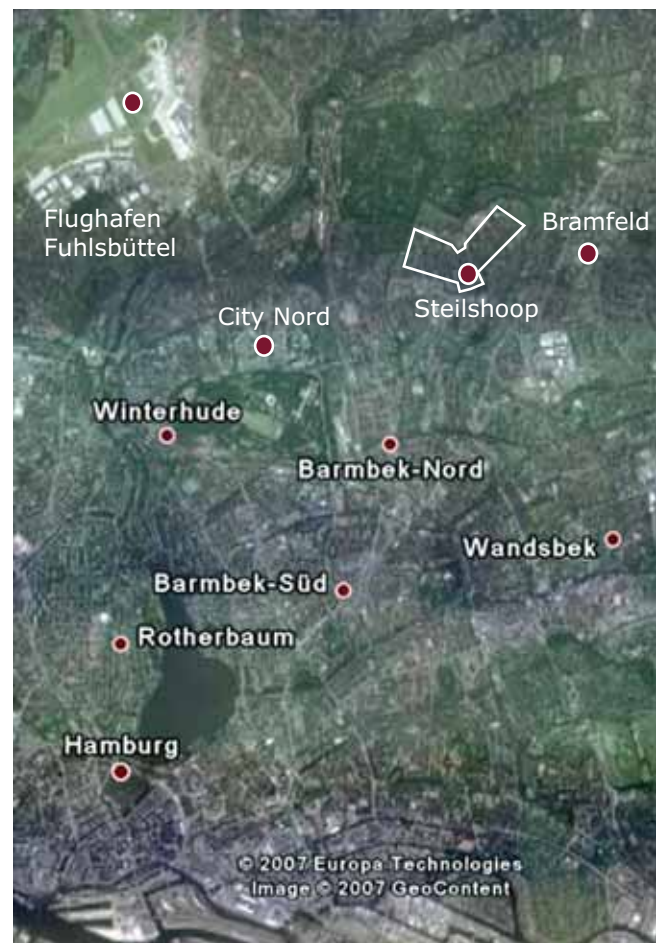
1 Hamburg-Steilshoop: Profil einer Großsiedlung

Steilshoop wird in diesem Teil vorgestellt. Zum einen geht es darum die Großsiedlung allgemein näher kennen zu lernen, dann etwas über die Wahrnehmung in der Stadt, die die Stadterneuerungsgenese und die Anspruchsgruppen (Stakeholder) zu erfahren. Die letzten beiden Punkte bilden die Grundlage für die empirische Analyse der ersten beiden theoretischen Zugänge. Alle drei sind bedeutende Aspekte, die zur Beantwortung der Frage nach zivilgesellschaftlichen Tragfähigkeit von Stadtteilentwicklung und -pflege dienen. Die Außenwahrnehmung beeinflusst die Stigmatisierung des Stadtteils und damit das Selbstbewusstsein der Akteure.

Der Stadtteil wird in diesem Kapitel zunächst eingeordnet in die Stadt Hamburg und seiner Wahrnehmung darin. Weiterhin werden seine in seinen Eigenschaften von Bau-, Siedlungs- und Freiraumstruktur, von Wohnen über Sozialstruktur und wirtschaftlichen wie sozialen Infrastruktur dargestellt .



Abb. 27 links: Lage im Bezirk Wandsbek
 Abb. 28 rechts: Lage in Bezug zur Innenstadt und umgebenden Stadtteilen, dem Flughafen Fuhlsbüttel und der City Nord



1-1 Lage und Wahrnehmung in der Stadt

1-1-1 Lage in der Stadt

Die Großsiedlung Steilshoop liegt am nordöstlichen Innenstadtrand von Hamburg. Die Entfernung vom Rathaus in der Innenstadt zum Stadtteilzentrum Steilshoop beträgt ca. 8 km (siehe Abb. 28). Dem Bezirk Wandsbek zugehörig (siehe Abb. 27) wird Steilshoop von den Stadtteilen Ohlsdorf im Norden und Westen, Barmbek-Nord im Süden und Bramfeld im Osten umschlossen. Angebunden an den öffentlichen Nahverkehr ist Steilshoop durch verschiedene Buslinien, einen schienengebundenen Anschluss an das U- oder S-Bahn-Netz gibt es jedoch nicht, was als großer Nachteil zu bewerten ist. Die dichteste S-Bahn-Station ist die Haltestelle S Rübenkamp in ca. 1,75 km Entfernung.

1-1-2 Wahrnehmung in der Stadt

Die Großsiedlung erweckt trotz ihrer relativen Nähe zur Innenstadt den Eindruck draußen in der Peripherie zu sein. Ursache hierfür ist einmal das direkte Umfeld eines angeschlossenen Gewerbegebietes und die keilförmige Einbettung der groß dimensionierten Wohnanlage in die sie umgebende Siedlungsstruktur. „Nicht nur von der Größenordnung, sondern auch von der Anlage, Geschlossenheit und Gleichförmigkeit der Wohnbebauung und von der Höhe und Dichte wirkt die Siedlung monolithisch“ (FHH 2006-1: 6). Die umgebende Siedlungsstruktur ist kleinräumlicher durch Zeilenbauten und dörfliche Ortskerne von z.B. Bramfeld geprägt.

Wie viele Großsiedlungen kämpft Steilshoop mit einer negativen Fremdwahrnehmung des Stadtteils, der demgegenüber eine positive Selbstwahrnehmung besitzt. Die Gründe sind im Kapitel I 3-2 beschrieben worden und gelten auch für Steilshoop. An dieser Stelle sei die Fremdwahrnehmung aus sicherheitsrelevanter Sicht betrachtet. Zum einen untersuchte eine Studie zu Unsicherheiten in fünf europäischen Städten (INSEC)¹⁰ u.a. Steilshoop und fand heraus, dass dort eine geringere Kriminalitätsfurcht und Unsicherheiten als im ebenfalls untersuchten Wilhelmsburg bestehen. Zum anderen fand ein Forschungsprojekt der Universität Hamburg zur räumlichen Wahrnehmung und Videoüberwachung in Hamburg¹¹ heraus, dass der Raum und der emotionale Bezug zu einem Ort eine wichtige Rolle bei der Bewertung von Sicherheit und der Verbesserung dieser spielen. Sie bilden die Grundlage für sozialräumliche Imaginationen (cognitive mappings) von z.B. Kriminalität, bei denen Steilshoop aus der Sicht anderer Stadtteile oder Vororte im Vergleich zur tatsächlichen Kriminalität (Straftaten je 1000 Einwohner 2004: 98 im Vergleich zu 152 hamburgweit, vgl. Statistikamt Nord: z1), wesentlich schlechter wegkommt (vgl. Zurawski 2007: 4). Die beiden Grafiken verdeutlichen die sozialräumliche Wahrnehmung der Siedlung (Abb. 29,30).

¹⁰ INSEC - Insecurities in European Cities. Crime-Related Fear Within the Context of New Anxieties and Community-Based Crime Prevention, verschiedene europäische Universitäten 2004

¹¹ Videoüberwachung in Hamburg - Kultur, Kontrolle, Weltbild. Räumliche Wahrnehmung und Videoüberwachung in urbanen Räumen, Universität Hamburg 2007

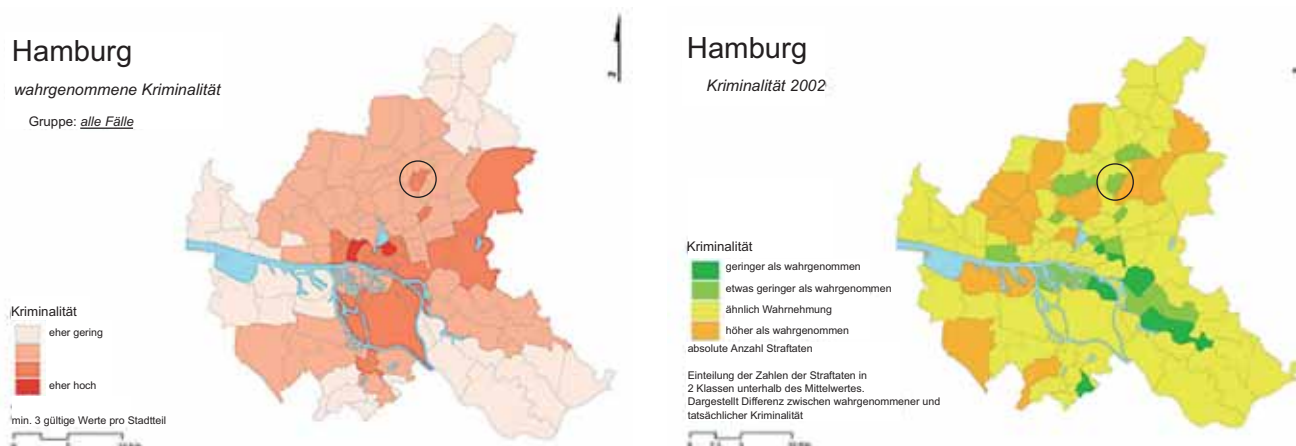


Abb. 29, 30 links und rechts: sozialräumliche Wahrnehmung Steilshoops aus anderen Stadtteilen als Ort der Kriminalität, trotz geringerer tatsächlicher Straftaten

1-2 Entstehung

Steilshoop entstand von 1969 bis 1975 als eine der letzten Antworten auf den dringenden Wohnraumbedarf Mitte der 1950er Jahre in Hamburg. Mit dem Aufbauplan von 1960 wurden die Voraussetzungen für den Bau mehrerer großer Siedlungen zur Befriedigung des Bedarfs gelegt (u.a. Mümmelmannsberg, Osdorfer Born, Kirchdorf-Süd). Während Siedlungen wie Osdorfer Born im Zeichen der Ablösung von aufgelockerter Bebauung zum Leitbild *Urbanität durch Dichte* standen, profitierte Steilshoop von aufwändigen Wettbewerben. Dadurch wurden Steilshoop und Mümmelmannsberg als in sich tragfähige Einheiten mit hoher Einwohnerzahl auf engem Raum und kompletter Infrastruktur geplant und angelegt (vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985: III). Errichtet wurde die Siedlung auf einem ehemaligen Kleingartengebiet mit Behelfsheimen der Nachkriegszeit (vgl. Abb. 31).

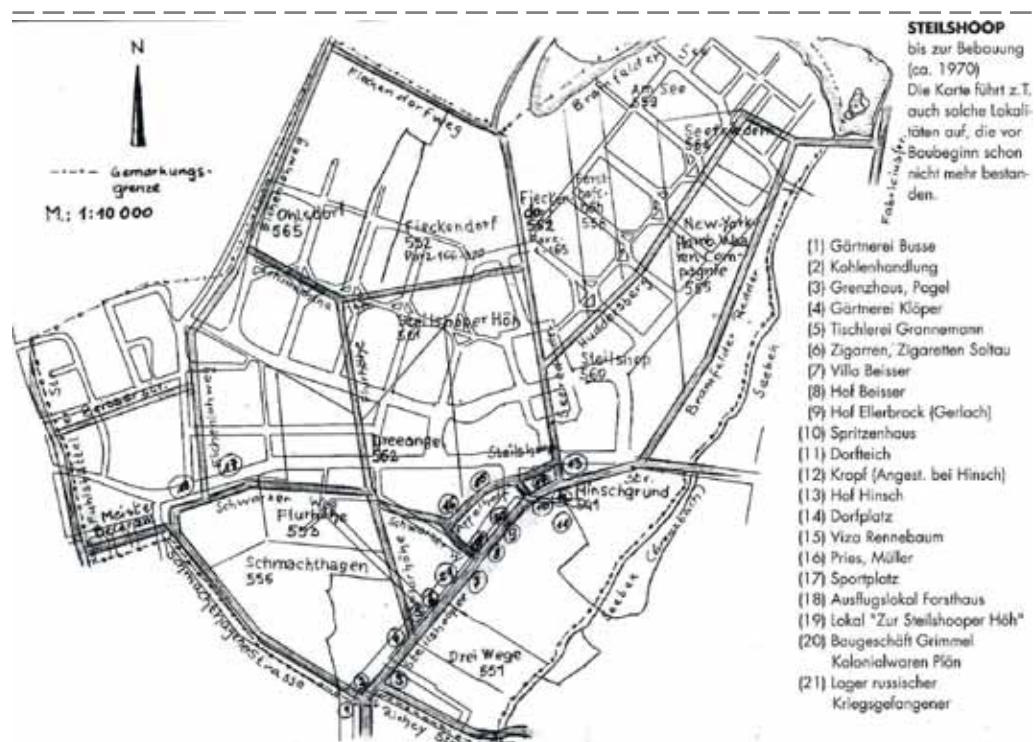


Abb. 31: Überplanung bestehender räumlicher Erschließungsstrukturen

1-3 Bau- und Siedlungsstruktur

Im Wesentlichen besteht die Anlage aus 22 großen Wohnringen, die U-förmig in einer Blockrandbebauung und zum Rand der Siedlung hin offen angelegt sind. An den offenen Seiten sind Parkpaletten untergebracht. In den Wohnringen liegen die halböffentlichen Räume des direkten Wohnumfeldes. Das Zentrum ist im Süden durch zwei weitere Wohngebäude um- und nach außen hin abgeschlossen. Die Geschossigkeit ist hier im Bezug zu den westlichen und östlichen Wohngebäuden am höchsten (siehe Abb. 33). Zwischen den Blocks verlaufen die Erschließungsstraßen der Wohnungen, die in die am Südrand in ganzer Länge der Bebauung verlaufene Sammelstraße der Gründgensstraße münden. Sie ist südlich durch spangenförmige Anschlüsse mit der Hauptverkehrsstraße Steilshooper Allee verbunden. „Parallel zur Sammelstraße, aber zwischen den Blöcken, verläuft eine Fußgängerachse, die als Kommunikationsort geplant war“ (a.a.O.) (siehe Abb. 32).

Die Nutzungsverteilung innerhalb ist typisch für eine Großsiedlung weitgehend monofunktional. In der durch die geplante U-Bahn-Station geprägten Mitte liegen ein geschlossenes Einkaufszentrum mit weiteren Läden und Büroflächen rundherum, eine Marktfläche und das Gemeindezentrum der evangelischen Martin-Luther-King-Gemeinde. Den Rest bilden Wohnbauflächen (vgl. a.a.O.).



Abb. Grün- und Freiräume der Großsiedlung

1-5 Wohnen

1-5-1 Wohnraum

Es gibt rund 6.380 Mietwohnungen in Steilshoop. 75% davon sind über den 1. Förderweg im Sozialen Mietwohnungsbau, 15% als öffentlich geförderte Bedienstetenwohnungen, 7% im Regionalprogramm (2. Förderweg) und 3% über freie Finanzierung errichtet worden. Am West- und Ostrand wurden rund 200 Wohnformen im Eigentum (Eigentumswohnungen, Reihen- und Einfamilienhäuser) errichtet. Hinzu kommt noch eine Altenwohnanlage mit 135 abgeschlossenen Wohnungen (vgl. a.a.O.: IVf.). Der hohen Zahl an Sozialwohnungen von 5509 (75%) stehen weit geringere Bestandsanteile in Wandsbek (ca. 16,5%) und in Hamburg (14,5%) 2005 gegenüber. Ungefähr 19% werden bis Ende 2009 aus der Sozialbindung entlassen, dann verbleiben noch 4470 als Sozialwohnungen (vgl. FHH 2006-1: 6). Im Demonstrativbauvorhaben Steilshoop waren die Wohnungen selbst richtungweisend in Größe, Ausstattung und Zuschnitt für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Sie werden von den Bewohnern deshalb auch weitgehend positiv bewertet. Ein prägendes Merkmal ist das *Durchwohnen*, die Verbindung von Straßen- und Hofseite durch einen großzügigen Wohn- und Essbereich, teilweise mit Loggia oder Balkon auf jeder Seite. Weitere geplante Sonderwohnformen sind nur im geringen Maße umgesetzt worden (ca. 2,8% wurden als Maisonette-, Split-Level-Typ oder grundrissneutral gebaut). Von den 22 Blöcken wurde gut die Hälfte in Mauerwerksbau (Osteil), die übrigen (Westteil) und das Einkaufszentrum in Betonfertigteilbauweise errichtet (siehe Abb. 36 nächste Seite).

1-5-2 Eigentümerstruktur

Besonders ist die Eigentümerstruktur im Vergleich zu anderen Großwohnsiedlungen, die meist nur wenige große Träger aufweisen. Das Vermieterspektrum setzte sich 1985 aus 55 verschiedenen Eigentümern zusammen (vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985: V). Heute umfassen fast die Hälfte (49%) der Wohnungen zwei Großeigentümer und die restlichen 51% verteilen sich auf mehrere Wohnungsgenossenschaften, freie Wohnungsunternehmen, private Gesellschaften und Personen (siehe Abb. 35 nächste Seite).

Der größte Anteil an Wohnungen gehörte der Gemeinnützigen Aktien-Gesellschaft für Angestellte (*GAGFAH*) mit 28% (ca. 2150 Wohneinheiten). Im Herbst 2004 wurde die *GAGFAH* als viergrößte Wohnungsimmobiliengesellschaft Deutschlands mit

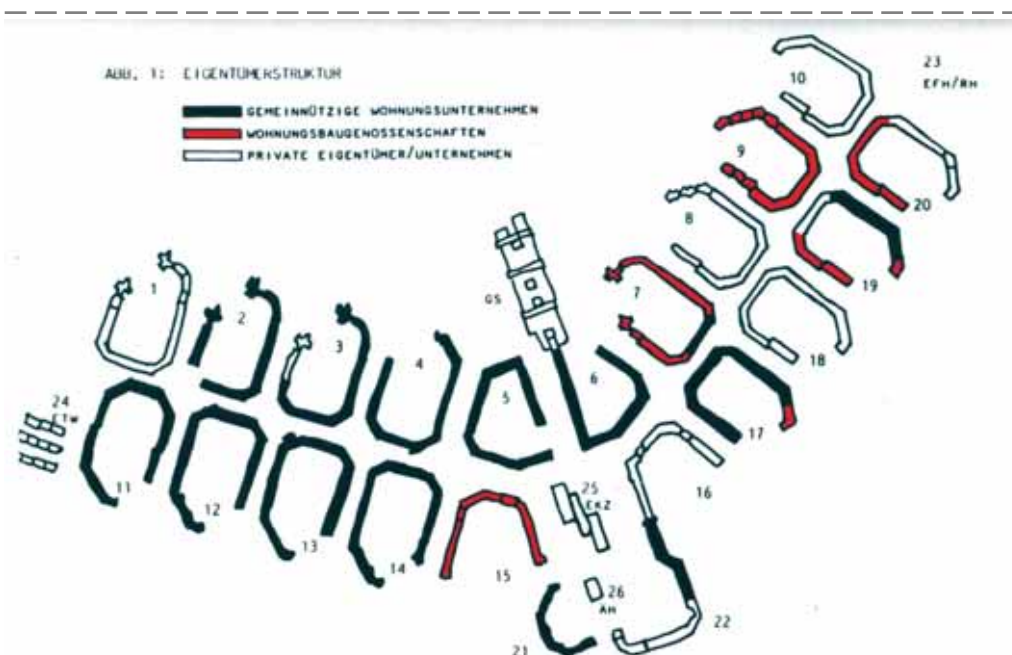


Abb. 35: Die Eigentümerstruktur von 1985 hat sich in der Verteilung kaum geändert.

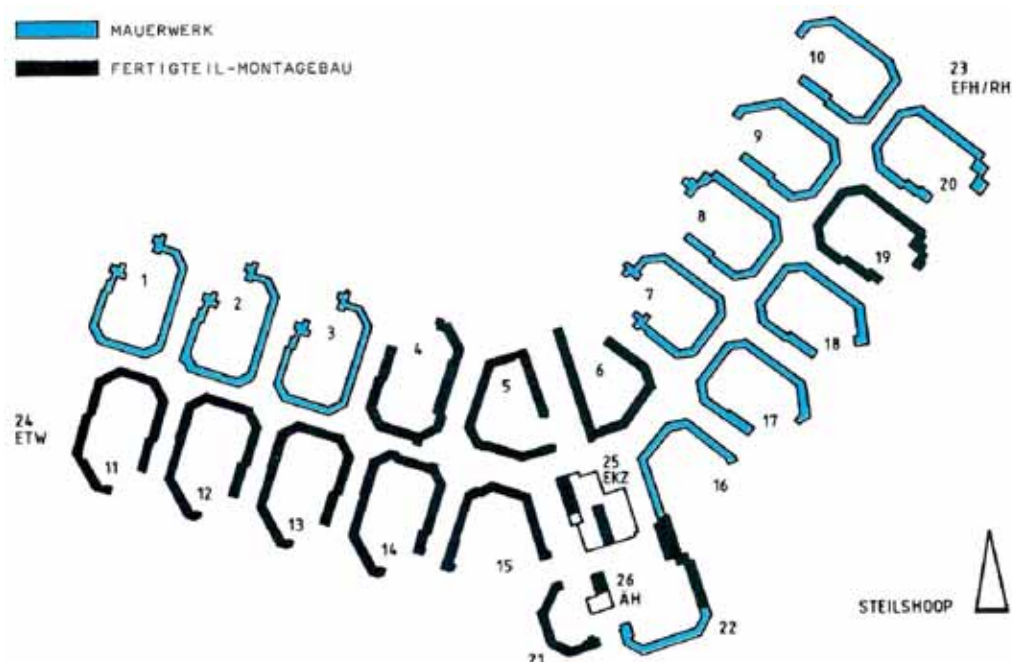


Abb. 36: vorwiegender Fertigteilbauweise im Westen und im Zentrum, Mauerwerk im Osten

bundesweit über 80.000 Wohnungen für 3,5 Milliarden Euro an die US-amerikanische *Fortress Investment Group LLC* veräußert (vgl. FHH 2006-1: 7/8). Seit Oktober 2006 ist das Wohnungsunternehmen an der Börse notiert (vgl. Hamburger Abendblatt: z1). Übergangsweise betreut die *GAGFAH* den Wohnungsbestand weiter. Am Gropiusring im Zentrum versucht das Unternehmen 106 Wohnungen, durch Verkauf an die Mieter in Eigentumswohnungen umzuwandeln (vgl. Hamburger Abendblatt: z2). Zweitgrößte Eigentümer sind die *SAGA-GWG* mit zusammen 21% der Wohnungen.

Die nächste Doppelseite zeigt die verschiedenen Facetten Steilshoops in Bildern.



Abb. 37-39: dörflich kleinstrukturelle Umgebung der Großwohnsiedlung



Abb. 40-42 : Wohnumfeld mit Kinderspielflächen und teilweise ungepflegtem öffentlichen Raum



Abb. 43: Eingang in den Zentrumsbereich der Großwohnsiedlung von Osten



Abb. 44-46 oben: Zentrumsbereich mit evangelischer Kirche in der Mitte

Abb. 47-49 unten: Baustruktur zwischen Hochgeschossigkeit und niedrigen Viergeschossern





Abb. 50-52: City Center Steilshoop mit rückwärtigem Aussenbezug



Abb. 53-55: Fußgängerachse mit Pavillons der Wohnungsunternehmen und ungepflegtem Ladenzeilen



Abb. 56: Ausblick auf den Bramfelder See



Abb. 57-59 oben: Bildungszentrum mit dem Stadtteilkulturverein und Haus der Jugend
Abb. 60-62 unten: Eindrücke von Einrichtungen und Treffs in Steilshoop



1-6 Bevölkerungs- und Sozialstruktur

1-6-1 Bevölkerungsstruktur

Von 19.335 Menschen, die im Stadtteil Steilshoop¹² leben, entfallen 14.381 Menschen-Ende 2004 auf die Großsiedlung. 1983 lebten noch 17.669 in der Anlage. Ihre Bevölkerungszahl hat seit dem, entgegen dem Wandsbeker und Hamburger Trend, mehr oder weniger kontinuierlich abgenommen. Die Dichte der Bevölkerung liegt mit 176 Einwohnern pro Hektar deutlich über dem Hamburger Durchschnitt von 27 Einwohnern pro Hektar. 20,3% der 14.381 Einwohner sind unter 18 Jahre. Steilshoop liegt damit über dem Hamburger Durchschnitt von 15,9% und über dem Wandsbeker mit 16,8%. Auch der Anteil der 65-Jährigen und Älteren ist mit 20,3% über dem Hamburger Durchschnitt von 18,2%, aber unter dem Wandsbeker Mittel von 20,9%.

1-6-2 Sozialstruktur

Der hohe Anteil an unter 18-Jährigen findet sich in den kinderreichen Haushalten wieder. In gut einem Viertel aller Haushalte (27,5%) Steilshoops leben 1999 Kinder, was deutlich über dem Hamburger (18,9%) und Wandsbeker Durchschnitt liegt (21,2%). Der Anteil der Alleinerziehenden ist mit 7,8% viel höher als im städtischen Vergleich (Wandsbek: 5,2% und Hamburg: 5,0%). Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte ist dagegen unterdurchschnittlich mit 35,1% zu 41,6% in Wandsbek und 47,9% in Hamburg.

Nationenverteilung

Der Anteil an ausländischen Anwohnern betrug 2004 18,6% (Hamburg: 14,9%, Wandsbek: 10,2%) (vgl. FHH 2006-1: 11-13). Entgegen dem stark von einer ethnischen (türkischen) Bevölkerungsgruppe dominierten Wilhelmsburg, leben in Steilshoop zu 80% die Ausländer verteilt auf 22 Nationen (vgl. Xenos 2004: 10).

Einkommen und Beschäftigung

2005 lag der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ganz Steilshoop bei 47,1% (Frauen 44,6%, Männer 49,6%) leicht über dem Hamburger Mittel von 46,55% (vgl. Statistikamt Nord: z1). Nach Xenos lässt sich dieser Unterschied auf einen geringen Anteil an Selbstständigen und Freiberuflern zurückführen (vgl. a.a.O.: 3). Das durchschnittliche Einkommen betrug nach den jüngsten ermittelbaren Daten von 1995 2.345 € im Monat und liegt nahe liegend unter dem Hamburger Durchschnitt von 2.790 € im Monat. Im Vergleich jedoch zu den anderen Hamburger Großsiedlungen verfügen die Steilshooper über ein höheres Durchschnittseinkommen. Bei den durchschnittlichen Einkommen lagen 1995 Kirchdorf-Süd bei 2.120 und Mümmelmannsberg bei 2.275 € im Monat (vgl. a.a.O.).

Entsprechend seiner randständigen Lage im Stadtraum ist der Anteil der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung überdurchschnittlich hoch: Im Juni 2005 ist der Anteil der Arbeitslosen mit 12,5% ganze 4% über dem Hamburger (8,5%) und sogar 5% über dem Wandsbeker Durchschnitt von 7,4%. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen von 15-25 Jahren ist ebenfalls auffällig mit 8,3% (Hamburg: 5,6%, Wandsbek: 5,1%) wie auch der Anteil der älteren Arbeitslosen (55-65 Jahre) mit 7,7% zu 6,4% in Hamburg und nur 4,8% in Wandsbek. Im ersten Quartal 2004 lag Steilshoop mit 14,2% Empfängern von Sozialhilfe weit über Hamburgs Durchschnitt von 8,4%. Die Abweichung ist auch im Bezug zu Wandsbek mit 7,3% sehr stark (vgl. FHH 2006-1: 11f.).

Unterschiede im Quartier

Die bereits genannte differenzierte Eigentümerstruktur bewirkt auch sozialstrukturelle Unterschiede zwischen dem West-, Zentrums- und Ostteil. Der kleinteiligere Ostteil hat eine geringere Bevölkerungsdichte, höhere Einkommen und Wohnzufriedenheiten als die anderen beiden Teile. Besonders im Zentrum ist ein höherer Anteil an jungen Arbeitslosen (2004: über 9% zu 4% in der Siedlung), Familien mit Kindern (32% zu 26%) und Sozialhilfeempfängern zu verzeichnen (über 15,5%) (vgl. Xenos 2004: 3f.).

¹² Der Stadtteil Steilshoop umfasst neben der Großsiedlung vor allem noch Alt-Steilshoop.

1-7 Soziale und wirtschaftliche Infrastruktur

1-7-1 Soziale Infrastruktur

Die vergleichsweise zügige Umsetzung der Wohnfolgeeinrichtungen im Rahmen sozialer Infrastruktur von staatlichen aber auch kirchlichen und freien Trägern ließen Mitte der 1980er Jahre ein umfangreiches Bildungs-, Erziehungs- und Freizeitangebot entstehen (vgl. Kirchoff/ Jacobs 1985: VI f.) (siehe Abb. 63). Im Zuge der Errichtung Steilshoops wurden in großem Umfang blockbezogene Gemeinschaftseinrichtungen mit aufgebaut. Dazu gehören Gemeinschafts- und Partyräume, Saunen, Teeküchen und -stuben, Hobby- und Tischtennisräume sowie Spielwohnungen zur wohnungsnahen Kinderbetreuung.

Unmittelbar im nördlichen Anschluss an das CCS befindet sich das Bildungszentrum Steilshoop, welches eine staatliche Handelsschule und die Integrierte Gesamtschule Steilshoop, sowie das Haus der Jugend, Elternschule und eine Regionale Beratungs- und Unterstützungsstelle (*REBUS*) beherbergt. Am Bildungszentrum gelegen ist der Stadtteilkulturverein Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit e.V. (*A.G.D.A.Z.*). Gegenüber dem CCS befindet sich ein Stadtteilcafé, welches mit preiswerten Speisen und Getränke einen wichtigen Treffpunkt in Steilshoop bildet. Im Erdgeschoss des CCS ist eine kleine Filiale der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen zu finden. Hinzu kommt ein kleiner Ableger der Volkshochschule zwischen Bildungs- und Einkaufszentrum. Direkt am Zentrum befindet sich die Martin-Luther-King-Gemeinde und in der Nähe die katholische St. Johanniskirche. Beachtenswert ist, dass Steilshoop Standort des Generalkonsulats von Polen ist.

In Steilshoop sind 19 Angebote zur Kindertagesbetreuung zu finden, wovon drei Vorschulklassen und drei pädagogische Mittagstische sind. Zwei Grundschulen, eine Handelsschule und die auslaufende Integrierte Gesamtschule Steilshoop (IGS)¹³ bilden die Schulversorgung im Stadtteil. Als Ersatz für die IGS wird derzeit eine Stadtteilschule *Schule am See* auf Initiative der Behördenleitung der BBS, der beiden Grundschulen und aktiver Eltern und Bürger mit integriertem Schul- und Ganztagsangebot mit möglichen Bildungsabschlüssen etabliert (vgl. FHH 2006-1: 16). Des Weiteren finden sich mit dem 1. FC Hellbrook und dem Bramfelder SV zwei Sportvereine im Stadtteil.

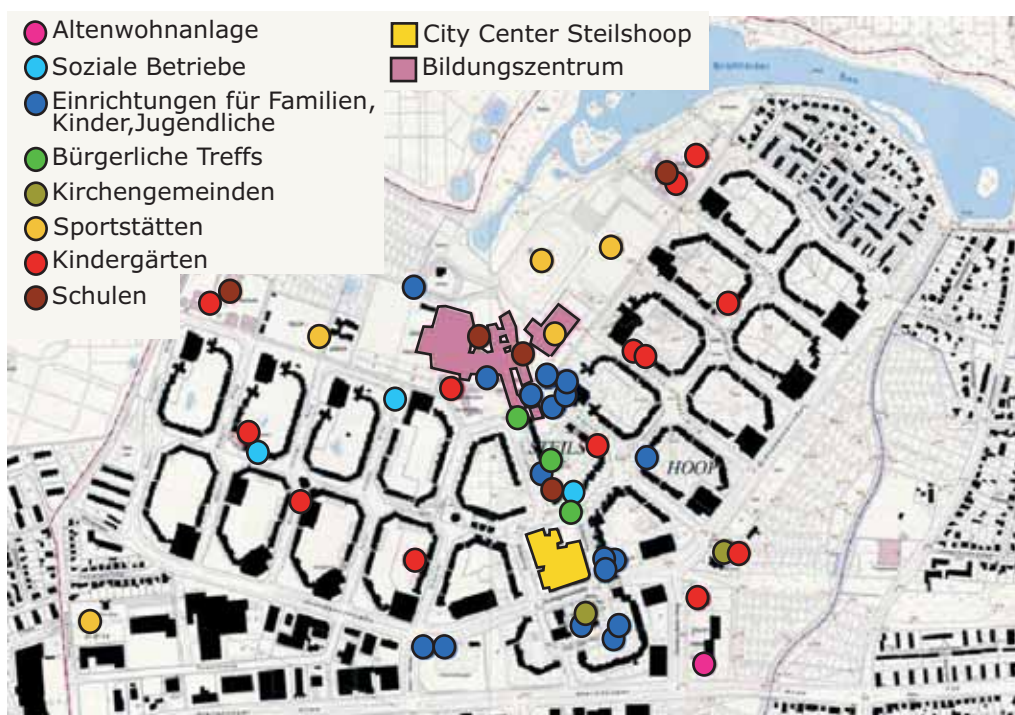


Abb. 63: Infrastruktureinrichtungen häufen sich vor allem im Zentrumsbereich.

¹³ Aufgrund von demografischen Veränderungen, aber vor allem wegen rückläufiger Anmeldezahlen für die Sekundarstufe I und II wurde 2005 durch die Behörde für Bildung und Sport (BBS) beschlossen, die IGS bis 2008/9 auslaufen zu lassen (vgl. FHH 2006-1: 15f.). Nicht zuletzt wird der Ruf der Siedlung dafür verantwortlich gemacht, dass immer weniger Eltern ihre Kinder auf die Integrierte Gesamtschule Steilshoop (IGS) schickten (vgl. www.arge.schule-hamburg.de: z1).

1-7-2 Wirtschaftliche Struktur

Über die wirtschaftliche Infrastruktur lässt sich nur soviel sagen, dass entsprechend der funktionsgetrennten Nutzungsverteilung im Stadtteil, die meisten Nahversorgungseinrichtungen sich im Zentrumsbereich im und um das Einkaufszentrum herum befinden. Das City Center Steilshoop (CCS) verfügt über eine Postfiliale und deckt mit zwei Supermärkten und mehreren Filialbetrieben den alltäglichen periodischen und aperiodischen Bedarf. Es finden sich weiterhin ein Ärztehaus, eine Sparkasse, einen zweimal wöchentlich stattfindenden Markt im Zentrum und ein Hallenbad (am Westrand der Siedlung). Die Ortsmitte ist als lokales Zentrum ausgewiesen und hat keine Ausstrahlung über den Stadtteil hinaus. Das südlich angrenzende Gewerbegebiet wartet mittlerweile mit neuen und großflächiger ausgestatteten Supermärkten auf, sodass das CCS seine Bedeutung weiter einbüßt.

1-8 Zwischenfazit

Steilshoop bildet in seinen siedlungs- und sozialstrukturellen Eigenschaften keine Ausnahme zu anderen Großwohnsiedlungen. Es ist ein typischer Vertreter des späten Großwohnsiedlungsbaus der 1970er Jahre, wie im Kapitel I 3-2 dargelegt wurde. Bemerkenswert für die weitere Arbeit ist die konsequente Anlage von Gemeinschaftseinrichtungen in jedem Block und die vielfältig ausgeprägte soziale Infrastruktur, der eine gering ausgebildete wirtschaftliche Struktur gegenübersteht. Als weiteres Ergebnis aus dem Profil ist für die Fragestellung wichtig, die räumliche Abgeschlossenheit des Stadtteils nach außen hin sowie seine sozialräumliche Wahrnehmung in der Gesamtstadt hervorzuheben. Sie wirken stigmatisierend und beeinflussen damit das Selbstbewusstsein zivilgesellschaftlicher Akteure. In der empirischen Überprüfung der drei theoretischen Zugänge wird dieser Aspekt eine Rolle spielen. Schließlich muss die Besonderheit der Siedlung in ihrer Eigentümerstruktur genannt werden. Sie ist in ihrer Kleinteiligkeit im Osten des Stadtteils eine Ausnahme zu den gängigen großräumigen Eigentümerstrukturen in diesen Quartieren, wie sie in Steilshoop dennoch im Zentrum und im Westen vorzufinden ist. Die Veräußerung des größten Wohnungsbestandes an den US-amerikanischen Investor *Fortress* und deren Bestrebungen Wohnungen an die Mieter zu verkaufen, ist eine Entwicklung nicht nur in den Medien mit Sorge verfolgt wird.

2 Stadtteilerneuerungsgenese

In diesem Kapitel werden die Maßnahmen der Stadterneuerung rückblickend und aktuell vorgestellt. Sie bilden die Grundlage für die Untersuchung der bisherigen und heutigen planerischen Entwicklungen im Hinblick auf ihre soziale und ökonomische Nachhaltigkeit. Die nachhaltigen Wirkungen der Maßnahmen sind als Rahmenbedingungen ausschlaggebend für die Förderung von Zivilgesellschaft, deren Möglichkeiten der Tragfähigkeit der Stadtteilentwicklung und -pflege als Kernfrage ausgelotet werden sollen.

Die Betrachtungen werden erst die Maßnahmen vor der Sanierung, die Sanierung selbst und dann aktuelle Stadterneuerungsmaßnahmen vorstellen. Für den Zeitraum vor und nach der Sanierung muss berücksichtigt werden, dass die Datenlage relativ begrenzt dokumentiert ist. Die aktuellen Entwicklungen in der *Lebenswerten Stadt* und darüber hinaus in der *Aktiven Stadtteilentwicklung* sind zwar noch in der gesetzlichen und planerischen Vorbereitung und nicht endgültig entschieden. Der Ansatz des Housing Improvement Districts für Steilshoop wird schließlich für die künftige Entwicklung unter zivilgesellschaftlichem Schwerpunkt als sehr wichtig erachtet und detaillierter vorgestellt. Als erstes wird ein Blick auf die schnelle Karriere als Stadterneuerungstypus in den Ursachen der Nachbesserung und der Sanierung geworfen.

2-1 Schnelle Karriere als Stadterneuerungstypus

Bevor die Nachbesserungen betrachtet werden, stellt sich die Frage, was dazu geführt hat, dass Steilshoop schon weniger als zehn Jahre nach der Fertigstellung zum Stadterneuerungstyp wurde. Generelle Ursachen für den Niedergang waren längere Vermietungsprobleme, die sich in allen Hamburger Großsiedlungen Mitte der 1980er Jahre verschärften. Die Wohnraumnachfrage sank und Leerstände wuchsen. In Steilshoop standen zeitweise bis zu 400 Wohnungen leer. Dazu kam eine hohe Fluktuation der Mieter mit Raten von 8-32% 1985/86. Die größten Mieterwechsel konzentrierten sich dabei auf den Zentrums- bzw. Zentrumsrandbereich. Viele Anwohner konnten sich nicht mehr mit ihrer Siedlung identifizieren (vgl. FHH 2000: 3). Während Steilshoop in der Anfangsphase noch hohe Nachfragen nach Wohnraum befriedigen konnte, trugen das sich sehr schnell (medial) verbreitende Negativbild des Stadtteils, eine fehlerhafte Erstbelegung und die Verlagerung der Nachfrage in Altbaugebiete und kleinere Wohnanlagen dazu bei, dass es zu diesen Vermietungsschwierigkeiten kam (vgl. Kirchhoff/Jacobs 1985: XI).

2-2 Nachbesserungen vor dem Sanierungsverfahren

Sowohl zuständige Behörden als auch die Grundeigentümer mussten schnell reagieren, um die Entwicklung zumindest zu bremsen. Um Leerstände zu vermeiden, wurden wegen der nachlassenden Nachfrage zunächst verstärkt sonst nur schwer vermittelbare Wohnungssuchende aufgenommen. Die Reaktionen der öffentlichen Hand fanden u.a. in den Bereichen von Verkehrsberuhigung, Verbesserungen der öffentlichen Grünflächen und der zusätzlichen Mietsubventionierung von besonders schwierigen Teilbeständen statt. Nach Kirchhoff/Jacobs waren diese Aktionen auf Kostengünstigkeit ausgerichtet und kamen vielfach zu spät und oft unkoordiniert (vgl. a.a.O.: XIIIff.). Zur Reaktion der Grundeigentümer gehörte die Beseitigung der Mängel, Nachbesserungen, Vermietungsanreize für Neumieter, eine nachgezogene bewusstere Mieterauswahl und Mieterbetreuung.



Abb. 64-67 (1. u. 2. Reihe):
Aufwertung des Bildungszentrums mit Vorher- und Nachher-
effekt (von links nach rechts)
Abb. 68-70 (3. Reihe): aktiver
Mieter und Mieterhaus des
Wohnrings 3 im Innenhof;
Caféteria des Stadtteilkultur-
vereins



Abb. 71, 72 (4. Reihe):
Aufwertung der Hausein-
gänge
Abb. 73-75 (5. Reihe): Aus-
bildung im RENO-Werk-
hof und im Stadtteilcafé;
Hausbetreuerloge am
Schreyerring



2-3 Sanierungsverfahren 1987 bis 2000

Zunächst wird ein kurzer Überblick zu den Gründen der Einleitung des Sanierungsverfahrens nach § 142 BauGB in Steilshoop gegeben. In Anlehnung an die typischen Mängel und Probleme, die in Großsiedlungen bundesweit kumulierten, stellt auch Steilshoop keine Ausnahme dar. Besonderheiten gab es allerdings schon damals in den Eigenaktivitäten der Bewohner und der privaten Akteure, auf die im nächsten Kapitel eingegangen wird.

2-3-1 Gründe für die Nachbesserung durch Sanierung

Gründe für die städtebauliche Sanierung Steilshoops lagen, neben den genannten generellen, nach vorbereitenden Untersuchungen vor allem in (vgl. FHH 1989:4ff.):

- der sozialen Situation,
- den Wohn- und Eigentumsverhältnissen,
- der sozialen Infrastruktur und Freizeiteinrichtungen,
- dem näheren und weiteren Wohnumfeld,
- dem Zentrumsbereich und
- dem Gesamtschulkomplex

Die Gründe sind im Anhang, Seite II, ausformuliert zu finden.

2-3-2 Ziele der Sanierung

Die Ziele der Sanierung inklusive vorgezogener Maßnahmen (Anhang, Tab. 17-19) lagen im Schwerpunkt (vgl. FHH 1989: 18-21) in

- Wohnumfeldverbesserungen,
- Ergänzung und Nachbesserung von Sozial- und Freizeiteinrichtungen,
- der Umgestaltung des zentralen Bereiches sowie der
- Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Die Tabelle 20 im Anhang zeigt einen Überblick der Erneuerung von 1989 an und zeigt zum einen den Schwerpunkt in den Wohnumfeldverbesserungen und zum anderen die Trägerschaften für die Maßnahmen. Sie zeigen wie schon im Kapitel I 3-1-2 betont wurde, die enge Zusammenarbeit zwischen Eigentümern und der Stadt als Public Private Partnership. Auf der Abb. 114 im Anhang ist das Sanierungsgebiet mit den geplanten Erneuerungsmaßnahmen zu finden.

2-3-3 Zeitablauf der Sanierung

Die Aufwertung Steilshoops durch Sanierung begann schon frühzeitig mit vorgezogenen Maßnahmen. Aufgrund der dringlichen Probleme und Zunahme des Leerstands Mitte der 1980er Jahre wurden Verbesserungen der Wohnbedingungen bereits in der Vorbereitungsphase der Sanierung durch Einzelmaßnahmen und Projekte 1987 eingeleitet und bis 1991 realisiert. Die Abb. 113 im Anhang zeigt den Zeitrahmen der Sanierung vom Senatsbeschluss zur Einleitung vorbereitender Untersuchungen 1986 bis zur förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet 1991. 2000 wurde die Sanierung erfolgreich für beendet erklärt.

2-3-4 Ergebnisse der Sanierung

Die meisten Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfelds (durch u.a. (Um-) Gestaltung der Innenhöfe, Hauseingangsbereiche und Hausbetreuerlogen) und der im vierten Teil betrachteten sozialen Maßnahmen wurden umgesetzt. Nur anhand einer Studiarbeit des Studienganges Stadtplanung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) konnte herausgefunden werden, dass Teile des Entwurfskonzepts zur Aufwertung des Zentrums (Öffnung des Zentrums als städtischen Raum) nicht umgesetzt wurden (vgl. TUHH – P1 Studienprojekt 2002: 69).

Die linke Seite hält einige Ergebnisse der Sanierung bildhaft fest.

2-4 Aktuelle Entwicklungen nach der Sanierung

Mit dem Auslaufen der Sanierung wurde Steilshoop in kein weiteres Förderprogramm aufgenommen (vgl. FHH 2006-1: 4). Erst mit der Konkretisierung des aktuellen Senatskonzeptes *Lebenswerte Stadt Hamburg* Ende 2006 gehört Steilshoop wieder zu den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, die auf der Kippe stehen und zu fördern sind. Der Hamburger Oberbürgermeister Ole von Beust (CDU) zog damit die Konsequenz aus der zunehmenden Spaltung der Stadt (vgl. FHH 2006-2: z1). Sechs Jahre nach Abschluss der Sanierung zählt Steilshoop damit wieder zu den Problemstadtteilen. Im folgenden Teilkapitel wird das Konzept *Lebenswerte Stadt Hamburg* kurz vorgestellt und auf den in Steilshoop anvisierten Ansatz des *Housing Improvement Districts (HID)*, aufgrund der Neuartigkeit durch die dauerhafte Gewinnung und Einbindung von Grundeigentümern für die Quartiersentwicklung fokussiert. Er wird im vierten Teil der Untersuchung auf sozioökonomische Nachhaltigkeit unterzogen. Danach wird ein Ausblick auf die wahrscheinlich kommende Aufnahme des Stadtteils in das Stadtteilprogramm *Aktive Stadtteilentwicklung* unternommen.



2-5 Lebenswerte Stadt Hamburg

Das im Dezember 2006 von der regierenden CDU vorgestellte Konzept fördert mit 80 Millionen Euro aus überschüssigen Steuereinnahmen bis 2011 sechs ausgewählte Stadtteile¹⁵. Zu denen gehört auch Steilshoop unter dem Motto *Große Siedlung - Großes Engagement*. Die zwei zentralen Ansätze des Konzepts sind einmal eine Bildungs-offensive, die in den Stadtteilen u.a. Ganztagschulen, vorschulische Sprachförderung und Nachbarschaftszentren für junge Familien schafft. Die Quartiersoffensive soll zum anderen nach von Beust Folgendes erreichen: „Wir wollen die Menschen in ihren Quartieren motivieren, sich selbst einzubringen und dadurch ihre Stärken zu erkennen und ihre Schwächen auszugleichen. Dadurch wird es den Menschen gelingen, ihre Viertel lebenswerter zu gestalten. Dafür wollen wir eine Hilfestellung geben“ (FHH 2006-2: z1). Grundlegend sollen sich dabei die Behörden miteinander vernetzen und die Einrichtungen vor Ort mehr miteinander kooperieren. Zudem ist jedem Quartier ein Staatsrat zugeweiht, „der sich darum kümmert, dass die Projekte der Quartiersoffensive vorangehen“ (a.a.O.).



2-5-1

Projektgebiet Steilshoop: Große Siedlung - Großes Engagement

Zum Dezember 2006 bedeutete dieses Motto: „Grün- und Spielräume sollen attraktiver werden. Ein Reparaturteam Steilshoop will Jugendlichen und Erwachsenen Gelegenheit geben, ihr Wohnumfeld in Selbsthilfe zu verbessern.“ Aus den Interviews wurde deutlich, dass zu den Fördermaßnahmen auch ein Verfügungsfonds zählt, mit welchem die Bewohner des Stadtteils jährlich eine frei verfügbare Summe erhalten, mit denen kleine in sich abgeschlossene Projekte gefördert werden können. Als Referenzbeispiel kann hier Wilhelmsburg gelten. Seit 1999 fließen jährlich 20.000€ der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in den Stadtteil. Die vom Stadtteilbeirat beschlossenen Unterstützungen kommen vor allem Projekten zugute, „die Selbsthilfe und Eigenverantwortung fördern, nachbarschaftliche Kontakte stärken sowie die Stadteilkultur beleben und Begegnungen ermöglichen“ (FHH 2006-3: 12/13). Seit 1999 konnten insgesamt 115 Maßnahmen auf diese Weise gefördert werden.

Als neuer und innovativer Ansatz soll in Steilshoop ein Modell der Grundeigentümer-Kooperation ähnlich den *Business Improvement Districts (BID)* mit *Housing Improvement Districts (HID)* ausprobiert werden.

2-5-2 Übertragung des BID-Ansatzes auf Wohngebiete

Als *Housing Improvement Districts* anstatt *Business Improvement Districts* soll in Steilshoop überprüft werden, inwieweit Wohngebiete zum Bereich einer verpflichtenden Grundeigentümer-Kooperation werden können. Dabei würden Wohnungsbauge-

¹⁵Außerdem erhalten diese Quartiere in den Jahren 2007 und 2008 rund 100 Millionen Euro aus anderen Projekt- und Programmtöpfen wie zum Beispiel der *Aktiven Stadtteilentwicklung* (vgl. FHH 2006-2: z1) Neben Steilshoop werden Wilhelmsburg (*Chancen schaffen - Bildung stärken*), Lohrbrügge-Ost (*Integration braucht Begegnung*), Altona-Altstadt (*Starke Familien - starkes Quartier*), Billstedt (*Am Schleemer Bach - Generationen gemeinsam*) und Barmbek Süd (*Neue Nachbarschaften richtig entwickeln*) gefördert.

Exkurs: BID als Form der Kooperation von Grundeigentümern

In Nordamerika werden Business Improvement Districts (BID) zur Revitalisierung innerstädtischer Geschäftszentren schon seit mehr als drei Jahrzehnten angewendet. Initiiert werden sie in den meisten Fällen von Geschäftsleuten und Grundeigentümern, die das Umfeld ihres Geschäfts und/oder Grundstücks verbessern wollen. Sie wenden sich dazu an die Stadt. Ein BID ist ein klar umrissener räumlicher zumeist innerstädtischer Bereich, der durch Beschluss der Gemeindevertretung konstituiert werden muss. Zur Finanzierung wird von allen Teilnehmern eine feste zu erbringende Abgabe durch die Kommune erhoben (über einen meistens zeitlich begrenzten Zeitraum von 5 Jahren). Diese Abgabe geht in Gänze wieder zurück an das BID und kann zur Finanzierung von Investitionen und Dienstleistungen zur Verbesserung des städtischen bzw. geschäftlichen Umfeldes verwendet werden (vgl. Bloem 2006: 13). Im Gegensatz zu freiwilligen Kooperationen werden in BID alle Grundeigentümer des festgelegten Gebietes zur Leistung der Abgabe verpflichtet, soweit nicht eine festgelegte Anzahl an Betroffenen der Einrichtung eines BID widerspricht (vgl. Büttner 2006-1). Da auch nicht bereite Betroffene hier verpflichtet werden, bietet sich die Möglichkeit, „Trittbrettfahrer“ zu integrieren, die ansonsten den Aufwertungsgewinn abschöpfen ohne sich zu beteiligen. Hamburg hat als erstes Bundesland 2005 die gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung eines BID gelegt¹⁶. Seit dieser Zeit haben sich zwei BID in Hamburg entwickelt und sind umgesetzt worden (Neuer Wall und Sachsenator (Abb. 76) (vgl. Büttner 2006-2: 9).

¹⁶ Gesetz zur Stärkung des Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (GSED)

Abb. 76: Erstes BID am Sachsenator.



sellschaften zu den Teilnehmern und Abgabeverpflichteten werden. Derzeit wird in Hamburg der rechtliche Rahmen für die Übertragung des GSED auf Wohngebiete geprüft. HID sind demnach für Maßnahmen geeignet, die

- der Aufwertung eines Wohngebiets dienen und städtische Pflichtaufgaben ergänzen oder qualitativ aufwerten (On-Top-Maßnahmen), z.B. für Entfernung von Graffiti, zusätzliche soziale Dienste, Service-Einrichtungen, Imagekampagne, Lobbyarbeit, Quartiersmanager uvm.
- der Umgestaltung des öffentlichen Raums dienen, i.S. einer aus städtischer Sicht nicht notwendigen Veränderung der Gestaltung (vgl. Büttner 2006-1).

Aus einem Arbeitspapier der eingerichteten Begleitforschung an der HafenCity Universität Hamburg (HCU Hamburg) geht hervor, dass dem Prozess der Beratung, Koordination, Entwicklung und der Umsetzung eine größere Bedeutung als in BID zukommt. Um unterschiedlichen Wissensständen, Handlungsmöglichkeiten und Interessen der Beteiligten zu berücksichtigen, ist die Auseinandersetzung mit den realistischen Möglichkeiten der Nachbarschaftsgestaltung über dieses Instrument selbst ein wichtiges Ziel (vgl. Krüger 2006:4). Da die Entwicklung des Instrumentes noch nicht abgeschlossen ist, gelten diese Aussagen nur als mögliche Rahmen und sollen deutlich machen, welchen groben Anforderungen ein HID in einem Quartier zu entsprechen hat. Nachstehend wird deshalb der Blick auf die Verknüpfung des Instruments mit Steilshoop gelenkt.

2-5-3 Entstehung eines potenziellen HID Steilshoop

Die Anlässe, die dazu führten, dass gerade Steilshoop als Modellstadtteil für dieses Instrument gelten mag, lässt sich auf parallele Initiativen der Stadt und der Grundeigentümer in jüngster Zeit zurückführen. Zugrunde liegt eine Besonderheit des Stadtteils mit der Aufteilung des öffentlich genutzten Raumes in der zentralen Fußgängermittelachse in 58% städtischen und 42% privaten Besitz. Ihre größten zusammenhängenden Flächenanteile konzentrieren sich auf die Platzaufweitungen an den Kreuzungen mit den Erschließungsstraßen der Wohnringe. Beide Seiten kamen aufgrund dieser Eigentumsverhältnisse sowie aufgrund eines schlechten Pflegezustandes der Mittelachse und des unterschiedlichen Engagements der Grundeigentümer für Steilshoop gleichzeitig aufeinander zu. Seitens der Grundeigentümer bildete sich zuvor eine Steuerungsgruppe unter der Federführung der jüngst veräußerten GAGFAH, die die wichtigsten Eigner in

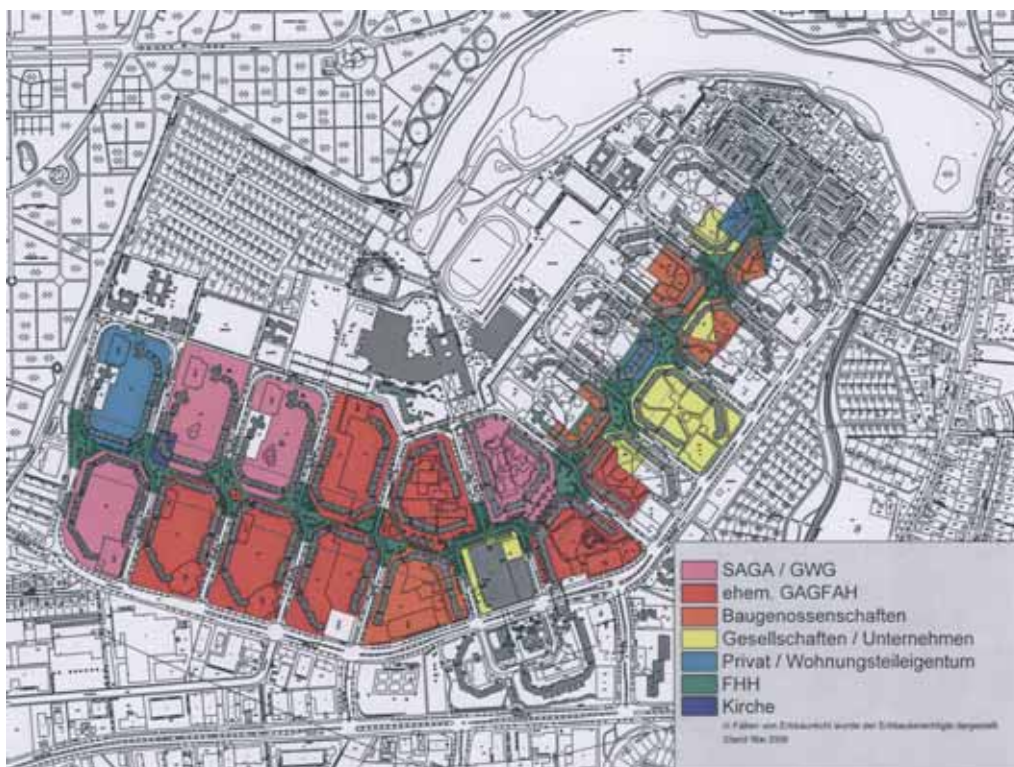


Abb. 77: Eigentümerstruktur heute, bezogen auf die Mittelachse

Steilshoop thematisch zusammenarbeitend an einen Tisch bringen wollte (u.a. für ein gemeinsames Marketing). Sie gingen auf das Bezirksamt Wandsbek zu, das in etwa zeitgleich das Ziel ins Auge fasste, das Problem der ungepflegten Mittelachse gemeinsam mit den Grundeigentümern lösen zu wollen und dazu die Idee des *HID* ausgehend von der BSU in der Tasche hatte. Die Idee fand schnell Zuspruch, weil damit die nicht gesicherte freiwillige Kooperation des *GAGFAH*-Nachfolgers gebunden werden könnte.

Aufgrund der besonderen Eigentumsverteilungen wird die Stadt Hamburg nicht nur Rahmen setzend für eine mögliche verfahrensrechtliche Ausgestaltung eines *HID* sein, sondern selbst als Teilnehmer auftreten und mit den gleichen Abgabepflichten wie die Grundeigentümer belegt. Derzeit befinden sich die möglichen neuen Kooperationspartner in Aushandlungsgesprächen zur inhaltlichen und verfahrensrechtlichen Ausgestaltung des *HID*. Dieser Prozess wird von der HCU Hamburg wissenschaftlich begleitet. Erstes inhaltliches Projekt eines möglichen *HID* Steilshoop wird die Aufwertung und künftige Pflege der Mittelachse sein, über weitere inhaltliche Themen wird aktuell verhandelt (vgl. IV 01 und GIV).

2-6 Aussicht auf **Aktive Stadtteilentwicklung** 2008

Nach Aussagen der planenden Verwaltung ist es sehr wahrscheinlich, dass ausgehend von der *Lebenswerten Stadt Hamburg* Steilshoop zumindest mit dem Modellprojekt *HID* in die *Aktive Stadtteilentwicklung* aufgenommen wird (vgl. IV01). Genauere Aussagen zu inhaltlichen Ansätzen für Steilshoop innerhalb des Programms können derzeit noch nicht gemacht werden. Hier kann lediglich das Programm in seinen Zielen und Ausrichtung näher vorgestellt werden.

Die *Aktive Stadtteilentwicklung* ist ein Programm des Senats, welches von 2005 bis 2008 mit einem Volumen von 39 Millionen Euro läuft. Ziel ist die Aufwertung und Stabilisierung von Quartieren durch die Förderung ihrer Potenziale. Dazu sollen Bürger vor Ort intensiv durch z.B. Beiräte, Foren oder Arbeitsgruppen eingebunden werden. Es wurden zur lokalen Einbettung der Ziele zwei Fördergebietstypen festgelegt, die sich

als Entwicklungsquartiere und Themengebiete unterscheiden lassen. Über einen längerfristigen Zeitraum hinweg sollen per Senatsbeschluss in Entwicklungsquartieren integrierte Entwicklungsstrategien umgesetzt werden, um komplexen Problemstellungen gezielt zu begegnen und nachhaltig wirksame Lösungen zu erreichen. Themengebiete beschreiben hingegen deutlich kleinere Gebiete, in denen ausgesuchte thematische Schwerpunkte in schlanken Verfahren in einem Zeitraum von maximal vier Jahren bearbeitet werden sollen. Aufgenommen in das Programm werden die Gebiete unter der Leitung der BSU und in Abstimmung mit beteiligten Fachbehörden. Bei der BSU liegt auch die Gesamtsteuerung des Programms (vgl. FHH 2005: 21).

2-7 Zwischenfazit

Aus der Stadterneuerungsgenese ist trotz aller unternommenen und nach Maßgabe der Fotos erfolgreich durchgeführten Maßnahmen offensichtlich kein stabiler Stadtteil entstanden, sonst stünde Steilshoop 2006 nicht wieder auf der Liste der Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Mit Spannung darf auf die Änderungen der aktuellen Entwicklungen der Stadterneuerung geschaut werden. Damit sind die wichtigen Grundlagen zur Untersuchung für den ersten theoretischen Zugang in den Stadtteil gelegt worden.

3 Anspruchsgruppen in Steilshoop

Zu den zivilgesellschaftlichen Anspruchsgruppen, die für eine zivilgesellschaftlich getragene Planung in der Großwohnsiedlung berücksichtigt werden müssen, zählen in Steilshoop Vertreter der Bewohnerschaft, der privaten Akteure und des Dritten Sektors. Auch Politik und Verwaltung sind eine Anspruchsgruppe, die abschließend vorgestellt wird.

3 -1 Vertreter der Bewohnerschaft

3-1-1 Von der Selbsthilfe zum Verein

Die Bewohnerschaft von knapp 14.500 Menschen ist wohl die wichtigste Stakeholder-Gruppe, da sie im Stadtteil wohnen und Betroffene von Planungen sind. Die meisten aktiven Bewohner sind in Gruppierungen zur Selbsthilfe, in der Stadtteilinitiative *wir-steilshooper.de* und im Stadtteilkulturverein zu finden. Aufgrund ihres Ursprungs der Gruppierungen aus der Bewohnerschaft heraus, sind sie ihnen auch zuzuordnen. In der nachfolgenden Betrachtung werden sie als Orte des bürgerschaftlichen Engagements im Dritten Sektor angesiedelt.

3-1-2 Institutionalisierung als Hürde

Einige von ihnen sind im Zuge ihres Bestehens institutionalisiert (Stadtteilkulturverein, Verein für Jugendpflege e.V.) worden. Es entwickelte sich eine starke Verflechtung zwischen den Bewohneraktivitäten und der offiziellen Sozialarbeit in den 1980er Jahren, die fehlendes bzw. abnehmendes Engagement durch hauptberufliche Tätige substituierte (siehe Mietergemeinschaft Steilshoop). Kirchhoff/Jacobs erkannten darin ein großes Problem, da die wohl notwendige Hilfe der Tätigen eine Schwelle für die Bewohner wird: *„Hier wird die Kluft zwischen den Aktiven im Verein und Neulingen nicht nur durch die längere Erfahrung, sondern auch durch den nicht zu verringernden Vorsprung der Professionalität vergrößert“* (a.a.O.: 86).

3-2 Vertreter im Dritten Sektor

Es lassen sich die verschiedenen Einrichtungen und Gruppierungen einmal nach Initiativen und Vereinen, nach sozialen Dienstleistern und nach Freizeiteinrichtungen unterscheiden. Da die Fragestellung der Arbeit auf das eigene Interesse der zivilgesellschaftlichen Akteure an der Schnittstelle zum Interesse an der Entwicklung des Stadtteils abzielt, werden Freizeiteinrichtungen wegen ihres vornehmlichen Eigeninteresses nicht weiter betrachtet und vorgestellt. Die wichtigsten hier genannten Initiativen und Vereine als Organisationen des Dritten Sektors sind aus eigenem Antrieb der Beteiligten selbstorganisiert entstanden. Sie werden zuerst kurz vorgestellt, gefolgt von den sozialen Dienstleistern, die teilweise ebenfalls die Vereinsform zur Grundlage haben.

3-2-1 Mietergemeinschaft Steilshoop

Kirchhoff/Jacobs weisen der von 1972-1984 bestehenden Mietergemeinschaft Steilshoop (MGS) einen hohen Anteil an der Entwicklung des breiten Infrastrukturangebotes zu. Bereits 1972 nach Bezug der ersten Wohnblöcke entstand die MGS aus vier informellen Arbeitsgruppen, die sich aufgrund der anfänglichen Versorgungsengpässe bildeten. Die Arbeitsgruppen wuchsen im Laufe der Jahre auf sechs zu den Themen Zukunftsfragen, Rechtsfragen, Kultur, Information, Innenhöfe und Verkehr an. Durch die zunehmende erlahmende Bewohnerbeteiligung schrumpften sie jedoch bis auf den Arbeitskreis Information, Mietrecht und Kultur zusammen. Zu ihren Aktivitäten gehörten u.a. die

Herausgabe eines monatlichen Informationsblattes, kostenlose Beratung in Mietfragen und die Organisation öffentlicher Veranstaltungen z.B. Theater-Gastspiele. 1984 löste sich die MGS wegen mangelnder Bewohnerbeteiligung auf. Gründe für das Auflösen der MGS lagen zum einen in der zunehmenden Fluktuation, die eine Bildung von Mietervertretungen auf Basis von gewählten Blockvertretungen für die MGS beinahe unmöglich machten. Zum anderen wurde sie aufgrund der anfänglichen Versorgungsengpässe und Bauschäden gegründet als reine Selbsthilfeorganisationen. Die weiterhin Aktiven verpflichteten sich nur noch aufgrund von sozialen Engagements (vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985: 85/86).

Sie hinterließ nur den Arbeitskreis Kultur, der bis 2006 als Kulturverein Steilshoop e.V. bestand und schließlich mangels Nachwuchs einging. Weitere Vereine mit gezielt sozialen Motiven gingen aus der MGS schon früher hervor, z.B. der Verein für Jugendpflege e.V. 1973, in welchem engagierte Bürger, sich vernachlässigten Kindern und Jugendlichen annahmen (vgl. a.a.O.: 84ff.). Später wurde der Verein als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt und besteht bis heute in Angliederung an die Martin-Luther-King-Gemeinde (vgl. FHH 2006-1: 17).

3-2-2 Stadtteilinitiative *wir-steilshooper.de*

2002 gründete sich *wir-steilshooper.de* aus engagierten Bürgern. Ihr Name und gleichzeitige Internetplattform formulieren ihr Selbstverständnis: *„Unsere Stadtteilinitiative setzt sich für den Stadtteil Steilshoop ein. Aktionen, Feste und Veranstaltungen werden von uns besucht. Wir mischen uns ein und sind für die Steilshooperinnen und Steilshooper da. ... Wir planen gemeinsam Aktionen gegen die Probleme in unserem Stadtteil. Wir haben gute Stimmung und versuchen, mit anderen Institutionen und Vereinen in Steilshoop gut zusammenzuarbeiten. Wir sind Mitglied der StadtteilkonferenzKoKoin Steilshoop. Wir begleiten das Projekt ‚Lebenswerte Stadt Hamburg - Projekt Steilshoop.... Mit unserer Pressearbeit versuchen wir uns Gehör zu verschaffen.“* (www.wir-steilshooper.de: z1).

Der Internetauftritt bietet online ein umfangreiches Angebot

- an Informationen (u.a. Terminkalender, Neues aus und über Steilshoop und seine Entwicklungen, Aufrufen),
- an Unterhaltung (u.a. Witze, Spiele),
- an Kommunikation und Vernetzung (vor allem das Forum 22309, wo sich u.a. zu aktuellen stadtteilbezogenen Themen ausgetauscht und diskutiert werden kann und eine Zeitbörse von Steilshoopern für Steilshooper besteht (vgl. a.a.O.: z2) und
- an Dokumentation mit Bildergalerien.

Sie sind nur im weiten Sinne als Vertreterschaft der Bewohner zu verstehen, da sie nicht nur Bewohnerinteressen alleine vertreten, wie der Hinweis auf die Zusammenarbeit mit den anderen Vereinen und das Stadtteilinteresse zeigen. Deshalb sind sie hier aufgelistet.

3-2-3 Selbsthilfegruppen

Engagierte Einzelpersonen förderten in den 1970er und 80er Jahren lose Zusammenschlüsse von Selbsthilfegruppen, von denen einige noch heute bestehen. Es würde den Rahmen der Arbeit sprengen alle aufzuzählen, daher werden nur einige genannt.

- Es sei zum einen auf das *Haus der Nachbarschaft* verwiesen, welche zur Vermittlungsstelle für gebrauchte Möbel, Kleidung usw. Mitte der 1980er Jahre entstand. Heute ist es anerkannt in der Nachbarschaftshilfe (vgl. FHH 1996: 8).
- In jüngster Zeit formierte sich eine *Initiative für den Erhalt der INTEGRIERTEN Gesamtschule Steilshoop (IfIGS)*, die sich vor allem mit Interessierten und betroffenen Eltern sowie im Schulbereich Tätigen gegen die Schließung der Gesamtschule Steilshoop wandte.

- Der Mietertreff des *Vereins Aktiver Mieter e.V.* aus dem Wohnring 3 hat sich zum Ziel gesetzt, Nachbarschaften im Wohnring zu fördern. Im Rahmen der Sanierung wurde ihnen dazu ein Gemeinschaftshaus in den Innenhof gebaut (a.a.O.:9).

3-2-4 Stadteilkulturverein A.G.D.A.Z.

1989 in dieser Form gegründet, stellt sich der Verein dar, „für alle, die in Steilshoop wohnen und/ oder arbeiten und Interesse daran haben, etwas mit Menschen verschiedener Nationen auf die Beine zu stellen: Kultur, Diskussionen, Veranstaltungen zu politischen oder gesellschaftlichen Fragen, Gruppentreffen, Kurse, Internettreff oder einfach in unserer Cafeteria sitzen und mit anderen plaudern“ (www.agdaz.de: z1). Er ging aus zwei sich in der Gründung befindenden Vereinen, dem Stadteiltreff und A.G.D.A.Z., hervor. Der Stadteiltreff hatte das Ziel, Menschen aus dem Stadtteil zusammenzubringen, während A.G.D.A.Z. sich um die Initiative eines Pastors der evangelischen Martin-Luther-King-Gemeinde mit dem Anliegen, Raum für Begegnungen mit den Nationalitäten zu schaffen, bildete. Die Fusion kam durch die beiderseitige Idee, Raum zu schaffen in der damaligen Bücherhalle und die sich ergebenden Fördermöglichkeiten und -bedingungen im Rahmen der Sanierung auf. Diese bestanden nach Aussage von Frau T. im Interview in der Möglichkeit Räume aus Städtebaufördermitteln und inhaltliche Förderung als Stadteilkulturzentrum durch Mittel der Kulturbehörde zu erlangen. A.G.D.A.Z. richtet bis heute jährlich das *Internationale Stadteilstfest* zusammen mit vielen anderen Einrichtungen, Gruppierungen und Aktiven aus.

3-2-5 Soziale Dienstleister

Im Jugend- und Sozialbereich sind vielfältige Einrichtungen im Stadtteil zu finden.

Dazu gehören vor allem folgende Einrichtungen:

- *JETZT* Steilshoop (Kulturtreff), *alraune gGmbH*
- Haus der Jugend
- Elternschule
- Verein für Jugendpflege: Jugendclub und *Step In* (Drogenstraßensozialarbeit)
- Straßensozialarbeit
- Elefantengruppe
- Mädchen- und Frauentreff Steilshoop
- Abenteuerspielplatz
- Textilnäherei *Samt und Seife*
- *BISS* – Bildungsarbeit im Stadtteil Steilshoop
- *RENO*-Werkhof Steilshoop, *alraune gGmbH*
- Seniorentreff der Martin-Luther-King-Gemeinde
- Schulmensa mit Lehrküche
- Stadteilcafé mit Lehrküche, *alraune gGmbH*

Es sprengt den Rahmen der Arbeit all diese Einrichtungen näher vorzustellen. Es lässt sich soviel sagen, dass das Haus der Jugend, die Elternschule, die Straßensozialarbeit und der Mädchen- und Frauentreff Steilshoop staatlich getragene Einrichtungen sind. Die meisten anderen freien Träger sind im Rahmen der Sanierung entstanden und werden als Maßnahmen sozioökonomischer Nachhaltigkeit im vierten Teil näher untersucht. Im Folgenden werden die vertretenden Gremien dieses professionellen Teils des Dritten Sektors vorgestellt.

3-2-5 Sozial AG und Koordinierungskonferenz (KoKo)

Die kritische Nachuntersuchung des Demonstrativbauhabens Steilshoop von Kirchhoff/Jacobs 1985 hebt den hohen Organisationsgrad in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Vereinen und Institutionen hervor. Als freiwillige Kooperationen aller wichtigen Akteure im Stadtteil gab und gibt es bis heute die *Sozial AG* und die *Koordinierungskonferenz (KoKo)*. Erstere bildet eine Arbeitsgemeinschaft, in der alle sozialen Einrichtungen unabhängig der Trägerschaft und Schulen sich monatlich austauschten,

Diskussionen stadtteilbezogener Probleme und ihre Arbeit vor Ort koordinierten. Darüber hinaus existieren heute weitere Arbeitsgruppen (u.a. Kinder-AG, Jugend-AG), die sich freiwillig, selbstorganisiert und mehrmals jährlich treffen.

Die *KoKo* traf sich damals zweimal im Jahr mit Teilnehmern aller im Stadtteil engagierten Vereine, Institutionen und Gruppen inklusive dem Ortsamtsleiter. Auch hier wurden stadtteilbezogene Probleme diskutiert und darüber hinaus Aktivitäten und Termine abgestimmt (vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985: 78-80). Heute sind auch Bewohner und Grundeigentümer themenbezogen Teilnehmer an der *KoKo*, die sich nun häufiger bis zu sechs Mal im Jahr trifft (vgl. FHH 2006-1: 13).

3-3 Vertreter der privater Unternehmen

Typisch für Großsiedlungen ist die lokale Wirtschaftsstruktur nur wenig ausgebildet. Über Filialbetriebe im City Center Steilshoop (CCS) hinaus finden sich nur im direkten Umfeld des CCS Läden zur Nahversorgung. Es besteht nur geringfügige punktuelle Teilnahme von einzelnen Unternehmen am Stadtteilgeschehen (z.B. in der *KoKo*). Auf sie wird hier nicht weiter eingegangen. Hervorzuheben sind vielmehr die Grundeigentümer mit ihrem unterschiedlichen Engagement und Auswirkungen auf Planungserfolge.

3-3-1 Unterschiedliche Eigentübertypen und Verhaltensweisen

Die unterschiedliche Eigentumsstruktur ist in der Siedlung abzulesen. Der Westteil ist überwiegend in der Hand von den großen Eigentümern, der Zentrumsbereich wird von mehreren Eigentümern und der Ostteil ausschließlich kleinteilig von Wohnungsgenossenschaften, privaten Gesellschaften usw. mit geringen Bestandteilen gehalten. Schon in den 1980er Jahren wurde an dieser Eigentumsverteilung die Problemdichte deutlich. Die Bestände im West- und Zentrumsbereich der großen Eigner hatten damals die höchsten Fluktuationsraten zu verzeichnen, während der Ostteil weitgehend unproblematisch Mieterstrukturen aufwies (vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985: VIIff.). Aus der kritischen Evaluation der Großsiedlung von 1985 geht bereits hervor, dass diese Unterschiede sich auf verschiedene Verhaltensweisen und Verwaltungsstrukturen der unterschiedlichen Eigentübertypen zurückführen lassen (z.B. im Verhalten gegenüber der planenden Verwaltung, der Art zu bauen, Bestands- und Kundenpflege) (vgl. dies. 1985: VIII).

3-3-2 Kooperation der Grundeigentümer

Die städtebaulichen Missstände in den 1980er Jahren führten zu zunehmenden Einzelbemühungen der Vermieter. Eigeninteresse u.a. zur Verringerung von Leerstand war hier Leitmotiv. Eine Zusammenarbeit entstand erst durch die großen gemeinnützigen Gesellschaften. Sie enthielt u.a. umfangreiche Instandsetzungen, teilweise bauliche Umgestaltungen, Reinigungsaktionen, Einstellung von Hilfskräften vor Ort und Mietverzichte bei steuerbegünstigten Wohnungen (vgl. a.a.O.: XIII). Die freiwillige Kooperation der Vermieter hielt während der Sanierung bis in die 1990er Jahre an. Derzeit erfährt sie eine Renaissance durch die erneuten Schwierigkeiten in Steilshoop durch den Verkauf der *GAGFAH* an den amerikanischen Investmentfond *Fortress* und das nicht gesicherte Engagement des neuen Eigentümers in seinem Bestand (vgl. IVO1, IVO4).

3-4 Politik und Verwaltung

Politik und Verwaltung sind in der Wahrnehmung ihrer Pflichten zur Wahrung des Allgemeinwohls eine Anspruchsgruppe. Als Stadtteil hat Steilshoop allerdings keine eigene Ortsdienststelle der Verwaltung. Er wird über die Region Bramfeld im Bezirksamt Wandsbek mitvertreten. Es leben allerdings einige Abgeordnete verschiedener Parteien der Bezirksversammlung Wandsbek in Steilshoop und vertreten den Stadtteil im Ausschuss für soziale Stadtteilentwicklung im Bezirk Wandsbek.

3-5 Zwischenfazit

Die Betrachtung des Profils der Siedlung in ihren Anspruchsgruppen hat hervorgebracht, dass Steilshoop als Großwohnsiedlung bereits über einen Stamm an Sozialkapital verfügt, der für zivilgesellschaftliche Entwicklungen genutzt werden kann. Sozialkapital zeigt sich in Form von festen Kooperationen wie der KoKo, in losen wie der Grundeigentümerkreis und in Netzwerken wie auch Selbsthilfegruppen, die sich thematisch zu bestimmten Anlässen bzw. Betroffenheiten bilden. Sie können indirekt als Koproduct des Stadterneuerungsprozesses gelten. Allerdings bilden die institutionalisierten Träger im Dritten Sektor Hürden durch ihre Professionalität für die Aktivierung von Bürgern. Zivilgesellschaftlich tragfähige Entwicklungen, wie sie hier erprobt werden sollen, werden dadurch gehemmt.



IV Zugang 1 - Programmfresser ohne Reue?

Empirische Untersuchung der Maßnahmen der Stadterneuerung im Hinblick auf sozioökonomische Nachhaltigkeit

Zwischenfazit

1 Ist Steilshoop ein Programmfresser ohne Reue?

Die aktuellen Meldungen weisen Steilshoop als *Stadtteil auf der Kippe* aus (vgl. vorheriges Kapitel III 2-4). Haben zusammengenommene zwanzig Jahre der Stadterneuerung Steilshoop nicht sozial und ökonomisch tragfähig gemacht? Dann wäre Steilshoop ein Programmfresser ohne Reue, der in Zukunft weitere öffentliche Gelder schluckt, ohne satt zu werden. Für eine sozial und ökonomisch tragfähige Stadtteilentwicklung und -pflege durch die zivilgesellschaftlichen Akteure Steilshoops sind sozial und ökonomisch dauerhaft wirkende Maßnahmen zur Unterstützung jedoch notwendig.

In der empirischen Untersuchung der Stadterneuerungsgenese diesen Teils und ersten theoretischen Zugangs werden nacheinander die Errichtung der Siedlung, die Sanierung und die aktuellen Entwicklungen mit dem Housing Improvement District betrachtet. Hierzu werden zunächst die Analysen eigener Recherchen auf Basis von Sekundärquellen dargestellt und bewertet sowie nachfolgend die Ergebnisse der Interviews mit den Akteuren der Siedlung als Akteursbewertung hinzugezogen.

1-1 Sozioökonomische Nachhaltigkeit in der Errichtung von Steilshoop

1-1-1 Voruntersuchung

Steilshoop wurde als Demonstrativbauvorhaben des Bundesbauministeriums gefördert und enthielt in seiner Planung Elemente, die besonders der Förderung von Gemeinschaft und Selbstbestimmung dienen sollten. Zum einen gehörte dazu die blockweise Einrichtung von Gemeinschaftsräumen (siehe Kapitel III 1-7-1). Des Weiteren war es mit der Errichtung des Bildungszentrums Planziel „durch eine starke Vernetzung verschiedener Einrichtungen und Nutzergruppen eine Begegnungsstätte für alle Steilshooper Bürger .. in zentraler Lage zu schaffen“ (vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985: 80). Zum anderen war Steilshoop von 1973-1983 mit dem *Wohnmodell Steilshoop e.V.* Standort des einzigen derartigen sozialpolitischen Experimentes seiner Zeit. Die Ursprünge des Wohnmodells Steilshoop liegen 1971 in der Gründung des Vereins *Wohnmodell e.V.*. Sein Ziel lag in der Verwirklichung gemeinsamen Wohnens von Familien, Wohngruppen, Hilfsbedürftigen und Benachteiligten in einem selbst geplanten Gebäude mit 72 Wohneinheiten (Block 6 im Zentrum) (vgl. Heym 1984: 12).

1-1-2 Eigenbewertung

Diesen Elementen gegenübergesetzt fand jedoch keine nennenswerte Bürgerbeteiligung während der Planung und Errichtung statt. Das lässt sich mit dem damaligen technokratischen Planungsverständnis erklären (vgl. Kapitel I 3-1-3). Beteiligung als staatlich gesichertes Element sozialer Nachhaltigkeit befand sich noch in den Anfängen (vgl. Seite 1996: 62). Die Gemeinschaftsräume ließen sich kaum ohne erhebliche Störungen der

Nachbarn nutzen, obschon ihr Vorhandensein von den Bewohnern als positiv bewertet wurde (vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985: VII). Auch das Bildungszentrum konnte nicht den Ansprüchen aller Anspruchsgruppen gerecht werden. Das Raumangebot war zwar ausreichend, allerdings kollidierte die dominante Ausrichtung auf den Schulbetrieb im Bildungszentrum mit den Bedürfnissen für andere (große) Veranstaltungen durch Auflagen (u.a. Alkoholausschank und abendliche Zeitbegrenzungen), hohe Saalmieten und Verhandlungsaufwand (vgl. a.a.O.: 81).

Das gemeinschaftliche Wohnprojekt bestand von 1973-1983 und wurde in der hier zugrunde liegenden Evaluation des Projektes ein Jahr später 1984 als gescheitert bezeichnet (siehe Abb. 78). Schon ein Jahr nach dem Bestehen lebten in den Wohnungen nur noch 21% der ur-

Abb.78: Negativpresse des Wohnmodells



sprünglichen Projektgruppe. Ursache für das Scheitern lag nach Meinung der Experten u.a. in den fehlenden Entscheidungsspielräumen der Projektbeteiligten, die zwar mitplanen aber nicht mitentscheiden durften. Viel entscheidender jedoch waren der schlechte ÖPNV-Anschluss des Standorts, der überzogene soziale Anspruch und das einseitige Wohnumfeld. Bereits in der Planungsphase führten die lokalen Besonderheiten zur Spaltung der Interessentengruppe und die soziale *Überfrachtung* später zu hohen Fluktuationsraten (vgl. Heym 1984: 12-15). 1983 löste sich das Projekt auf, wobei eine 40-köpfige Gruppe weiterhin ein gemeinschaftliches Wohnprojekt in Ottensen fortsetzte (vgl. Xenos 2004: 14).

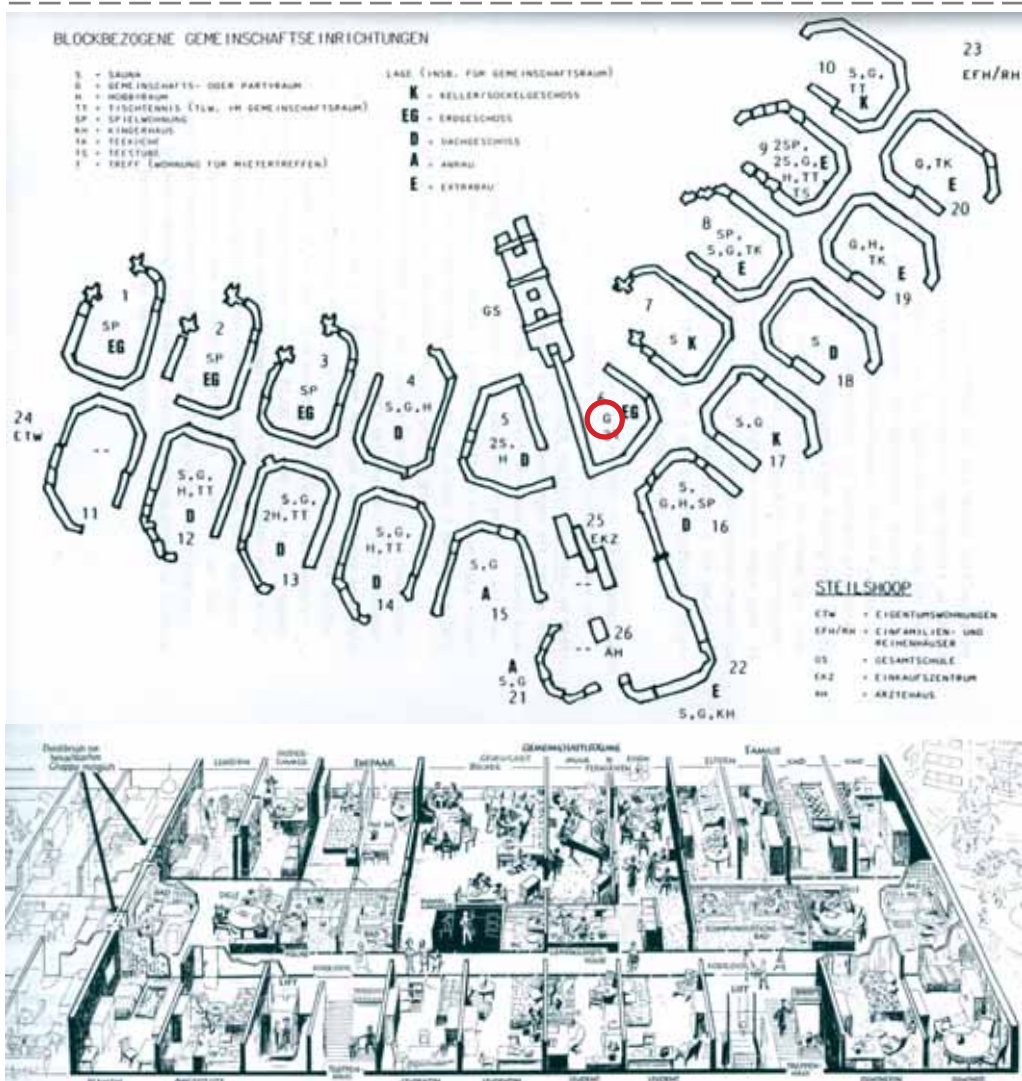


Abb. 79 oben: Gemeinschaftseinrichtungen je Block, Kreis bezeichnet Standort des Wohnmodells
 Abb. 80 unten: Idealvorstellung der Gemeinschaft im Wohnmodell Steilshoop

1-1-3 Akteursbewertung

Akteursbewertungen zur sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit der Errichtung der Siedlung kamen aus der empirischen Erhebung der Interviews nicht hervor.

1-2 Sozioökonomische Nachhaltigkeit in der Sanierung

1-2-1 Voruntersuchung

Bedeutende Maßnahmen, die der Verbesserung des Wohnumfelds und der Behebung städtebaulicher Mängel dienen, werden aufgrund des Fokus' der Fragestellung nicht betrachtet. Ein großer Anteil der Verbesserungsmaßnahmen, die hier betrachtet werden, fällt in den Zeitraum der vorgezogenen Maßnahmen. Nach Aussage des Abschlussberichtes 2000 trugen diese ganz wesentlich dazu bei, das Vertrauen der Bewohner in den beginnenden Erneuerungsprozess zu wecken und die Identifikation mit Steilshoop zu stärken (vgl. FHH 2000: 5-6). Förderungen für die Vermieter können aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht tabellarisch ausgewertet werden. Die Vermietungsprobleme jedoch führten zur Förderung von Wohnungsverwaltungen vor Ort, zur Freistellung Steilshoops von der Fehlbelegungsabgabe und der Belegungsbindung (vgl. a.a.O.: 5).

Die Tabellen 5 und 6 nennen die Maßnahmen und untersuchen sie auf Kriterien sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Die Betriebe der heutigen *alraune gGmbH* (sozialer Beschäftigungsträger) werden dabei einzeln betrachtet.

1-2-2 Eigenbewertung

Es ist bereits ersichtlich, dass die Mehrheit der Maßnahmen, die soziale und ökonomische Nachhaltigkeit fördern, soziale Infrastrukturmaßnahmen betreffen. Steilshoop taucht mit dem *RENO-Werkhof*, dem Stadtteilcafé und der Schulmensa gegen Ende des Sanierungsverfahrens sogar im Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung 1999 auf¹⁴. Ihr dauerhafter Beitrag zur aktiven Teilhabe und selbstbestimmten Lebensführung konzentriert sich weitgehend auf soziale und berufliche Integration von sozial benachteiligten Frauen und Jugendlichen durch Beschäftigungsmaßnahmen. Dem nachgeordnet stehen Treffpunkte für gemeinschaftliches Leben (siehe Stadtteilcafé, Stadtteilkulturverein und Mieter-Gemeinschaftshaus). Beteiligungsinfrastrukturen bestanden nur für die Zeit der Sanierung. Sowohl der Koordinierungsausschuss (KOA) als auch das Stadtteilbüro sind heute nicht mehr in Steilshoop zu finden. Die meisten Einrichtungen verfügen über eigene Räumlichkeiten. Getragen werden die Maßnahmen meist von gemeinnützigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung bzw. Vereinen, die hauptsächlich öffentlich finanziert werden. Andere Formen der finanziellen Trägerschaft (als öffentliche), entsprechende Infrastrukturen und Rahmenbedingungen sind aus den Sekundärquellen nicht ersichtlich.

„Ausgelöst durch die Sanierung ist eine Fülle von Netzwerken, gerade auch auf privater Ebene entstanden. Das soziale Klima .. wird deshalb als überwiegend positiv gesehen. Die meisten Menschen können sich heute wieder mit dem Stadtteil identifizieren. Selbsthilfe und Eigeninitiative werden bei den vorhandenen Beteiligungsstrukturen im Stadtteil auch weiterhin Bestand haben; auf den durch das Sanierungsverfahren geschaffenen Grundlagen können nun die aktiven Initiativen und Gruppierungen mit Unterstützung der zuständigen Fachbehörden und des Bezirksamtes ihre Arbeit fortsetzen“ (FHH 2000). Dieser Teil des Fazits aus dem Abschlussbericht der Sanierung liest sich als überaus erfolgreiche Animierung der Eigenkräfte und als erfolgreiche Grundsteinlegung für weitere unterstützende und Rahmen bildende Entwicklungen. Die erste Untersuchung der Maßnahmen aus der Sanierung hat keinen Aufschluss darüber gegeben, welche von der Sanierung eingesetzten Beteiligungsstrukturen weiter Bestand haben. Der KOA und das Stadtteilbüro sind es, wie gesagt, nicht. Soziale Nachhaltigkeit erfordert aber dauerhafte Strukturen der Beteiligung.

¹⁴ In dem Programm sollte vor allem ein Beitrag dazu geleistet werden, die Lebensbedingungen der Menschen in den Quartieren zu verbessern, das eigenverantwortliche Handeln auf lokaler Ebene zu fördern und die vorhandenen Kräfte zu wecken, indem das Programm die Hilfen zur Selbsthilfe organisiert (vgl. FHH 1999: 5)

Maßnahme <i>Nachhaltigkeitskriterien</i>	Koordinierungsausschuss (KOA) und Stadtteilbüro ¹⁷	Stadtteilcafé am Schreyerring ¹⁸	RENO-Werkhof ⁹	JETZT: Jungerwachsenden-Treff ²⁰
Eckdaten der Maßnahmen	KOA war zentrales Beteiligungsgremium der Sanierung seit 1986; das Stadtteilbüro war Anlaufstelle der Sanierungsbetreuung von 1987 an	1987 durch Umbau von 2 Wohnungen zur Schließung einer Angebotslücke und als ABM zur Qualifizierung arbeitsloser Frauen	seit 1985 bietet die Renovierungskolonne Arbeitsplätze für Jugendliche aus Steilshoop an; in Vorqualifizierung für gemeinnützige Einrichtungen u. soziale Träger tätig	1994 Treff für Jungerwachsene (18-25 Jahre) mit Freizeitangeboten und Kneipenbetrieb mit Arbeitsplätzen für sozialhilfeabhängigen Jugendlichen
<i>Kriterien sozialer Nachhaltigkeit</i> aktive Teilhabe	zentrale Anlaufstelle für Anregungen und Probleme aller baulichen und sozialen Belange Stadtteilbüro als Anlaufstelle für fachkundige Ratschläge der Gebietsbetreuung	Treffpunkt für Menschen im Stadtteil Integration sozial benachteiligter Frauen	Soziale und berufliche Integration von Jugendlichen und Jungerwachsen aus Steilshoop	zwanglose Begegnung von Jugendlichen Soziale und berufliche Integration von Jugendlichen und Jungerwachsen aus Steilshoop
selbstbestimmte Lebensführung auf Grundlage eigener Arbeit	-	Beschäftigungsmaßnahmen mit Qualifizierung und Ausbildung zur (Wieder-)Eingliederung in das Berufsleben	Bau des Werkhofs in Eigenleistung Bereitstellung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Maler- und Tischlergewerken	Bereitstellung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Jugendliche im gastronomischen Bereich
Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen und Beteiligungsrechte	KOA-Zusammensetzung aus 20 stimmberechtigten Mitgliedern (10 Bewohner, 5 Vermieter, 3 Ortsausschuss, 1 Stadtentwicklungsbehörde, 1 Ortsamt Bramfeld) monatliche öffentliche Sitzungen mit Diskussion aktueller Stadtteilthemen und Vorbereitung von Empfehlungen zur Entscheidung in Ausschusssitzungen	10-14 Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose Frauen Lehrküche Trägerschaft: ehem. Verein für soziale Arbeit und Forschung e.V., dann u.a. ABAKUS und heute alraune gGmbH	74 Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose Jugendliche und Jungerwachsene Werkhof am Fritz-Flintering Trägerschaft: ehem. Verein für soziale Arbeit und Forschung e.V., dann u.a. ABAKUS und heute alraune gGmbH	eigenes Gebäude im Laufe der Sanierung geschaffen Trägerschaft: ehem. Verein für soziale Arbeit und Forschung e.V., dann u.a. ABAKUS und heute alraune gGmbH

<i>Maßnahme</i>	<i>Koordinierungsabschluss (KOA) und Stadtteilbüro¹⁷</i>	<i>Stadtteilcafé am Schreyerring¹⁸</i>	<i>RENO-Werkhof⁹</i>	<i>JETZI: Jungerwachsen-Treff^{19,20}</i>
<i>Nachhaltigkeitskriterien</i>				
<i>Kriterien von ökonomischer Nachhaltigkeit</i>				
dauerhafte Erhaltung ökonomischer Leistungsfähigkeit	KOA und Stadtteilbüro bestehen nur im Rahmen der Sanierung	sozialer Betrieb (Preise des Cafés sind sozial angepasst) Investitionskosten: ehem. Stadtentwicklungsbehörde, ehem. Arbeits- und Sozialbehörde (BAGS) Betriebskosten: Arbeitsamt, heute Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA), Europäischer Sozialfonds, team.arbeit.hamburg – Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II	siehe Stadtteilcafé	siehe Stadtteilcafé
Anreize zur Wirtschaftlichkeit	-	jährliche Überprüfung im Interessensbekundungsverfahren ²¹ bei BWA	siehe Stadtteilcafé	siehe Stadtteilcafé

¹⁷ vgl. FHH 1996: 3

¹⁸ Vgl. FHH 1999: 35, FHH 1989-1: 1, FHH 1989: 9, vgl. www.altraune-hamburg.de:z1, FHH 2006-1: 19

¹⁹ Vgl. FHH 1999: 35, FHH 1996: 4

²⁰ Vgl. FHH 1996: 11

Tab. 6: Untersuchung bestimmter Maßnahmen der Sanierung auf soziale und ökonomische Nachhaltigkeit Teil 2

Maßnahme	Schulkantine im Bildungszentrum²²	Stadtteilkulturverein (Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit e.V. (A.G.D.A.Z.))²³	Bau eines Gemeinschaftshauses Wohnung 3²⁴	Textilnäherei Samt+Seife²⁵
Nachhaltigkeitskriterien				
Eckdaten der Maßnahme	Mitte der 90er Jahre zur Verbesserung der Schulspeisung mit Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen aus Steilshoop errichtet	1988 - Errichtung eines Stadtteiltreffs in der ehemaligen Bücherhalle als internationale Begegnungsstätte durch die Fusion zweier Gruppierungen (Stadtteiltreff, A.G.D.A.Z.) zum Stadtteilkulturverein	1989 - auf Initiative vom Verein Aktiver Mieter e.V.	seit 1986 als sozialer Betrieb, der sich auf die Verarbeitung und Pflege von Textilien sowie die Abgabe von gebrauchter Kleidung spezialisiert hat
Kriterien sozialer Nachhaltigkeit				
aktive Teilhabe	Integration sozial benachteiligter Frauen	Begegnung und Austausch von deutschen und ausländischen Bewohnern in Steilshoop Abbau von interkulturellen Vorurteilen Ausrichtung vom jährlichen Internationalen Stadtteilfest, Veranstaltungen und Workshops vorwiegend ehrenamtliche Arbeit gepaart mit 1,5 Stellen für Gastronomie und Programmverantwortung	Treffpunkt für aktive Mieter im Wohnung 3 Förderung aktiver Nachbarnschaften	Reaktivierung und Integration von sozial benachteiligter Frauen aus Steilshoop
selbstbestimmte Lebensführung auf Grundlage eigener Arbeit	Beschäftigungsmaßnahmen mit Qualifizierung und Ausbildung zur (Wieder-)Eingliederung in das Berufsleben		Ort u.a. für Handwerksgruppen	bietet jeweils 10 Frauen aus Steilshoop für 3 Jahre Beschäftigung
Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen und Beteiligungsrechte	Umbau von Räumen innerhalb des Bildungszentrums Lehrküche	Räumlichkeiten in und an der ehem. Bücherhalle am Bildungszentrum mit Cafeteria innerhalb der Sanierung geschaffen zuvor in Räumen der evangelischen Kirchengemeinde und provisorisch in der Bücherhalle als Gäste Trägerschaft: A.G.D.A.Z.	Bau eines Gemeinschaftshauses mit Hilfe von Städtebauförderungsmitgliedern Trägerschaft: Verein Aktiver Mieter e.V.	Standort in den Räumen der evangelischen Martin-Luther-King-Gemeinde Unterstützung bei Rechtsfragen von sozial benachteiligten Mitarbeitern Trägerschaft: passage gGmbH seit 2004, Martin-Luther-King-Gemeinde

Maßnahme	Schulkantine im Bildungszentrum²²	Stadteilkulturverein (Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit e. V. (A.G.D.A.Z.))²³	Bau eines Gemeinschaftshauses Wohnring 3²⁴	Textilhäherei Samt+Seife²⁵
Nachhaltigkeitskriterien				
Kriterien ökonomischer Nachhaltigkeit	siehe Stadteilcafé	Verein mit kostendeckenden Einnahmen Betriebskosten: Kulturbehörde mit jährlichem Budget finanzielle und kooperative Mitbeteiligung an Stadteilfesten von Stiftungen (z.B. Dralle-Stiftung), Unternehmen und Grundeigentümern und anderen Einrichtungen im Stadteil	Betriebskostenabdeckung nicht bekannt	sozialer Betrieb Finanzierung durch Bundesanstalt für Arbeit, Stadt Hamburg (1€-Jobs) Förderung durch Hamburger Spendenparlament, Diakonisches Werk Hamburg, Kirchenkreis Stormarn, Nordelbische Kirche
dauerhafte Erhaltung ökonomischer Leistungsfähigkeit				
Anreize zur Wirtschaftlichkeit	siehe Stadteilcafé	Interessenbekundungsverfahren unbekannt	unbekannt	Interessenbekundungsverfahren unbekannt

²¹ Festgelegt im §7 Abs. 2 der Bundeshaushaltsordnung: „Für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Dabei ist auch die mit den Maßnahmen verbundene Risikoverteilung zu berücksichtigen. In geeigneten Fällen ist privaten Anbietern die Möglichkeit zu geben darzulegen, ob und inwieweit sie staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten nicht ebenso gut oder besser erbringen können (Interessenbekundungsverfahren)“ (vgl. www.gesetze-im-internet.de: z1)

²² Vgl. FHH 1999: 35, FHH 1996: 11

²³ Vgl. FHH 1996: 9, vgl. Interview mit Frau. T. (A.G.D.A.Z.), 01.02.07 (hier nur Basisinformationen)

²⁴ Vgl. FHH 1996: 9

²⁵ Vgl. FHH 1996: 5, vgl. www.samtundseife.de: z1 und z2

1-2-3 Akteursbewertung der Sanierung

Aufgrund der Interviewmethodik des problemzentrierten Leitfadenterviews mit seinen unterschiedlichen Gesprächsentwicklungen und -schwerpunkten kann eine Systematik wie sie im vorigen Abschnitt angewandt wurde, nur abstrahiert und zusammenfassend verwendet werden.

1-2-3-1 Soziale Nachhaltigkeit der Sanierung

Eine gute Basis geschaffen

In allen Einzelinterviews mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren und mit der planenden Verwaltung wurde deutlich, dass sich die Lebensbedingungen durch die Sanierung deutlich verbessert hätten. Dabei wurden sowohl die Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfelds (besonders Innenhöfe, Hauseingänge) als auch die der Einrichtung der sozialen Infrastrukturmaßnahmen (besonders Stadtteilcafé, *RENO*-Werkhof, Kindergärten) als positive Ergebnisse genannt. „Das war eine positive Gesichtsveränderung, die viele Menschen im Stadtteil aktiviert hat“, sagt z.B. Frau T. vom Stadtteilkulturverein *A.G.D.A.Z.* Das Selbstbewusstsein habe sich geändert, ergänzt sie im Gruppeninterview (GIV). Frau L. vom sozialen Beschäftigungsträger in Steilshoop betont, dass es viele strukturelle Verbesserungen gegeben hätte und die Maßnahmen vorrangig und konsequent den Leuten aus dem Quartier zugute gekommen sind. Herr F. von der Stadtteilinitiative sieht die sozialen Infrastruktur als sehr wichtig an: „macht den Stadtteil lebenswert und lebenswert, dass die Menschen sich verstehen“. Auch die Grundeigentümersicht von Herrn W. von der *SAGA* befindet, dass der Stadtteil eine vernünftige Entwicklung genommen hätte und das eine gute Basis geschaffen wurde in Zukunft mit Bürgern und Einrichtungen zu arbeiten, die andere Stadtteile nicht haben.

Man glaubt eher erst mal doch nichts

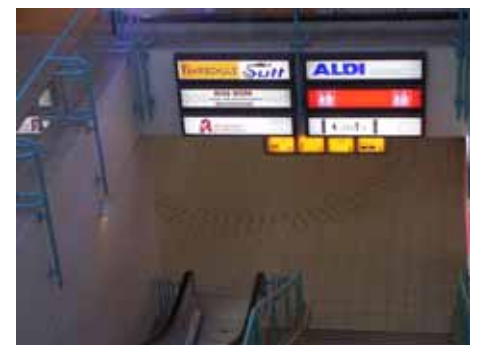
Besonders der Beteiligungsprozess wird von den beiden Akteurinnen des Dritten Sektors hervorgehoben: „Es war ne richtig eng verwobene Aktion von Bewohnern, behördlichen Institutionen und Vermietern, die auf dem Zettel haben, wir analysieren das Problem und wir müssen es angehen“ sagt Frau T. von *A.G.D.A.Z.* „Der vergangene Planungsprozess war dahingehend [Beteiligung, Anm. d. V.] sehr kompetent“ meint auch Frau L. vom sozialen Beschäftigungsträger.

Die planende Verwaltung sieht die Beteiligung einiger aktiver Bewohner zwar ebenfalls als sehr engagiert während der Sanierung, aber Frau F. hat damals die Sanierung mitbetreut und merkt an, „ich habe Mieterversammlungen erlebt, da kamen von 300 eingeladenen Mietparteien eines Blocks ganze drei“. Als Ursache für die zahlenmäßig geringe Beteiligung sieht sie die Politikverdrossenheit mit einer fehlenden Differenzierung zwischen Politik und (planender) Verwaltung: „Mit unserem Ansatz können wir nur versuchen. Wir können aber nicht Arbeitsplätze schaffen, wir können nicht die Hartz IV-Gesetzgebung ändern, wir können nicht die Gesundheitsreform... und wir können nicht mit nem Schnipp, die U-Bahn herzaubern, die seit 20 Jahren „versprochen“ wird... Wer solange in der Siedlung lebt, fühlt sich bei dem Thema veräppelt... Das meine ich so mit dem Allgemeinen: Man glaubt eher erst mal doch nichts.“ Herr F. von der Stadtteilinitiative bestätigt diese Aussage mit: „Glaub es erst dann, wenn es unterschrieben ist“. Politikverdrossenheit konnte mit den Beteiligungsstrukturen der Sanierung nicht aufgebrochen werden.

Nichts davon gehabt in der Fremdwahrnehmung

Die weiterhin negative Außenwahrnehmung als Problemstadtteil ist der große Misserfolg der Sanierung: „In der Fremdsicht und der Fremdwahrnehmung hat der Stadtteil davon nichts gehabt“ meint Frau F. vom Bezirksamt Wandsbek. „Also immer wenn plakativ irgendwas gesucht wird, gibt es bestimmte Stadtteile in Hamburg, die automatisch dann als Synonym für benachteiligte Quartiere hergezogen werden, ohne sich die Mühe zu machen, mal genauer hinzuschauen.“

Abb. 81: Ursprünglich geplanter U-Bahn-Zugang im Einkaufszentrum



Frau T. bemerkt im Gruppeninterview, dass das Selbstbewusstsein der Bewohner nach wie vor an den Außenmeinungen hängen bleibt.

Aber es kann nie zu Ende sein

Obschon es wichtig ist, inwieweit die Kriterien sozialer Nachhaltigkeit innerhalb der Sanierung eingehalten wurden, ergeben sich erst im Nachhinein der Sanierung die Wirkungen sozialer Tragfähigkeit. Besonders die Akteure aus dem Dritten Sektor (Frau T., Frau L.), die Stadtteilinitiative (Herr F. und Herr G.) aber auch Herr W. vom städtischen Wohnungsunternehmen bringen jeder für sich schnell zur Sprache, dass die Sanierungsmaßnahmen gut waren, aber der Stadtteil darüber hinaus gepflegt werden muss. Die Aussagen gehen von „*der Stadtteil muss was machen, um attraktiv zu bleiben und damit andere kommen*“ (Herr F., Stadtteilinitiative) über „*da ist was passiert und angepackt worden, ... , aber es kann nie zu Ende sein*“ (Frau T., A.G.D.A.Z. im GIV) zu „*man muss schon innerhalb des Verfahrens Strukturen legen, welche die Erfolge nachhaltig sichern*“ (Herr W., städtisches Wohnungsunternehmen). Er meint weiterhin: „*Ich glaube, das ist immer das Problem an Sanierungsverfahren, irgendwann sind die zu Ende.*“

1-2-3-2 Ökonomische Nachhaltigkeit der Sanierung

Im ständigen Kampf

Im Gruppeninterview wurde die Frage gestellt, ob u.a. das Ziel *Hilfe zur Selbsthilfe* erreicht wurde. Frau T. von A.G.D.A.Z. stimmte aus ihrer Sicht dem soweit zu: „*Also und ich würde schon auch ein bisschen denken z.B., dass es A.G.D.A.Z. gibt, ist so ein Schritt zur Hilfe zur Selbsthilfe, indem wir Mittel gekriegt haben, können wir im Grunde Räume anbieten und Leute können die Möglichkeiten ergreifen und selber was gestalten. ... Aber ich hab' einfach immer die Bedenken, wenn ich sage, da haben wir das geschafft. Das haben wir nicht geschafft, das ist nie zu Ende. Wir befinden uns ja in einer ständigen Auseinandersetzung, Kampf klingt so kriegerisch, um das erhalten, was wir haben.*“ Damit umschreibt sie ein Grundproblem, dass sich nach der Sanierung zeigt. Zu den fehlenden dauerhaften Beteiligungsstrukturen gesellen sich einseitige finanzielle Förderstrukturen. „*Das sind Schaukelbewegungen. Einrichtungen werden geschaffen und dann ‚prekär‘ zurückgelassen ... Wir sind dauerprekär, trotz Bestehens seit `84, es gibt nie Strukturfinanzierung*“, gibt Frau L. zu verstehen. Investive Mittel reichten nicht, um die Leute dauerhaft zu aktivieren. Gerade nicht in solchen Stadtteilen wie Steilshoop, in denen die Selbstorganisationskräfte unterdurchschnittlich sind und die Menschen viel mit ihren eigenen Problemen zu kämpfen haben: „*die Wirklichkeit muss man hier zur Kenntnis nehmen und dauerhaft unterstützen – das ist hier nicht passiert*“ (Frau L, sozialer Beschäftigungsträger). Die Förderbedingungen während des Sanierungsverfahrens standen laut Frau T. unter dem Motto, dass keine Folgekosten entstehen dürfen. Nach dem sich die statistischen Daten Mitte der 1990er Jahre normalisiert hatten und das Sanierungsverfahren auslief, wurden zudem Gelder aus dem Stadtteil (Stellenabbau) gezogen, was nach Frau L. dazu führte, dass viele freie Akteure aufgeben mussten. In der Phase kam es auch zum erneuten Trägerwechsel des sozialen Betriebes und zu großen Unsicherheiten durch mehrmalige drohende Schließungen des Stadtteilcafés und des Betriebes selbst. Immer mehr Strukturen wurden ausgetrocknet, während Selbsthilfeaktivitäten der Bewohnerschaft (Mietertreffs, Nachbarschaftshäuser usw.) überhaupt keine Finanzierung oder andere Form der Unterstützung bekommen.

Vernünftig ist häufig nicht rechtmäßig

Höhere bürokratische Anforderungen zur Bewilligung von öffentlichen Geldern kamen hinzu und belasten bis heute die Arbeit der Einrichtungen: „*das Geld anzuschaffen und zu verwalten ist deutlich schwieriger geworden*“, meint Frau T.. Vor allem aufwändige Verfahren wie das der jährlichen Interessenbekundung fordern einen hohen Verwaltungsaufwand. Als Rechtsanwältin tätig, glaubt Frau T. aber auch, dass die Verwaltung unter höherem Druck steht: „*die Leute kriegen Angst, dass wenn sie falsch liegen, immer mehr in den strafrechtlichen Bereich gelangen*“. Ursache ist dafür ein schwerer gewordenes Haushaltsrecht.

Zusammenhalt wächst

Schließlich führte der Rückzug des Staates nach Frau L. (*alraune gGmbH*) zu einer Hängerphase bis heute, die aber den Stadtteil in Bewegung brachte. Dadurch entstand die Stadtteilinitiative *wir-steilshooper* und die Bewohner mischten sich mehr ein, z.B. für den Erhalt der Gesamtschule oder des Stadtteilcafés. Herr G. von der Stadtteilinitiative bestätigt im Einzelinterview, dass der Zusammenhalt größer geworden ist: „Wenn *alraune* mal wieder ihre Gelder nicht bewilligt bekommen haben, kommen sie zu uns und fragen nach Hilfe“. Demonstrationen vor dem Bezirks- und Arbeitsamt schlugen „hohe Wellen im Stadtteil“ und gab ihnen einen „Kick nach vorne, wer sich für wen wie im Stadtteil einsetzt“, ergänzt Herr F.. Die freiwillige Kooperation der Grundeigentümer ist nach Abflauen ihres Engagements in der letzten Phase des Sanierungsverfahrens ebenfalls wieder zusammengewachsen. Man knüpfte damit nach Aussage von Herrn W. von der *SAGA* an die freiwillige Zusammenarbeit der Anfangsphase der Sanierung wieder an: „Da sind durchaus noch vorhandene Strukturen, die man jetzt wieder beleben kann“.

„Fading Out“ begleiten

Die planende Verwaltung räumt ein, dass der Stadtteil eigentlich selbstständig aus der staatlichen Förderung entlassen werden sollte und stattdessen am Subventionstropf hängt. Ihnen ist bewusst, dass es nach Ende der Sanierung eine kurze Hochzeit gab und es dann wieder schnell bergab ging. „Die Phase des ‚Fading Out‘ muss von uns viel mehr strukturiert und gestaltet werden“, gibt Frau F. zu und hofft auf Antworten durch Ansätze, die sich in der Großwohnsiedlung Großlohe abzeichnen. Der Auslauf der dortigen Quartierserneuerung wurde durch Vorbereitung der Ehrenamtlichen ein Jahr früher organisatorisch vom Sanierungsträger eingeleitet. Die Ehrenamtlichen lernten u.a. Protokoll zu führen und Veranstaltungen auszurichten²⁶.

1-3 Sozioökonomische Nachhaltigkeit in den aktuellen Entwicklungen der *Lebenswerten Stadt*

1-3-1 Voruntersuchung

Angesichts der aktuellen Veränderungsdynamik in der Frage, ob und wie *Steilshoop* tatsächlich Modellstadtteil für ein *HID* und in die *Aktive Stadtteilentwicklung* aufgenommen wird, kann zur sozioökonomischen Nachhaltigkeit nur vage Aussagen getroffen werden. Die Aussagen in der nachstehenden Tabelle 7 stützen sich bezüglich des *HID* auf die ihm zugesprochenen funktionalen Eigenschaften abgeleitet vom *BID*.

Tab. 7: Voruntersuchung des kommenden *HID* auf soziale und ökonomische Nachhaltigkeit

Geplante Maßnahme Nachhaltigkeits- kriterien	Housing Improvement District (HID)²⁷
<i>Kriterien sozialer Nachhaltigkeit</i>	
aktive Teilhabe	aktive Einbindung, Beteiligung und Mitgestaltung der Grundeigentümer von Beginn an ggf. Beteiligung von Mietern (Stimmberechtigung unklar)
selbstbestimmte Lebensführung (auf Grundlage eigener Arbeit)	Selbstorganisation und Selbstfinanzierung zur Verbesserung des Quartiersumfeldes durch die Grundeigentümer

<i>Gepplante Maßnahme</i> <i>Nachhaltigkeitskriterien</i>	<i>Housing Improvement District (HID)</i> ²⁷
Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen und Beteiligungsrechte	Einrichtung eines <i>HID</i> durch die Stadt Einnahme und Ausschüttung der Teilnehmerbeiträge durch die Stadt Teilnahme- und Abgabepflicht auch von unwilligen Grundeigentümern Trägerschaft: Grundeigentümer
<i>Kriterien ökonomischer Nachhaltigkeit</i>	
dauerhafte Erhaltung ökonomischer Leistungsfähigkeit	ggf. Förderung der Einrichtung durch Anschubfinanzierung durch die Stadt Finanzierung durch Abgaben der Grundeigentümer über Einzug der Grundsteuer gewährleistet (maximal fünf Jahre) zusätzliche private Mittel können eingeworben werden (z.B. aus Erschließungsbeiträgen und Ausgleichszahlungen in Gemeinschaftsfonds)
Anreize zur Wirtschaftlichkeit	feststehender Abgabebetrag und begrenzter Zeitraum fördern finanziellen Handlungsspielraum und langfristig wirkende Maßnahmen befördert zielorientierte und pragmatische Vorgehensweisen

1-3-2 Eigenbewertung

Betrachtet man die Eigenschaften eines *HID* aus der Perspektive der sozialen Nachhaltigkeit, wird diese durch die aktive Teilhabe und Selbstorganisation an der Veränderung des eigenen Quartierumfeldes der Grundeigentümer gefördert. Allerdings beschränkt sich diese auf die Eigner und kann zumindest bis zum jetzigen Zeitpunkt keine genauen Aussagen treffen, ob darüber Mieter ebenfalls aktiviert und zur Selbstorganisation angeregt werden. Mit der verfahrensrechtlichen Einrichtung, Erhebung und Ausschüttung der *HID*-Abgaben bietet die Stadt (sofern eine rechtliche Grundlage besteht) entlastende und fördernde Rahmenbedingungen zur Selbstorganisation. Die ökonomische Nachhaltigkeit ist durch einen überschaubaren zeitlichen Finanzierungsrahmen sowie der Möglichkeit zusätzliche Mittel einzuwerben gegeben. Dadurch kann gewährleistet werden, dass die Gelder in Projekte und Dienstleistungen investiert werden, die zeitlich und finanziell machbar sind.

²⁷ Vgl. Bloem 2006: 15 und Krüger 2006: 5 (*HID* heißt bei Krüger Neighbourhood Improvement District, enthält aber den Kern des *HID*)

²⁶ Im Quartiersentwicklungskonzept für Großlohe von 1998 bis 2005 war die Entwicklung tragfähiger Strukturen durch die Verantwortungsübernahme durch die Bewohner sehr wichtig (z.B. bei der Führung eines Internet-Cafés und der Stadtteilzeitung) (vgl. FHH 2004: 57)

1-3-3 Akteursbewertung

Die aktuellen Entwicklungen der *Lebenswerten Stadt* werden von den Akteuren im Stadtteil sehr genau verfolgt. Dadurch lassen sich aufschlussreiche Aussagen über die bislang gelaufene Vorbereitung der Einrichtung des *HID* aus sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeitssicht darstellen.

1-3-3-1 Soziale Nachhaltigkeit aktueller Entwicklungen

Chance für Steilshoop

Die aktuellen Entwicklungen zu dem Projekt *HID* werden unterschiedlich beurteilt. Auf der einen Seite wird es von allen Seiten begrüßt, besonders von den Projektteilnehmern selbst, aber auch von den Akteuren im Stadtteil, wenn es hilft die Grundeigentümer in die Verantwortung zu ziehen: „*Möglichst alle Eigentümer mit einzubeziehen und Trittbrettfahrerei zu vermeiden, trägt auch zur nachhaltigen Sicherung bei*“ (Herr W., *SAGA*). Auf der anderen Seite reiche aber das *HID* nicht aus, die wieder zunehmenden Probleme im Stadtteil zu lösen: „*HID kann eine Ergänzung sein, um die angesprochenen Fehlentwicklungen einzugrenzen und umzukehren, aber ein HID kann nicht alles sein*“ sagt Herr W.. Die potenziellen Teilnehmer des Projekts, sowohl seitens der Stadt als auch der Grundeigentümer warnen davor, ein mögliches *HID* zu überschätzen. Gleichwohl sei nach Herrn H. aus dem Bezirksamt das *HID* für Steilshoop eine Chance und Türöffner in die *Aktive Stadtteilentwicklung* aufgenommen zu werden: „*Diese Chance, das würde ich mir wünschen, dass der Stadtteil diese Chance mehr aufgreift und nutzt und sich daran dann auch beteiligt.*“

Wird das ne neue U-Bahn?

Ob das *HID* tatsächlich eingerichtet wird, stellen die Akteure des Dritten Sektors und der Stadtteilinitiative noch in Frage: „*Da habe ich nur im Hinterkopf gehabt, wird das ne neue U-Bahn? Also wird da wieder mal im Laufe von Wahlkampf was in Raum gestellt und dann wenn die Wahlen vorbei sind, wird der Kostenkasten wieder zugemacht*“ befürchtet Frau T., *A.G.D.A.Z.* Überhaupt sind die Erwartungen an das *HID* im Stadtteil gedämpft.

Im Kindergarten

Die positiven Erfahrungen der Beteiligung aus der Sanierung prägen die Erwartungen an aktuelle und künftige Beteiligungsprozesse und somit auch beim *HID*. Besonders Frau L. ist enttäuscht über den Ablauf der bisherigen Beteiligung: „*Aus Bezirkssicht wurde frühzeitig beteiligt, bevor es klar und beschlossen war. Es ist aber keine beteiligungsorientierte Planung, weil der Plan schon fertig war*“. „*Die meisten fühlen sich nicht beteiligt und mehr im Kindergarten*“. Im Gruppeninterview räumt Herr H. vom Bezirksamt ein, dass beim Zustandekommen Fehler gemacht wurden, wofür sie auch aus anderen Stadtteilen kritisiert wurden. Beobachtungen während der *KoKo* im Januar bestätigten den Eindruck, dass zudem ein hoher Umsetzungsdruck herrscht, der auf wenig Gegenliebe stieß. So wurde dort *Planning For Real (PFR)*²⁸ als Mitwirkungsinstrument für die Verbesserung der Mittelachse vorgestellt, um zugleich in zeitnahen Terminen Mitstreiter für die Kerngruppe des PFR zu werben. Direkt danach wurden Verantwortliche für die Verwaltung des kommenden Verfügungsfonds gesucht, worauf sich niemand meldete. Erst als Frau L. appellierte, mehr Spielraum für eigenen Raum und Organisation zu geben, regten sich die Anwesenden durch zustimmende Klopfen. Dennoch ist die Bereitschaft bei der *Lebenswerten Stadt* mitzumachen vorhanden, wenngleich es nicht das brennende Thema der Bewohner ist (u.a. Gesamtschulennachfolge, Integration von Migrant*innen, mehr im zweiten empirischen Zugang im nächsten Teil) und das *HID* eher Kräfte bindet als lostritt.

²⁸ Als gemeinwesenorientiertes und mobilisierendes Planungsverfahren hat PFR das Ziel, die Bewohner für ihren Stadtteil zu interessieren und sie aktiv an seiner Entwicklung teilhaben zu lassen. Im Mittelpunkt steht ein mobiles dreidimensionales Modell des Wohngebiets, welches durch den Stadtteil reisend, die Menschen im Vorbeigehen aktiviert. (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 135).

1-3-3-2 Ökonomische Nachhaltigkeit aktueller Entwicklungen

HID als nachhaltiger (Teil-)Ansatz

Inwieweit aus dem *HID* tatsächlich Projekte entspringen und es die lokale Hilfe zur Selbsthilfe anregt, ist nach Ansicht von Herrn M. von der Wohnungsgenossenschaft noch offen. Es hinge davon ab, welche Ideen und Finanzierungsmöglichkeiten sie hätten. Herrn W. von der *SAGA* geht es bei der Suche nach Themen dabei immer um die Sicherung einer gewissen Nachhaltigkeit: „*Schöner ist es ja zu sagen, man investiert einmal und hält diesen Zustand, das geht dann eben auch durch nachhaltige Pflege*“. Die Mittelachse aufzuwerten und sie dann zehn Jahre liegen zu lassen, bis sie wieder gemacht werden muss, entspricht dabei nicht seinen Vorstellungen. Das *HID* kann seinem Erachten nach u.a. einen finanziellen Beitrag zur Stadtteilentwicklung als eine aber nicht einzige Quelle leisten. Im Stadtteil wird vom Dritten Sektor und der Stadtteilinitiative befürchtet, dass mit der Einrichtung des *HID* und der Verbesserung der Mittelachse parallel Geld aus dem Stadtteil gezogen wird. Im Gruppeninterview konnte Herr H. vom Bezirksamt Wandsbek schließlich durch den „*politisch entschiedenen Stopp aller weiteren Entzugsmaßnahmen so zu sagen*“ Entwarnung geben, „*weil das natürlich völlig kontraproduktiv laufen würde*“. Er gibt darüber hinaus im Gruppeninterview der Stadtteilinitiative die Aussicht, dass das *HID* sie in ihrer Arbeit unterstützen könnte: „*Das kann übrigens durch das Projekt auch noch stark unterstützt werden. Wirklich, ... weil da genau dieser Ansatz Nachbarschaftshilfe und Gegenseitigkeit und wie sie da so in diesem Bereich angesetzt haben, ja auch mit auf dem Zettel haben und auch verstärken wollen*“.

Verfügungsfonds: Sensationell!

Der Verfügungsfond wird schon seit langem im Stadtteil erwartet (Frau L., *alraune*) und fördert auch die Stadtteilinitiative, obwohl sie keine Rechtsform hat. Herr F. ist davon begeistert und findet es „*sensationell*“, dass sie damit Geld für Projekte bekommen können. Wie oben bereits angerissen, krankt jedoch die Übertragung der Verwaltung und Kassenführung des Verfügungsfonds an einen „*Zuwendungsempfänger*“ noch an der Art der Vermittlung und damit verbundenem mangelndem Vertrauen.

1-4 Zwischenfazit: Nebeneinander von Fort- und Rückschritt

Die Sanierung hat gezeigt, dass soziale Nachhaltigkeit Teil der Sanierung war. Erfolge sind in der Anregung zur Selbsthilfe zu verzeichnen, wie es besonders beim Stadtteilkulturverein der Fall war. Beteiligung im Sanierungsverfahren und der Aufbau von sozialen Einrichtungen, die sozial benachteiligten Frauen und Jugendlichen Teilhabe- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten durch Beschäftigungsmaßnahmen anbieten, förderten die soziale Tragfähigkeit. Allerdings wurden die Förderungen der sozialen Betriebe und des Stadtteilkulturvereins nicht über öffentliche Finanzierungsformen und das Ende des Sanierungsverfahrens hinaus gedacht. Auch fehlen nachhaltige Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen. Die Wichtigkeit von Stadtteilpflege ist den zivilgesellschaftlichen Akteuren bewusster als der öffentlichen Hand. Die positive Aussicht aus dem Abschlussbericht der Sanierung, dass die vorhandenen Beteiligungs- und Förderstrukturen ausreichen und die Aussagen der planenden Verwaltung über die fehlende Selbstständigkeit des Stadtteils nach der Sanierung und fehlenden *Fading-Outs*, sind aber bei aller Gegensätzlichkeit Eingeständnisse, dass es keinen koordinierten Plan fürs Danach gab. Anstatt einen Rahmen für die Sanierungsnachfolge zu definieren, wird durch Überregulierung der finanziellen Förderung die Selbsthilfe im Dritten Sektor sogar erschwert und die Selbsthilfeaktivitäten der Bewohner gar nicht unterstützt. Daher kann auch nicht von erfolgreicher sozioökonomischer Nachhaltigkeit durch die Sanierung gesprochen werden. Stattdessen wurde die *Kultur der Abhängigkeit* verfestigt.

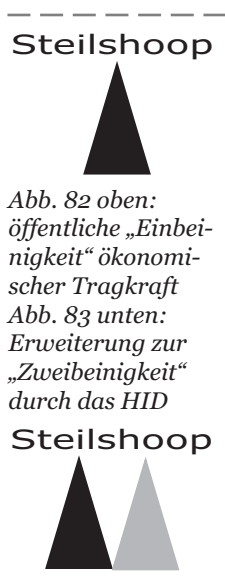


Abb. 82 oben:
öffentliche „Einbeinigkeit“ ökonomischer Tragkraft
Abb. 83 unten:
Erweiterung zur
„Zweibeinigkeit“
durch das HID

Das *HID* kann einen Schritt in die richtige Richtung von Einbeziehung von Wohnungsunternehmen in die Verantwortung und einer (Teil-)Finanzierungsform von zivilgesellschaftlich getragener Stadtteilentwicklung und -pflege bilden (siehe Abb. 82,83) Mit

der Möglichkeit darüber in das städtische Programm der *Aktiven Stadtteilentwicklung* aufgenommen zu werden, bietet sich eine Chance für Steilshoop bessere Rahmenbedingungen für Selbstständigkeit aller Akteure zu entwickeln, wie es mit *HID* zumindest für Grundeigentümer passieren wird. Das Verfahren zur Beteiligung der Bewohner im *HID* zeigte jedoch große Schwächen durch fehlende Transparenz, Vorentscheidungen und mangelhafte Kommunikation. Es steht damit als Beispiel vom Nebeneinander von fortschrittlichen Ansätzen und alten Fehlern, wie Selle sie beschreibt. Die unzureichende Beteiligung führt zu Planungsunsicherheiten, Undurchsichtigkeit, Vertrauenseinbußen und verringert die Handlungsspielräume der zivilgesellschaftlichen Akteure im Dritten Sektor und der Bewohnerschaft. Die Bedürfnisse und Nöte der Bewohnerschaft und des Dritten Sektors wurden parallel dazu nicht wahrgenommen, obwohl sie als Experten ihres Stadtteils gelten und ihre Energien genutzt werden könnten. Der Staat tritt damit durch Überregulierung mit parallelem Rückzug, mangelhafter Kommunikation und Beteiligungskultur mehr als *Behinderer* anstatt *Ermöglicher* auf. Als ein Programmfresser ohne Reue kann Steilshoop in seinen planerischen Maßnahmen der Stadterneuerung deshalb durchaus bezeichnet werden.



**V Zugang 2 -
Wen kümmert was in Steilshoop?**

**Empirische Untersuchung des koordinierten
kollektiven Handelns der Anspruchsgruppen
in Steilshoop**

Zwischenfazit

1 Wen kümmert was in Steilshoop?

Dieser Teil der Arbeit und zweite theoretische Zugang befasst sich mit inneren Rahmenbedingungen sozialer Netzwerke (Sozialkapital) heute. Im Kern der Arbeit sollen die Möglichkeiten zivilgesellschaftlich getragener Planung aufgezeigt werden. Diese Planungsform erfordert koordiniertes Handeln der Akteure für sich selbst und untereinander. Dieses Handeln erfordert eine gemeinsame Vision bzw. Problemverantwortung, welche durch Motivationen für die Stadtteilentwicklung und klare Zuständigkeiten zwischen den Akteuren bestimmt wird. So wird auf diese Weise ein wesentlicher Anteil der Selbsterneuerungsfähigkeit des Sozialkapitals beeinflusst.

In der empirischen Untersuchung diesen Teils werden nacheinander die Motivationen für das Engagement im Stadtteil, die Beziehungen der Akteure zueinander sowie die aktuellen Handlungsfelder der Siedlung aus Sekundärquellen mit aktuellen Themen und Zielen der Akteure für Steilshoop verbunden betrachtet. Hierzu werden zunächst die Analysen eigener Recherchen auf Basis von eigenen Analysen und Sekundäranalysen dargestellt sowie nachfolgend die Ergebnisse der Interviews mit den Akteuren der Siedlung als Akteurssichtweisen hinzugezogen. Bewertet werden die Aspekte der Selbsterneuerungsfähigkeit schließlich im gemeinsamen Zwischenfazit des Zugangs.

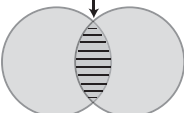

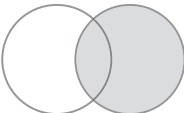

1-1 Motivation der Akteure

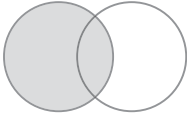
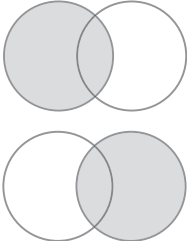
Zunächst werden die Erkenntnisse aus eigener Analyse der Anspruchsgruppen (siehe Kapitel III 3) und dann die Akteurssichtweisen vorgestellt.

1-1-1 Voruntersuchung

Die nachstehende Tabelle 8 liefert einen Überblick über Motivationen der Akteure auf Basis der Anspruchsgruppen, wie sie im Vorfeld angenommen werden können. Die letzte Spalte stellt dabei die mögliche Einordnung der Motivation (siehe Kapitel II 1-1-2) dar. Eigeninteresse bewegt sich bei Bewohnern und Grundeigentümern an der Grenze zur Schnittstelle zwischen beiden Interessensformen, ist jedoch lediglich ein Nebeneffekt und deshalb nicht wie bei den Initiativen und Gruppierungen im Dritten Sektor als Schnittstelle einzuordnen.

Tab. 8: Motivationen der Anspruchsgruppen

Anspruchsgruppe	Motivation	Einordnung
Dritter Sektor - Initiativen und Vereine	Stadtteilinitiative: ideengeleitet für den Stadtteil und eigeninteressiert durch Einmischung in Rolle als Bürger	 Schnittmenge aus Eigen- und Stadtteilinteresse
	Stadtteilkulturverein: ideengeleitet für den interkulturellen Austausch im Stadtteil und eigenmotiviert durch Wunsch nach Begegnung mit anderen Menschen	 Schnittmenge aus Eigen- und Stadtteilinteresse
Dritter Sektor - Soziale Dienstleister	Stadtteilinteresse als Teil der Definition: z.B. sozial benachteiligte Jugendliche und Frauen in Beschäftigung bringen, vorbereiten auf den 1. Arbeitsmarkt	 Stadtteilinteresse
Bewohnerschaft	Eigeninteresse: Motivation aus direkter Betroffenheit in verschiedenen Rollen generiert (Eltern - Schulsituation, Mieter - Wohnungsverkäufe, Kunden - Stadtteilcafé)	 Eigeninteresse

Anspruchsgruppe	Motivation	Einordnung
Private Akteure - Grundeigentümer	Eigeninteresse: funktionierender Stadtteil steigert den Wert der Immobilie, Risiko wird dadurch kalkulierbarer	 Eigeninteresse
Staat - Politik und Verwaltung	Eigeninteresse: Politik - Wahl- kampforientierung, Profilierung in eigener Partei Stadtteilinteresse: Aufgabe der Daseinsvorsorge und Wahrung des Allgemeinwohls	 Eigeninteresse Stadtteil- interesse

1-1-2 Akteurssichtweisen

Hier wird betrachtet, inwieweit sich die hypothetisch formulierten Motivationen der Anspruchsgruppen mit den Interviews decken. Aussagen über die Bewohnerschaft leiten sich von Aussagen der interviewten Akteure ab. Sie können nicht repräsentativ sein und geben nur einen ersten Aufschluss über mögliche Beweggründe.

Gebundenes Interesse im institutionalisierten Dritten Sektor

Aus den Interviews ergab sich, dass sich die Motivation entsprechend der eigenen Recherchen für das Engagement der Akteure im Dritten Sektor zumeist aus der Schnittstelle von Eigeninteresse und Stadtteile speist. Allerdings aus anderen Gründen als angenommen. Bei Frau T. von *A.G.D.A.Z.* und Frau L. von *alraune* ist das Eigeninteresse des Erhalts des Vereins bzw. sozialen Betriebes sehr einnehmend, wie schon im ersten Zugang deutlich wurde. Die Konzentration auf die Selbsterneuerungsfähigkeit des Vereins lässt bei Frau T. ihr ursprünglich, durchaus persönliches Eigeninteresse (ursprünglich Leute treffen und aneinander kennen lernen, klönen, Musik machen) und inhaltliches Interesse am Stadtteil in den Hintergrund treten. Bei Frau L. von *alraune* wird ebenfalls die ursprüngliche Motivation im Stadtteilinteresse durch den Selbstzweck des Betriebserhalts beschränkt und dadurch zum Eigeninteresse. Der dritte Zugang *Rufe nach den richtigen Ressourcen?* widmet sich diesem Phänomen intensiver.

Unterschiede zwischen Stadtteilinitiative und Bewohnerschaft

Zwischen der Stadtteilinitiative und der Bewohnerschaft sind große Unterschiede festzustellen. Beide Motivationen, die der aktiven Bewohner und der Stadtteilinitiative (was ändern wollen, anstatt zu jammern und die anderen verantwortlich machen) werden aus direkter Betroffenheit generiert. Jedoch begrenzt sich das Engagement der aktiven Bewohner auf einzelne Aktionen bzw. auf das Feld der Betroffenheit (z.B. Eltern, Stadtteilcafé), wo gemeinsam mit anderen agiert wird. Dies entspricht den gemachten Annahmen. Die Stadtteilinitiative mischt sich großflächiger ein und beschränkt sich nicht auf ein Thema (Probleme auf der Straße aufnehmen), obgleich sie, wie z.B. Herr G. als engagierter Vater, betroffen sind. Gemeinsame Aktionen speisen sich unabhängig von eigener Betroffenheit auch aus Solidarität zu den anderen Gruppierungen (siehe oben Beziehungen von Stadtteilinitiative-Dritter Sektor). Frau T. kann aus Erfahrungen im Stadtteilkulturverein von der Dauerhaftigkeit von Aktivitäten der Steilshooper berichten: „Ja, sich nicht ewig festlegen. Das merken wir hier bei Kursen auch. Wer legt sich gern fest ein halbes Jahr immer zum Kurs zu kommen. Das sind bedeutend weniger, als die, die dann mal Lust haben zu einer Veranstaltung, zum Einzeltermin zu kommen“.

Keine Differenzierung zwischen Politik und planende Verwaltung

Obschon die planende Verwaltung keine direkten Aussagen zu Eigeninteressen machten, kam indirekt durch sie und die anderen Akteure zum Ausdruck, dass Politik tatsächlich nicht nur durch das öffentliche (Stadtteil-)Interesse motiviert handelt. Jedoch

handelt sie weisungsgebunden durch die Politik, die ihrerseits sehr wohl eigene Interessen verfolgt. Politische Profilierung und Positionierung im Wahlkampf werden als Ursprungsmotive für die Einrichtung des *HID* von Akteuren des Dritten Sektors zurückgeführt. So nutzte nach Frau L. der Bezirksamtsleiter die Gelegenheit des Projektes, hatte aber Steilshoop nicht im vordergründigen Sinn. Frau F. von der planenden Verwaltung bestätigt indes, dass seitens des Stadtteils zwischen Politik und Verwaltung nicht differenziert würde und Herr H. sieht die Verwaltung skeptischen Sprüchen zur Motivation (Bürgerschaftswahl 2008) ausgesetzt.

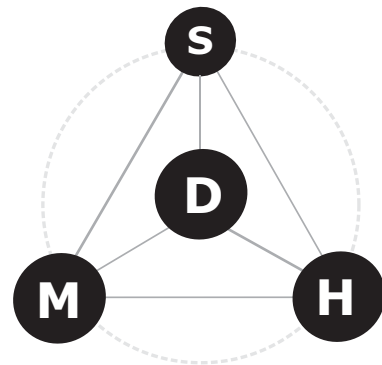
Zwischen langfristigen und kurzfristigen Interessen

Die Grundeigentümer haben aufgrund ihres Geschäftsfeldes das stärkste ökonomisch begründete Eigeninteresse. Interessant ist dabei die Ansicht des Herrn M. von der Wohnungsgenossenschaft zur sozialen Verantwortung. Er vertritt den neuen Unternehmertypus, dessen Geschäftsstrategie Anspruchsgruppen (stakeholder) involviert und die langfristig ausgelegt ist. Dagegen ist das Verhalten des *GAGFAH*-Nachfolgers, welcher sich bis dato nicht um seine Bestände kümmert, aus reinem Eigeninteresse gespeist, welches kurzfristigen Verwertungslogiken unterliegt.

1-2 Beziehungen der Akteure

Nun werden die Beziehungen und Verantwortlichkeiten der Akteure in den verschiedenen Sphären untereinander untersucht. Sie sind am besten und treffsichersten allein durch die Interviews zu ermitteln. Über die Beziehungen zwischen den Sphären der Akteure, denen sie zugeschrieben werden (Staat, Markt, Haushalte, Dritter Sektor), lassen sich Aussagen über Potenziale und Widerstände für Kooperationen aktueller und künftiger Stadtteilentwicklung und -pflege machen. Durch die Änderungen, die sich aus der Krise des Sozialstaats und der Demokratie ergeben, wird zunächst der Blick auf das wahrscheinlich geänderte Verhältnis des Staates zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren gegeben.

Abb. 84: Die drei zivilgesellschaftlichen Sphären sind mehr gefordert. Staat zieht sich zurück.



1-2-1 Staat kann nicht alles leisten

Die planende Verwaltung sieht sich selbst nicht mehr für alles zuständig. Im Interview wurde allerdings deutlich, dass ihre Zuständigkeit schon zu Zeiten der Sanierung an der Grenze des Privateigentums aufhörte: „und wenn zum damaligen Zeitpunkt, die jeweiligen Eigentümer kein Interesse hatten, auch nicht unter Zuhilfenahme staatlicher Fördergelder, hatten wir kein Instrument, um sie dazu zu zwingen“ (Frau F., planende Verwaltung, Bezirksamt Wandsbek). *HID* eröffnet dazu heute die Möglichkeit, sofern die Initiative der Grundeigentümer vorhanden ist.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure werden dennoch in unterschiedlicher Verantwortung gesehen.

Besonders Herr H. hebt durch Gemeinsamkeiten hervor, dass Grundeigentümer zumindest mit dem *HID* als gleichberechtigte Kooperationspartner angesehen werden: „Beide kamen zusammen und forderten einander auf, etwas zu tun, überholten sich sozusagen gegenseitig und nun sind wir gemeinsam dabei die Sache zu realisieren“, resümiert er fasziniert im Gespräch.

Dem Dritten Sektor gegenüber ist das Verhältnis nicht ganz so klar. Zum einen wird im Gruppeninterview seitens des Herrn H. deutlich, dass er in der *KoKo* die Stimme der Bewohnerschaft vermisst und zum anderen begreift er die Hauptamtlichen aus dem Dritten Sektor, die nicht in Steilshoop leben, als nicht wirklich dem Stadtteil zugehörig und damit vielleicht in der *KoKo* überrepräsentiert. Ein kurzer Ausschnitt aus dem Gruppeninterview mag das verdeutlichen: „Und wenn man jetzt hier in die oder sich die handelnden Personen im Stadtteil anguckt, dann sind von denen, so nehme ich das jedenfalls wahr, leider nur relativ wenige Bewohner dabei, die wirklich engagiert

sind. Und die auch mitarbeiten, jetzt auch in der KoKo tauchen ja nur relativ wenig Bewohner auf.“ Herr F. von der Stadtteilinitiative korrigiert: „... Bürger auf“. Herr H. fährt fort: „Ja also Bürger jetzt, die nicht ne Funktion jetzt haben. Viele in den Institutionen wohnen ja gar nicht im Stadtteil ... Und da ist die Frage auch, war das so ein Verfahren erfolgreich wirklich oder waren diejenigen die das dadurch so zusagen Starthilfe bekommen haben, waren die in der Lage das auch wirklich zu aktivieren. Also diese Bürgerbeteiligung. Ich bin so ein bisschen eher skeptisch, das ist jetzt nicht irgendwie Vorwurf oder so was, dass man da versagt hätte, sondern die Frage, ist das überhaupt möglich.“ Man kann es so verstehen, dass dem Dritten Sektor, der Anschubfinanzierung bekam, die Aufgabe der Bürgeraktivierung zukam. Der Dritte Sektor wird vom Staat als Ort des Engagements begriffen. Zwischen Staat und dem Dritten Sektor herrscht eine Stimmung des gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins: „Wenn wir die Vereine, Initiativen und Bewohner nicht mit ins Boot kriegen, brauchen wir gar nicht anfangen“ (Frau F.). Auch die Beobachtung auf der KoKo bestätigt diese Annahme. Zwar wurde den Vertretern des Bezirksamts dort die Bühne zur Werbung für das HID gegeben. Die planende Verwaltung trat aber dennoch vorsichtig auf, man wusste, dass man zu Gast auf der KoKo ist.

Die Bewohnerschaft ins Boot zu kriegen, erweist sich als äußerst schwierig. In ihr wird bis auf „zwei oder drei Vorzeigebewohner“ eine Masse von 16.000 Menschen gesehen, zu der keine ernsthafte Kommunikation besteht und die eher als artikulationsungeübt und politikverdrossen gilt. Inwieweit in den Bürgern tatsächlich vergleichbare Kooperationspartner gesehen werden, wie in den Grundeigentümern etwa, mag bezweifelt werden. Sie gelten, bis auf die Stadtteilinitiative, als unentdeckte (ehrenamtliche) Potenziale, die aus ihren vier Wänden nicht in den Stadtteil kommen (4-Wände-Problem). Die Stadtteilinitiative allerdings soll in der Nachbarschaftshilfe im HID gefördert werden.

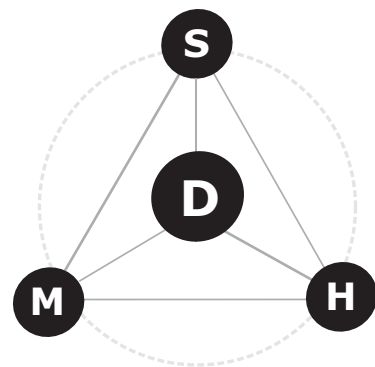
1-2-2 Stadtteilinitiative: Nur im Miteinander kommen wir weiter

Für die und mit den Anwohnern aus Steilshoop können, wie gesagt, nur die Vertreter der Stadtteilinitiative am ehesten sprechen. Nach eigenen Aussagen ist ihr Kontakt zu den Bewohnern sehr gut, sie werden sogar auf der Straße angesprochen. Dennoch sehen auch sie ihre Mitbewohner im Stadtteil als noch zu politikverdrossen und konsumorientiert, was sich nur langsam ändert. „Wir haben dieselben Probleme wie die anderen Vereine und Inis auch, alle buhlen um das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Das ist ganz klar. ... Sie brauchen ne Perspektive, dann mischen sie sich wieder ein“, meint Herr F. Das bestätigen auch Frau L. vom sozialen Beschäftigungsträger und Frau T. aus dem Stadtteilkulturverein, die sagt, dass keiner in solche Strukturen wie die KoKo geht, ohne was entscheiden zu können.

Vom Staat, besonders von der Politik, fühlen sie sich im Stich gelassen, „sie sind teilweise ein bisschen träge geworden, aus der Tatsache heraus hat sich unsere Ini gegründet“. Sie müssen Probleme selbst in die Hand nehmen, nicht warten auf Erlaubnis. Allerdings sind diejenigen, die aktiv sind, immer dieselben, die man überall trifft. Der Staat müsse gleichwohl Rahmenbedingungen setzen. Allerdings stehe er sich immer noch selbst am meisten im Wege.

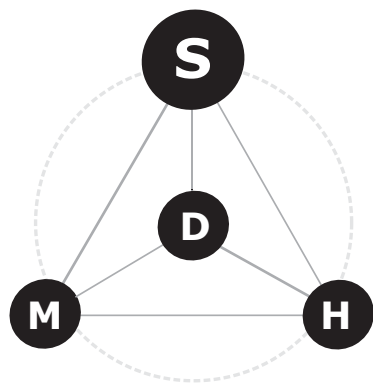
Grundeigentümer bzw. Vermieter werden auf die Frage genannt, wer als Akteur die größte Rolle im Bezug zum Staat spielt. Die Wohnungsverkäufe im Stadtteil lösen dabei Unsicherheiten, Frustrationen und Durcheinander aus, man sieht sich einem großen Gegenspieler gegenüberstehen. Direkter Kontakt besteht dementsprechend zu den Vermietern nicht. Sie sollen ihren Teil aber beitragen und wenn es ohne Zwang nicht geht (HID), dann ist es immerhin ein konstruktiver Druck. Zu privaten Stiftungen außerhalb der Siedlung besteht da schon ein produktiveres Verhältnis im Fundraising-Bereich. Kontakte sind vielfältig vorhanden, gerade suche man nach Sponsoren für die Küche der neuen *Schule am See*.

Abb. 85: Besonders das Miteinander im Dritten Sektor ist der Stadtteilinitiative wichtig.



Die wichtigsten Kooperationspartner für die Stadtteilinitiative stellen die Einrichtungen und Gruppierungen im Stadtteil dar. Ihr Bestehen „entscheidet über Aufblühen oder Sterben dieses Stadtteils“. Die Initiative sieht sich dabei nicht nur als Mitbewerber um Gunst der Bewohner, sondern hilft gezielt, wenn z.B. dem sozialen Beschäftigungsträger mal wieder nicht die Gelder bewilligt wurden. Dann wird die Werbetrommel gerührt und Proteste organisiert. Es schlug z.B. hohe Wellen im Stadtteil, als wegen der drohenden Schließung des Beschäftigungsträgers bis zum Arbeitsamt in der Kurt-Schuhmacher-Allee sogar das Fernsehen kam. „Wir haben es mittlerweile geschafft, dass die Gruppierungen hier miteinander arbeiten und nicht jeder für sich“ berichtet Herr G. nicht ohne Stolz. Es werde mehr über den Tellerrand geschaut als früher. „Wenn man die Last auf viele Schultern verteilen kann, ist die Last für jeden leichter“, fasst er schließlich zusammen.

Abb. 86: Staat ist als finanzieller Förderer und Lenker am meisten gefragt.



1-2-3 Dritter Sektor: Vom Staat als Lenker und dritten Kulturen

Frau T. vom Stadtteilkulturverein und Frau L. vom sozialen Beschäftigungsträger sehen alle in der Verantwortung, besonders aber den Staat: „Es sind so viele Aufgaben in Steilshoop, die kann man nicht der alleinigen privaten und sonstigen Verantwortung überstellen, das sind allgemeine Gemeinwesenaufgaben“. Der Staat ist erster Adressat in der Lenkung.

Während allerdings Frau T. Hilfe von außen gerne als Anregung annimmt, ist Frau L. kämpferischer. Bezüglich des *HID* stellt sie auch klar, in welcher Position sie zu den Bewohnern steht: „Was bleibt übrig für die Leute, die hier wohnen und vielleicht andere Probleme haben, als dass sie noch mal ne Patenschaft für einen Baum bräuchten... Das ist ne Mittelschichtsidee.“

Durch ihre soziale Arbeit ist sie nahe an den Problemen der Bewohner dran, die sie eher im partnerschaftlichen und familiären Bereich sieht. Das prägt ihr eher fürsorgliches Verhältnis zu ihnen. Frau T., berichtet aus ihrem interkulturellen Verein, dass ausländische Bewohner sich nur im Falle, wenn sie bereits vollständig integriert sind, sich auch für andere Kulturen bzw. die dritte Kultur, die Stadtteilarbeit, interessieren: „es werden allerdings eher die Leute aus dem jeweiligen Land, die Deutschen oder diejenigen kommen, die schon so verwurzelt sind und sich hier sicher bewegen, dass sie die Kapazität haben sich noch mit der dritten Kultur auseinanderzusetzen“. Dementsprechend kann gesagt werden, dass beide die breite Bewohnerschaft nur begrenzt als Kooperationspartner sehen. Sie sehen aber einen aktiven Stamm, der über geeignete organisatorische Kräfte verfügt, komplexe Planungen mitzugestalten, wenn man ihnen mehr Mitbestimmungsrechte gäbe.

Die eigenen Gruppierungen sind damit die ersten Partner, sofern sie unterstützt werden und noch Kraft haben: „denen, die den Stadtteil sozusagen zum Positiven verändert haben, geht die Puste aus. Das sieht man auch an der KoKo, am Vereinsvorstand..., an den anderen Vereinsakteuren, an Vorbereitungstreffs... es fehlt der Nachwuchs, die Jugendlichen gehen nicht mehr in solche Strukturen rein“ (Frau T.). Hohe organisatorische Anforderungen und auch Verbindlichkeitsanforderungen bilden darüber hinaus Hürden, sich zu engagieren. Die Beobachtung auf der KoKo bestätigt ihre Aussage. Es waren keine jungen Menschen unter 35-40 Jahre zu erblicken.

Die Grundeigentümer wurden in der Vergangenheit und heute wieder als finanzielle Kooperationspartner für einzelne Projekte, wie das jährliche Stadtteilstfest, genutzt. Im Vorfeld des Gruppeninterviews nutzte Frau T. sogleich die Möglichkeit den anwesenden Herrn M. von der Wohnungsgenossenschaft, um Mitarbeit bzw. finanzielle Hilfe zur Ausrichtung des Festes zu bitten. Das Centermanagement sieht Frau L. darüber hinaus als wichtigen Ansprechpartner, da Steilshoop ja durchs Center ginge.

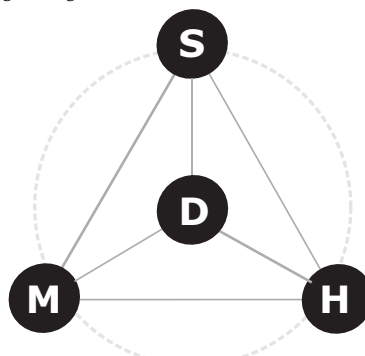
Mit dem Verkauf des Einkaufszentrums an einen dänischen Investor ging ihr eine kompetente Centermanagerin verloren, was sie als „katastrophisch“ bezeichnete.

1-2-4 Grundeigentümer: Jeder muss sein Thema finden

Auf die Frage, wer erster Adressat für die Zukunft Steilshoops wäre, antwortet Herr W. von der SAGA: „Das ist ein großer Stadtteil, man muss sich überlegen, da wohnen fast 20.000 Menschen, da kann man nicht sagen, wir werden nur von einem im Stich gelassen und nur einer könnte das regeln, das können wenn dann auch nur alle zusammen.“

Er beschreibt wie seiner Meinung nach eine solche Verantwortungszuständigkeiten aussehen: „So muss jeder ein stückweit seine Themen definieren, den Rahmen definieren und gucken wie er das umsetzen kann. Mag sein, dass es da den ein oder anderen Zielkonflikt gibt, aber letzten Endes geht es um eines, nämlich Steilshoop. Da muss man vielleicht auch Prioritäten setzen, der eine kümmert sich hierum, der andere darum, letztlich ist alles für den Stadtteil gut. Ich glaube, dass man sich da auch immer einigt in der Frage.“ Damit definiert er gleichzeitig die Grenze eines *HID* und der Grundeigentümer im Stadtteil, wonach es parallele Veranstaltungen der Belange der Bewohner, der *KoKo*, der Politik und Verwaltung und die Vermieter ihre Grenzen hätten.

Abb. 87: Alle Akteure der Sphären werden von Grundeigentümern gleichgewichtet.



Der Staat ist für beide, Herrn W. und Herrn M., ein gleichberechtigter Kooperationspartner und im *HID* mit den gleichen Pflichten belegt. Er muss Kernaufgaben erfüllen und Rahmen für unternehmerisches Handeln setzen. „Politik soll was für uns tun hier und soll sich um den Stadtteil kümmern, auch dass sich die Regierungsparteien des Stadtteils annehmen, dass er nicht vergessen wird“, meint Herr W. und betont die Wichtigkeit von Programmen, wie das der kommenden *Aktiven Stadtteilentwicklung* als Stützen. Den Wohnungsverkäufen ist Herr W. generell nicht abgeneigt: „Wenn es dann nicht dazu dient, damit zu spekulieren, ist es sogar ein vernünftiger Schritt, den man machen kann, da es ja stückweit auch zur Stabilisierung von Nachbarschaften dient.“

Die Einrichtungen, Vereine und Initiativen des Stadtteils sind für Herrn W. vor allem wichtige Kommunikationspartner, mit denen man im ständigen Austausch stehe (regelmäßige Einladungen und Protokollsendungen der *KoKo*). Die *KoKo* sieht er als sehr heterogen besetzt. Die Interessenlagen des Stadtteils sind weiterhin manches Mal unterschiedlich in der Prioritätensetzung, die er erstmal anerkennt.

Ebenfalls als Kommunikationspartner sieht er die Bewohner der Großsiedlung, mit denen in zwei Mietergruppen reger Austausch stattfindet: „Einmal die Mietergruppe vom Wohnring 3 mit denen wir auch regelmäßig zusammensitzen, uns austauschen und gemeinsame Veranstaltungen haben und die Mieterinitiative Ring 6 mit denen wir auch regelmäßige Sitzungen mit Tagesordnungen haben und uns austauschen. Das sind Gremien, wo ich für uns überhaupt keine Bedenken habe, die Bewohner nicht zu aktiviert zu bekommen.“

1-3 Aktuelle Handlungsfelder

1-3-1 Voruntersuchung

Um die Themen und Ziele der Akteure für die Großsiedlung besser einordnen zu können, werden nun Entwicklungserfordernisse und -potenziale nach aktuellen Handlungsfeldern vorgestellt. Die folgende Tabelle 9 basiert dabei vor allem auf sekundäranalytischen Quellen, welche aus Studien und Studienarbeiten zum Stadtteil sowie städtischen Informationen entstammen. Dem nachgeordnet sind auf Basis von Ortsbegehungen eigene Analysen darin enthalten. Offene Lösungsansätze beschreiben dabei vorgeschlagene aber nicht umgesetzte Lösungsstrategien.

Tab. 9: Untersuchung vor allem sekundärer Quellen auf aktuelle Entwicklungserfordernisse und Potenziale in Steilshoop

Handlungsfeld	Entwicklungserfordernisse²⁹	Entwicklungspotenziale³⁰	Offene Lösungsansätze³¹
<i>Einbettung, Anbindung und Wahrnehmung in der Stadt</i>	Einbettung in Umfeld und Gesamtstadt	Siedlung wirkt abgeschlossen und isoliert wie ein Fremdkörper im Stadgefüge	Reintegration der Unternehmen, Beschäftigten, Arbeitssuchenden in überlokale Kreisläufe und Entwicklungszusammenhänge
	Siedlung wirkt abgeschlossen und isoliert wie ein Fremdkörper im Stadgefüge	vorhandene soziale Betriebe mit Beschäftigungsmaßnahmen zur Reintegration von langzeitarbeitslosen Frauen und Jugendlichen in Steilshoop (Stadteilcafé, <i>RENO</i> -Werkhof, <i>Samt+Seife</i> , <i>JETZT</i> -Jugendtreff)	Bauen von Brücken in die Gesamtstadt
	Strukturen sind nur auf den Stadtteil bezogen - kaum Nutzungen und Austausch zu den umgebenden Stadtteilen oder Gesamtstadt	vorhandene Orientierung an Region Bramfeld: durch gemeinsamen Stadteilaufritt von Stadtteilen durch Bezirksamt und durch Stadteilinitiativen Partneraufritt der Stadteilinitiativen von Bramfeld und Steilshoop auf www.bramfeld-steilshoop.de	z.B. lokale Vermittlungsagenturen
Anbindung	Anschluss des Stadtteils an Schienennetz des Hamburger Verkehrsverbundes	relative Nähe zur Innenstadt (8km zur Innenstadt)	vorgeschlagene Streckenführung der U4 als Anschlussstrecke von Barmbek nach Steilshoop und Bramfeld
Wahrnehmung des Stadtteils in der Gesamstadt	negative Außenwahrnehmung Trug zur Schließung der Gesamtschule bei (Beleg)	Innenwahrnehmung der Bewohner im Stadtteil überwiegend positiv Engagement der Stadteilinitiative als Öffentlichkeitsarbeit für Steilshoop	mögliches <i>HID</i> -Thema: gemeinsames Stadteilmarketing
Bau- und Siedlungsstruktur			
Nutzungsstruktur	städtebauliche Funktionstrennung bietet nur wenig Mischung oder Reibung mit zweckfremden Nutzungen	Freiwerdendes Bildungszentrum durch Schließung der Integrierten Gesamtschule	Nachnutzung des Gebäudes der Gesamtschule für stadtteilbezogene Zwecke
	Zonierung schließt neue „spontane“ Nutzungsformen aus	evangelische Kirche bietet Räume für den Stadtteil an (z.B. für Volkshochschule)	
	wenige freie Raumkapazitäten vorhanden	CityCenter Steilshoop stellt	
	Gemeinschaftsräume in den Erdgeschosses sind nutzungsbeschränkt (Störung der Nachbarn)	Steilshooper Einrichtungen gegen geringe Energiekostenpauschale Stadteilladen zur Verfügung	

Handlungsfeld	Entwicklungsanfordernisse¹	Entwicklungspotenziale²	Offene Lösungsansätze³
Zentrum	Läden im Zentrumsbereich sind ver-wahrlost Zentrum wird durch Gründungsstraße in Nord- und Südbereich getrennt Einkaufszentrum ist nach außen ab-weisender Baukörper zunehmende Fassadenschäden und Wärmedämmungsanforderungen	freiwillige Grundeigentümer-Koopera-tion (Vorstufe des <i>HID</i>) sucht Koope-ration mit Management des CityCenter Steilshoops	ggf. <i>HID</i> gemeinsame Farb-, Material- und Ge-staltungskonzepte von zusammenhän-genden Gebäudebereichen
Grün- und Freiräume			
Öffentlich genutzte Freiräume	das wohnungnahe Grün ist vor allem im Sommer zugewuchert und behin-dert die Orientierung die Mittelachse ist im schlechten Pflegezustand und nur gering belebt (Platzaufweitungen haben kaum Auf-enthaltsqualität)	sehr grüner Stadtteil Mittelachse ist PKW-unabhängiges und kinderfreundliches Freiraumelement	Pflege und Belebung der Mittelachse vorderdingliches Ziel zur Wohnumfeld-verbesserung (wahrscheinlich 1. <i>HID</i> -Projekt)
Orientierung	Orientierung für Außenstehende nur unzureichend gegeben (Verwucherung und fehlende Identifi-kationspunkte in den Wohnringen)	Einheimische finden sich zurecht	mögliches <i>HID</i> -Thema?
Zentrum	Einkaufszentrum ist nach außen ab-weisender Baukörper durch funktionale Außenraumge-staltung (Anlieferzonen, Parkhaus, Parkplätze, tote Ladenrückseiten) gibt es kaum attraktive Aufenthalts-möglichkeiten	grüne Oase vor Hochhaushintergrund Vorstufe <i>HID</i> sucht Kooperation mit Management des CityCenter Steilshoops	fertige Pläne zur Aufwertung des Zen-trums , liegen weiterhin vor (die nicht in der Sanierung umgesetzt wurden)
Halböffentliche Räu-me	die abgegrenzten Vorgärten im Zentrumsbereich (Fehlinghöhe) sind teilweise im schlechten Pflegezustand	eingerichtete Pflörtnerlogen	

Handlungsfeld	Entwicklungserfordernisse¹	Entwicklungspotenziale²	Offene Lösungsansätze³
<i>Wirtschaft</i>			
Wohnwirtschaft	neuer Eigentümer des GAGFAH-Bestandes kümmert sich nur unzureichend um Wohnungsbestand GAGFAH-Wohnungen werden Mietern am Gropiusring teilweise im schlechten Zustand angeboten Fluktuation im Zentrumsbereich steigt	Vorstufe des <i>HID</i> unter Federführung GAGFAH-Nachfolge (zeigen Verhandlungsbereitschaft) Präsenz der Wohnungsunternehmen durch Pavillons im Stadtteil	Kommunikationsprozesse in Gang kriegen <i>HID</i> bewusstere Mieterauswahl durch weiteren Aufbau von Hausgemeinschaften
Einkaufszentrum und Zentrumsbereich	zunehmender Leerstand Ausweitung von Billigläden keine Ausstrahlung über Steilshoop hinaus	neues Centermanagement Vorstufe des <i>HID</i> sucht Kooperation mit Management des CityCenter Steilshoops	Anschluss der Unternehmen an überlokale Kreisläufe und Entwicklungszusammenhänge Stadtteilkümmerer einsetzen (FHH) ggf. <i>HID</i>
<i>Soziale Infrastruktur</i>			
Schulen	einzigste weiterführende Schule (Integrierte Gesamtschule Steilshoop) läuft seit 2005 bis 2008/9 aus	Stadtteilschule „Am See“ als Ersatz erreichte im Schuljahr 2006/7 erstmals ausreichende Anmeldezahlen	Nachnutzung des Gebäudes der Gesamtschule für stadtteilbezogene Zwecke
Stadtteilcafé	dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung nicht gewährleistet (alle ABM- und §19 BSHG-Stellen auf maximal 2 Jahre begrenzt, jährliche Zuwendungsaussschreibung der 1-€-Jobs über Interessenbekundungsverfahren) ständiger Kampf um Stellenbewilligung		

²⁹ vgl. Dubbert/ Alberts 2004: 23, vgl. Läpple 2000, FHH 1989: 9, vgl. Xenos 2004: 13ff., FHH 2006-1: 3, vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985, FHH 2006-4, unveröffentlichtes Manuskript

³⁰ vgl. Läpple 2000, vgl. Kirchhoff/ Jacobs 1985, FHH 2006-1: 18, IV04, GIV

³¹ vgl. www.bramfeld-steilshoop.de, IV01, FHH 2006-1: 13-16, TUHH P1-Projekt 2002: 69, FHH 2002:z2

1-3-2 Akteurspezifische Themen und Ziele der Stadtteilentwicklung

Tabelle 10 zeigt die Ziele bzw. Themen der interviewten Akteure. Die Tabelle lässt sich auf die Häufigkeit von Zielen bzw. Themen in eine Reihenfolge bringen (Tabelle 11). Die Ergebnisse aller hier dargestellten Tabellen leiten sich aus der Analyse direkter und indirekter Aussagen in den Interviews ab. Die Aufstellung dient nicht der Repräsentativität und kann nicht endgültige Ziele oder quantitativ haltbare Gewichtungen zeigen. Vielmehr geht es darum, die Gemeinsamkeiten der Themen und der Akteure aufzuzeigen.

Tab. 10: Themen und Ziele der Akteure bezüglich Steilshoop

Akteur	Themen/ Ziele
Dritter Sektor - Stadtteilkulturverein, Frau T.	Mittelachse aufbessern Generationswechsel bei Aktiven schaffen (neue Zielgruppe) Aktivierung der Bewohner Aktivierung der Jugend Förderung ehrenamtlicher Arbeit Erhalt der sozialen Einrichtungen Gesamtschulennachfolge sichern bürokratische und finanzielle Rahmenbedingungen für soziale Infrastruktur verbessern (Entlastung) mehr Geld kreativ arbeiten Stadtteil vorm Kippen bewahren U-Bahn-Anschluss
Dritter Sektor - Sozialer Beschäfti- gungsträger, Frau L.	Integration der migrantischen Gemeinde und Bedürfnisse Älter werdende Bevölkerung Abkopplung migrantischer Jugendlicher Gesamtschulennachfolge sichern Erhalt der sozialen Einrichtungen strukturelle Rahmenbedingungen für soziale Infrastruktur verbessern Freiraum zur individuellen Weiterentwicklung Stadtteil vorm Kippen bewahren
Dritter Sektor - Stadtteilinitiative Herr F. und Herr G.	Zustand der Straßen, Gehwege und Bushaltestellen verbessern U-Bahn-Anschluss (fast abgeschlossen) Gesamtschulennachfolge sichern Erhalt der sozialen Einrichtungen Aktivierung der Bewohner Förderung ehrenamtlicher Arbeit Miteinander stärken Steilshoop nach vorne bringen Außenwahrnehmung (Image) verbessern Stadtteil vorm Kippen bewahren
Bewohnerschaft (vertreten durch Stadt- teilinitiative, aber ungleich)	Wohnungsverkäufe –Rechte sichern Mieterauswahl in Häusern (Mietergemeinschaften SAGA) Gesamtschulennachfolge sichern Erhalt der sozialen Einrichtungen Image verbessern (Stadtteil vorm Kippen bewahren)

Akteur	Themen/ Ziele
Grundeigentümer Herr W., SAGA, Herr M., Wohnungsge- nossenschaft	Orientierung im Stadtteil verbessern Außenwahrnehmung (Image) verbessern Mittelachse aufwerten, Aufenthaltsqualität verbessern Gesamtschulennachfolge wegen Zielgruppe Familie von Interesse Erhalt der sozialen Einrichtungen (Interesse, aber nicht Aufgabe der Grundeigentümer) Mieterauswahl verbessern Aktivierung der Bewohner Förderung ehrenamtlicher Arbeit Engagement der Grundeigentümer sichern (drohende Verwahrlosung durch Nichtpflege, <i>HID</i>) in <i>Aktive Stadtteilentwicklung</i> kommen Quartiersmanagement aufbauen Stadtteil nach vorne bringen Stadtteil vorm Kippen bewahren
Staat - planende Ver- waltung Herr H. und Frau F., Bezirksamt Wandsbek	Aktivierung der Bewohner Förderung ehrenamtlicher Arbeit Engagement der Grundeigentümer für den Stadtteil sichern <i>HID</i> auf den Weg bringen Orientierung im Stadtteil verbessern Image verbessern Mittelachse aufwerten Stadtteil vorm Kippen bewahren

Tab. 11: Häufigkeit der Themen und Ziele der Akteure; in Klammern steht die Anzahl des The-
mas bzw. Ziels aus den Interviews.

Rang	Häufige Themen/ Ziele
1 (14)	Stadtteil vorm Kippen bewahren
2 (10)	Gesamtschulennachfolge sichern
3 (9)	Erhalt der sozialen Einrichtungen
4 (6)	Förderung ehrenamtlicher Arbeit Image verbessern Aktivierung der Bewohner
5 (3)	Mittelachse aufwerten Strukturelle Rahmenbedingungen für soziale Einrichtungen verbessern
6 (2)	Stadtteil nach vorne bringen Engagement von Grundeigentümern sichern/ <i>HID</i> auf den Weg bringen U-Bahn-Anschluss
7 (1)	Generationswechsel bei Aktiven schaffen Freiraum für die Einrichtungen zur individuellen Weiterentwicklung/ kreatives Arbeiten Mieterauswahl verbessern

Bewusstsein für Steilshoop

Für nahezu alle Akteure, zivilgesellschaftliche wie öffentliche, ist das Bewahren des Stadtteils vorm Kippen, das wichtigste Ziel. Alle nachgeordneten Themen und Ziele können als Lösungsbeiträge für dieses Ziel gelten. Die Gesamtschulennachfolge als weiterführende Schule und der Erhalt der sozialen Einrichtungen sind Themen, die vor allem von den zivilgesellschaftlichen Akteuren als wichtig erachtet werden. Die Rangfolge muss dabei als Liste der bewussten Problembereiche verstanden werden. So ist zu verstehen, dass die Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen für soziale Einrichtungen als mögliche Lösung zum Erhalt der sozialen Einrichtungen erst an fünfter Stelle kommt, da sie den direkt betroffenen Akteuren (Frau L. und Frau T.) am klarsten sind. Nur wenig im Bewusstsein der Akteure, aber aus planerischer Sicht für die Entwicklung einer zivilgesellschaftlich getragenen Stadtteilentwicklung sehr bedeutend, ist die Überalterung der Akteure und der notwendige Generationswechsel. Die damit verbundene Aktivierung der Jugend wurde lediglich von Frau T. aus dem Stadtteilkulturverein und Herrn H. von der planenden Verwaltung als wichtiges Thema der Zukunft betrachtet.

Schnittmengen zu den Sekundäranalysen

Der Bezug zu den Sekundäranalysen in den Schnittmengen der Handlungsfelder zeigt, dass nicht alles im Bewusstsein der Akteure steht, was von Experten, der Stadt und der Fachwelt als entwicklungsbedürftig angesehen wird. Schnittmengen mit aktuellen Handlungsfeldern sekundärer Quellen:

Tab. 12: Schnittmengen zu Entwicklungserfordernissen aus Sekundäranalysen

Handlungsfeld	Entwicklungsbedürfnis
Einbettung, Anbindung, Wahrnehmung	Image aufbessern U-Bahn-Anschluss
Grün- und Freiräume	Mittelachse aufwerten Orientierung im Stadtteil verbessern
Wirtschaft	Engagement der Grundeigentümer sichern
Soziale Infrastruktur	Gesamtschulennachfolge sichern Erhalt der sozialen Einrichtungen

Unter sich

In einer Schnittstellenmatrix (siehe Anhang Tabelle 21) wurden die Themen und Ziele jedem Akteur gegenübergestellt. Daraus ergeben sich ebenfalls Rangfolgen (Tabelle 13 nächste Seite), die durch die Häufigkeit gemeinsamer Themen bestimmt wird.

Aufschlussreich ist, dass unter den größten drei Schnittmengen der Akteure, die Grundeigentümer, der Stadtteilkulturverein und die Stadtteilinitiative als zivilgesellschaftliche Akteure am stärksten vertreten sind. Erst nachgeordnet kommen thematische Schnittstellen mit dem Staat, Bewohnerschaft und sozialem Beschäftigungsträger. Am geringsten sind die Schnittstellen zwischen Bewohnerschaft und Staat sowie dem sozialen Beschäftigungsträger und dem Staat. Soweit beurteilt werden kann, können fehlende Kommunikation zwischen Staat und Bewohnerschaft und auch sozialem Beschäftigungsträger Ursachen für die geringen Schnittmengen sein.

Zu erwarten war, dass die Schnittmengen zwischen Staat und Grundeigentümern am stärksten sind, da sie derzeit auch am engsten in der Vorstufe zum *HID* zusammenarbeiten.

Weitere bestehende Kooperationen gibt es zwischen:

- Stadtteilkulturverein – Sozialer Beschäftigungsträger – Stadtteilinitiative (- themenbezogen Bewohnerschaft + Grundeigentümer) in der *KoKo*: selbst initiiertes Thema (ohne *HID*) der letzten *KoKo* (15.01.07) war Gesamtschulennachfolge

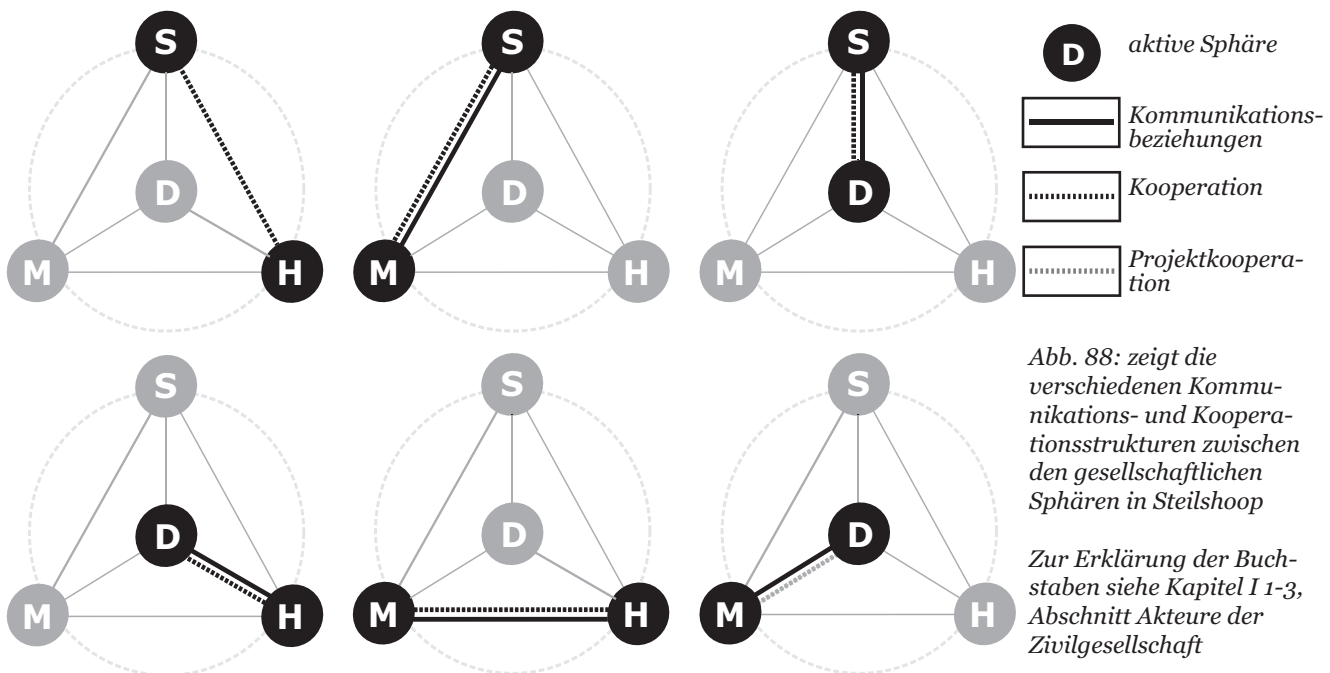
- Grundeigentümer – Stadtteilkulturverein - Stadtteilinitiative – Sozialer Beschäftigungsträger für die Ausrichtung des jährlichen Internationalen Stadtteilfestes
- Bewohnerschaft – Grundeigentümer in Mieterinitiative Ring 3 und 6 mit regelmäßigen Treffen

Der soziale Betrieb und der Stadtteilkulturverein stehen darüber hinaus im finanziellen Förderverhältnis zum Staat, wodurch sich ein Zielkonflikt ergibt, da der Staat sich weiter haushaltlich konsolidieren will.

Die Grafiken der Abb. 88 machen deutlich, dass es Kooperationen zwischen den Sphären von Staat, Markt, Dritten Sektor und Haushalten gibt. Jedoch sind sie (außer bei der Vorstufe zum *HID*) entweder projektbezogen wie beim Stadtteilfest, themenbezogen

Tab. 13: Schnittstellen mit gleichen Themen nach Akteurspaaren; in Klammern steht die Anzahl des Themas bzw. Ziels in der Untersuchung.

Rang	Akteurspaare
1 (8)	Grundeigentümer - Staat
2 (7)	Stadtteilkulturverein - Grundeigentümer
3 (6)	Grundeigentümer - Stadtteilinitiative Stadtteilkulturverein - Sozialer Beschäftigungsträger Stadtteilinitiative - Stadtteilkulturverein
4 (5)	Grundeigentümer - Bewohnerschaft
5 (4)	Sozialer Beschäftigungsträger - Grundeigentümer Staat - Stadtteilkulturverein Stadtteilinitiative - Bewohnerschaft Staat - Stadtteilinitiative
6 (3)	Bewohnerschaft - Stadtteilkulturverein Sozialer Beschäftigungsträger - Bewohnerschaft Stadtteilinitiative - Sozialer Beschäftigungsträger
7 (2)	Bewohnerschaft-Staat
8 (1)	Sozialer Beschäftigungsträger - Staat



wie bei der *KoKo* oder abhängig wie zwischen Staat und Drittem Sektor (ohne Stadtteilinitiative). Kooperationen und Vernetzungen von Staat zu den Haushalten, also Bürgern sind dabei offensichtlich am wenigsten ausgeprägt. Mit dem Eingeständnis fehlender Kommunikation und dem Ziel der Aktivierung und Förderung ehrenamtlichen Potenzials hat der Staat das mittlerweile erkannt und auf die Agenda gesetzt. Mit den Kommunikationsstrukturen zwischen Grundeigentümern und Mietern sowie mit der Aussicht auf Förderung der Nachbarschaftshilfe durch das *HID* wird die Verbindung zwischen Markt und Haushalten stärker werden.

1-4 Zwischenfazit: Dem Sozialkapital fehlen Aktive und Verknüpfungen

Bezüglich der Motivationen der zivilgesellschaftlichen Akteure bestätigen sich die Entwicklungen, die mit Opaschowski im Kapitel I 1-3-1 genannt wurden: Im eigenen Interesse wird gehandelt und der Stadtteil profitiert dennoch davon. Sei es aus eigener Betroffenheit, persönlichem, konsumorientiertem, unterhaltungsorientiertem Interesse oder aus Geschäftsinteresse. Auch in der Dauerhaftigkeit verhält sich Steilshoop wie es in der Gesamtentwicklung dargestellt wurde, das Interesse der Bewohnerschaft, soweit vorhanden, ist nicht nur von Betroffenheit geprägt, sondern auch kurzfristiger und spontaner. Bei den Grundeigentümern stehen sich kurzfristige Verwertungsinteressen langfristigen Investitionsinteressen gegenüber. Die derzeitigen Orte des Engagements im Stadtkulturverein und im sozialen Betrieb sind allerdings nicht zielgruppenorientiert, überlastet und können sich kaum in den Stadtteil kreativ einbringen. Auf diese Weise sind sie keine Vorbilder, denen es nachzueifern gilt.

Vielen engagierten Beschäftigten der sozialen Infrastruktur im Stadtteil stehen nur wenige aktive Bürger gegenüber. Gänzlich fehlen aktive Jugendliche, die sich für Steilshoop einsetzen. Es fehlen ausreichend niedrige Gelegenheits- und Mitbestimmungsstrukturen für die Aktivierung und das Engagement. Die *KoKo* ist zwar Stadtteilgremium, jedoch nicht repräsentativ und durch die Aktiven im Dritten Sektor stark professionalisiert und eingespielt, wie bereits im Kapitel III 3-5 über die Anspruchsgruppen herauskam. Dadurch wird eine Hürde aufgebaut, sich einzubringen, die nicht niedrigschwellig genug ist. Die Stadtteilinitiative ist noch zu klein, um ausreichend Menschen aktivieren zu können. Die *KoKo* hatte sich in seiner Entstehung nur aus professionellen Akteuren des Dritten Sektors gebildet. Die *KoKo* übernimmt als Stadtteilgremium heute eine Doppelfunktion, die entzerrt werden muss.

Das Verhältnis zwischen den Akteuren ist kongruent zu tatsächlichen Kooperationen. Besonders die planende Verwaltung und die Grundeigentümer sehen im Dritten Sektor und Bewohnern mehr Kommunikationspartner als Kooperationspartner auf gleicher Augenhöhe. Im Dritten Sektor mit den institutionellen Trägern und der Stadtteilinitiative entsteht hingegen stärkere Kooperationsbereitschaft, weil man sich mehr braucht.

Aus den Schnittmengen der Ziele ergeben sich zahlreiche sphärenübergreifende Gemeinsamkeiten für den Stadtteil. Die gefährdete personelle Selbsterneuerungsfähigkeit des Sozialkapitals und die Kraft ziehende Außenwahrnehmung sind u.a. wichtige Themen, die ihnen bewusst sind. Zielkonflikte ergeben sich nur zwischen den Fördergelderempfängern des Dritten Sektors und Staat mit seinem Haushaltskonsolidierungsinteresse. Den gemeinsamen Zielen steht jedoch nur ein unzureichendes Bewusstsein gegenüber, betrachtet man die tatsächlichen Kooperationen und Netzwerke. Sie sind eher an klassischer Ressourcenverfügbarkeit als an gemeinsamen Themen angelehnt. Besonders schwach sind Kooperationen intersphärischer Natur zwischen dem Staat und den Bewohnern im Stadtteil. Die Verbindungen zwischen Grundeigentümern und der Bewohnerschaft weisen Kommunikationsstrukturen auf und ergeben fruchtbare Zusammenarbeiten. Anders sieht es in Kooperationen von Grundeigentümern und Drittem Sektor aus, wo nur, aber immerhin, projektbezogene Partnerschaften fürs jährliche Internationale Stadtteilfest bestehen. Außerhalb Steilshoops stehen mit Stiftungen einige weitere projektbezogene Partner bereit. Ein koordiniertes Handeln aller zivilgesellschaftlichen Akteure ist demnach noch unausgereift.



**VI Zugang 3 -
Rufe nach den richtigen Ressourcen?**

**Empirische Untersuchung zur Flexibilität
der Ressourcennutzung in der Selbsterneue-
rungsfähigkeit des Dritten Sektors**

Zwischenfazit

1 Rufe nach den richtigen Ressourcen?

Im dritten und letzten Zugang der empirischen Überprüfung der theoretischen Aspekte von der Kernfrage, inwieweit zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung und -pflege in Großwohnsiedlungen möglich ist, geht es um die Selbsterneuerungsfähigkeit des Dritten Sektors in Steilshoop. Es kam bereits in den bisherigen empirischen Untersuchungen der Arbeit heraus, dass besonders die öffentlich geförderten Akteure im Dritten Sektor unter Überregulierung und zu kurzen Bewilligungszeiträumen der Fördergelder zu kämpfen haben. Die Selbsterneuerungsfähigkeit der Tätigkeiten der Akteure im Dritten Sektor wird durch die Flexibilität in der Ressourcennutzung in Alternative zu dem knapper werdenden öffentlichen Fördergeld bestimmt. Davon ist abhängig, inwieweit sie als Orte des bürgerschaftlichen Engagements Aufgaben der Stadtteilentwicklung und -pflege Steilshoops übernehmen können. Da die hier ebenfalls betrachtete Stadtteilinitiative keine eigenen Einnahmen hat, kommt ihr eine besondere Stellung zu. Ihre Ressourcennutzung zur Bewältigung von Projekten ist allerdings gerade aufgrund fehlender Einnahmen interessant.

Die empirische Untersuchung baut sich in der Betrachtung der Vielfalt der möglichen nutzbaren Ressourcen und der lokalen Verfügbarkeit von Ressourcen sowie die Austauschbarkeit der Ressource *öffentliches Geld* auf. Sie werden auf Basis von eigenen und sekundären Analysen, um die Sichtweisen der interviewten Akteure des Dritten Sektors ergänzt. Die übrigen interviewten Grundeigentümer und die planende Verwaltung werden flankierend hinzugezogen. Schließlich lassen sich daraus Rückschlüsse auf die Selbsterneuerungsfähigkeit des Dritten Sektors geben.

1-1 Vielfalt der Ressourcen

Ressourcen können im Sinne der Definition von Substitution als (Produktions-)Mittel verstanden werden, mit denen die Produktion eines Gutes erreicht wird (vgl. Kapitel I 2-6-1). In den Kriterien ökonomischer Nachhaltigkeit ist die Selbsterneuerungsfähigkeit der eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen als Ziel sehr bedeutend. Das Ziel wird durch die Knappheit der zur Verfügung stehenden Ressourcen bestimmt. Kann das Produktionsziel der Selbsterneuerungsfähigkeit durch den Ausfall oder Mangel einer Ressource (hier öffentliches Geld) mit anderen Ressourcen vollständig oder zum Teil substituiert werden, ist die Ressourcennutzung flexibel und damit die Erneuerbarkeit des Betriebes (hier des Dritten Sektors).

Die Vielfalt möglicher Ausprägungen von Ressourcen, die als Ersatz für öffentliches Geld in einem Stadtteil in Frage kommen, ist groß und variiert durch die lokale Verfügbarkeit der Ressourcen und deren Zugänglichkeit. Im Folgenden wird eine Liste möglicher Ressourcen vorgestellt, wie sie auf Basis der bisherigen Kenntnisse im Stadtteil auftreten könnten. Sie lassen sich nach harten und weichen Ressourcen klassifizieren und in Ressourcenkategorien auflisten, die verschiedene Ausprägungen der Kategorien aufweisen. :

Harte (quantitative) Ressourcen:

- FINANZKRAFT: Eigenkapital, Fremdkapital, Subventionen
- MATERIAL: Equipment, Naturalien, überflüssige, brachliegende
- ARBEITSKRAFT: Ehrenamt, Muskelkraft, Denkkraft, Job, Personal
- RAUM: Nähe, Entfernung, Adresse, Dichte, Verfügbarkeit, Nutzung
- ZEIT: Verfügbarkeit, Taktung, Zeitraum, Taktgeber, Taktnehmer
- EINFLUSS: Verfügungsrecht, Entscheidungskompetenz, Aufmerksamkeit

Weiche (qualitative) Ressourcen:

- AKZEPTANZ: Teilhabe, Zugang, Legitimation
- MENSCHEN: Erfahrung, Interesse, Gemeinschaft, Individuum, Identität

- ORGANISATION: Kooperation, Koordination, Vernetzung, Bündelung
- KNOW-HOW/ KREATIVITÄT: Fachwissen, Fachkompetenz, Ideen
- KOMMUNIKATION: Vermittlung, Kontakte, Information, Transparenz, Hubs (Knoten im sozialen Netzwerk)

Die Unterscheidung nach harten und weichen Ressourcen bezieht sich nur bedingt auf klassische Standortfaktoren für Unternehmen, die ähnlich klassifiziert werden (vgl. z.B. BpB 2004: z1). Harte Ressourcen beziehen sich hier am ehesten auf die ökonomischer Perspektive von Nachhaltigkeit, während weiche Ressourcen sich eher mit der sozialen Perspektive in Verbindung bringen lassen. Die Grenzen sind jedoch fließend und unscharf in den Ausprägungen der Ressourcen. So kann mediale Aufmerksamkeit als Ausprägung von Einfluss positiven oder negativen Einfluss erzeugen, der als Mittel zur Durchsetzung von Interessen eingesetzt werden kann. Messbar ist dieser Einfluss nicht. Es kann jedoch untersucht werden, ob sich die Akteure medialer Aufmerksamkeit als Mittel bedienen. Eine hinreichend genaue Klassifizierung soll und kann hier nicht gegeben werden. Auch stellt diese Auflistung nur eine Interpretation von Ressourcen, die eine Rolle spielen, dar.

1-1-1 Geld als universelles Tauschmittel

Öffentliche Subventionen fließen besonders in benachteiligte Stadtteile wie die Großsiedlung Steilshoop. Im Rückzug des Staates und durch verschiedene Prioritäten staatlicher Investitionen (siehe Exkurs zur Spaltung der Städte) werden mehr und mehr öffentliche Gelder aus derlei Maßnahmen gezogen. Damit werden vor allem die Akteure des Dritten Sektors, die darüber finanziert werden, gezwungen, alternative Quellen für Geld und andere alternative Ressourcen als Produktionsmittel zum Erhalt ihres Betriebes einzusetzen.

Geld wird als allgemeines Tauschmittel verstanden, mit dessen Hilfe Güter durch Bezahlung getauscht werden können (vgl. BpB 2004: z2). Mit Geld können nicht nur fertig produzierte Güter, sondern auch Ressourcen getauscht werden. Es ist „*als allgemein anerkanntes Zahlungsmittel in einer arbeitsteiligen Wirtschaft unentbehrlich*“ (vgl. a.a.O.). Geld kann aus verschiedenen Quellen kommen: als Eigenkapital (z.B. aus Geldanlagen, Erbschaften, Spenden), als Fremdkapital (z.B. als Kredite, Anleihen) und als Subventionen des Staates (Finanzhilfen, Steuervergünstigungen, zweckgebundene Zahlungen) (BpB 2003: z1).

1-1-2 Lokale Verfügbarkeit von Ressourcen

Das Vorhandensein von Ressourcen in Großsiedlungen wie Steilshoop ist unterschiedlich ausgeprägt und kann im Vorfeld nicht vollständig für die aufgezählten Ausprägungen der Ressourcen beantwortet werden. Für bestimmte Ressourcen können in Großsiedlungen charakteristische Aussagen getroffen werden. Sie beziehen sich vornehmlich auf die lokale Knappheit von Ressourcen.

Wenig ökonomisches, aber viel soziales Kapital

Großsiedlungen als benachteiligte Stadtteile haben charakteristisch durch ihre sozioökonomisch exkludierte Lage weniger eigene Geldressourcen, auf die zurückgegriffen werden kann (vgl. Kapitel I 3-3). Dennoch kann die Not eine Tugend bewirken, mit weniger Geld und alternativen Ressourcen etwas im Stadtteil zu bewegen (z.B. durch informelle Ökonomien). Auch wird das Potenzial Sozialkapital zu bilden in solchen Stadtteilen als gering angesehen. Sozialkapital aus ressourcentechnischer Sicht enthält mindestens die Ausprägungen der Ressourcen Menschen, Organisation, Kommunikation, Akzeptanz und darüber hinaus harte Ressourcen wie Einfluss. Der erste und zweite Zugang haben deutlich gemacht, dass in Steilshoop ein gewisser Stamm an sozialen Netzwerken zu finden ist, wie er eigentlich für Großsiedlungen untypisch ist.

Wenig Raum

Die bau- und planungsrechtliche Ausweisung als *reine Wohngebiete* führt dazu, dass Großsiedlungen über relativ wenig (um-)nutzbaren Raum verfügen können. Die strenge Zonierung verhindert zufällige Nutzungen und kann im Konflikt mit anderen Nutzungen stehen. Flächen und Räume zur Aneignung sind jedoch Voraussetzung für die Mobilisierung von Bewohnern (vgl. Walter 2004). Mit der Freiwerdung des Bildungszentrums bietet sich potenziell nutzbarer Raum für stadtteilbezogene Nutzungen.

1-1-3 Akteurssichtweisen

Die folgende Tabelle 14 stellt das direkt und indirekt ermittelte Ressourcenverständnis, die lokale Verfügbarkeit der Ressourcen und Schnittstellen mit den angenommenen Ressourcendefinitionen dar. Aus dem Ressourcenverständnis ergeben sich die Mittel, die am ehesten genutzt werden, um Ziele für die Arbeit im Stadtteil zu erreichen.

Steilshoop ist ein Dorf

Viele der genannten Ressourcen (z.B. öffentliche Fördergelder, das Netz an Einrichtungen und Aktiven) kamen in der Form schon im ersten und zweiten Zugang vor. Beachtenswert ist hier das Verständnis Steilshoops als Dorf und Einheit. Aufgrund der monolithischen Selbstbezogenheit des Stadtteils mit wenigen Bezügen zum Umfeld in der Stadt ist das kein überraschendes Ergebnis. *„Es ist offenbar heimatbildend, so verrückt es klingt“* gesteht Frau T. vom Stadtteilkulturverein.

Die lokale Verfügbarkeit der Ressourcen zeigt die wenig vorhandenen harten Ressourcen (vor allem Finanzkraft, Zeit, Einfluss und Raumverfügbarkeit) und deren Komplementäre in den stärker verfügbaren weichen Ressourcen (vor allem Kommunikation, Organisation, Menschen und Know-How/ Kreativität). Interessanterweise ergibt sich ungeachtet dieses zu erwartenden Trends auch der Umkehrschluss, der schon im zweiten Zugang klar wurde. Es sind zum einen nicht nur harte Ressourcen, die unzureichend vor Ort sind. Weiche Ressourcen, die im Engagement und Selbstorganisation von Menschen im Stadtteil stecken (Organisation, Akzeptanz, die Menschen selbst), sind in der Breite unausgebildet. Sie treffen nicht auf Strukturen, die sie unterstützen. Zum anderen werden mangelnde harte Ressourcen teilweise kompensiert.

Darstellung im strahlenden Glanz heißt weniger Geld

Eine lokal entstandene Ressource ist als sehr ambivalent von ihrem Nutzen einzuschätzen. Mit dem Ende des Sanierungsverfahrens befinden sich die Einrichtungen in einer zwiespältigen Lage: *„Einerseits haben wir die Nase voll von Stigmatisierung, die zwar manchmal auch einiges bewegen kann, aber auch Leute zum Weg- oder nicht Herziehen bewegte,..., andererseits haben wir die Gesundheitsbeterei nicht aktiv korrigiert. Wir sind auch mal ganz gern normal, das entsprach den Wünschen der Bevölkerung“* berichtet Frau L. vom sozialen Betrieb. Es stellte sich den nichtstaatlichen Organisationen die Frage nach der Außendarstellung: *„Bedarf nach außen richten oder Darstellung im strahlenden Glanz? Glanz heißt weniger Geld.“* Das Stigma des Stadtteils als Problemquartier fungiert so als Mittel um öffentliches Geld zu erlangen, das der Stadtteil braucht, um die Einrichtungen in dieser Finanzierungsform zu erhalten. Die direkte Frage im Gruppeninterview an Herrn H., inwieweit das Stigma als Problemstadtteil als Ressource genutzt würde, bestätigt er, *„an dieser Schraube gedreht wird in jedem Stadtteil“*, in Steilshoop und Jenfeld sei das politisch kultiviert worden. *„Und natürlich bedingt sich das gegenseitig. Einerseits ist es erfolgreich, weil dann Geld hineinfließt, auf der anderen Seite ist es da für das Image aber auch nicht unbedingt. Und mit dem Geld das Image zu verbessern, das schafft man eben nicht. Intern vielleicht. Aber in der Außenwirkung ganz bestimmt nicht.“* Als überausgestattet sieht Frau F. den Stadtteil in der Jugendplanung und betont für die Vergabeprioritäten der Mittel *„das ist ein Politikum“*. Durch dieses Politikum wird mit der Stigmatisierung gehandelt.

Tab. 14: Ressourcenverfügbarkeit der Akteure des Dritten Sektors mit Schnittmengen zur angenommenen Ressourcenvielfalt.

Akteure	Ressourcen	Lokale Verfügbarkeit	Schnittmengen zu angenommener Ressourcenvielfalt
<p>Dritter Sektor - Sozialer Beschäftigungsträger, Stadtteilkulturverein</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kapazitäten finanzieller und mentaler Art auf verschiedenen Ebenen ▪ aktive Bevölkerung und Vereine, die staatliche und nichtstaatliche Organisationen, kommerzielle Interessen Vermieter, Einkaufszentrum ▪ Zeit ▪ Stigma als ambivalente Resource ▪ Menschen brauchen was zum Entscheiden ▪ Stadtteilverständnis als Dorf, Einheit ▪ strukturelle öffentliche Förderung ▪ Aufmerksamkeit (Öffentlichkeitsarbeit) ▪ private Geldgeber (Fundraising) ▪ Bewohnerschaft (Jugend) 	<p>Netz der aktiven Bevölkerung, Vereine, Organisationen mit kompetenten und kreativen Akteuren</p> <p>Stadtteilverständnis als Dorf, Einheit</p> <p>Aufmerksamkeit (Öffentlichkeitsarbeit)</p> <p>Stigma als ambivalente Resource</p> <p>vorhanden</p> <p>Selbstorganisationskräfte der breiten Bevölkerung zu wenig ausgebildet</p> <p>kommerzielle Interessen abgänglich (Vermieter, Einkaufszentrum (Managementwechsel))</p> <p>strukturelle Förderung der Finanzierung fehlt</p> <p>Aktive aus Drittem Sektor haben nur wenig Zeit</p> <p>Mitbestimmungsmöglichkeiten fehlen</p> <p>geringes Engagement der Jugend</p> <p>armer Stadtteil</p> <p>weniger vorhanden</p>	<p>ORGANISATION: Kooperation, Koordination, Vernetzung, Bündelung</p> <p>MENSCHEN: Erfahrung, Interesse, Gemeinschaft, Individuum, Identität</p> <p>KNOW-HOW/ KREATIVITÄT: Fachwissen, Fachkompetenz, Ideen</p> <p>RAUM: Nähe, Dichte</p> <p>KOMMUNIKATION: Vermittlung, Kontakte, Information, Transparenz, Hubs</p> <p>EINFLUSS: Aufmerksamkeit</p> <p>ORGANISATION: Selbstorganisation</p> <p>EINFLUSS: Entscheidungskompetenz</p> <p>ZEIT: Verfügbarkeit</p> <p>FINANZKRAFT: Fremdkapital, Subventionen, Lohn</p> <p>MENSCHEN: Interesse, Individuum</p> <p>AKZEPTANZ: Teilhabe, Zugang, Legitimation</p>

Akteure	Ressourcen	Lokale Verfügbarkeit		Schrittmengen zu angenommener Ressourcenvielfalt
Dritter Sektor - Stadtteilinitiative	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fördergelder, Töpfe aus dem Bezirk ▪ Personal ▪ Räumlichkeiten ▪ Ausstattung (Equipment) ▪ Unterhaltung ▪ Know-How ▪ Engagement ▪ Kooperation (Miteinander) ▪ Fundraising und informelle Ökonomen ▪ Vernetzung (Presse, Politik, Einrichtungen) ▪ Kommunikation (Transparenz, Vermittlung) ▪ Aufmerksamkeit (Gehör verschaffen über Öffentlichkeitsarbeit) ▪ Akzeptanz (die Leute müssen Ja sagen) ▪ Netz an Einrichtungen 	weniger vorhanden	<p>vorhanden</p> <p>Kooperation</p> <p>Equipment</p> <p>Vernetzung</p> <p>Fundraising</p> <p>Know-How</p> <p>Kommunikation</p> <p>Netz an Einrichtungen</p>	<p>MATERIAL: Equipment</p> <p>FINANZKRAFT: Eigenkapital, Subventionen</p> <p>KNOW-HOW/ KREATIVITÄT: Fachwissen, Fachkompetenz, Ideen</p> <p>ORGANISATION: Kooperation, Koordination, Vernetzung, Bündelung</p> <p>KOMMUNIKATION: Vermittlung, Kontakte, Information, Transparenz</p> <p>EINFLUSS: Aufmerksamkeit</p> <p>MENSCHEN: Erfahrung, Interesse, Gemeinschaft, Individuum, Identität</p> <p>AKZEPTANZ: Legitimation, Teilhabe, Zugang</p> <p>RAUM: Verfügbarkeit, Nutzung</p> <p>EINFLUSS: Entscheidungskompetenz</p> <p>FINANZKRAFT: Subventionen</p> <p>ARBEITSKRAFT: Ehrenamt, Personal</p>
		<p>armer Stadtteil</p> <p>zu wenig engagierte Menschen (Politikverdrossenheit, Mitbestimmung)</p> <p>keine freien Räume</p> <p>kaum Fördergelder, Töpfe aus dem Bezirk</p>		

1-2 Austauschbarkeit der Ressource *öffentliches Geld*

1-2-1 Schneeballprinzip der Abhängigkeiten

Öffentliches Geld durch Alternativen ausgleichen, kann wie gesagt durch vollständige oder begrenzte Substitution mit anderen Ressourcen stattfinden. Wie hoch der Grad des Austausches ist, sagt etwas über die Flexibilität zum Sichern der eigenen ökonomischen Leistungsfähigkeit aus. Die Austauschbarkeit ist allerdings an bestimmte Bedingungen geknüpft, die durch Wechselwirkungen mit anderen Ressourcen entstehen.

Die nachstehende Abbildung 89 verdeutlicht die Fülle von möglichen Abhängigkeiten der verschiedenen Ressourcen voneinander. Dabei entstehen die Abhängigkeiten teilweise im Schneeballprinzip (Wenn ich das brauche, dann brauche ich auch jenes, wenn ich jenes brauche, dann komme ich nicht um dortiges herum usw.). Für diese Analyse werden beispielhaft Bedingungen für den Austausch von öffentlichem Geld genannt (Abb. 90). Sie sind ebenso wie die Auswahl der Ressourcen interpretiert und seine Abhängigkeiten können entsprechend Schneeballprinzip und je nach Perspektive variieren.

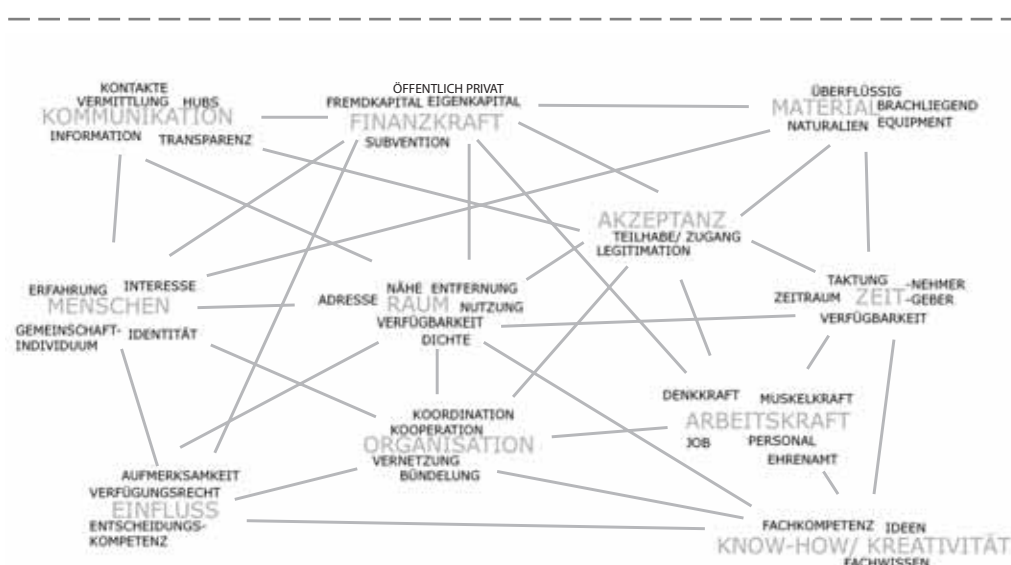


Abb. 89: Ressourcenvielfalt mit Abhängigkeiten zwischen den Ressourcen

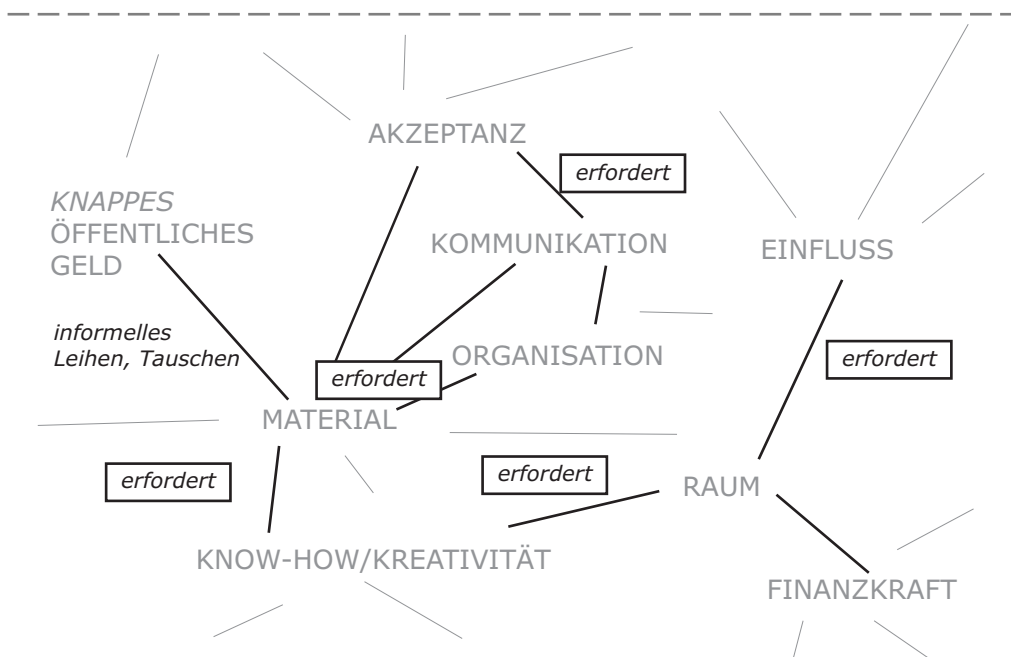


Abb. 90: Austauschbarkeit von öffentlichem Geld durch Materialien in informellen Ökonomien führt vielfältige Abhängigkeiten im Schneeballprinzip mit sich.

Für Geld im Allgemeinen, nicht nur speziell öffentliches Geld, können z.B. durch Ersatz mit informellen Ökonomien folgende Bedingungen gelten:

- Je weniger Geld vorhanden ist, desto eher wird Material über informelle Erwerbsprozesse (z.B. Leihe, Tausch etc.) aktiviert, um ein Projekt oder eine Tätigkeit zu vollziehen.
- Je mehr informell Material aktiviert werden muss, desto höher ist der Bedarf nach Organisation (Kooperation, Koordination), nach Kommunikation (Information, Vermittlung, Hubs (d.h. wer weiß, wer was übrig hat oder verleihen kann), nach Akzeptanz (Zugang, Teilhabe, Legitimation (Will ich mein Gerät an den verleihen?)), nach Know-How und Kreativität (mit wenig Material und Geld etwas auf die Beine stellen).
- Know-How und Kreativität brauchen Räume, um sich weiterzuentwickeln.
- Je weniger Geld vorhanden ist, desto weniger Zugang zu Räumen (z.B. durch Miete, Kauf, Pacht) kann ermöglicht werden.
- Verfügungsrecht über Raum entscheidet über die Möglichkeit der Raumverfügbarkeit und -nutzung.
- Je besser die Kommunikation ist, desto besser kann vorhandenes Material aktiviert werden.
- ...
- mögliche Schlussfolgerung: Geld wird informellen Erwerbsprozessen vorgezogen, aufgrund des Aufwandes es zu ersetzen.

Die Abhängigkeiten ließen sich noch weiter detaillieren. Die mögliche Schlussfolgerung, die auf den universellen Wert des Geldes als Tauschmittel abzielt, kann durch entsprechende planerische Rahmenbedingungen zur Förderung informeller Ökonomien, entkräftet werden. Ein ähnliches Schneeballprinzip ließe sich auf die Erschließung von alternativen Geldquellen durch Fundraising und Corporate Citizenship aufziehen. Hier wäre z.B. Kommunikation, Einfluss und Akzeptanz als Ressourcen und ein funktionierendes soziales Netzwerk sehr wichtig.

1-2-2 Akteurssichtweisen

Die Austauschbarkeit von öffentlichem Geld durch flexible alternative Ressourcennutzung bestimmt die Selbsterneuerungsfähigkeit des Dritten Sektors und wird ausgehend von der Ressourcennutzung der Stadtteilinitiative betrachtet, die als Gruppierung derzeit über gar keine Einnahmen verfügen.

Verdammt schwere Not als Tugend

Es wird deutlich, dass die Anzahl und Vielfalt der genannten bzw. aus den erzählten Tätigkeiten ableitbaren Ressourcen bei der Stadtteilinitiative weitaus höher ist, als bei den beiden öffentlich geförderten Einrichtungen. Obschon alle drei öffentliches Geld als sehr wichtig erachten, öffnet sich bei der Stadtteilinitiative der alternative Ressourcenbaukasten gerade wegen fehlender eigener Einnahmen. Der genannten Vielfalt gegenüber steht die Antwort von Herrn G. im Gruppeninterview zur Frage der Austauschbarkeit von Geld: „*Verdammt schwer*“. Fehlendes Geld ersetzen sie durch Kooperation (Miteinander), informelle Ökonomien (z.B. Zeitbörsen im Internet, Leih und Tausch von Equipment für Projekte) und Fundraising-Aktivitäten. Besonders interessant ist, wie sie (und auch die anderen Akteure des Dritten Sektors, *KoKo*) versuchen, den fehlenden Einfluss aufgrund mangelnder Entscheidungsspielräume wett zu machen. Sie nutzen gezielt Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung, um den Stadtteil nach vorne zu bringen. Jedoch nicht durch den Charakter des Stadtteils als kippendes Quartier, sie haben andere Voraussetzungen und sind darauf nicht angewiesen: „*Was Gutes im Stadtteil passiert, muss ganz transparent und vorwärts gewandt nach außen getragen werden, nach dem Sprichwort ‚Tue Gutes und spreche darüber‘ (Herr F.)*. Auf diese Weise gab es Ende letzten Jahres einen Fernsehbericht über den Stadtteil, Universitäten und Gruppen fragen an.

Der schweren Mobilisierbarkeit ihrer Stadtteilmitbewohner begegnen sie mit Unterhaltungsangeboten (traditionelles Grillen am 1. Mai am Bramfelder See, Wahl zum schönsten Urlaubsfoto und zum schönsten Balkon), Ständen auf dem Markt und Information übers Internet (siehe Kapitel III 3-2-2).

Im absoluten Mangel ist kein Platz mehr für Kreativität

Die Vielfalt der Tätigkeiten der Stadtteilinitiative trifft auf die Konzentration der Aussagen der beiden Frauen über die Missstände. Dies und die mangelnde Zeit der Akteurinnen bestätigt die Kapazitätsauslastung der geförderten Einrichtungen, die im Vorfeld bereits auf bürokratische Überlastungen zurückgeführt wurden.

Im Gruppeninterview wurde die Frage nach der Austauschbarkeit von öffentlichem Geld direkt gestellt. In der Diskussion darüber kam durch Herrn H. u.a. ein Ansatz der Hamburger Jugendhilfe auf, durch Kooperation und Kreativität mehr mit weniger Ressourcen zu machen. Frau T. interessierte sich für den Ansatz, räumte allerdings ein, dass sie ihnen im Verein dazu die Luft fehlte: *„Und wir merken’s auch wir haben immer auch auf unseren Vorstandssitzungen so einige Themen, die wir immer vor uns herschieben. Das sind nämlich die kreativen Themen, nämlich zu überlegen, ne neue Zielgruppendifkussion zu machen. Gut vertagen wir, wenn wir mal Zeit haben. Oder neue Geldquellen erschließen, müssen wir auch vertagen. ... Wir schaffen’s einfach nicht ... Also im absoluten Mangel ist kein Platz mehr für Kreativität.“*

Ihre Selbsterneuerungsfähigkeit bindet die meiste Kraft, die für inhaltliches Arbeiten fehlt, das bestätigte sie im Gruppeninterview direkt: *„Ja. Und das Verrückte, der erste Tätigkeitsbereich ist dann im Grunde die Selbstbeschäftigung... den Apparat am laufen zu halten und dann kommt erst als nächstes die Angebote nach außen. Und dass ist natürlich vollkommen idiotisch und eigentlich falsch rum.“* Als Ursache und gleichzeitige Lösung sieht sie mehr die Be- und Entlastung von Verwaltungsaufgaben als fehlendes Geld: *„Aber wenn die Verwaltung sich an manchen Stellen Gedanken machen würde, wie sie solchen kleinen Leutchen wie uns, das Leben erleichtern, statt erschweren kann. Und da weiß ich auch nicht, was man tun kann, um was zu bewegen. Und darum kommt man wieder zu dem Punkt. Eigentlich geht’s nur über Geld.“*

Fundraising-Aktivitäten des Stadtteilkulturvereins begrenzen sich wegen der bürokratischen Belastung auf kurzfristige Projekte wie der Ausrichtung des *Internationalen Stadtteulfestes* (siehe zweiter Zugang). Die Belastung durch die Verwaltung macht eine weitere Ausreizung der Substitution von öffentlichem Geld durch neue Geldquellen beinahe unmöglich. Auch die Vernetzung mit anderen Akteuren und Einrichtungen im Stadtteil zeigt hier und aufgrund der personellen Knappheit (fehlender Nachwuchs, neue Aktive, Stellenabbau) ihre Grenzen des Ausgleichs. *„Auch die Profis aus dem Jugendarbeitsbereich sitzen da mit immer mehr zusammengestrichenen Stellen. Die haben früher viel bei Stadtteilaktivitäten mitgearbeitet, die haben alle weniger Atem, es kümmert sich keiner mehr drum“* (Frau T.). Die Substitution öffentlichen Geldes fokussiert sich auf den Protest der freien Träger und auf mediale Aufmerksamkeit – für neues öffentliches Geld.

Nullsummenspiel der öffentlichen Hand

Die Struktur der Vergabe von öffentlichen Fördergeldern fördert Konkurrenzen. Die Herren der Stadtteilinitiative beschreiben an einem Beispiel, wo selbst sie diese Auswirkungen zu spüren bekommen: *„Wir hatten die Projektidee ‚Essen für bedürftige Kinder‘, das wurde regelrecht tot geredet. Alles war bereit, die Hamburger Tafel wollte Essen sponsern, Ehrenamtliche aus dem Altersheim hätten betreut, nur ein Raum fehlte zum Kochen. Aber die Einrichtungen befürchteten Konkurrenz, wir nehmen jemand was weg“*, auf die Nachfrage, was wäre gewesen, hätten sie einen Raum gehabt, kam die Antwort: *„Wir hätten es einfach gemacht.“* Auch Frau F. von der planenden Verwaltung bekundet, dass der Überlebenskampf der Einrichtungen Konkurrenzen hervorbringt, die Kräfte für den Stadtteil binden. Vor diesem Hintergrund bekommt Stigma als Resource eine andere Konnotation. Der Raummangel blockiert darüber hinaus Ideen.

Ehrensache statt Geld

Geld ist die wichtigste Nebensache der Welt nach Herrn M. von der Wohnungsgenossenschaft, welches zumindest teilweise ersetzbar ist. Das Ehrenamt könnte es teilersetzen und würde zudem die Bewohner aktivieren und integrieren, ergänzt Herr M. Allerdings sieht er das eigentliche Problem in der Anerkennung des Ehrenamtes: „...jeder, der sich ehrenamtlich engagiert, der will natürlich auch die Früchte seiner ehrenamtlichen Arbeit sehen. Und das ist .. das eigentliche Problem ...“ Das sieht auch Herr H. von der planenden Verwaltung so. Junge Menschen mit migrantischem Hintergrund sieht er sehr engagiert, „die muss man mitnehmen, mit ihnen kriegt man vielleicht auch die anderen“.

Es fehlt ein gemeinsamer Filter durch den alle Gelder fließen

In einem angeregten Gespräch über Ressourceneffizienz als Antwort auf knapper werdendes öffentliches Geld sowohl im Einzel- als auch im Gruppeninterview zeigten sich ähnliche Ansätze von mehreren Seiten: „Es fließen sehr viele Ressourcen, öffentliche Gelder, in solche Stadtteile wie Steilshoop, diese werden nicht effektiv eingesetzt, da sie nicht durch einen gemeinsamen Filter oder Gruppe bzw. Dienststelle in den Stadtteil fließen ... Der Ansatz wäre ein Haus im Stadtteil, in das alle Einrichtungen/ Akteure ziehen, die öffentliche Gelder beziehen und die Leitung des Hauses bezieht die Gelder und entscheidet, über die Verwendung der Gelder oder eine übergeordnete Instanz im Stadtteil, über welche die Gelder fließen und die entscheidet und koordiniert, was der Stadtteil wo braucht... Da fehlt ein ‚Stadtteibürgermeister‘, welcher solche Träger [bezogen auf soziale Einrichtungen, Anm. d. V.] unterstützt und sagt, das wird hier gebraucht“ (Herr F., planende Verwaltung).

Ganz ähnliche Ansätze schlugen Frau L. vom sozialen Beschäftigungsträger sowie die zwei befragten Grundeigentümer vor. Herr W. betonte die Dringlichkeit eines „richtigen Quartiersmanagements“, „um eine Klammer um alle Interessen ... ziehen zu können“, während Herrn M. das dezentrale Entscheiden über die Verwendung von Geldern z.B. in Ortsdienststellen betont. Besonders Frau L. hat ähnlich genaue Vorstellungen wie Herr H. von der planenden Verwaltung: „Du brauchst eine durchsetzungsfähige, charismatische Person, die gegenüber Staat und Behörden konfliktfähig und kompetent ist, die ... nicht im Interesse der Behörde handelt, den Stadtteil zu beruhigen, diejenigen können gleich wieder gehen, sondern jemand, der sich zum Anwalt der gebündelten Ressourcen vor Ort macht.“ Die Bindung an das Bezirksamt und Unabhängigkeit von der Verwaltung aus der Sicht von Frau L. bilden den großen Unterschied zwischen beiden Ansätzen. Frau L. begründet die notwendige Unabhängigkeit letztlich mit einem Sprichwort „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“.

Planungssicherheit, Kunst und Kultur

Aufgrund der geringeren Betroffenheit laufen die Aussagen der Grundeigentümer nur wenig in die Richtung Selbsterneuerungsfähigkeit. Dennoch gibt Herr W. eine Bedingung zu erkennen, die programmatische Ressourcen bezüglich nachhaltigen Ressourceneinsatz betreffen: „Es muss klar sein, welche Mittel gibt es für die nächsten Jahre und wie diese in den Bereichen sinnvoll eingesetzt werden können“. Planungssicherheit ist ein Aspekt, der für den Ressourceneinsatz und deren Akquirierung für die Selbsterneuerung nicht unerheblich ist. Herr M. ergänzt im Gruppeninterview, „Und wenn dann noch, sag ich mal, die ganz großen Diskussionen mit hineinkommen, wie die Frage, wie viel Schulden wollen wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen, das heißt also Entschuldung, des Hamburger Haushaltes und und und, dann werden die Rahmenbedingungen immer schwieriger.“ Herr M. hält es u.a. deswegen für sinnvoll Ressourcen auf Schwerpunktthemen und zielgruppenorientiert einzusetzen, eine zu entwickelnde Ressource dafür wäre Kunst und Kultur: „In sehr vielen Bereichen passiert unheimlich viel, wenn Kunst und Kultur voranmarschieren und so“.

1-3 Zwischenfazit – Austauschbarkeit von Geld stößt auf Grenzen

Das Ressourcenverständnis ergibt sich aus der Notwendigkeit, welche für das Erreichen eigener bzw. stadtteilbezogener Ziele gebraucht werden. Geld ist aufgrund der Tauschmittelfunktion und des vorliegenden endogenen Mangels an Geld und öffentlicher Subvention/Alimentierung von außen für den förderungsabhängigen Dritten Sektor die kritischste Ressource im Stadtteil, deren Mangel am ehesten Veränderungen bewirkt. Der Mangel an Geld eröffnet aber auch Vielfalt der Möglichkeiten und Kreativität Ziele anders zu erreichen, wie Selle es bereits nannte. Allerdings nicht, wenn bürokratische Zeitlasten die Suche nach der Vielfalt erschweren. Dies und die Abhängigkeit und Ausrichtung der Quellensuche auf den öffentlichen Sektor mit dem Stigma des Problemstadtteils als Ressource führt zu einem Teufelskreislauf, der die Abhängigkeit verstärkt und Eigenkräfte bindet. Die Stigmatisierung zum eigenen Vorteil zu nutzen, baut parallel Selbstbewusstsein ab.

Gemeinsames Bewusstsein besteht über die schwache Ressourceneffizienz der öffentlichen Hand. Hier scheint vorderdringlicher Handlungsbedarf zu stehen, wie die bereits gegebenen Lösungsansätze (Anwalt der Ressourcen) es nahe bringen.

Das vorhandene Sozialkapital, Ehrenamt, alternative Wirtschaftsformen in Form von informellen Ökonomien, Know-How, Fundraising, Kommunikation, Unterhaltung und Öffentlichkeitsarbeit erweisen sich als wichtigste Substitutionsgüter, welche für projektorientierte gemeinsame Themen eingesetzt werden. Kooperationen können Geld jedoch nicht vollständig ersetzen, spätestens bei der eigenen Selbsterneuerungsfähigkeit muss der Rahmen stimmen und genügend Geld vorhanden sein. Die fehlende „harte“ Ressource Geld wird versucht im Stadtteil durch mehr Mitspracherecht zu lösen, das stößt aber immer wieder auf Grenzen. Anreize zum Engagement fehlen. Die Alternativen können sich nicht ausreichend entfalten und stoßen an Kapazitätsgrenzen von Zeit, Organisationsaufwand und fehlenden Räumen. Evers fragt dazu: *„Wenn aber öffentliche Einrichtungen mitsamt ihrem Ertrag für die Nutzer, das Renommé der Stadt und die Standortbedingungen der lokalen Wirtschaft bei solchen neuen Lösungen, aber auch mehr Belastungen für zivilgesellschaftliche Organisationen mit sich bringen, stellt sich die Frage: Was bekommen sie im Gegenzug dafür an Rechten und Möglichkeiten?“ Und antwortet selbst daraufhin, dass die „Politik Wege finden muss, das soziale Kapital an Kooperationsbereitschaft angemessen anzuerkennen und zu fördern, sodass es kultiviert und nicht lediglich instrumentalisiert wird“ (vgl. Evers 2004: 18).*



VII Schlussfolgerungen

1 Schlussfolgerungen

Die drei theoretischen und empirisch überprüften Zugänge haben ein vielfältiges und gemischtes Bild Steilshoop ergeben: über die sozioökonomische Nachhaltigkeit der Stadterneuerungsmaßnahmen, über die Selbsterneuerungsfähigkeit und das koordinierte kollektive Handeln des Sozialkapitals und seiner Anspruchsgruppen sowie über die Flexibilität der Ressourcennutzung in der Selbsterneuerung des Dritten Sektors. Für die Kernfragestellung, inwieweit in Großwohnsiedlungen zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung und -pflege ermöglicht werden kann, ergeben sich vorhandene Potenziale aber auch Hürden, die der Entwicklung einer tragfähigen Zivilgesellschaft derzeit im Wege stehen. Sie werden im nachfolgend kurz gebündelt zusammengetragen:

1-1 Potenziale für eine zivilgesellschaftlich getragene Planung

- die vorhandenen Einrichtungen, Initiativen und sozialen Netzwerke des Dritten Sektors, der Grundeigentümer und der Bewohnerschaft
- die positive Selbstwahrnehmung und Identität des Stadtteils als Dorf und Einheit
- der wachsende Zusammenhalt und die Erkenntnis des Miteinanders der zivilgesellschaftlichen Akteure für den Stadtteil
- die gemeinsame Problemverantwortung und Vision in den Themen und Zielen für Steilshoop
- die Möglichkeit zur selbstbestimmten Lebensführung durch Integration ins Berufsleben von benachteiligten Frauen und Jugendlichen
- das Bewusstsein der Akteure für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Stadtteilpflege
- Eigeninteressen sind immer Teil des stadtteilbezogenen Engagements
- bestehende Nutzung von alternativen Ressourcen und Wirtschaftsformen
- Ansätze des *HID* und des Verfügungsfond zur ökonomischen Nachhaltigkeit
- langfristiges Investitionsinteresse bestimmter Eigentümer als gute Unternehmensbürger
- frei werdendes Bildungszentrum für stadtteilbezogene Nutzungen

1-2 Hürden für eine zivilgesellschaftlich getragene Planung

- fehlende dauerhafte Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen
- nicht vorhandene unterstützende Infrastruktur zur Erschließung alternativer Finanzierungsquellen und selbstständigen unternehmerischen Handelns
- bürokratische Gängelung und zu kurze Förderzeiten des Dritten Sektors
- die sozialräumlich negative Wahrnehmung Steilshoops in der Gesamtstadt
- die ambivalente Nutzung von Stigmatisierung als Ressource
- vorhandene Politikverdrossenheit der Bewohnerschaft und fehlender Nachwuchs der Akteure im Dritten Sektor
- kurzfristige Verwertungsinteressen bestimmter Eigentümer
- fehlende Verknüpfungen und dauerhafte Partnerschaften zwischen den Sphären Staat, Markt, Dritter Sektor und Haushalte
- Flexibilität der Ressourcennutzung im Dritten Sektor sehr eingeschränkt
- kaum freie Räumlichkeiten zur Entfaltung von Projektideen

1-3 Abzuleitende Handlungsbedürfnisse

Die nachstehende Tabelle 15 nennt die daraus resultierenden Handlungsbedürfnisse für eine zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung und -pflege.

Tab. 15: Handlungsbedürfnisse für Steilshoop aus den Ergebnissen der drei empirisch überprüften Theoriezugänge. Die erste und zweite Zeile unterhalb des Tabellenkopfes nennt noch einmal die These sowie das schlagwortartige Ergebnis der Untersuchung.

Programmfresser ohne Reue?	Wen kümmert in Steilshoop was?	Rufe nach den richtigen Ressourcen?
<p>Stadtteilentwicklung und -pflege durch zivilgesellschaftliche Akteure ermöglichen, bedeutet sozial und ökonomisch tragfähige Strukturen auf- und auszubauen.</p> <p><i>Nebeneinander von Fort- und Rückschritt aufheben</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufbau sozialer Nachhaltigkeit: <ul style="list-style-type: none"> ○ nachhaltige Kommunikationsstrukturen aufbauen, um stadtteilnahe Informationen zu Handlungsbedürfnissen zu erlangen und rückkoppelnd transparente Informationen zu weiteren Verläufen der Quartiersentwicklung liefern ○ dauerhafte Beteiligungsstrukturen aufbauen, damit vorhandenes Sozialkapital und Engagement nicht verkümmert und sich selbst erneuern kann ▪ Aufbau ökonomischer Nachhaltigkeit: <ul style="list-style-type: none"> ○ Dritten Sektor von Verwaltungshürden und Bürokratie entlasten und stärker fördern –statt verpflichten und kontrollieren ○ anstatt einseitiger ökonomischer Abhängigkeit vom Staat, müssen Strukturen zur Förderung selbstständigen unternehmerischen Handelns und alternative Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden ○ Staat muss durch Transparenz und Information für mehr Planungssicherheit und Handlungsspielräume sorgen 	<p>Zivilgesellschaftliche getragene Planung erfordert kollektives koordiniertes Handeln eines selbsterneuerungsfähigen Sozialkapitals.</p> <p><i>Sozialkapital verjüngen und verknüpfen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Engagement der Bewohnerschaft aktivieren und binden: <ul style="list-style-type: none"> ○ Angebote für Engagement müssen an den Leben und Bedürfnissen der zivilgesellschaftlichen Akteure anknüpfen ○ temporäre und langfristige Gelegenheitsstrukturen müssen geschaffen werden ○ niedrigschwellige und zielgruppenorientierte Angebote müssen geschaffen werden ▪ Vorhandene Kooperationen und Netzwerke besser verknüpfen und neue Partnerschaften anregen <ul style="list-style-type: none"> ○ gemeinsame Problem- bzw. Handlungsperspektiven der Akteure für den Stadtteil bewusst und transparent machen ○ Partnerschaften zwischen starken und schwachen Partner fördern und anregen im Stadtteil und in der Gesamtstadt/Region ▪ Vorhandenes Gremium eindeutig positionieren und ggf. neu schaffen <ul style="list-style-type: none"> ○ Doppelfunktion der KoKo als Gremium des Dritten Sektors und der Bürger sollte entzerrt werden ○ Ggf. sollte ein eigenes Bürgergremium installiert werden 	<p><i>Austauschbarkeit von öffentlichem Geld verbessern</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anwalt der Ressourcen einsetzen, um verborgene Ressourcen zu aktivieren und Redundanzen zu vermeiden <ul style="list-style-type: none"> ▪ alternative Ressourcen als zusätzliche Standbeine qualifizieren und fördern <ul style="list-style-type: none"> ○ informelle Ökonomien stärken und verknüpfen ○ Kommunikation zwischen Akteuren und Ressourceninhabern stärken ○ Know-How vermitteln und stärken ○ Fundraising-Aktivitäten durch Qualifizierung und Beratung fördern ▪ Stigma umkehren, um Menschen mehr Selbstbewusstsein zu geben ▪ mehr Handlungsspielräume durch mehr Entscheidungskompetenzen bieten ▪ Räume für ehrenamtliches und kreatives Potenzial freigeben oder schaffen ▪ Unterhaltung/ Kunst und Kultur als Ressourcen nutzen ▪ Anerkennungsformen für Engagement entwickeln ▪ Schwerpunktthemen für Kooperation und Vernetzung zur Ressourcenbündelung und -effizienz ermitteln



VIII Konzeption

Strategische Handlungsalternativen

**Ein integriertes Stadtteilmanagement mit
mehr als einem Bein**

**Erste Implementation des
Stadtteilmanagements: Stigma umkehren**

1 Konzeptionelle Vorüberlegungen

Dieser Teil widmet sich nun den konzeptionellen Überlegungen für eine zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung und -pflege für die Großwohnsiedlung Steilshoop. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen in den Potenzialen und Hürden machen deutlich, dass der Ansatz der Fragestellung durchaus konzeptionell für Steilshoop entwickelt werden kann. Es bestehen keine unüberwindbaren Hürden, die ein derartiges Unterfangen unmöglich machen oder für nicht angebracht disqualifizieren. Im Gegenteil die vorhandenen Potenziale Steilshoops bilden eine gute Basis, um für eine Großwohnsiedlung zivilgesellschaftliche getragene Planung zu entwickeln.

Die bestehenden sozialen und ökonomischen Handlungsfäden werden als strategische Handlungsalternativen diskutiert und inhaltlich zusammengebracht. Mit einem integrierten Stadtteilmanagement soll den zivilgesellschaftlichen Kräften vor Ort ein Rahmen gegeben werden, der sie ökonomisch und sozial nachhaltig unterstützt. Dieser Rahmen wird mit seinen verschiedenen Standbeinen als übergeordnetes Konzept präsentiert. Als erste inhaltliche Implementation dient ein wichtiges Thema für alle Steilshooper und seine Sympathisanten: die Außenwahrnehmung und Stigmatisierung als Problemstadtteil, die als zweifelhafte Ressource Steilshoop paralyisiert. Das Stigma bindet Selbstvertrauen, welches das bürgerschaftliche Engagement erkannt hat, aufrüttelt und versucht loszuwerden. Es gilt das Stigma nachhaltig umzupolen, mit ihm zu spielen und es zur Stärke zu machen. Gelingt dies, war Steilshoop in Zukunft ein Problemstadtteil.

1-1 Strategische Handlungsalternativen

Die aufgezeigten Schlussfolgerungen aus dem ersten Zugang in Steilshoop machen deutlich, dass in planerischer Praxis Fort- und Rückschritt zugleich stattfinden. Sie offenbaren sich in einem Nebeneinander von nachhaltigen und nichtnachhaltigen Praktiken von Beteiligung und Kooperation zivilgesellschaftlicher Kräfte. Was bedeuten diese Vorgehensweisen für die Zukunft des Stadtteils? Spinnt man die Fäden der Praxis mit Annahmen zur Zukunft weiter, so ergeben sich daraus drei verschiedene strategische Möglichkeiten, die zu diskutieren sind. Zum einen ökonomische und zum anderen soziale Handlungsfäden. Der strategische Ansatz dieser Arbeit jedoch will beide Ansätze in einem integrierenden Stadtteilmanagement zusammenführen.

1-1-1 Ökonomische Handlungsfäden

Zum einen bietet die Einrichtung des *HID* die Möglichkeit stadtteilbezogene Aufwertungs- und Pflegemaßnahmen von öffentlich genutztem privatem Freiraum ökonomisch auf mehrere private und öffentliche Schultern zu verteilen. Das ist ein positives Zeichen ökonomischer Nachhaltigkeit für den Stadtteil. Auch die eine oder andere Beteiligung an Nachbarschaftsprojekten für die Bewohner Steilshoops ergibt sich. Die sozialen Einrichtungen werden weiterhin den Staat als ersten Ansprechpartner zur Förderung ihres Betriebes nutzen. Das Interessenbekundungsverfahren z.B. verlangt allerdings volle Aufmerksamkeit und bindet derart kreative und personelle Kräfte, die letztlich für die Aktivierung neuer Finanzierungsquellen und engagierter frischer Mitstreiter fehlen. Alternative lokale Ressourcen und ihre Nutzung im Stadtteil werden nur wenig gefördert. Staatliche Förderungsprogramme müssen früher oder später neue Wege finden die Eigenkräfte des Stadtteils freizulegen, da die Etablierten erschöpft in den Altersruhestand treten. Kann sich Steilshoop auf diese Weise von seinem Programmfresserstatus befreien?

1-1-2 Soziale Handlungsfäden

Zum anderen kann die soziale Nachhaltigkeit im Stadtteil durch dauerhafte Aktivierungs- und Beteiligungsstrukturen verbessert und gefördert werden. Zusammen mit den bestehenden sozialen Einrichtungen und investiven Projekten der *Aktiven Stadtteilentwicklung* können Jugendliche, Bewohner und neue Aktive für den Stadtteil mobilisiert werden. Das *HID* trägt mit nachbarschaftlich organisierten Projekten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Großsiedlung bei. Ökonomisch bilden hauptsächlich staatliche Förderungen weiterhin die Grundlage für bestehende und neu geschaffene Orte zivilgesellschaftlichen Engagements und Beteiligung. Doch was passiert, wenn sich die Stadtpolitik z.B. zugunsten anderer Stadtteile neu ausrichtet? Wie halten sich dann die geschaffenen Einrichtungen? Das *HID* sieht sich hier alleine nicht zuständig.

1-2 Soziale und ökonomische Handlungsfäden zusammen?

Ist es nicht möglich, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit konsequent zusammen zu denken? Kreative und innovative Lösungsansätze für ein Stadtteilmanagement gibt es bereits einige. Nur werden diese, das zeigt das Beispiel Steilshoop, im Nebeneinander zu vielen anderen guten Ansätzen in Hamburg, meist nur unkoordiniert alleine, und nur punktuell aufeinander bezogen (vgl. Alisch 2001: 15). Ansätze für zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Steilshoop sind aber gemacht: Die positiven Entwicklungsfäden des Sozialkapitals im Stadtteil mit dem *HID*, der *KoKo* und den lokalen Ressourcen sowie räumliche Chancen aus der unglücklichen Schließung der Gesamtschule Steilshoop. Diese Fäden können aufgenommen werden und gemeinsam in einem kooperativen Prozess zu einem sozial und ökonomisch tragfähigen Stadtteilmanagement verbunden werden (siehe Abb. 91).

In einem integrierten Stadtteilmanagement kann soziale Tragfähigkeit mit ökonomischen Aspekten verbunden werden. Durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Teilhabe und Ideen auf Basis stabiler wirtschaftlicher Tragfähigkeit, kooperativer Aktivitäten und Projekte. Wie kann so ein Ansatz des Stadtteilmanagements für eine Großwohnsiedlung wie Steilshoop aussehen? In der es nur wenig eigenökonomische Strukturen gibt und deren Bevölkerung nicht die besten Voraussetzungen für Selbstorganisation ihrer Lebenswelt hat?

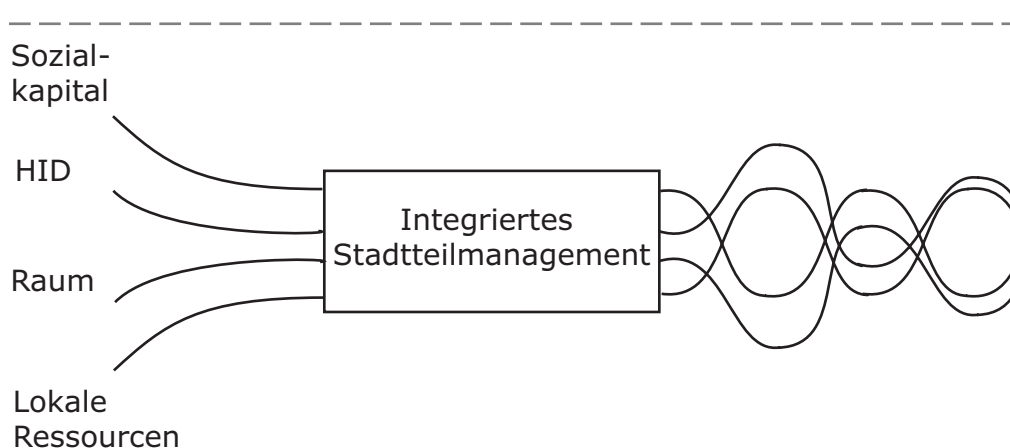


Abb. 91: Die vorhandenen Ansätze und Ressourcen sind aufzugreifen und in einem integrierten Stadtteilmanagement zu bündeln.

2 Ein integriertes Stadtteilmanagement mit mehr als einem Bein

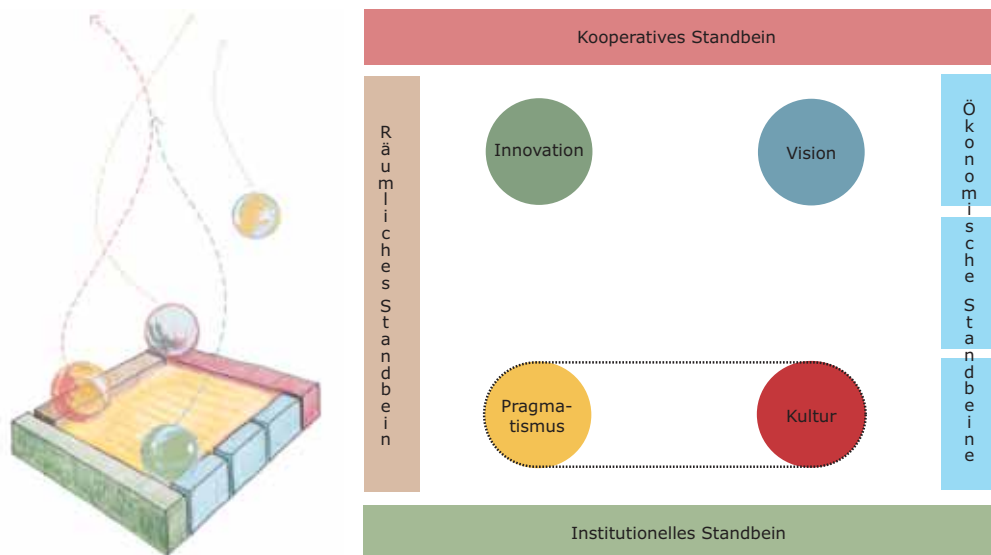
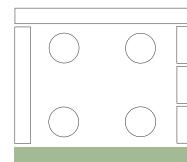


Abb. 92 links: In einem integrierten Stadtteilmanagement entfalten sich die zivilgesellschaftlichen Kräfte in einem starken Rahmen der Unterstützung.

Abb. 93 rechts: Pragmatismus und Kultur sind als inhaltliche Ausrichtungen eng miteinander verwoben. Um die inhaltlichen Ausrichtungen streckt sich ein Rahmen mit vier Standbeinen. Das ökonomische Standbein teilt sich in drei Bestandteile auf und das kooperative Standbein ist eng mit dem institutionellen Arrangement verknüpft

Ein solches Stadtteilmanagement baut auf mehreren Standbeinen auf (siehe Abb. 93). Zunächst durch ein institutionelles Standbein, welches die kleinräumigen Strukturen zum Aufbau und zur Begleitung zivilgesellschaftlicher Eigendynamiken unterstützt. Dann durch ein dreiteiliges ökonomisches Standbein, das öffentliche, private und gemeinwesenorientierte Finanzierungs- und Wirtschaftsstrategien für stadtteilbezogene Projekte und Innovationen vereint. Und ein kooperatives Standbein, welches die Akteure aus dem Stadtteil und Partner für den Stadtteil aktiviert, verknüpft und lenkt. Das Stadtteilmanagement gibt keine inhaltlichen Ziele vor, will jedoch die aktivierten und kooperierenden zivilgesellschaftlichen Kräfte für pragmatische Stadtteilproblemlösungen gewinnen. Das erfordert Verantwortungsbewusstsein, welches alleine zurückschrecken lassen kann. Mit Ergänzungen durch eine nicht pragmatische, gezielt kreative Sinne ansprechende Ausrichtung werden Projekte und Ideen angestoßen, die die klassische Quartiersentwicklung entstauben und sich vielfältiger kultureller Praktiken und Zugängen bedienen. Stimulation und Reibung mit der Gesamtstadt entstehen durch Brücken mit stadtteilübergreifendem Zusammenarbeiten. Ideen brauchen Räume zur Entfaltung. Ein gemeinsamer Handlungsort verbindet das Stadtteilmanagement, kooperative Verhandlungsprozesse und öffentliche kreative Entwicklungen im räumlichen Standbein für eine gemeinsame Vision der Großsiedlung der Zukunft.

Die einzelnen Standbeine werden nun genauer vorgestellt. Zuerst das institutionelle, dann das kooperative, dann das dreiteilig ökonomische und schließlich das räumliche Standbein. Hinzu kommt die inhaltliche Ausrichtung des Stadtteilmanagements mit einer gemeinsamen Vision, Pragmatismus und Kultur sowie Produktentwicklung und Innovation.



2-1 Institutionelles Standbein

Dauerhaft Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements aufzubauen bedeutet, eine institutionelle Anlauf- und Vertretungsstelle für Kommunikation, Beratung und Begleitung sowie Koordination zu errichten. Das enthält auch die Frage, wer eine solche Institution formen kann. Dabei ist mehr als nur ein zahnloser Tiger des Quartiersmanagements notwendig.

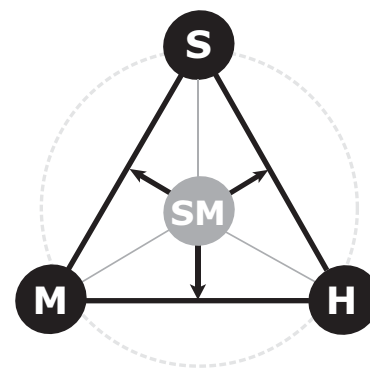
2-1-1 Stadtteilmanagement mit Zähnen

Durch rechtsverbindliche Arbeitsteilung mit der öffentlichen Hand sind ihre Aufgaben klar definiert und sie arbeitet unabhängig im und für den Stadtteil. Dieses Vorgehen erfordert einen eindeutigen „Kompetenz- und Machtverzicht der öffentlichen Verwaltung“ wie Alisch es formuliert und weiter ausführt: „Stadtteilmanagement ist keine Verwaltungsaufgabe. ... Es benötigt die Kooperation mit anderen Akteuren, z.B. aus dem privaten Sektor, die sich auf zu enge Verbindlichkeiten mit dem öffentlichen Sektor als Verhandlungspartner nur widerwillig einlassen“ (vgl. Alisch 2001: 299). Soll die institutionelle Vertretung der Zivilgesellschaft in Steilshoop handlungsfähig sein, braucht sie demnach Entscheidungskompetenz und ausreichende Zeit- und Finanzressourcen im Sinne einer raumorientierten Verwaltung, wie Haus sie fordert (vgl. Kapitel I 3-3-2). Mit dezentralen Ansätzen kooperieren in der raumorientierten Verwaltung Staat und lokale Akteure miteinander. Das Stadtteilmanagement arbeitet zusammen mit ihnen einen Haushaltsplan aus, der dann vom Bezirksamt beschlossen werden kann.

2-1-2 Kommunikation

Für die Kommunikation mit allen Beteiligten, zu Beteiligten und Partnern ist Transparenz oberstes Gebot. Transparenz fördert Vertrauen, Planungssicherheit für die Akteure und macht Handlungsspielräume auf. Das Beispiel der fehlenden Transparenz beim Verfahren des *HID* hat mehr Hindernisse aufgeworfen, als das sie half das Projekt voranzubringen. Die Kommunikation muss nun mühsam mit höherem Legitimationsaufwand nachgeholt werden. Sowohl für kurzfristige Projekte als auch für langfristige Strategien sind bindende Gütekriterien wie Alisch sie vorschlägt sinnvoll: „Zielerreichungs- und Qualitätskriterien für einzelne Projekte und Vorhaben können vereinbart und schriftlich niedergelegt werden. Diese ‚Checklisten‘ können den Akteuren vor Ort als Richtschnur bei der Projektentwicklung dienen, der lokalen Politik als Abstimmungsgrundlage und der Verwaltung als Messlatte und Kontrollinstrument [zur] Evaluation und Politikreformulierung.“ (a.a.O.).

Abb. 94: Das Stadtteilmanagement (SM) fördert Kommunikationsstrukturen zwischen den Sphären.



Es gilt eine Kommunikationskultur aufzubauen und zu pflegen, die

- Informationen zu Problemen, Handlungsbedürfnissen, Veränderungswünschen aus dem Stadtteil sammelt und kanalisiert für die Verwaltung,
- Informationen für den Stadtteil von der Verwaltung einholt und weiterleitet sowie
- Kontakte zwischen möglichen Kooperationspartnern herstellt und pflegt.

2-1-3 Beratung und Begleitung

Der Ungleichheit der Akteure in ökonomischer Hinsicht, aber auch in Bezug auf Bildung und Sprachschranken, ist durch Beratung und Begleitung zu begegnen. Die Bewohnerschaft des Stadtteils ist nach Aussagen der Akteure „nicht reich“ und zudem durch den relativ hohen Anteil an Arbeitnehmern und geringem Anteil an Selbstständigen nur wenig qualifiziert für eigenständige ökonomische Prozesse und Entwicklungen. Durch Qualifizierung in ökonomischen und sachlichen Fragen (Know-How) können diese Lü-

cken zu den starken Akteuren und Partnern geschlossen werden. Das Impulsprogramm *Initiative ergreifen* hat in NRW gezeigt, dass ökonomische Selbstständigkeit anzuregen Zeit braucht und dazu Begleitung für Fragen, Kompetenzen und Konflikte. Beratung und Begleitung unterstützt Akteure und Partnerschaften ebenso bei administrativen Belangen und bürokratischen Fragen.

2-1-4 Koordination

Des Weiteren obliegt es dem operativen Stadtteilmanagement die Koordination zwischen den Projekten und Kooperationen vorzunehmen. Inhaltlich werden die Projekte von den Akteuren und Partnerschaften selbst organisiert und durchgeführt. Das Stadtteilmanagement kann hier den Überblick über Ressourcen koordinieren. Gleich welcher Herkunft und Form der Ressourcen können je nach Bedarf informelle Zeit-, Material- oder Ideenbörsen geführt werden. Private Fundraising-Aktivitäten ebenso wie öffentliche Anlaufstellen können zusammengebracht, abruf- und vermittelbar werden.

2-1-5 Wer kümmert sich?

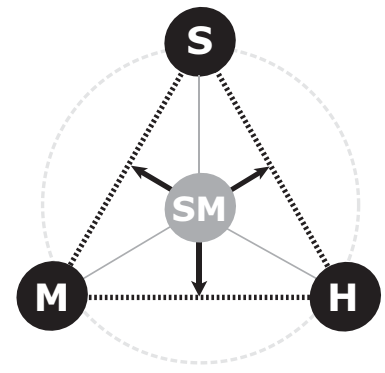
Stellt sich schließlich die Frage nach dem Wer. Wer führt dieses Stadtteilmanagement durch? Eine neu eingerichtete Institution oder eine bestehende? An dieser Stelle muss zwischen operativer Führung des Stadtteilmanagements und einem notwendigem legitimierendem Stadtteilforum unterschieden werden. Organisationen des Dritten Sektors bieten sich für die intermediäre Aufgabe der operativen und vermittelnden Funktion an (siehe Kapitel I 2-6-5). Die bestehenden Organisationen im Stadtteil Steilshoop jedoch können diese Aufgabe aufgrund von Kapazitätsgrenzen, inhaltlicher Ausrichtung und direkter Planungsbetroffenheit nicht oder noch nicht wahrnehmen. Sinnvoller wäre es, in Steilshoop eine neue Institution mit entsprechenden Kompetenzen einzurichten, wie z.B. in München. Konkrete Lösungsvorschläge für ein legitimierendes Stadtteilgremium gab die Vertreterin des sozialen Beschäftigungsträgers Frau L. im Interview:

Beispiel: Verein „Urbanes Wohnen e.V.“, München

Seit ca. dreißig Jahren steht in München der Verein „Urbanes Wohnen e.V.“ für kooperatives Planen und Umsetzen von Nachbesserungen in Großsiedlungen, gemeinschaftlicher Einrichtung von Mietergärten sowie für die Entwicklung von Stadtteilkonzepten und gar Planen von neuen Siedlungen. Die Initiierung von Aktivitäten vor Ort, die Herstellung von Kontakten zu Behörden und Grundeigentümern und die Zusammenarbeit mit Bewohnern bilden dabei die Tätigkeiten des Vereins (vgl. Bischoff/ Selle/ Sinning 2005:197).

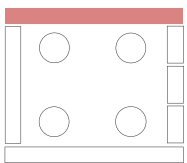
Ein repräsentatives Gremium der Bewohner im Stadtteil müsste sich wählen lassen, z.B. durch Wahlen in den jeweiligen Wohnringen. Zuzüglich Vertreter von Wohneigentümern und Verwaltung wäre dies schon ein Stadtteilparlament. Doch könnten Abstimmungsprozesse zumindest zu bestimmten Themen (abhängig vom Komplexitätsgrad) auch von allen Bewohnern innerhalb ihrer vier Wände in einer konzertierten Aktion wiederkehrend vollzogen werden. Dazu mehr in der ersten implementierenden gemeinsamen Aufgabe zur Umkehr des Stigmas.

Abb. 95: Das Stadtteilmanagement (SM) fördert Kooperationsstrukturen zwischen den Sphären.



2-2 Kooperatives Standbein

Eine zivilgesellschaftlich getragene Stadtteilentwicklung und -pflege braucht Akteure und Partner aus dem Stadtteil und der Gesamtstadt mit denen gemeinsam Projekte und Strategien entwickelt werden können. Der kooperative Rahmen umfasst die Bereiche Aktivierung, Verknüpfung und faires Verhandeln und wird unter der Federführung des Stadtteilmanagements, allerdings mit besonderem Bezug auf die potenziellen oder aktiven Akteure durchgeführt.



2-2-1 Aktivierung

Der Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements in der Bewohnerschaft der Großwohnsiedlung kommt die größte Bedeutung in diesem Rahmen zu. Sozialkapital muss ständig gepflegt und erneuert werden (vgl. Vesper 2004: 10), damit darüber zivilgesellschaftliche Entwicklungen angestoßen werden können. Das muss in einem benachteiligten und monostrukturellen Stadtteil wie Steilshoop besonders beachtet werden. Es gilt den Stadtteil mit seinen Bewohnern, Organisationen und Initiativen selbstständig im Sinne von frei von staatlicher Alimentierung zu machen. Diese Aktivierung geschieht nicht einmal und nie wieder, sondern immer wieder. Aktivierung sollte von daher einen festen Platz in der Budgetierung haben (vgl. Alisch 2001: 300). Das liegt im Wandel bürgerschaftlichen Engagements weg von lebenslanger Bindung hin zu spontanen, zeitlich begrenzten Einsätzen sowie in den Eigenschaften der Bevölkerung des Stadtteils begründet. Ein Stadtteilmanagement übernimmt die Anschub- und Begleitfunktion zur Selbstständigkeit. Langfristiges Ziel ist die personelle und ökonomische Selbsterneuerung, Kooperationen und die Akteure mit ihren Aktivitäten zu übergeben.

Entsprechend der Verschiedenartigkeit und Ungleichheit der Bürger des Stadtteils müssen niedrigschwellige und zielgruppenorientierte Gelegenheitsstrukturen zum Engagement angeboten werden. Solche Angebote erleichtern den Einstieg in zivilgesellschaftliches Engagement und orientieren sich an verschiedenen Sprach- und Bildungsniveaus sowie an verschiedenen Tiefen und Komplexität von Mitmachangeboten. Besonders Kinder und Jugendliche sowie Migranten, Frauen und alte Menschen brauchen spezifische Angebote, die auch aufsuchend wirken. Es sollte hierüber das Eigeninteresse ebenso wie das für den Stadtteil motiviert werden. Hier müssen parallel Gedanken zu Anerkennungsformen von Engagement in Form von geldwerten Vorteilen, Würdigungen in Form von Preisen oder sozialer Anerkennung entwickelt werden.

Beispiel: Govan Workspace Ltd., Glasgow, Schottland

Als Beispiel für aktivierende soziale Anerkennung kann das schottische Beispiel der Govan Workspace Ltd. stehen. Mit der Umwandlung einer leerstehenden Schule in ein lokales Gewerbe- und Entwicklungszentrum wurde in Glasgow-Govan das erste großstädtische „community business“ gegründet. Arbeitslosen wurde dort Raum zum Arbeiten für die Entfaltung von Ideen und kleiner Betriebe gegeben. Im Falle des Erfolgs übernehmen die einst Geförderten die Verantwortung neuen „community businesses“ durch ihre Erfahrung und materiell im Aufbau zu helfen (vgl. Birkhölzer 2000: z4).



2-2-2 Verknüpfung

Die Funktion der Verknüpfung setzt zunächst auf das thematische Finden von Akteuren innerhalb und zwischen den Sphären von Staat, Markt, Dritter Sektor und Haushalten zu potenziellen Partnerschaften. Wichtig ist dabei, dass die Erwartungen aneinander klar werden (vgl. Alisch 2001: 299). Einfache Lösungen bieten sich in Themenkatalogen, die für alle Akteure einsehbar ist, an. Dies fördert jedoch nicht den direkten Kontakt. *Marktplätze für Gute Geschäfte* bieten sich als neue Plattform für persönliche Kontaktaufnahme an.



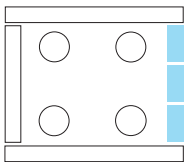
Idee: Marktplatz für Gute Geschäfte, Bertelsmann-Stiftung

Als neue Kontaktplattformen entwickeln sich aktuell „Marktplätze für Gute Geschäfte“: „Die besondere Vorstellung eines Marktplatzes bringt Unternehmen und Gemeinnützige zusammen: Ganz wie auf einem Markt handeln die Akteure Kooperationsprojekte aus, bei denen Angebot und Nachfrage den Tausch bestimmen. Die Unternehmen können je nach ihren Möglichkeiten mit persönlichem Einsatz, mit ihrer geschäftlichen Kompetenz oder mit logistischer Beihilfe für Gemeinnützige Unterstützung geben. Gemeinwohlorganisationen bieten eine Mitwirkung bei ihren Projekten an und damit ungewöhnliche Einsichten in andere Lebenswelten“ (www.gute-geschaefte.org: z1). Die Idee der Bertelsmann Stiftung ist insofern interessant, als dass sie konkrete Möglichkeiten aufzeigt, die verschiedenen Sphären von Markt und Dritten Sektor erst einmal miteinander in Kontakt kommen zu lassen. Solche Marktplätze bieten skeptischen sozialen Projektträgern die Möglichkeit „Corporate Citizens“ aus der Nähe zu beschnuppern.



2-2-3 Faires Verhandeln

Um Vorbehalten und Machtgefällen gemäß dem Motto „Wer zahlt, bestimmt“ (vgl. Alisch 2001: 14) Einhalt zu gebieten, sind faire Verhandlungen notwendig. Hier kann Akteuren mit *schwacher* bargaining power durch Vertretung im Sinne von Anwaltsplanungen geholfen werden. Wie bereits angesprochen können Qualitätsvereinbarungen helfen, Regeln für gemeinsames (Ver-)Handeln aufzustellen (vgl. a.a.O.: 299).



2-3 Dreiteiliges ökonomisches Standbein

Wenn eine Stadt wie Hamburg, Aufgaben der Stadt- und Quartiersentwicklung finanziell nicht mehr alleine tragen kann oder will, müssen die Aufgaben auf mehrere finanzielle und wirtschaftliche Trägerschaften gestellt werden. Nicht nur für neue Stadtteile wie die HafenCity oder stabile Stadtteile wie das *Schanzenviertel* sind ökonomische Partnerschaften interessant. Gerade für Stadtteile, die wie Steilshoop eine jahrzehntelange Karriere als Problemstadtteil mit staatlicher Fürsorge und Alimentierung hinlegten, wird dies mehr und mehr zum Thema. Die städtische Praxis des Nullsummenspiels schafft Konkurrenzen, Neid und Gebaren, die die Stigmatisierung als benachteiligte Stadtteile zur Ressource für öffentliche Gelder stilisiert. Die Selbsterneuerungsfähigkeit der Akteure des Dritten Sektors richtet sich heute weitgehend auf die öffentliche Hand aus, anstatt neue Quellen und Formen ökonomischer Handlungsfähigkeit zu finden. Kann die Trägerschaft für den Betrieb von Organisationen anstelle des einen großen öffentlichen Geldgebers durch private Finanzierungsformen und Ansätze der Gemeinwesenökonomie nicht ausgeglichener und die Selbsterneuerung stabiler werden? Fällt ein Bein aus, kompensieren die anderen zwei Tragbeine den Ausfall - zumindest solange bis Alternativen gefunden sind. Die Selbsterneuerungsfähigkeit der „unvermögenden“ Akteure kann durch unternehmerische Ausrichtung gefördert und mehrere Tragbeine gesichert werden.

Steilshoop



Abb. 96: Zu den beiden Tragbeinen von öffentlicher Seite und dem HID gesellt sich ein drittes Tragbein durch Stiftung und Gemeinwesenökonomie.

Steilshoop



2-3-1 Langfristige Strategien

Je langfristiger eine Aufgabe oder Projekt ist, desto wirtschaftlicher muss es sich allerdings durch (gemeinnützige) Unternehmensformen wie z.B. Genossenschaften, Existenzgründungen oder *community businesses* wie in Schottland tragen können. Damit soll die Ausrichtung und Abhängigkeit von einer externen Förderform verhindert werden. Lokale Stadtteilinitiativen, wie sie in Steilshoop bereits vorzufinden sind, kommen dabei eine entscheidende Bedeutung zu: „Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, mit den am Ort vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten die lebenswerte Entwicklung ihres Gemeinwesens sicherzustellen und neue Entwicklungen anzustoßen“ (Schwarz/Voß 2001: 276). Ideen, wie der Aufbau einer Essensversorgung für mittellose Kinder in Steilshoop, bilden den Anfang für neue Konzepte, die auch Beschäftigung ermöglichen.

Basierend auf lokalen Ressourcen, die sich in Steilshoop vor allem auf Know-How, Kooperation und informellen Tausch- und Leihstrukturen stützen, können ähnlich dem Förderprogramm *Initiative ergreifen* Förder- und Forderstrukturen für ökonomische Eigenständigkeit entwickelt werden (siehe Kapitel I 2-6-4). Durch einen eingebrachten Eigenanteil (durch Alternativstrategien des Fundraising, Sponsorings und baulicher Selbsthilfe unterstützt) wird die Einrichtung einer Betreibergesellschaft gefördert und der Aufbau eines eigenständigen Betriebs (vom Kleinunternehmer zum Großprojekt) durch die institutionelle Anlaufstelle beratend und qualifizierend begleitet. Die Förderbedingungen dürfen allerdings nicht dem bürokratischen Aufwand der Interessenbekundungsverfahren entsprechen und in hoher Frequenz die Berechtigung der Förderung infrage stellen. Nach einem Anschubzeitraum von maximal drei bis sieben Jahren tragen sich eigen- und arbeiten die Unternehmungen selbstständig.

2-3-2 Kurzfristige Strategien

Die Dauer von Projekten und Aktivitäten entscheidet dabei, welche ökonomische Tragform angewendet wird. Kurzfristige Projekte können direkt durch privates Social Sponsoring und auch öffentliche Finanzspritzen auf *Marktplätzen der Guten Geschäfte* gefördert werden. Stadtteil- bzw. Bürgerstiftungen wie in Hannover bieten ebenfalls eine gute Basis befristete Projekte zu fördern. Darüber hinaus wird mit der raumorientierten Verwaltung Ressourcen der öffentlichen Hand koordiniert und effektiver eingesetzt. Die raumorientierte Verwaltung knüpft damit an den Forderungen eines *Anwalts der Ressourcen* in den Interviews an.

Beispiel: Stadtteilstiftung Sahlkamp-Vahrenheide in Hannover

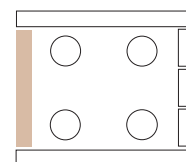
Die Bürgerstiftung „Stadtteilstiftung Sahlkamp-Vahrenheide“ ist die erste ihrer Art in Deutschland seit 2004. 33 aktive Bürger, Unternehmer, Wohnbauträger aus den zwei benachteiligten Stadtteilen Sahlkamp und Vahrenheide und Politiker der Stadt Hannover schlossen sich dazu zusammen. Die langfristige Anlage der Stiftung will mit den Zinserlösen Projekte im Bereich Erziehung, Bildung und Soziales fördern (vgl. www.stadtteilstiftung.de: z1). In diesem Jahr lobt die Stadtteilstiftung zum Beispiel den „Förderpreis Aktiv im Stadtteil“ zum zweiten Mal aus: „Es werden kreative Ideen gesucht, die etwas mit einem der drei vorgegebenen Themen zu tun haben: „Alt und Jung - gemeinsam stark“, „Prima Klima“ oder „Musik verbindet“. Egal, für welches Thema sich eine neue oder schon bestehende Gruppe aus dem Sahlkamp oder aus Vahrenheide entscheidet: wichtig dabei ist - wie auch im Vorjahr - das die von der Gruppe durchgeführte Aktivität einen Beitrag für „ihren“ Stadtteil leistet“ (www.stadtteilstiftung.de: z2).



2-4 Räumliches Standbein

2-4-1 Brutstätten

Die genannten kommunikativen, kooperativen und gemeinwesenökonomischen Prozesse finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern brauchen einen eigenen Ort als Gemeinwesenzentrum: „Die Entfaltung der brachliegenden Kenntnisse und Fähigkeiten, die Mobilisierung von Aktivität und Eigeninitiative sowie die Wiedergewinnung eigener und kollektiver Planungskompetenzen bedarf der Unterstützung und Förderung in eigens dafür geschaffenen Räumen. ... Sie sollten unabhängig, d.h. außerhalb der staatlichen – auch der lokalstaatlichen – Verwaltungssphäre angesiedelt sein“ (Schwarz/ Voß 2001: 284). Damit sind sowohl kreative Entwicklungswerkstätten zum Denken und Werken, Arbeitsräume, Lagerräume für freie materielle Ressourcen, neutrale Verhandlungsräume und Räume für das Stadtteilmanagement impliziert.



2-4-2 Unabhängigkeit im Gemeinwesenzentrum

Die Forderung nach Unabhängigkeit von staatlicher Verwaltungssphäre (auch von privater Marktausrichtung) deutet bereits an, durch was die Nutzung von Räumen bestimmt ist. Verfügungsrechte wie Eigentum und entsprechende Zugangsbeschränkungen durch Miete oder Pacht können den Zugang beschränken und über die Nutzung der Räume bestimmen. In Steilshoop sind Räume knapp und in ihrer Nutzung zweckbestimmt bzw. beschränkt. Die unglückliche Schließung der Gesamtschule könnte in der Nachfolgenutzung ein solches Gemeinwesenzentrum bilden. Sie ist jedoch im Eigentum der Behörde für Bildung und Sport. Diese tat sich bereits bei der Anfrage der privaten Bugenhagen-Schule für die Nachnutzung der Gesamtschule schwer, die Räume freizugeben (vgl. taz 22.1.07). Ein Gemeinwesen für Steilshoop braucht ein ihm gehörendes Gemeinwesenzentrum. Formen der Nutzungsüberlassung müssen für dieses Gebäude gefunden werden (z.B. Erbbaurecht, Überführung in genossenschaftliches Eigentum des Gemeinwesens). Gemeinwesenräume fördern eine gemeinsame Identität im Stadtteil und sind die Brutstätten zivilgesellschaftlicher Partizipation und ökonomischer Gemeinwesenentwicklung. Wie das für Steilshoop aussehen kann, zeigt ein Beispiel aus den Niederlanden.



Beispiel: Oude Huygens Project, Amsterdam, Niederlande

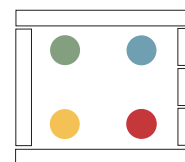
Das Oude Huygens Project befindet sich in einer Gartenstadtsiedlung der 1960er Jahre in Amsterdam-West. Diese befand sich mit seiner zu 75% multikulturellen Bevölkerung in einer Abwärts-spirale, welcher nun mit einem Netzwerkkonzept zur Förderung von Innovation und Integration im Stadtteil begegnet wird. Eine verlassene Schule wurde dazu architektonisch umgebaut und in ein praktizierendes Unternehmen umgewandelt (siehe Abb. 95). Mit mehrdimensionalen Geschäftsbereichen und sozialen Netzwerken verschiedenster Akteure wurden innovative Geschäfts- und Freizeiteinrichtungen mit kultureller Vielfalt und Arbeits- und Ausbildungsplätzen zur Aufwertung im Quartier errichtet. Die neue „Sehenswürdigkeit“ im Stadtteil trägt zur Integration des Stadtteils in Amsterdam bei, während durch soziale Netzwerke innerhalb des Gebäudes neue Ideen und eine anregende interkulturelle Lern- und Arbeitsumgebung geschaffen werden (z.B. interkulturelles Restaurant, kreative Werkstätten). 2003 begann das Oude Huygens Project



Abb. 97 oben: Umwidmung einer leerstehenden Schule

Abb. 98 unten: Plan zum Aufbau von Kooperationen

in einem kooperativen Prozess mit Partnern der Stadtverwaltung Amsterdam, privaten Unternehmen, Wohlfahrtsorganisationen, Bildungsträgern, Kultureinrichtungen und der ansässigen Jugend. In einem interaktiven Prozess wurden die Stakeholder ausfindig gemacht, gemeinsame Themen eruiert und die Akteure miteinander vernetzt und ins Gespräch gebracht. In einem kontinuierlichen Kommunikations- und allmählich aufbauenden Kooperationsprozess wurden Regeln miteinander vereinbart, Gelegenheiten für Win-Win-Situationen hergestellt und die Aktivitäten schließlich einer Evaluation unterzogen, die eine Erneuerung der Regeln ermöglichte (siehe Abb. 97 Cycle). Seit 2005 befindet sich das Projekt in der Umsetzung mit allen Stakeholdern in Projektclustern unter Federführung eines externen Teams. (vgl. Roobeek 2006)



2-5 Inhaltliche Ausrichtung

Das integrierte Stadtteilmanagement dient der Förderung von selbstorganisatorischen Kräften der Zivilgesellschaft in und für Steilshoop. Für Steilshoop bedeutet es, dass mit zivilgesellschaftlichen Kräften *zusammen* Handlungsbedürfnisse, Probleme und Themen in einer Stadtteilentwicklung und –pflege angegangen werden sollen. Es kann jedoch nicht heißen, dass der Staat auf der anderen Seite komplett Steilshoop sich selbst überlässt. Die bisherigen Darstellungen haben deutlich gemacht, dass die Rahmenbedingungen für ein treffliches Gedeihen von Zivilgesellschaft und Sozialkapital vom Staat abhängig sind und er schließlich als kooperativer Partner auftritt. Es geht zum einen um eine pragmatische gemeinsame Lösungssuche. Doch reiner Pragmatismus und Problemverantwortung reichen nicht, um Bewohner zu aktivieren und vor allem zu motivieren. Der kooperative Rahmen hat das Eigeninteresse bereits betont. Es kann als Zusatznutzen verstanden werden (vgl. Fürst 2007: 7). Vielmehr muss eine gemeinsame Vision oder Leitidee formuliert und nicht-pragmatische kulturelle und erlebnisorientierte Teilhabeangebote gemacht werden. Weiterhin sind zur Etablierung und Festigung von gemeinwesenorientierten Unternehmungen Produktentwicklungen und Innovationen zu beachten.

2-5-1 Vision

Zu aktivierende Bürger, Jugendliche, alte Menschen, bereits Aktive, Unternehmer sowie Grundeigentümer – kurz: alle zusammen brauchen eine gemeinsame Vision für den Stadtteil. In einem kommunikativen Diskurs kann die Frage, wo steht Steilshoop in der Zukunft, von allen Akteuren diskutiert und ausformuliert werden. Die empirischen Erkenntnisse zeigen, dass es bereits gemeinsame Vorstellungen für Steilshoop gibt, allerdings noch nicht direkt in einem gemeinsamen koordiniert handlungsfähigen Bewusstsein. Eine gemeinsame Vision schweißt zusammen und kann weiter für gemeinsame Aktivitäten konkretisiert werden. In der Konkretisierung können aufgrund genauerer Zieldefinition Interessensgegensätze und Zuständigkeitsfragen für Ressourceneinsätze bestehen. Das bildet den kollektiven Lernprozess nach Fürst und ist Teil der qualitativen Entwicklung des Sozialkapitals (vgl. a.a.O.: 7).

2-5-2 Pragmatismus und Kultur

Stadtteilinteresse alleine reicht nicht, um bürgerschaftliches Potenzial zu entfalten. Das Ehrenamt soll nicht auf staatsbürgerliche *Pflichten* reduziert werden. Eigenmotivation mit Stadtteilinteresse zu verbinden heißt, sich auf kreative kulturelle (nicht vordergründig pragmatische) Prozesse, ungewöhnliche mitunter auch kontroverse Suche nach und Finden von pragmatischen Problemlösungen einzulassen. Die inhaltlichen Themen richten sich nach den Wünschen und Bedürfnissen aller Akteure und können z. B. in Plan- und Ideenkatalogen festgehalten und abrufbar werden. Das ist besonders für Ansprüche interessant, die zuweilen keine Anwendung, Ressourcen oder Partner gewinnen können. Die pragmatischen und kulturellen Ansätze holen sich ihre Anregungen und Vorschläge dabei nicht nur aus dem Stadtteil Steilshoop selbst. Impulse von außen und nach außen tragen, ist für Steilshoop als abgeschlossene Siedlung (vgl. Läßle 2000) bewusst anzustreben. Die Bedeutung des Brückenbauens kann Teil der Vision des Stadtteils sein.

2-5-3 Produktentwicklung und Innovation

Der Produktentwicklung und Innovation kommt in Ansätzen der Gemeinwesenökonomie eine Schlüsselfunktion zu. Damit können sich neue Beschäftigungsfelder erschlossen werden (vgl. Schwarz/ Voß 2001: 284). Um noch einmal das Beispiel der Idee der Essensversorgung für arme Kinder im Stadtteil aufzugreifen: Der Gebrauchswert steht im Vordergrund der Produktentwicklung und Innovation. In dem Beispiel ist es, mit wenig Geld und viel *Netzwerken* Veränderungen und Verbesserungen für den Stadtteil zu erreichen. In diesem Zusammenhang werden Entwicklungswerkstätten für Innovationen, wie sie im *Oude Huygens Project* vorkommen, als Wirkungsstätten sehr wichtig.

3 Erste Implementation des Stadtteilmanagements: Stigma umkehren

Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich recht ungeniert, heißt es im Sprichwort. Die Leichtigkeit des Sprichwortes ist jedoch nicht ohne weiteres auf einen Stadtteil wie Steilshoop zu übertragen. Zum einen möchten die Menschen gerne „normal“ sein. Sie fühlen sich wohl in der Großsiedlung, wissen zwar um die Schwächen des Stadtteils, verstehen aber nicht die andersartige, manchmal sogar feindselige Außenwahrnehmung. Sie würden gerne das negative Image des Stadtteils abstreifen und zurechtrücken. Zum anderen bringt der schlechte Ruf Steilshoop politische Aufmerksamkeit und sichert, dass öffentliches Geld in den Stadtteil fließt. Nur treibt man damit den Teufel mit dem Belzebub aus, um ein anderes Sprichwort zu bemühen. Mit ihm binden sich Kräfte im Stadtteil, die auch für zivilgesellschaftliches Engagement frei sein könnten. Es lebt sich in Steilshoop mit diesem Ruf nicht ungeniert. Der Ruf spaltet die Identität der Menschen im Stadtteil. Deswegen ist es die erste gemeinsame Aufgabe, das Stigma umzukehren.

Die erste Implementation des Stadtteilmanagements baut sich über mehrere Zeitstufen auf. In diesen Zeitstufen sind verschiedene Ziele und Maßnahmen bzw. Aktionen angelegt, um vier verschiedene Meilensteine zu erreichen. Am langfristigen Ende steht die Vision eines ökonomisch und sozial nachhaltigen vom Stigma befreiten Stadtteils Steilshoop. Die vier verschiedenen Meilensteine werden im Folgenden mit ihren Maßnahmen und Aktionen vorgestellt. Doch zunächst wird die zeitliche Perspektive näher gebracht.

3-1 Stigma umkehren als dauerhafte Aufgabe

Die Ambivalenz im Umgang mit dem eigenen Ruf und die Beschäftigung aller Interviewpartner mit dem Thema zeigen, dass es für die künftige Entwicklung der Großsiedlung unerlässlich ist, dieses Stigma zu brechen. Erst mit dem Abwenden und dem Umkehren vom Ruf als Problemstadtteil werden die Kräfte der Akteure für weitere Aufgaben und Ideen für Steilshoop frei und aktivierbar sein. Die gespaltene Identität wieder zu vereinen und zu versöhnen heißt, die Schwäche zur Stärke zu machen. Das ist kein einfaches Unterfangen. Das Stigma hat sich beinahe über den gesamten Zeitraum des Bestehens der Siedlung in den Köpfen ausgebreitet. Das Beispiel Hamburg-Wilhelmsburg zeigt, dass mit langfristiger Vision und einem dauerhaften mehrstufigen Beteiligungsprozess es einem stigmatisierten Stadtteil gelingen kann, sich von seinem Ruf zu lösen. Heute hat die Elbinsel Wilhelmsburg Aufwind und soll sich in der „Wachsenden Stadt“ zum Szenestadtteil entwickeln³⁵.

3-1-1 Langfristige Strategie

Ebenso wie Wilhelmsburg braucht Steilshoop eine langfristige Strategie zur Veränderung des Stigmas. Diese Strategie darf dabei nicht auf eine reine Änderung des Images durch gezielte Positivkampagnen setzen. Sie würden nicht funktionieren. Inhaltliche Perspektiven für den Stadtteil müssen entwickelt werden, der von allen Bewohnern und aktiven Akteuren im Stadtteil und auch von der politisch-administrativen Seite getragen wird. Langfristige Aufgabe ist es, durch aktive Öffentlichkeitsarbeit und Förderung zivilgesellschaftlicher und gemeinökonomischer Innovationen Vorbild für andere Großsiedlungen in sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit zu sein. Diese Aufgabe steht gleichgewichtig neben inhaltlichen Themengebieten z.B. Soziales, Gesundheit, Anbindung an die Gesamtstadt usw..

Zu diesem langfristigen Ziel in 10-15 Jahren müssen Schritte zu Zwischenzielen (Meilensteine) gegangen werden, die im kurzfristigen Zeithorizont der nächsten 1-5 Jahre und im mittelfristigen Zeithorizont der nächsten 5-10 Jahre liegen.

³² An dieser Stelle sei nur auf die Änderung verwiesen, die in Medien Einzug gehalten hat: „Wilhelmsburg - die verborgene Schöne auf dem Weg zum Szene-Viertel?“ titelte am 26. September 2006 das Hamburger Abendblatt (vgl. Hamburger Abendblatt: z1), während 1997 die Berichterstattung sich auf die Schwierigkeiten des Stadtteils konzentrierte. „Wilhelmsburg - Hamburgs Viertel der sozialen Gegensätze“ nannte Die Zeit 1997 noch ein ganzes Dossier (vgl. Die Zeit 01/97: 9ff.).

Tab. 16: Zeitlicher Rahmen mit Meilensteinen zur Umkehr des Stigmas

Zeitraum der Perspektive	Ziel	Maßnahme/ Aktion	Finanzierungsform
Langfristig (Aussicht auf die nächsten 10-15 Jahre)	<p><i>Vision</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ökonomische Nachhaltigkeit im Sinne ökonomisch selbsterneuerungsfähigen Stadtteils ▪ Soziale Nachhaltigkeit des Stadtteils im Sinne eines personell erneuerungsfähigen Stadtteils 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ lokale Partnerschaften ▪ ökonomische Eigenständigkeit im Gemeinwesenzentrum ▪ Markt der guten Geschäfte ▪ Produktentwicklung und Innovation ▪ Weitergabe von Erfolgskonzepten an neue Geschäftsideen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Corporate Citizenship Formen ▪ <i>HID</i> ▪ staatliche Förderung ▪ Gemeinwesenökonomie ▪ Stadtteilstiftung
Mittelfristig (Aussicht auf die nächsten 5-10 Jahre)	<p><i>4. Meilenstein</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ partnerschaftlicher Aufbau eines Gemeinwesenzenentrums mit lokalen Akteuren ▪ inhaltliche Füllung des Gemeinwesenzenentrums durch Nutzungsideen der Steilshooper Gemeinschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umnutzung bzw. Neuerrichtung eines geeigneten Gebäudes ▪ Bildung von lokalen Partnerschaften Ermittlung von Nutzungsideen der Akteure ▪ Aufbau einer Förderstruktur durch den Staat ▪ Aufbau einer Qualifizierungs- und Begleitungsstruktur 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtteilstiftung ▪ staatliche Förderung ▪ Corporate Citizenship ▪ <i>HID</i>
Kurzfristig (Aussicht auf die nächsten 1-5 Jahre)	<p><i>3. Meilenstein</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufbau einer Stadtteilstiftung mit Fundraising-Schwerpunkt <p><i>2. Meilenstein</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ gemeinsame Vision für Steilshoop entwickeln ▪ Netzwerke für stadtteilübergreifende lokale Partnerschaften aufbauen ▪ Handlungsperspektiven und Schwerpunktthemen ausloten <p><i>1. Meilenstein</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktivierung der Bewohnerschaft und der Jugend in Steilshoop 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zukunftskonferenz ▪ Weißbuch entwickeln ▪ Runde Tische <ul style="list-style-type: none"> ▪ Community Based Art ▪ Schwarmintelligenz ▪ Serious Game Steilshoop 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ staatliche Förderung ▪ Corporate Citizenship ▪ Spenden in Stiftung ▪ <i>HID</i>

Die Tabelle 16 auf der vorherigen Seite zeigt, welche Maßnahmen unter welcher Finanzierung unternommen werden müssen, um die verschiedenen Meilensteine zu erreichen. Nachfolgend werden die verschiedenen Stufen detailliert aufsteigend vorgestellt.

3-1-2 Kurzfristige Interventionen

Die langfristige Perspektive durch Zukunftskonferenzen soll gemeinsame Visionen für Steilshoop schaffen. Visionen und die langfristige Aussicht auf sozioökonomische Selbstständigkeit brauchen kurzfristige Interventionen, die der Außenwelt und Innenwelt klar machen, dass der Stadtteil sich bewegt. Nicht nur die Außenwelt bedarf wiederkehrender Erinnerungen, gerade die noch politikverdrossene Bewohnerschaft und nicht stadtteilaktive Jugend wird mit kurzfristigen temporären Aktionen kultureller Art aktiviert, sich für Steilshoop zu engagieren.

3-2 Erster Meilenstein: Aktivierung der Bewohnerschaft und Jugend

3-2-1 Aktionen über *Community Based Art*

Möglichkeiten bietet dafür die künstlerische Strömung der *Community Based Art*. Unter diesem Begriff sammeln sich vielfältige künstlerische Ansätze, bei denen der künstlerische Prozess durch Beteiligung und Koproduktion an der Kunst durch eine lokale Bevölkerungsgruppe, Minderheit oder Community bestimmt wird (vgl. Kravagna 1998: 33). In zeitlich begrenzten Aktionen bekommt die künstlerische Arbeit ihre Relevanz durch eben die beteiligte Gemeinschaft im kreativen Prozess. Was für den Künstler Quelle der Inspiration ist, birgt für die teilnehmende Gruppe durch Wahrnehmungsprozesse die Chance zur Veränderung der eigenen Lebensverhältnisse (vgl. a.a.O.: 35ff.). Diese Form der Kunst versucht „zunächst beim politischen Bewusstsein und den Grundlagen von Mitbestimmung [zu, Anm. d. V.] verweilen, ohne sich sofort dem Pragmatismus der Problemlösung zu verschreiben“ (a.a.O.: 46). Aus der künstlerischen Aktion ergeben sich darüber hinaus je nach Ort und Art der Aktion Übernahmeeffekte, wo Teilnehmer oder auch Bürgerinitiativen die Idee übernehmen und weiter tragen.



Beispiel: Offene Bibliothek von Clegg & Guttmann

„Eine Bibliothek ohne Bibliothekare und ohne Überwachung, deren Bücherbestand von den Benutzern selbst durch ein Tauschsystem, demzufolge jedes entlehnte Buch nach Gutdünken des Benutzers durch ein anderes zu ersetzen ist, bestimmt wäre“ (zit. nach Clegg & Guttmann in Kravagna 1998: 38). Das Projekt wurde in u.a. Hamburg 1993 in mehreren Bezirken durchgeführt, wobei Bücherregale im Freien aufgestellt und in der Erstbestückung durch die Künstler gefüllt wurden. Die hohe Beteiligung an dem Projekt ging von Vandalismus bis zur Unterstützung von Bürgerinitiativen, die die Idee übernahmen (vgl. Kravagna 1998: 39f.).

Die folgenden vorgestellten Aktivierungsideen haben über den eigentlichen Kern, die Menschen zu motivieren, die Wirkung kurzfristig mit derartigen Aktionen positive Aufmerksamkeit auf Steilshoop zu lenken. Im Sinne des Ausspruchs der Stadtteilinitiative: „Tue Gutes und rede darüber“.

3-2-1-1 Willkommen im Schwarm!

„Ein Schwarm kann als eine Gruppe von Individuen beschrieben werden, die mittels direkter Kommunikation selbstorganisiert und ohne zentrale Lenkung miteinander agieren und damit ihre Effizienz steigern können. Die Besonderheit des Schwarms liegt in seiner Fähigkeit, sich sehr schnell zu formieren und ohne vorherige Planung flexibel und koordiniert zu handeln“ (Neef 2002: 1). Seit der zunehmenden Wichtigkeit des Internets, werden soziale Netzwerke schwarmorientiert über die ganze Welt möglich. Und auch die Wirtschaft und politische Organisationen des Dritten Sektors bedienen sich der Vorteile von Organisationen in Schwärmen (vgl. Kaluza 2004 und Neef 2002).



„Die Kleinen müssen bleiben, deshalb tragen sie auch die größere Verantwortung. Sie können nicht auf die Politik zählen und nicht auf die Banken. Aber sie können Schwärme bilden.“³³

Abb. 99: Viele Fischarten bilden Schwärme.

Im *Social Swarming* handeln große Gruppen von Unbekannten koordiniert und gemeinsam. Dieses Prinzip findet heute an unterschiedlichen Orten statt und zwar in Smart Mobs: „Smart mobs consist of people who are able to act in concert even if they don't know each other“ (Neef 2002: 2).

Smart Mobs formen eine neue Form der Ausübung sozialer Macht, die sich schnell u.a. per SMS im Schneeballprinzip bildet und sich genauso schnell wieder auflöst. Im Management von Unternehmen wird Swarming Organization und Swarming Technology zur schnelleren Bildung von entscheidungs- und handlungsfähigen Teams genutzt, die sich nach getaner Aufgabe wieder auflösen (vgl. a.a.O.: 2-3).

Beispiel: Critical-Mass-Bewegung, New York, USA

Als Beispiel mag hier die Critical-Mass-Bewegung gelten, wo sich spontan Hunderte von Menschen zu Fahrraddemonstrationen in Innenstädten treffen. Für emissionsfreien Verkehr demonstrierend, trafen sich z.B. 2004 in New York 5-10.000 Teilnehmer und legten den Innenstadtverkehr lahm. Der Mob startete um 17 Uhr Ortszeit und ging eine Stunde lang. Allerdings zeigte sich die Stadt wenig freundlich. Massive Polizeipräsenzen unternahmen Massenverhaftungen mit der Begründung „Behinderung des Straßenverkehrs“ (vgl. www.nyc.indymedia.org: z1).



16.000 Bewohner = Schwarm = schwarmintelligent?

Der Kern für die Reorganisation sozialer Prozesse ist der Wandel zu mobilen Netzwerken. Ihnen geht es nicht um Austausch oder Kommunikation, sondern es geht um Aktion und Kooperation (vgl. a.a.O.: 4). Schwarmintelligenz birgt eine Machtverschiebung hin zum Bürger und wird darüber gerade für zivilgesellschaftliche Förderung in Steilshoop interessant.

Über konzertierte künstlerische Aktionen im Bereich der Medienkunst könnte das Prinzip des Schwarms in Steilshoop ausprobiert werden. Ziel solcher Aktion wäre die Erfahrung als Gemeinschaft (als Schwarm) und die Erprobung von Schwarmtechnologien für die Praxis der Bürgerbeteiligung und Kooperation (Abstimmungs- und Teambildungsprozesse). Folgend wird eine Schwarmtechnologie beschrieben, um verständlich zu machen, wie ein derartiger Prozess aussehen kann.

³³ Martin Kaluza in brandeins 03/2004 über mittelständische Unternehmen, die sich Schwarmintelligenz zueigen machen



Abb. 100: Rote und grüne Kellen zur Abstimmung

Schwarmtechnologien

Es existieren Schwarmtechnologien wie die mit der roten und grünen Reflektorkelle (Abb. 100; es sind aber auch andere Materialien denkbar, siehe Abb. 106, 107), die Abstimmungs- und Teambildungsprozesse verwendet werden können. Für Abstimmungen wird vom Individuum (in Steilshoop Bewohner) entweder die rote oder die rechte Kelle über sich gehoben. Videokameras scannen die Versammlung der Abstimmenden (z.B. im Saal oder auch im Freien) und werten die abgegebenen Stimmen per Computer aus (vgl. www.schwarmintelligenz.de: z1).

Je nach Versuchsordnung können damit folgende Abstimmungsmöglichkeiten abgefragt werden (vgl. www.schwarmintelligenz.de: z2):

- Ja/Nein bzw. Richtig oder Falsch-Fragen (Abb. 101)
- Ja/Nein/Enthaltungs-Frage (Abb. 102)
- Richtig/Falsch-Vergleich (Abb. 103)
- Datumswahl/ Prozente (Abb. 104)
- Multiple Choice Umfrage/Quiz (Abb. 105)



Abb. 101-105 von links nach rechts: Abstimmungsmöglichkeiten durch Schwarmtechnologien

Aufgabe des Stadtteilmanagements

Im Stadtteilmanagement ist es für ein die Erprobung von Schwarmtechnologien im künstlerischen kulturellen Prozess die Aufgabe:

- Projektidee mit Akteuren des Stadtteils zur Entscheidung bringen (je nach der Entscheidungskompetenz als Entscheidungsvorlage oder eigene Entscheidung im Stadtteil mit Akteuren)
- lokale Partner zur Umsetzung finden, z.B. durch *Marktplatz für Gute Geschäfte*
- geeignete und offene Künstlerpersönlichkeiten aus dem Bereich *Community Based Art* und Medienkunst finden, z.B. durch die Ausschreibung eines Wettbewerbs oder die Vergabe von Künstlerstipendien
- den Anbahnungsprozess zwischen Künstler und Bewohnern zu moderieren, z.B. durch Vorstellung auf der *KoKo* oder anderem Stadtteilgremium
- Ankündigungen für konzertierte Aktionen machen – bei Bewohnern und in der Presse
- die Verteilung von Abstimmungsmaterial im Rahmen der Schwarmtechnologie
- den Prozess beobachten und ggf. lenken
- medienwirksame Aufbereitung koordinieren



Abb. 106 107: Die skizzenhaften Darstellungen geben einen ersten Eindruck, welche Außenwirkung eine solch konzertierte Aktion bei Tag und Nacht haben kann. Es könnten Tücher oder Glühbirnen als Materialien verwendet werden.

Publikumswirksam könnte des Weiteren die Aktion in den Ankündigungen auf dynamischen Webseiten und per SMS verbreitet werden. Subkulturell angesprochen mit Spannungsaufbau verbundene SMS könnten spontane Smart Mobs bilden, die am Freitagabend Steilshoop einen Besuch abstatten, um Zeuge der konzertierten Aktion zu werden. Diese Zeugen wiederum können im Falle des Gelingens der Aktion das neue Bild Steilshoops weiter tragen und berichten. Das Bild kehrt sich langsam um. Steilshoop ist nicht länger Ort sozialer Probleme, sondern Teil städtischer Kultur (siehe Abb. 108, 109). Im subkulturellen Bereich sind die Quartiere bereits aus ihrem Schattendasein herausgetreten.

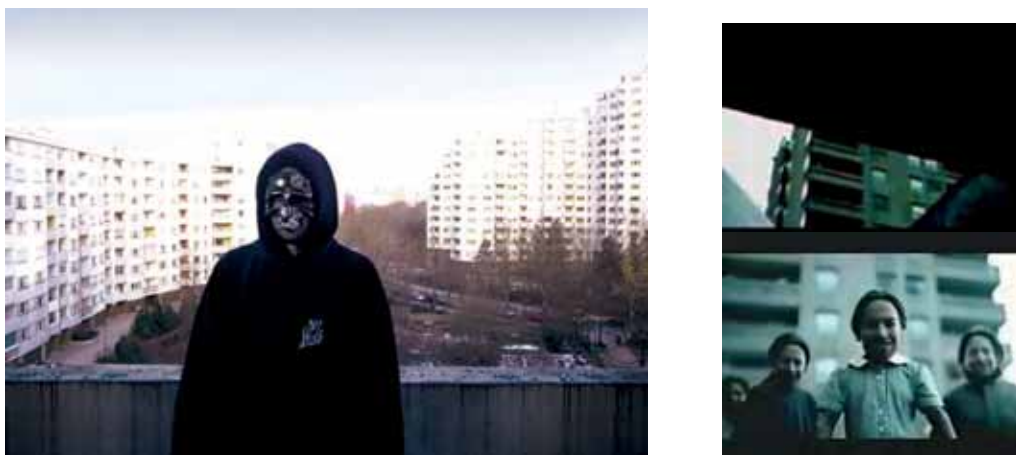


Abb. 108, 109: In zumeist subkulturellen Musikvideos, z.B., sind Großsiedlungen schon seit Jahren immer wieder Ort des Geschehens. Auch entstammen hier viele Hip-Hop-Strömungen.

3-2-1-2 Jugend als ernste Spieler für Steilshoop

Wie oben bereits angedeutet, ist es wichtig pragmatische Lösungsversuche für Handlungsfelder in Steilshoop mit gezielt nicht pragmatischen kulturellen Lösungen zu kombinieren. Gerade für die Jugend ist dieser Ansatz von Bedeutung. Die Steilshooper Jugend findet in der Siedlung ein relativ gutes Freizeitangebot, vor allem mit dem Haus der Jugend Steilshoop und dem Kulturtreff *JETZT*. Eine Verknüpfung zu stadtteilrelevanten Fragen ist nur punktuell mit einzelnen Veranstaltungen und Projekten (z.B. Projekt Gemeinsam mit dem Stadtteilkulturverein *A.G.D.A.Z.*) vorhanden. Um den Generationswechsel der aktiven Steilshooper einzuleiten, ist genau diese Verknüpfung relevant. Dabei geht es zunächst um eine Annäherung an den Stadtteil als Aktionsraum.

Serious Game Steilshoop

Zunächst die Frage, was sind Serious Games? Der übersetzte Name *Ernste Spiele* lässt kaum erahnen, dass mit Spiel und Spaß in einem Computerspiel Bildung verbunden werden soll: „*Sie verbinden Bildungsziele mit Spaßfaktor und verzichten, im Gegensatz zu Edutainment-Titeln, auf den erhobenen Zeigefinger. Stattdessen setzen sie darauf, dass sich die Moral der Geschichte über die Spielfreude vermittelt. Das nennt sich ‚stealth learning‘, getarntes, unterschwelliges Lernen*“ (Telepolis 2007: z1).

Beispiel: Bundeszentrale für politische Bildung geht neue Wege

Dieser ernstesten Form von Computerspielen kommt derzeit eine große Aufmerksamkeit zu, z.B. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie möchte Serious Games für die Distribution von politischer Bildung in bildungsfernen Milieus Jugendliche erreichen: „*Hintergrund dieses Engagements ist zum einen die Feststellung, dass die klassischen Formate der politischen Bildung an den genannten Milieus vorbeizielten. Und zum anderen die Hoffnung, dass Computerspiele per se als attraktiv wahrgenommen werden und somit auch ein Serious Game der Bundeszentrale als cool*“ (Telepolis 2007: z1). Mit Serious Games könnten Jugendliche „*beim Spielen in die Welt der Politik eintreten .., um ganz bestimmte Abläufe dort zu trainieren, sich vorzubereiten, Konsequenzen kennen zu lernen etc.*“ (Vorderer 2005: z1).

Beispiel: Climate Challenge, BBC, Großbritannien

Die Anwendung von Serious Games ist noch sehr jung und in der Entwicklung. Die BBC ist einer der Vorreiter und hat ein Online-Spiel zum Thema Klimawandel (Climate Challenge) entworfen. Dort übernimmt der Spieler die Rolle des EU-Präsidenten und hat die Aufgabe in einem hundertjährigen Zeitrahmen, geeignete Politikfelder auszuwählen und Regionen zu überzeugen, ihre Kohlendioxid-Ausstöße zu senken (vgl. www.bbc.co.uk: z1).



Abb. 110, 111: Screenshots des Online-Spiels der BBC Großbritannien

Dieses Spiel der BBC kann beispielhaft als Grundlage zur Übertragung auf Steilshoop genommen werden. Denn für Stadtteilentwicklung und die Aktivierung von Jugendlichen gibt es noch keine Anwendungsbeispiele.

Steilshoop könnte der Anfang sein (siehe Abb. 112). Community Based Art-Künstler und Spieleentwickler könnten gemeinsam mit Jugendlichen ein Spiel für die Stadtteilentwicklung der Zukunft in Steilshoop entwerfen. Da die Zukunft des Stadtteils in zivil-

Abb. 112: Beispiel, wie eine Bildschirmoberfläche eines Serious Game Steilshoop aussehen kann.



gesellschaftlichen Händen liegen wird, bietet ein *Serious Game* zu Steilshoop die Möglichkeit, die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten und die verschiedenen Handlungsfelder in Steilshoop spielerisch kennen zu lernen. Daraus können sich Handlungsideen für die Akteure und Produktideen für gemeinwesenökonomische Aktivitäten ergeben.

Aufgabe des Stadtteilmanagements

Im Stadtteilmanagement ist es für ein derartiges Projekt die Aufgabe,

- Projektidee mit Akteuren des Stadtteils zur Entscheidung bringen (je nach der Entscheidungskompetenz als Entscheidungsvorlage oder eigene Entscheidung im Stadtteil mit Akteuren)
- lokale Partner zur Umsetzung finden, z.B. durch Marktplatz für gute Geschäfte
- Inhaltliche Rahmenkriterien für ein Serious Game setzen, d.h. räumliche Handlungsebene des Spiels (Stadtteil, umgebende Stadtteile, Stadtregion), Art des Mediums (Online, PC, Mobile etc), technische Voraussetzungen, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit
- geeignete Spieleentwickler und offene Künstlerpersönlichkeiten aus dem Bereich *Community Based Art* finden, z.B. durch die Ausschreibung eines Wettbewerbs oder die Vergabe von Künstlerstipendien
- einen geeigneten Ort für die Entwicklung des Spiels durch die Künstler im Stadtteil einzurichten – und zwar in unmittelbarer Nähe zu Orten von Jugendlichen, z.B. im Gemeinwesenzentrum neben dem oder direkt im Haus der Jugend
- Möglichkeiten des Kontakts zu eröffnen durch eisbrechende Kennenlern-Treffen, z.B. durch Projekttag an der Schule oder gemeinsamen Brunch
- Prozess beobachten: ob sich durch die örtliche Nähe und des Kennenlernens gemeinsame Ansätze ergeben
- ggf. Moderation oder Gegensteuern, um Annäherungsprozesse zu gestalten

Mit dem ersten und letzten Punkt wird deutlich, dass es der Freiwilligkeit der Jugendlichen und gemeinsamer Ideenfindung obliegt, wie das Zusammenarbeiten und der Inhalt eines Serious Game für Steilshoop aussehen kann.

3-3 Zweiter Meilenstein: Gemeinsame Vision entwickeln und Partner finden

Auf die künstlerischen Aktionen aufbauend, gilt es nun zusammenzufinden und die Zukunft zu denken. Der beteiligungsorientierte Methodenbaukasten bietet für die Entwicklung von gemeinsamen Visionen zur Überwindung des Stigmas und einen Neuanfang für Steilshoop eine Reihe von Möglichkeiten. Exemplarisch wird die Zukunftskonferenz herausgegriffen, um sich das näher vorzustellen:

3-3-1 Zukunftskonferenz

Diese Art der Visionsformung eignet sich, um eine Vielzahl von kreativen Ideen oder neue Lösungswege zu entwickeln und einen weiten ergebnisoffenen Handlungsrahmen zu stecken. Ihre Bandbreite reicht von der kreativen Behandlung konkreter Probleme bis zur Entwicklung langfristiger Perspektiven für die Arbeit in Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen. Sie können einen Aktivierungsprozess von der „*Gleichgültigkeit zur Anteilnahme*“ (Jungk, Müllert 1981 zit. nach Bischoff/ Selle/ Sinning 2005: 139) in Gang bringen.

Die Rolle des Stadtteilmanagements ist es, diese Zukunftskonferenz zu organisieren und zu moderieren. Zum Verständnis werden kurz die Phasen des Ablaufes einer Zukunftskonferenz vorgestellt (vgl. a.a.O.: 139):

- Phase 1 - Rückblick in die Vergangenheit: Wo kommen wir her? Welche persönliche Geschichte und Verbundenheit mit dem Thema haben wir in der Kommune?
- Phase 2 – Gegenwart – Außensicht: Welche Entwicklungen, Trends und Herausforderungen, die für das Thema von Bedeutung sind, kommen auf uns zu?

- Gegenwart – Innensicht: Worauf sind wir stolz, was bedauern wir hinsichtlich des Themas?
- Phase 3 – Entwurf der Zukunft/Vision: Welche Ziele wollen wir uns für das Thema setzen?
- Phase 4 – Gemeinsamkeiten herausarbeiten: Worin stimmen wir hinsichtlich eines Leitbildes zum Thema überein?
- Phase 5 – Maßnahmenplanung: Zukunft hier und jetzt umsetzen – Wer macht was, bis wann, mit wem und wo?

Die Teilnehmer finden sich als das ganze offene System in einem Raum mit Hilfe von bis zu 80 Personen aus verschiedenen Bevölkerungs- und Interessengruppen zusammen.



Beispiel: Zukunftskonferenz Hamburg-Wilhelmsburg

Die Zukunftskonferenz 2001 in Hamburg-Wilhelmsburg kann als Höhepunkt eines mehrstufigen Beteiligungsprozesses auf der Elbinsel gesehen werden. Die Zukunftskonferenz formierte sich in sieben thematisch abgegrenzten Arbeitsgruppen, die die jeweiligen Themen lösungsorientiert bearbeiteten (vgl. www.insel-im-fluss.de: z1).

Zusammen mit Bürgern und Vertretern von Fachbehörden entwickelt, wurde als Ergebnis das viel beachtete Weißbuch herausgebracht, welches die Grundlage für die internationale Entwurfswerkstatt „Sprung über die Elbe“ 2003 bildete (vgl. FHH 2006-3: 8). Mit diesem Werk arbeitet heute der Stadtteilbeirat als Bürgergremium wie auch planende Instanzen, etwa als Grundlage zur IBA 2013.

Ein Weißbuch für Steilshoop wäre ein handfestes Ergebnis, mit denen nicht nur Bürger, sondern auch Unternehmen, der Dritte Sektor und der Staat eine Grundlage für die Ausformung konkreter Projekte und Unternehmungen hätten. Offen bleibt die Frage, wie ein Weißbuch mit Empfehlungen und Netzwerke in die Stadt verbindlich werden können.

3-3-2 Netzwerken für lokale Partnerschaften

Ein Stadtteilmanagement trägt hierbei die Aufgabe, die Akteure an einen runden Tisch bzw. auf den *Markt der Guten Geschäfte* zu bringen. Es sorgt dafür, dass nicht nur Vertreter innerhalb des Stadtteils sich Gedanken machen. An dieser Stelle können Kontakte zur Wirtschaft, Gesellschaft und Stadtteilen außerhalb der Siedlung geknüpft werden, und zu werben sich für Steilshoop zu engagieren. Dabei geht es um mögliche gemeinsame Handlungsperspektiven und die Ausrichtung auf Schwerpunktthemen, welche dem Stadtteil eine übergeordnete Bedeutung verschaffen könnten.



Beispiel: MITEINANDER,

Netzwerk zur Quartiersentwicklung Berlin-Neukölln

Schwerpunkte der Erneuerung der High-Deck-Siedlung in Berlin-Neukölln liegen in der sozialen Stabilisierung und Verbesserung der Lebensbedingungen in der Siedlung: „Ziel ist es, durch eine Institution, welches die Funktion eines übergreifenden lokalen Netzwerks haben soll, möglichst viele Ressourcen zu bündeln und zu einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung beizutragen. Zentrales Anliegen ist dabei, die Bewohnerinnen und Bewohner selbst zu Akteuren in ihrem Stadtteil werden zu lassen, um ein besseres Miteinander der Kulturen und Generationen zu fördern.“

Zusammen mit den beteiligten Akteuren wurden seit 1999 mehr als 100 Projekte (z.B. u.a. Computertreff 40 Plus, Nachbarschaftstreff „mittendrin“, Kindertreff „Waschküche“) initiiert und zur Umsetzung gebracht. Es ist gelungen nicht nur öffentliche und soziale Akteure zur Mitarbeit, sondern auch private Akteure zur Kooperation zu motivieren: „Für alle Projekte in der High-Deck-Siedlung, die Räume benötigen ..., stellt die STADT UND LAND Wohnbauten-GmbH die Räume mietfrei zur Verfügung (nur Betriebskosten, sind teilweise sogar nur pauschal zu zahlen). Für kleinteilige Projekte werden darüber hinaus Sponsoren einzeln gesucht und auch gefunden“ (vgl. www.sozialestadt.de: z1).

3-4 Dritter Meilenstein: Aufbau einer Stadtteilstiftung

Für den mittelfristigen Aufbau eines Gemeinwesenzzentrums und für weitere Aktivierungsprojekte ist es wichtig, bereits eine eigenständige Finanzierungsform einzurichten. Der Aufbau einer Stadtteilstiftung hat dabei hohe Priorität.

3-4-1 Aufbau einer Fundraising-Stiftung

Der Aufbau der Stiftung dient dabei nicht als reine Förderquelle, sondern bietet dem Fundraising eine Strukturform, die das Renommee und die Glaubwürdigkeit des Stadtteils erhöhen kann. Als Rechtsform ist eine Stiftung leichter zu steuern als ein Verein, da sie keine Mitglieder hat und nicht einem demokratischen Willensprozess unterworfen ist. Wie Vereine auch, müssen Stiftungen sich dem Prinzip der zeitnahen Verwendung ihrer Mittel verpflichten. Inhaltliche Überlegungen stehen also am Anfang der Errichtung einer Stiftung, um das Engagement über den Stiftungszweck zu verstetigen (vgl. Haibach 2002: 334f.). Durch die Zukunftskonferenz könnte der Weg zum Stiftungszweck geebnet werden. Das Stiftungskapital sollte mindestens 50.000 Euro betragen, die durch private Akteure, Bewohnerschaft und auch öffentliche Akteure leicht zusammenzutragen sind. Der Exkurs bietet detailliertere Anhaltspunkte, die bei der Errichtung der Stiftung bedacht werden müssen. Die Rolle des Stadtteilmanagements ist es hier den Akteuren im Stadtteil beratenden und qualifizierende Hilfestellung bei der Errichtung einer Stadtteilstiftung und professionellem Fundraising zu geben.

3-4-2 Professionelles Fundraising

Spendeneinnahmen fließen in eine Stiftung allerdings nur dann, wenn professionell Fundraising betrieben wird. Die folgende Abbildung 113 zeigt die Effektivitätsleiter von Fundraising-Methoden, wie sie eingesetzt werden können.

1. Persönlich, von Angesicht zu Angesicht	4. Personalisierter Serienbrief
a. Zweierteam	5. Nichtpersonalisierter Brief
b. Eine Person	6. Nichtpersonalisierter Anruf
2. Persönlicher Brief (auf persönlichem Briefpapier)	7. Benefizveranstaltung
a. Mit Nachhaken per Telefon	8. Haustürwerbung
b. Ohne telefonisches Nachhaken	9. Medienwerbung
3. Persönlicher Anruf	
a. Mit Nachhaken per Brief	
b. Ohne briefliches Nachhaken	

Abb. 113: Effektivitätsleiter im Fundraising

Exkurs: Errichtung einer Fundraising-Stiftung

Bei der Errichtung einer Fundraising-Stiftung müssen folgende Schritte bedacht werden (vgl. a.a.O.: 335-337):

- Auswahl der Rechtsform (i.d.R. Stiftung bürgerlichen Rechts oder nicht-rechtsfähige Form)
- StifterInnen: Privatpersonen, Unternehmen, öffentliche Körperschaften, Kirchen, Vereine
- Anerkennung als gemeinnützige Stiftung zur steuerlichen Geltendmachung
- Festschreibung in die Stiftungssatzung:
 - Gemeinnütziger Zweck (nicht zu eng fassen)
 - Möglichkeit der Einwerbung von Spenden
 - weitere Gewinnung von Zustiftern (zur Erhöhung des Stiftungskapitals)
- Abwicklung des Stiftungsgeschäfts und der staatlichen Genehmigung (Schriftstück mit Name und Sitz der Stiftung, Festlegung des Stiftungsgeschäfts)

zweckes, Benennung des Stiftungsvermögens, Definition des Stifterwillens, Festlegung der Stiftungsorgane)

- *Einrichtung des Stiftungsvermögens: ab 50.000 € gilt es als ertragsbringend, mindestens so groß, dass die Stiftungszwecke dauerhaft erfüllt werden können*
- *Errichtung eines Managements: professionelle Besetzung der Organe der Stiftung zur*
 - *Verwaltung des Stiftungsvermögens (Ziel: dauerhafte Erhaltung des Vermögens)*
 - *zur Vergabe von Fördermitteln (Ziel: Erfüllung des Stiftungszwecks)*
 - *Fundraising-Aktivitäten*
 - *Allgemein üblichen Verwaltungstätigkeiten (Buchhaltung, Jahresabschluss, Behördenverkehr)*

3-5 Vierter Meilenstein: Mittelfristiger Aufbau eines Gemeinwesenzenentrums

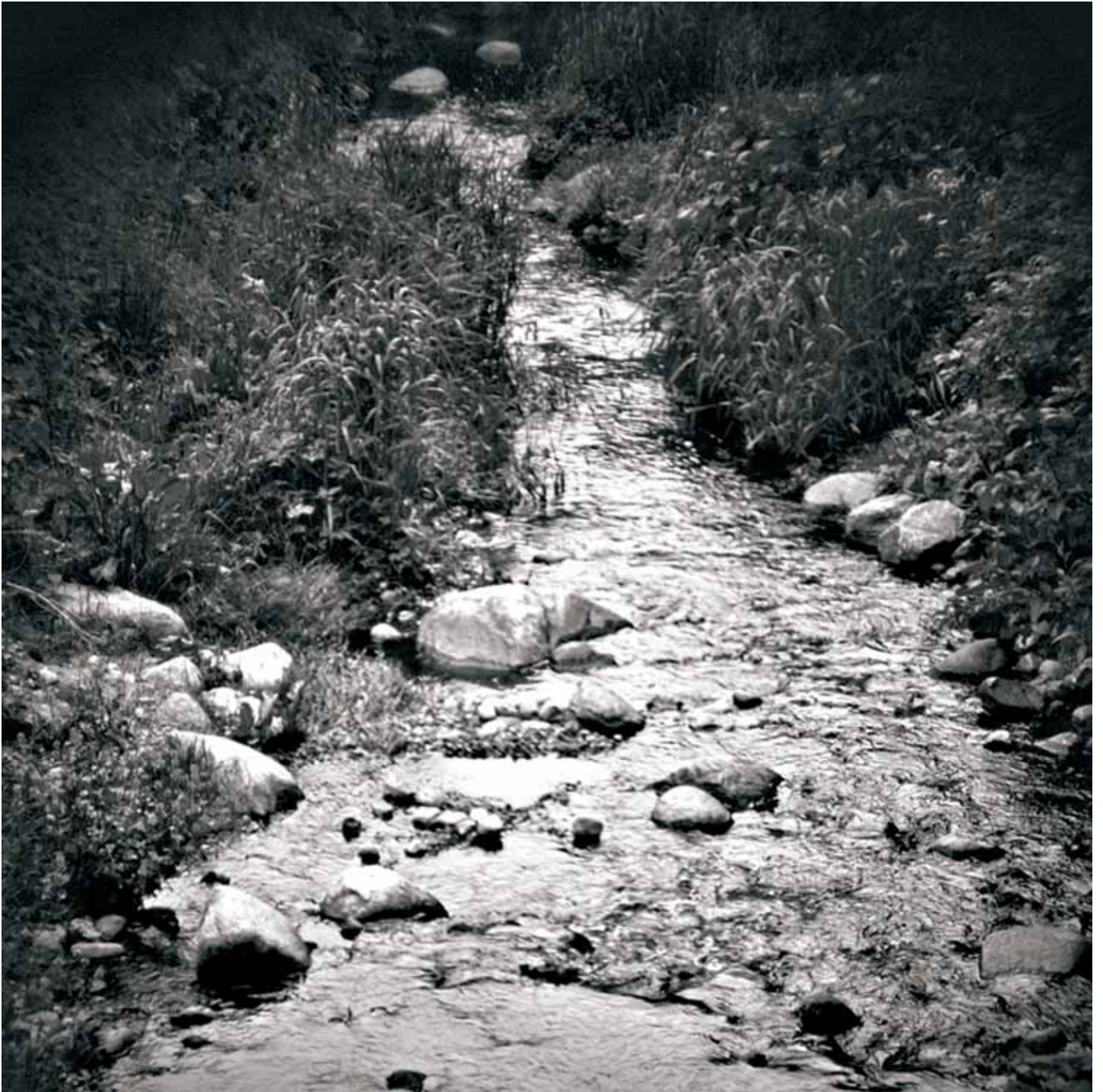
In die mittelfristig umzusetzenden Ziele gehört zuvorderst der Aufbau des Gemeinwesenzenentrums. Die Förderung der Zivilgesellschaft sollte hier nicht nur Ziel, sondern Mittel sein. Das heißt, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die langfristige Perspektive partnerschaftlich zu konkreten Projekten umsetzen. Der Aufbau setzt voraus, dass es gelingt das Bildungszentrum umzunutzen (siehe Abb. 114) oder sogar einen Neubau zusammen mit wirtschaftlichen und staatlichen Partnern zu errichten. Für die Akteure des Dritten Sektors, der Stadtteilinitiative und der Einwohnerschaft ist die Aufgabe, sich Gedanken um die inhaltliche Füllung des Gemeinwesenzenentrums zu machen. Mit einer geeigneten Förderstruktur (zu entwickeln in der Aktiven Steilteilentwicklung) sowie einer qualifizierenden Beratung und Begleitung des Stadtteilmanagements treffen Nutzungsideen auf wirtschaftliche Eigenständigkeit und schaffen eine neue vielfältig genutzte, ökonomisch selbstständige und beschäftigte Stadtteilmitte. Finanziert werden kann der Aufbau des Gemeinwesenzenentrums als Projekt der Stadtteilstiftung, in die öffentliche und private Spenden aus dem Stadtteil und Umgebung fließen.



Abb. 114: Der zivile Ungehorsam am Foto des Bildungszentrums vermittelt die Aneignung des Ortes für gemeinwesenorientierte Zwecke.

3-6 Vision: Ökonomische und soziale Tragfähigkeit Steilshoops

Im Fernziel ist es Steilshoop gelungen, eigenständig zu wirtschaften und seine Stadtteilentwicklung und -pflege mit seinen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Partnern aus Stadt und Region zu tragen. Das Stigma des Problemstadtteils hat sich umgekehrt in zukunftsweisende Aussichten. Die ersten gemeinschaftlich getragenen Projekte tragen Früchte, die durch die Partizipanten an die nächste Generation weitergereicht werden. Die Stadtteilstiftung und die gemeinwesenorientierten Unternehmungen fördern und schaffen neue stadtteil- und zukunftsorientierte Produktideen und Projekte, die auch außerhalb Steilshoops wirksam werden. Wirtschaftliche Unternehmen und die öffentliche Hand stehen partnerschaftlich diesen Unternehmungen zur Seite und ermöglichen, statt zu behindern.



IX Ausblick

1 Ausblick

1-1 Möglichkeiten und Grenzen einer zivilgesellschaftlich getragenen Stadtteilentwicklung und -pflege in Großwohnsiedlungen

Zivilgesellschaft für eine tragende Rolle in nachhaltiger Stadtteilentwicklung und -pflege aufzubauen und Stigma abzubauen bedeutet, sich auf einen langfristigen Entwicklungsprozess einzulassen. Das heißt länger als in Wahlkampfzyklen zu denken. Es bedarf vereinter Kräfte und auch temporärer Konzepte und kulturell-künstlerischer Interventionen, um die Kondition dafür aufzubringen. Besonders für Großwohnsiedlungen, deren Bevölkerung und Akteure aufgrund sozialräumlicher Benachteiligung einen stärkeren Unterstützungsrahmen durch den Staat brauchen als andere Stadtteile. Es wurde aufgezeigt, dass es nicht darum gehen kann, diese Quartiere dauerhaft staatlich zu alimentieren. Unabhängiger und selbstständiger müssen die Dauerpatienten der Stadterneuerung werden.

Hier zeigen sich die Möglichkeiten und Grenzen einer zivilgesellschaftlich getragenen Planung: Aufgabe des Staates ist es, bürgerschaftliche Prozesse zu stimulieren und zu ermöglichen. Der unterstützende Rahmen eines sozial und ökonomisch integrierenden Stadtteilmanagements ist dabei abhängig von zu dezentralisierenden Entscheidungs- und Finanzierungs Kompetenzen, die ihm von öffentlicher Seite in seiner Ausgestaltung eingeräumt werden. Erst mit mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten des Stadtteilmanagements, der zivilgesellschaftlichen Akteure und einem damit verbundenen Rückzug des Staates aus solchen Stadtteilen, kann das Unterfangen gelingen.

Das Nebeneinander von fort- und rückschrittlichen Planungsweisen beeinflusst darüber hinaus wesentlich den Erfolg von bürgerschaftlichen Entwicklungen. Klare Handlungsweisen ermöglichen, unklare Handlungsweisen in Kommunikation und Koordination begrenzen zivilgesellschaftliche getragene Planung. Am Beispiel Hamburg-Steilshoop zeigt sich, welche Herausforderung allein diese Aufgabe für Stadt und Staat darstellt.

Die Planung muss sich mehr ihres stimulierenden Charakters bewusst werden. Großwohnsiedlungen des Leitbildes *Urbanität durch Dichte* sind Beispiele planerischen Übermut und ihre Nachbesserung ein Zeichen der immer noch auf baulich-räumliche Verbesserungen fokussierten Ausrichtung der Stadterneuerung. Damit sollen die durchgeführten städtebaulichen Aufwertungen nicht in ihrem Wert gemindert werden. Sie waren und sind teilweise bitter nötig. Die Ausrichtung von sozialstrukturellen Veränderungen geht jedoch stark in den fürsorglichen und berufsintegrierenden Bereich, der absolut seine Berechtigung hat, aber selbstständige wirtschaftliche Handlungsformen (noch) zu wenig beachtet. Die planerische Kompetenz in zivilgesellschaftlich getragener Stadtteilentwicklung und -pflege liegt von daher weniger im alleinigen baulich-räumlich schöpferischen als viel mehr im lenkenden, moderierenden und stimulierenden Bereich sozialer und ökonomischer Selbststeuerungsprozesse.

1-2 Und nun?

Die Zivilgesellschaft Hamburg-Steilshoops hat bereits positive Grundlagen, mit seinem vorhandenen Sozialkapital, sich in Richtung sozial und ökonomisch selbstständiger Stadtteil zu entwickeln. Voraussetzungen, die nicht jede Großwohnsiedlung in dem Ausmaß mitbringt. Das entwickelte Konzept für ein integriertes Stadtteilmanagement ist daher nicht eins-zu-eins auf andere Großsiedlungen zu übertragen. Vielmehr muss es den örtlichen Gegebenheiten und Ressourcen angepasst werden.

Diese Arbeit zeigt für Steilshoop einen Weg der Zukunft auf, der gegangen werden kann. Die Aufnahme in das Stadtteilentwicklungsprogramm *Aktive Stadtteilentwicklung* der Hansestadt bietet die optimale Gelegenheit das vorgeschlagene integrierte Stadtteilmanagementkonzept mit seinen Implementationsvorschlägen aufzunehmen, weiter anzupassen und schließlich umzusetzen. Die empirischen Ergebnisse der Arbeit bieten punktuelle Vertiefungen in die Handlungsumgebungen der zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteure vor Ort. Sie müssen allerdings zur Stärkung ihrer Aussagekraft und Gültigkeit breiter und intensiver erforscht werden. Den agierenden zivilgesellschaftlichen Akteuren bietet diese Arbeit Hinweise und Lösungsansätze ihr Lebens- und Handlungsumfeld besser zu verstehen, um es künftig selbst in die Hand zu nehmen.

Die Arbeit stellt einen Bereich der Quartiersentwicklung vor, in dem viele Ansätze bereits bestehen. Ansätze zur Förderung sozioökonomisch nachhaltiger Planung stehen jedoch teilweise unkoordiniert nebeneinander und müssen auf einen Nenner gebracht werden. Der gemeinsame Nenner muss vor allem in der Einsicht liegen, dass Gesellschaft sich selbst steuert und auch plant bzw. planen kann. So gesehen, wird hier ein Beitrag zum Weiterforschen und Weiterentwickeln gegeben, der gezielt die Quartiere anspricht, deren Fähigkeiten zur sozial und ökonomischen Selbststeuerung ihnen immer noch mehr ab- als zugesprochen werden. Es ist nicht zuletzt in der Planung Zeit, dieses Stigma zu überwinden und mit Großwohnsiedlungen kreativer als im sozial fürsorglichen oder städtebaulich korrigierenden Bereich umzugehen.

Mir persönlich hat die Herausforderung der Diplomarbeit Spaß gemacht und viele Erkenntnisse für meine berufliche Qualifikation gegeben. Besonders die empirisch entdeckende und vertiefende Untersuchung der zivilgesellschaftlichen Akteure und ihrer Handlungsweisen weckten meine Neugier. Daraus ergab sich ein großer Ehrgeiz für mich, Steilshoop als *schwierigem* Stadtteil neue Wege der kreativen Stimulierung seiner eigenen zivilgesellschaftlichen Kräfte aufzuzeigen, die sozial und ökonomisch tragfähig sowie auch noch kulturell anregend sind.



Anhang

Abbildungsverzeichnis

Titelgrafik: eigene Darstellung

Bilder aller Teile außer Teil V, VIII und Anhang werden mit freundlicher Genehmigung von lumowerkx zur Verfügung gestellt:

http://www.flickr.com/photo_zoom.gne?id=155049272&size=o

http://www.flickr.com/photo_zoom.gne?id=155047981&size=o

http://www.flickr.com/photo_zoom.gne?id=155048274&size=o

http://www.flickr.com/photo_zoom.gne?id=155048274&size=o

http://www.flickr.com/photo_zoom.gne?id=155048109&size=o

http://www.flickr.com/photo_zoom.gne?id=308160608&size=o

http://www.flickr.com/photo_zoom.gne?id=155048790&size=o

Teil V, VIII und Anhang: eigene Darstellung

Abb. 1: Aufbau der Arbeit nach Teilen (I-XI) und in ihnen integrierten Kapiteln
eigene Darstellung S. 2

Abb. 2: Bürger.Selbst.Hilfe S.7
Opaschowski 2005: 164

Abb. 3: die drei Sphären Staat, Markt und Haushalte S. 8
eigene Darstellung

Abb. 4: Der sogenannte Dritte Sektor tangiert alle drei Sphären. S. 8
eigene Darstellung

Abb. 5 links: Hilfsbereitschaft ist verbunden mit kalkulierte Eigeninteresse S. 9
Opaschowski 2005: 162

Abb. 6 rechts: Selbsthilfe findet im direkten sozialen Umfeld statt S. 9
Opaschowski 2005: 146

Abb. 7 links: Positionierung des Dritten Sektors in der Weltökonomie S. 10
Birkhölzer 2000: z1

Abb. 8 rechts: Wirtschaftliche Aktivitäten im Dritten Sektor S. 10
a.a.O.

Abb. 9: Anspruchs- oder Stakeholdergruppen eines Unternehmens S. 12
<http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Stakeholder.png&oldid=19928868>

Abb. 10 rechts: Kluft zwischen bekundeter Bereitschaft S. 14
und tatsächlicher Hilfeleistung
Opaschowski 2005: 145

Abb. 11: Zusammenhang der Vorteile von Beteiligung (rechts) zu den Förderansprüchen S. 18
von Zivilgesellschaft (links)
eigene Darstellung

Abb.12: inhaltliche Kontexte der Beteiligung S. 19
Selle, Klaus 2000

Abb. 13: Drei Säulen S. 22
eigene Darstellung

Abb. 14: Aufeinander aufbauende Planungspraxen Selle, Klaus: Phasen oder Stufen- Fortgesetzte Anmerkungen zum Wandel des Planungsverständnisses, in: RaumPlanung 71, 1995: 240	S. 27
Abb. 14-19: fünf Dekaden Großsiedlungsbau Jessen, Johann: Großsiedlungen - West, IN: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt - Soziologische Stichworte, Leske und Budrich, Opladen, 1998: 105ff.	S. 29
Abb. 20: Großwohnprojekt des neuen Jahrtausends - die Hafencity in Hamburg http://farm1.static.flickr.com/50/138670124_3e22196795_b.jpg	S. 30
Abb. 21: Soziale Unruheherde in den Trabantenstädten vor Paris http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e7/Paris_riots_satellite.jpg	S. 31
Abb. 22: Trabantenstadt vor Paris http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22178/22178_1.jpg	S. 31
Abb. 23: Kinderarmut in Hamburg Die Zeit Ausgabe 32/2006: 9	S. 33
Abb. 24: Hamburg-Steilshoop Luftbild FHH 1989: Baubehörde, Nachbesserung der Großwohnsiedlung Steilshoop, Stadterneuerung in Hamburg	S. 37
Abb. 25: Motivation der Akteure in verschiedenen Interessensbereichen eigene Darstellung	S.39
Abb. 26: Zirkuläres Modell - lineares Modell im Forschungsprozess Flick 2002: 73	S. 40
Abb. 27 links: Lage im Bezirk Wandsbek http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Hamburg-Stadtteilkarte-Wandsbek.jpg	S. 47
Abb. 28 rechts: Lage in Bezug zur Innenstadt und umgebenden Stadtteilen eigene Darstellung basierend auf Google Maps 2007	S. 47
Abb. 29, 30: sozialräumliche Wahrnehmung Steilshoops aus anderen Stadtteilen Zurawski, Nils 2007: 35	S. 48
Abb. 31: Überplanung bestehender räumlicher Erschließungsstrukturen Hoppe, Ulrike/ Zuschlag, Hannelore: Dorfgeschichte(n)- Steilshoop: Die Feldmark wird Bauland. Dokumentation zur gleichnamigen Ausstellung des Stadtteilarchivs Bramfeld 1994	S. 49
Abb. 32 oben: Erschließung der Großwohnsiedlung eigene Darstellung basierend auf Google Maps 2007	S. 50
Abb. 33 unten: Geschossigkeit mit Nummerierung der Wohnblöcke Kirchhoff, Jutta/ Jacobs, Bernd 1985: 49	S. 50
Abb. 34 Grün- und Freiräume der Großsiedlung eigene Darstellung basierend auf Deutscher Grundkarte DGK 5000, ohne Maßstab dargestellt, Landesamt für Geoinformation und Vermessung	S. 51
Abb. 35: Die Eigentümerstruktur von 1983 Kirchhoff, Jutta/ Jacobs, Bernd: 1985: 49	S. 52
Abb. 36: Bauweise a.a.O.	S. 52

Abb. 37-55: Bilder Steilshoop eigene Darstellung	S. 53/54
Abb. 56: Ausblick auf den Bramfelder See http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Bild:Bramfelder-see-panorama.jpg&oldid=13499827	S. 54
Abb. 57-62: Bilder Steilshoop eigene Darstellung	S. 54
Abb. 63: Infrastruktureinrichtungen eigene Darstellung basierend auf Dubbert/ Alberts 2004: 28	S.56
Abb. 64-75: Sanierungsbilder - 64,66,71,72: FHH 1989: 8ff. - 65,67, 75: eigene Darstellung - 68-70,73,74: FHH 1996, Stadtentwicklungsbehörde, Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung: Stadterneuerung Hamburg. Sanierungsgebiet Bramfeld S1, Steilshoop 1996: 4ff.	S. 59
Abb. 76: Erstes BID am Sachsenort Büttner 2006-2: 9	S. 62
Abb.78: Negativpresse des Wohnmodells Alberts, Denise/ Dubbert, Eva 2004	S. 71
Abb. 79 oben: Gemeinschaftseinrichtungen je Block, Kreis bezeichnet Standort des Wohnmodells Kirchhoff/ Jacobs 1985: 55	S. 72
Abb. 80 unten: Idealvorstellung der Gemeinschaft im Wohnmodell Steilshoop Heym 1984	S. 72
Abb. 81: Ursprünglich geplanter U-Bahn-Zugang im Einkaufszentrum eigene Darstellung	S. 78
Abb. 82 oben: öffentliche „Einbeinigkeit“ ökonomischer Tragkraft Abb. 83 unten: Erweiterung zur „Zweibeinigkeit“ durch das IID eigene Darstellung	S. 83
Abb. 84-87: eigene Darstellung	S. 89-92
Abb. 88: Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen den gesellschaftlichen Sphären in Steilshoop eigene Darstellung	S. 99
Abb. 89, 90: Ressourcenvielfalt und Austauschbarkeit von öffentlichem Geld eigene Darstellung	S. 108
Abb. 91 - 96	S. 120- 125
Abb. 97, 98: Umwidmung einer leerstehenden Schule und Plan zum Aufbau von Kooperationen Roobeek 2006	S. 127
Abb. 99: Viele Fischarten bilden Schwärme. http://img.geo.de/div/image/51135/01_schwarm.jpg	S. 132
Abb. 100-105: Schwarmtechnologien - 100: http://www.schwarmintelligenz.de/pics/animation%20klein.gif - 101-105: http://www.schwarmintelligenz.de/pics/umfrage_janein01.gif	S. 133

http://www.schwarminelligenz.de/pics/umfrage_janeino2.gif
http://www.schwarminelligenz.de/pics/umfrage_vergleich.gif
http://www.schwarminelligenz.de/pics/umfrage_datum02.gif
http://www.schwarminelligenz.de/pics/umfrage_mchoice.gif

Abb. 106, 107: Schwarminstallationen Steilshoop
eigene Darstellung S. 133

Abb. 108,109: Subkulturelle Musikvideos S. 134
<http://www.soulmind-online.com/pics/sido-4.jpg>
http://singingfool.com/photos/531/022326_19.jpg

Abb. 110, 111: Screenshots des Online-Spiels der BBC S. 135
http://www.bbc.co.uk/sn/hottopics/climatechange/climate_challenge/

Abb. 112: Bildschirmoberfläche eines Serious Game Steilshoop S. 135
eigene Darstellung

Abb. 114: Effektivitätsleiter im Fundraising S.138
Haibach 2002: 233

Abb. 115: Der zivile Ungehorsam am Foto des Bildungszentrums S. 139
eigene Darstellung

Abb. 113: Ablauf der Vorbereitung zur Sanierung S. XVII
FHH 2000: 5

Abb. 114: Entwurfskonzept zur Sanierung von 1989 S. XIX
FHH 1989

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O. - am angegebenen Ort
 ABM - Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
 BBC - British Broadcas Corporation
 BSHG - Bundessozialhilfegesetz
 dies. - dieselben
 FHH - Freie und Hansestadt Hamburg
 GIV - Gruppeninterview
 i.S. - im Sinne
 IV - Interview
 SMS - Short Message Service

Quellenverzeichnis

Literatur

- Alberts, Denise/ Dubbert, Eva: FürSorge für die NachSorge in Steilshoop- Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Wohnquartiers, Bachelor-Thesis an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, 2004
- Alisch, Katrin (Hg.): Gabler-Wirtschaftslexikon- die ganze Welt der Wirtschaft: Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Recht, Steuern, Teil: A - D, Gabler, Wiesbaden, 2004
- Alisch, Monika: Stadtteilmanagement- Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Leske und Budrich, Opladen, 2001
- Alisch, Monika/ Dangschat, Jens S.: Ziele und Strukturen einer Stadtentwicklung des sozialen Ausgleichs in Hamburg, IN: Froessler, Rolf u.a., Lokale Partnerschaften - Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten, Birkhäuser Verlag, Basel, 1994
- Beck, C.H. (Hg.) : Baugesetzbuch (BauGB), 39. Auflage, Deutscher Taschenbuchverlag GmbH, München, 2006
- Bischoff, Ariane/ Selle, Klaus/ Sinning, Heidi: Informieren, Beteiligen, Kooperieren, Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden, völlig überarb. Aufl., Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund, 2005
- Bloem, Mario: Wie funktioniert ein BIDs so erfolgreich? IN: FHH/ Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.): Ratgeber Business Improvement District (BID), 2006
- Blum, Ulrich: Volkswirtschaftslehre: Studienhandbuch, 3., überarb. und erw. Aufl., Oldenbourg, 2000
- Boll, Joachim/ Dahlheimer, Achim/ Walter, Daniela (Hg.): Bürger machen Stadt, Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung – Ein Projektbuch, startklar. projekt. kommunikation, Dortmund, 2004
- Brandl, Sebastian / Hildebrandt, Eckart: Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit - Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte, Leske und Budrich, Opladen, 2002
- Büttner 2006-1: Büttner, Frithjof : Thesenpapier HID u.a. Übertragbarkeit des BID - Modells auf andere Gebietsformen, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, FHH, 2006
- Büttner 2006-2: Hamburgs Weg zum BID-Gesetz IN: FHH/ Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.): Ratgeber Business Improvement District (BID), 2006
- Chombart De Lauwe, P. IN Obermaier, Dorothee: Möglichkeiten und Restriktionen der Aneignung städtischer Räume, IRPUD, Dortmund 1980, S. 8
- Die Zeit: Wilhelmsburg - Hamburgs Viertel der sozialen Gegensätze, Ausgabe 01/1997
- Dresewski, Felix: Corporate Citizenship. Ein Leitfaden für das soziale Engagement mittelständischer Unternehmen, Berlin 2004
- Evers, Adalbert: Staat und Zivilgesellschaft im Kontext neuer Formen des Regierens und Verwaltens IN Boll, Joachim/ Dahlheimer, Achim/ Walter, Daniela (Hg.): Bürger

- machen Stadt, Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung – Ein Projektbuch, startklar.projekt. kommunikation, Dortmund, 2004
- F.A. Brockhaus GmbH: Der Brockhaus von A-Z in drei Bänden, A-GOZ, Mannheim, 2000
- FHH 1989: Baubehörde, Nachbesserung der Großwohnsiedlung Steilshoop, Stadterneuerung in Hamburg
- FHH 1999: Stadtentwicklungsbehörde Hamburg (Hg.): Stadtviertel in Bewegung, Soziale Stadtentwicklung in Hamburg, Hamburg
- FHH 2000: Stadtentwicklungsbehörde, Amt für Stadterneuerung und Bodenordnung: Sanierungsverfahren: Sanierungsgebiet Bramfeld S1/ Steilshoop, Bezirk Wandsbek; Abschluss der Sanierung
- FHH 2006-1: Bericht der örtlichen Projektgruppe Steilshoop (Lebenswerte Stadt), Bezirksamt Wandsbek, unveröffentlicht, Hamburg
- FHH 2006-3: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung (Hg.): Stadtentwicklung Wilhelmsburg - 10 Jahre Bürgerbeteiligung, Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, Hamburg
- FHH 2006-4: Behörde Stadtentwicklung und Umwelt, unveröffentlichtes Manuskript
- Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung- Eine Einführung, Rowohlts Taschenbuch Verlag, Reinbeck, 2002
- Haibach, Marita: Handbuch Fundraising, Spenden, Sponsoring, Stiftungen in der Praxis, Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 2002
- Hassemer, Volker: Die Stadt und ihre Wirtschaft, IN: Was die Stadt im Innersten Zusammenhält, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), Druckhaus Berlin-Mitte GmbH, Berlin, 2006
- Haus, Michael: Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum, IN: Aus Politik und Zeitgeschichte, Städtepolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2005
- Heinze, Rolf G.: Von Sozialkapital bis Corporate Citizenship – über die Potenziale einer Bürgergesellschaft IN: Boll, Joachim/ Dahlheimer, Achim/ Walter, Daniela (Hg.): Bürger machen Stadt, Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung – Ein Projektbuch, startklar.projekt. kommunikation, Dortmund, 2004
- Heym, Christine u.a.: Selbstbestimmtes und gemeinschaftsorientiertes Wohnen am Beispiel Wohnmodell Steilshoop in Hamburg, Schriftenreihe „Modellvorhaben, Versuchs- und Vergleichsbauvorhaben“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 01.072, 1984
- INSEC - Insecurities in European Cities, Crime-Related Fear Within the Context of New Anxieties and Community-Based Crime Prevention, Final Report, 2004
- Jessen, Johann: Großsiedlungen - West, IN: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt - Soziologische Stichworte, Leske und Budrich, Opladen, 1998
- Kersting, Norbert: Hilft Selbsthilfe? Probleme und Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements IN: Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik, Theoretische Analysen und empirische Befunde, Leske und Budrich, Opladen, 2002
- Kirchhoff, Jutta/ Jacobs, Bernd: Endbericht - Nachuntersuchung zum Demonstrativbauvorhaben Hamburg- Steilshoop, Kritische Würdigung des Siedlungsprojekts mit seinen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Aspekten, Hamburg, 1985

- Kravagna; Christian: Modelle partizipatorischer Praxis, in: Marius Babias und Achim Könneke (Hg.): Die Kunst des Öffentlichen, Amsterdam and Dresden: Verlag der Kunst, 1998
- Krüger, Thomas: Neighbourhood Improvement Districts, unveröffentlichtes Arbeitspapier, HafenCity Universität, 2006
- Läpple, Dieter/ Walter, Gerd: Lokale Ökonomie, in: StadtBauwelt 157/2003, IN: Läpple, Dieter, Prof. Dr./ Stohr, Henrik: Lokale Ökonomie-Reader zur Veranstaltung, HafenCity Universität, Hamburg, 2006
- Luks, Fred: Nachhaltigkeit, Europäische Verlagsanstalt Sabine Groenewold Verlage, Hamburg 2002
- Oswalt, Philipp: Die Stadt stimulieren, Standortentwicklung mit kapitalschwachen Akteuren und temporären Programmen In: Werk, Bauen, Wohnen, 6/2002, S. 44-49
- Opaschowski, Horst W.: Besser leben- schöner Wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft, Bundeszentrale für politische Bildung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Bonn, 2005
- Roobeek, Annemieke: Overview Presentation on Urban Renewal via Innovation and Integration in Amsterdam-West, Universiteit Nyenrode, The Netherlands and MeetingMoreMinds, unveröffentlichte Präsentation, Hamburg, 2006
- Schwarz, Claudia/ Voß, Brigitte: Gemeinwesenökonomie- Fortbildung in einem neuen Berufsfeld, IN: Alisch, Monika: Stadtteilmanagement- Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Lenske und Budrich, Druck Partner Rübelmann, Opladen, 2004
- Selle, Klaus: Planung im Wandel: Vermittlungsaufgaben und kooperative Problemlösungen IN: DISP 106, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung, Zürich, 1991
- Selle, Klaus: Phasen oder Stufen- Fortgesetzte Anmerkungen zum Wandel des Planungsverständnisses, in: RaumPlanung 71, 1995
- Selle, Klaus/ Rösener, Britta/ Rössig, Michael: Planung und Kommunikation - Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft ; Grundlagen, Methoden, Bauverlag, Wiesbaden, 1996
- Selle, Klaus: Neue Perspektiven- Praxis und Theorie verändern ihr Planungsverständnis, DISP 141, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung, Zürich, 2000
- Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006
- die tageszeitung: Lichtblick für Steilshoop, taz Nord Nr. 8181 vom 22.1.2007
- TUHH P1-Projekt: Steilshoop: Bilanz einer aufgewehrten Großwohnsiedlung, Studienprojekt, Technische Universität Hamburg-Harburg, 2002
- Vesper Michael: Bürgerschaftliches Engagement und neues Unternehmertum in der Stadterneuerung IN: Boll, Joachim/ Dahlheimer, Achim/ Walter, Daniela (Hg.): Bürger machen Stadt, Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung – Ein Projektbuch, startklar.projekt. kommunikation, Dortmund, 2004
- Zimmer, Annette: „Dritter Sektor“, Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, IN: Boll, Joachim/ Dahlheimer, Achim/ Walter, Daniela (Hg.): Bürger machen Stadt, Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadterneuerung – Ein Projektbuch, startklar.projekt. kommunikation, Dortmund, 2004

Zurawski, Nils: Videoüberwachung in Hamburg, Kultur, Kontrolle, Weltbild. Räumliche Wahrnehmung und Videoüberwachung in urbanen Räumen, Abschlussbericht, Institut für kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg, 2007, http://www1.uni-hamburg.de/kriminol/surveillance/abschlussbericht_A.pdf, Zugriff: 01.03.07 2007

Internetquellen

Birkhölzer, Karl: Formen und Reichweite lokaler Ökonomien, http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/theorie/birkhoelzer/formen_lokaler_oekonomien.htm, Zugriff: 12.03.07
 z1: Abschnitt, 2.2.2 Lokale Ökonomie, Soziale Ökonomie, Gemeinwesenökonomie, http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/birkhoelzer/formen_lokaler_oekonomien.htm#oekonomie
 z2: 1. Beschreibung und Abgrenzung des Gegenstands www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/birkhoelzer/formen_lokaler_oekonomien.htm#beschreibung
 z3: 2.2 Begriffsklärungen und Abgrenzungen: http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/birkhoelzer/formen_lokaler_oekonomien.htm#begriffe
 z4: 2.4 Idealtypische Instrumente und Verfahren http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/birkhoelzer/formen_lokaler_oekonomien.htm#ideal
 z5: 1.2 Lokalökonomische Praxis in Europa, http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/birkhoelzer/formen_lokaler_oekonomien.htm#europa

BpB 2003:
 Bundeszentrale für politische Bildung 2003, Lizenzausgabe Bonn: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl., Leske+Budrich, Opladen 2003
 z1: Stichwort Subventionen, <http://www.bpb.de/wissen/01333138981532529863643136861110,0,0,Subventionen.html>, Zugriff: 12.03.07

BpB 2004:
 Bundeszentrale für politische Bildung 2004, Lizenzausgabe Bonn: Das Lexikon der Wirtschaft. Grundlegendes Wissen von A bis Z, 2. Aufl., Mannheim, Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus 2004
 z1: Stichwort - Standort http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=UI01F7, Zugriff: 15.01.07
 z2: Stichwort Geld, http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=34TWO4, , Zugriff: 15.01.07

www.buergerstiftungen.de
 Bürgerstiftungen, Engagement von Bürgern für Bürger, Bertelsmann-Stiftung
 z1: Bertelsmann-Stiftung, Bürgerstiftungen, Engagement von Bürgern für Bürger, Infoheft, 2006, http://www.buergerstiftungen.de/cps/rde/xbcr/SID-oA00oFoA-61E1BDEB/buergerstiftungen/Infoheft_Version2006.pdf, Zugriff: 10.03. 2006

Elsen, Susanne: Lokale Ökonomie, Empowerment und die Bedeutung von Genossenschaften für die Gemeinwesenentwicklung, Überlegungen aus der Perspektive der Sozialen Arbeit, 2003, http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/elsen/lokale_oekonomie_und_genossenschaften.htm, Zugriff: 14.12.06
 z1 + z3: 1.3 Gemeinwesenökonomie als lebensdienliches Wirtschaften, http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/elsen/lokale_oekonomie_und_genossenschaften.htm#einsdrei, Zugriff: 14.12.06
 z2: 1.2 Gemeinwesenökonomie und Empowerment http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/elsen/lokale_oekonomie_und_genossenschaften.htm#einszwei, Zugriff: 14.12.06

Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/8900, <http://dip.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf>, Zugriff: 20.01.07

FHH 2002: Behörde für Bau und Verkehr, Amt für Verkehr: U 4 Hafencity – Bramfeld, Linienerlauf, 2002, www.fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemedien/2003/januar/07/u4-planung-pdf.property=source.pdf

FHH 2004: Bezirksamt Wandsbek (Hg.): Großlohe, Stadterneuerung, 2004, <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/bezirke/wandsbek/bezirksamt/stadtteilentwicklung/downloads/stadterneuerung-grosslohe-pdf.property=source.pdf>, Zugriff: 03.03.07

FHH 2005:

z1: Lebensqualität für Hamburg: Senat beschließt „Aktive Stadtteilentwicklung 2005 – 2008“, Pressemitteilungen 19.04.2005, <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemedien/2005/april/19/2005-04-19-bsu-stadtteilentwicklung.html>

FHH 2006-2:

z1: „Lebenswerte Stadt“: 90 Millionen für Bildungs- und Quartiersoffensive, Kleinere Klassen in vielen Schulen - Senat fördert Projekte in sechs Stadtteilen, Stadt und Staat, <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/nachrichten/2006/november/20-lebenswerte-stadt.html>, Zugriff: 14.12.06

Fürst, Dietrich: Urban Governance- Einblicke in die Diskussion, IN: Magazin Städte im Umbruch, Ausgabe 4/2007, <http://www.schrumpfende-stadt.de/magazin.htm>, Zugriff: 01.03.07

Hamburger Abendblatt:

z1: Wilhelmsburg - die verborgene Schöne auf dem Weg zum Szene-Viertel? <http://www.abendblatt.de/daten/2006/09/26/616749.html>, Zugriff: 24.01.07

Z2: Hamburger Wohnungen an der Börse, <http://www.abendblatt.de/daten/2006/10/20/627457.html>, Zugriff: 24.10.06

Z3: Steilshoop: Mieter sollen Wohnungen kaufen, <http://www.abendblatt.de/2006/11/10/637514.html>, Zugriff: 19.11.06

Kaluza, Martin: Die Zentrale sind alle, brandeins 9/2006, http://www.brandeins.de/home/inhalt_detail.asp?id=2096&MenuID=130&MagID=78&sid=su80171202141318899, Zugriff: 12.03.07

Löhr 2004,

z1: Löhr, Rolf Peter: Lokale Ökonomie in der Sozialen Stadt – Chancen und Ansätze, 2004, http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/loehr/lok_oekonomie_soziale_stadt.htm, Zugriff: 01.02.07

Neef, Andreas: Leben im Schwarm: Ein neues sozio-technisches Paradigma transformiert Gesellschaft und Märkte, Z_trend 03/2002, <http://www.download.z-punkt.de/z-trend3-02.pdf>, Zugriff: 01.02.07

Nullmeier, Frank: Sozialstaat IN

Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl. Opladen: Leske+Budrich 2003. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003 Online-Quelle: <http://www.bpb.de/wissen/07999977165127913070062348477902,0,0,Sozialstaat.html>, Zugriff: 01.02.07

Nullmeier, Frank: Sozialstaatskrise aus Sozialstaat

Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl. Opladen: Leske+Budrich 2003. Lizenz-

ausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003, Frank:<http://www.bpb.de/wissen/07999977165127913070062348477902,2,0,Sozialstaat.html#art2>, Zugriff: 05.02.07

Paritätischer Wohlfahrtsverband: „Zu wenig für zu viele“, Kinder und Hartz IV: Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), [http://www.infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/65e974296cf7e729c12569f9007071a6/1a9bbe1f92ccff53c1257067005cd498/\\$FILE/Teil_1_Expertise.pdf](http://www.infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/65e974296cf7e729c12569f9007071a6/1a9bbe1f92ccff53c1257067005cd498/$FILE/Teil_1_Expertise.pdf)
Zugriff: 04.02.07

Statistikamt Nord:

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Suchanfrage
z1: <http://www.statistik-nord.de/fileadmin/regional/regional.php?MERKMALE=Sozialversicherungspflichtig+Besch%20ftigte+in+%25+der+15-+bis+unter+65-j%20hrigen+Frauen&MERKMALE=Sozialversicherungspflichtig+Besch%20ftigte+in+%25+der+15-+bis+unter+65-j%20hrigen+M%20nnern&JAHRE=2005&HAMBURG=2000&STADTTTEILE=62&AUSGABE=A&STARTEN=Anfrage+starten....&BEVOELKERUNG=CHECKED&WOHNEN=CHECKED&SOZIALSTRUKTUR=CHECKED&INFRASTRUKTUR=CHECKED&KRIMINALITAET=CHECKED>, Zugriff: 25.01.07

Selle, Klaus: Wer? Was? Wie weit? Warum? - Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation, http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/elsen/lokale_oekonomie_und_genossenschaften.htm, Zugriff: 14.12.06

Statistikamt Nord: Stadtteil Steilshoop, Hamburger Stadtteil-Profile 2005, FHH, http://fhh1.hamburg.de/fhh/behoerden/behoerde_fuer_inneres/statistisches_landesamt/profile/steilshoop.htm, Zugriff: 01.11.06

Telepolis 2007:

z1: Merschmann, Helmut: Aus Ernst soll Spaß werden, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24823/1.html>, Zugriff: 16.03.2007

Vorderer 2005:

z1: Vorderer Peter: Politik: Fünf Fragen an...Ernste Spiele, Bundeszentrale für politische Bildung, http://www.bpb.de/themen/8GJ1M3,0,Ernste_Spiele.html, Zugriff: 22.01.07

Walter, Gerd:

Arbeitsgruppe 3: Förderung der Beschäftigung im Stadtteil IN Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 6, Fachgespräch „Wirtschaften im Quartier“, Dokumentation der Veranstaltung „Wirtschaften im Quartier - Zur Rolle der Wohnungsunternehmen im Rahmen der integrierten Stadtteilerneuerung“, 2.-3.07.2001 in Bochum, Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) in Kooperation mit Viterra, Essen, http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band6/2_walter.shtml

www.agdaz.de:

A.G.D.A.Z. (Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit e.V.),
z1: Wer sind wir, http://www.agdaz.de/wer_sind_wir.htm, Zugriff: 01.02.07

www.aktive-buergerschaft.de:

z1: Aktive Bürgerschaft online: Anliegen und Ziele, <http://www.aktive-buergerschaft.de/vab/arbeitsbereiche/corporatecitizenship/ziele.php>, Zugriff: 04.02.07

www.alraune-hamburg.de:

z1: alraune Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung der Teilhabechancen und Verbesserung der Lebensqualität benachteiligter Menschen mbH: Betriebe, www.alraune-hamburg.de/betriebe.html, Zugriff: 24.03.07

<http://www.arge.schule-hamburg.de>
z1: Arbeitsgemeinschaft der Elternräte der Gesamtschulen in Hamburg: Stichwort Steilshoop,
<http://www.arge.schule-hamburg.de/Archiv/STISteilshoop.html>, Zugriff: 22.03.07

<http://www.bbc.co.uk>
Science & Nature – Hot Topics, British Broadcasting Corporation
z1: Climate Challenge, http://www.bbc.co.uk/sn/hottopics/climatechange/climate_challenge/, Zugriff: 22.01.07

www.bramfeld-steilshoop.de,
Ein gemeinsames Projekt von Stadtteilinitiativen aus Bramfeld und Steilshoop, Zugriff: 23.02.07

www.gute-geschaefte.org:
z1: Gute Geschäfte, Marktplatz für Unternehmen und Gemeinnützige, Bertelsmann Stiftung: Unsere Idee von „Guten Geschäften“, <http://www.gute-geschaefte.org/home.o.html> Zugriff: 19.02.07

www.insel-im-fluss.de:
z1: Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V., Zukunftskonferenz Wilhelmsburg, Weissbuch, Bericht der Arbeitsgruppen Mai 2001 bis Januar 2002, <http://www.insel-im-fluss.de/Zukunftskonferenz/zusammenfassung.htm>, Zugriff: 03.03.07

www.koerber-stiftung.de:
z1: Körperforum 2006: Nachbericht 2006, Geschäftsstrategie: Verantwortung, <http://www.koerber-stiftung.de/frames/frames.php?param=http://www.koerber-stiftung.de/koerber-forum/nachberichte/berichte/2006-10-17.html>, Zugriff 01.02.07

www.nachhaltigkeit.info.de,
z1: Lexikon der Nachhaltigkeit, Aachener Stiftung Kathy Beys: Brundtland-Report 1987 - Unsere gemeinsame Zukunft, http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_1987_728.htm, Zugriff: 04.03.07

www.nyc.indymedia.org
z1: the New York City Independent Media Center: Virginia Rides in the RNC Critical Mass, <http://nyc.indymedia.org/newswire/display/104707/index.php>, Zugriff: 15.03.07

www.parkfiction.org
z1: Park Fiction Kollektiv: Park Fiction artistic coordination,
<http://www.parkfiction.org/2006/11/177.html>, 050307, Zugriff: 10.03.07

www.samtundseife.de:
Samt+Seife - Textilservice Steilhoop
z1: SAMT + SEIFE..., www.samtundseife.de/a1.html, Zugriff: 24.03.07
z2: Förderer - SAMT + SEIFE..., www.samtundseife.de/e1.html, Zugriff: 24.03.07

www.schwarmintelligenz.de
ChangeWorks GmbH & Co. KG, Schwarmtechnologie
z1: <http://www.schwarmintelligenz.de/index2.php?action=technologie>, Zugriff: 16.12.06
z2: Abstimmungen,
<http://www.schwarmintelligenz.de/index2.php?action=abstimmungen>, Zugriff: 16.12.06

www.sozialestadt.de:
Bundestransferstelle Soziale Stadt, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
z1: Praxisdatenbank, Berlin-Neukölln - Sonnenallee, MITEINANDER, Netzwerk zur Quartiersentwicklung

<http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank/suche/ausgabe.php?id=418&Zugriff:15.03.07>

www.stadtteilstiftung.de

z1: Stadtteilstiftung Sahlkamp-Vahrenheide, Hannover: Über Uns - Erste Stadtteilstiftung Deutschlands ist gegründet!

<http://www.stadtteilstiftung.de/HTML/ueberuns.htm>, Zugriff:

z2: Stadtteilstiftung Sahlkamp-Vahrenheide, Hannover: Aktuelles, <http://www.stadtteilstiftung.de/HTML/aktuelles.htm>, Zugriff: 22.3.07

www.wir-steilshooper.de:

z1: wir-steilshooper.de: Was macht die Stadtteilinitiative?, http://www.wir-steilshooper.de/html/index.php?option=com_content&task=view&id=25&Itemid=49, Zugriff: 01.02.07

z2: www.mein.wir-steilshooper.de

Forum 22309, Steilshoop Foren-Übersicht,

www.mein.wir-steilshooper.de/index.php?sid=e4dcf4344216896c740do8d35a95e68, Zugriff: 15.03.07

Xenos: Steilshoop: Migranten & Jugendliche, Strukturdaten, Untersuchungen und Bibliographie, www.diversity-hamburg.de/publik/Steilshoop.pdf, 2004, Zugriff: 10.10.06

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Stimmungsbilder Opaschowski 2005: 134	S.7
Tab. 2 oben: Tätigkeitsebenen des Dritten Sektors Zimmer, Annette: 2004: 30	S.11
Tab. 3: Organisationen, Mitglieder, Engagement des Dritten Sektors a.a.O.: 27	S. 11
Tab. 4 links: Verantwortungsteilung aus Sicht Opaschowski 2005: 178	S. 14
Tab. 5-16: Tabellen der empirischen Untersuchung und Konzept eigene Darstellung	S. 74-130
Tab. 17-19: Vorgezogene Maßnahmen zur Sanierung FHH 1989	XV-XVI
Tab. 20: Ablauf der Vorbereitung zur Sanierung FHH 2000: 6	S. XVI
Tab. 21: Schnittstellenmatrix der Themen der Akteure im Stadtteil eigene Darstellung	S. XVIII

Ausführliche Gründe der städtebaulichen Sanierung von 1987-2000

Soziale Situation

Ein gutes Viertel aller 16.300 1988 in Steilshoop lebenden Menschen waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Dazu gehörten viele alleinerziehende Eltern in Berufstätigkeit. Dagegen lebten nur wenige alte Menschen mit 6,7% im Stadtteil. Die Anzahl unqualifizierter Jugendlicher und Arbeitsloser lag weit über dem damaligen Hamburger Durchschnitt mit 16,4% zu 9,2% in der Gesamtstadt. Dadurch entstanden u.a. Probleme wie Ruhestörungen in den Innenhöfen, Vandalismus und Kleinkriminalität (vgl. FHH 2000: 3). Überdurchschnittlich war auch der ausländischen Mitbürger mit 18,9% zu 12% in ganz Hamburg.

Wohn- und Eigentumsverhältnisse

Hohen Leerstand gab es Mitte der 80er Jahre in Steilshoop. 1989 ist Leerstand im Entwurf zum Erneuerungskonzept zum förmlichen Sanierungsverfahren kein Thema mehr. Grund war gestiegene Wohnungsnachfrage. Die großzügigen Wohnungen waren allerdings auch 1989 noch zu teuer für eine Vielzahl von Wohngeldempfängern, die aus eigener Kraft nicht in der Lage waren, die Wohnkosten zu tragen.

Soziale Infrastruktur und Freizeiteinrichtungen

Schon in der kritischen Untersuchung von 1985 durch Kirchhoff/ Jacobs wird auf die Vielfalt der sozialen Infrastruktur hingewiesen (in dieser Arbeit in Kapitel III 1-7-2 vorgestellt). Jedoch waren die räumlichen Bedingungen für die Einrichtungen, Gruppierungen und Eigenaktivitäten der Bewohner unzureichend. An verschiedenen Stellen (u.a. im Haus der Jugend, mit dem Provisorium des sich entwickelnden Stadtteilkulturvereins in der Bücherhalle, in den Sportanlagen für vereinsunabhängige Nutzungen) herrschte Raummangel und/oder Instandsetzungsbedarf.

Das nähere und weitere Wohnumfeld

Im näheren Wohnumfeld bestanden erhebliche gestalterische und funktionelle Mängel. Dies betraf vor allem unzureichend dimensionierte, beleuchtete und gestaltete Eingangsbereiche wie Durchgänge zu den Innenhöfen. Im weiteren Wohnumfeld wies die Mittelachse für Fußgänger im Ostbereich Schneisencharakter, unbefriedigende Platzräume an den Kreuzungen sowie fehlende Orientierungszeichen zur Gliederung der Wege und des Raumes auf.

Der Zentrumsbereich

Der für die Identifikation und das Erleben der Siedlung so wichtige Bereich des Zentrums bot kein Anlass dafür. Die Gründgensstrasse teilt das Zentrum in nördlichen und südlichen Teil. Kulisse und begrenzten Horizont bildet die 8-13-geschossige Hochhausbebauung des Caesar-Klein-Ringes. Die Ladenvorbauten, Hauseingangsbereiche und umgebenden wenig gestalteten Freiflächen im Ostteil des Zentrums boten keine Aufenthaltsqualität. Im Gegensatz dazu stand der südliche Zentrumsplatz mit der Martin-Luther-King-Gemeinde, der durch Umgestaltung Ort des Verweilens und von kulturellen Veranstaltungen und dem Stadtteilstern war.

Der Gesamtschulkomplex

Das äußere Erscheinungsbild des Gesamtschulkomplexes wurde durch triste und teilweise durch Graffiti verunstaltete Betonfassaden sowie einen überdimensionierten wie monotonen Eingangsbereich geprägt.

Eckdaten der Sanierungsvorbereitung:

- 18.02.1986 Senatsbeschluss zur Einleitung vorbereitender Untersuchungen nach § 4 StBauFG
- 21.06.1986 Beauftragung der ARGE Kirchhoff / Jacobs mit den vorbereitenden Untersuchungen und der Projektsteuerung
- 03.09.1986 Beschluss des Ortsausschusses Bramfeld zur Einsetzung eines Koordinierungsausschusses (kurz: KOA) zur inhaltlichen und organisatorischen Koordinierung der Nachbesserung im Rahmen des StBauFG
- 29.10.1986 1. Sitzung des KOA Steilshoop
- 01.08.1987 Einsetzen einer Gebietsbetreuerin als Interessenvertreterin der Bewohner, Ansprechpartnerin der Bevölkerung und der anässigen Initiativen sowie als Vermittlerin zwischen KOA, Verwaltung und Interessengruppen im Stadtteil
- 07.08.1987 Eröffnung des Stadtteilbüros
- Sept. 1989 Erarbeitung des ersten Entwurfs eines Erneuerungskonzeptes für die städtebauliche Sanierung der Großsiedlung Steilshoop
- Dez. 1989 Erscheinen einer Informationsbroschüre über das vorgeschlagene Konzept zur Nachbesserung für die Bewohner
- 09.02.1990 Öffentliche Anhörung zum Erneuerungskonzept
- März 1991 Beauftragung von 'plankontor - Gesellschaft für Stadterneuerung und Planung mbH' zur Gebietsbetreuung
- 10.12.1991 Senatsbeschluss zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes 'Bramfeld S1 (Steilshoop)' gemäß § 142 BauGB nach dem so genannten vereinfachten Verfahren

Abb. 115: Ablauf der Vorbereitung zur Sanierung

Senatsbeschluss	Nr.	Maßnahme	Eigentümer (E) Betreiber (B)	Senatsbeschluss	Nr.	Maßnahme	Eigentümer (E) Betreiber (B)
05.06.87	1	Einrichtung eines Cafe-Restaurants durch Umbau von 2 Wohnungen im Schreyerring 27 zur Schließung einer Angebotslücke und als AM-Projekt zur Qualifizierung arbeitsloser Frauen	E: SAGA B: Verein f. soziale Arbeit u. Forschung	23.11.87	8	Neugestaltung der Fassade der Parkpalette (Ecke Groplusring/Gründgensstraße)	E: GAGFA
26.06.87	2	Umgestaltung des Schulhofes der Schule am Groplusring, Entsiegelung, Bepflanzung und Möblierung.	FHH	23.11.87	9	Neugestaltung der westl. Dreiecksgrünfläche Ecke Fritz-Flinte-Ring/Gründgensstraße	E: GAGFAH
04.08.87	3	Schaffung von ca. 50 neuen Kindertageseinrichtungen durch Umbau - eines Ladens am Fritz-Flinte-Ring 22 c und - des Gemeinschaftshauses am Erich-Ziegel-Ring 43 a	1.f: GAGFAH 2.f: Privatbau GmbH B: DRK	18.01.88	10	Anlage, Erneuerung und Ergänzung von Sitzplätzen an öffentlichen Gebäuden, sowie auf dem öffentlichen Spielplatz am Borchbertring	FHH
23.11.87	4	Bau eines zusätzlichen Ausgangs für die Kindertagesstätte Erich-Ziegel-Ring 28.	E: Hamb. Lehrerbau-genossenschaft	11.08.88	11	Hobbyhaus an der Gründgensstraße: Grundnotensetzungs und Verbesserung Außenanlagen.	E: FHH B: Verein für Jugendpflege Steilshoop
23.11.87	5	Aufstellung von Bänken und Papierkörben, Beleuchtungsanlagen, Anpflanzungen, Beschilderungen und sonstigen Wohnumfeldverbesserungen auf privaten Grundstücken für insgesamt 100.000,- DM. 1. realisierte Maßnahme: Beleuchtung Fehlinghöhe.	E: GAGFAH	10.10.88	12	Errichtung eines Stadtteiltreffs in der Bücherhalle als internationale Begegnungsstätte.	E: SAGA B: Verein Stadtteiltreff/AGDAZ
23.11.87	6	Neugestaltung des Platzes zwischen DIFA Geschäftshaus und Ev. Gemeindezentrum mit Freitreppe von der Gründgensstr. zur Platzebene und Glockenturm sowie Umgestaltungen im Arkaden-, Galerie- und Fassadenbereich des DIFA-Hauses	E: DIFA und Ev.luth. Martin-Luther-King-Kirche	10.10.88	13	Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertagesstätte am Groplusring	E: SAGA B: FHH
23.11.87	7	Herstellung eines Innenhofausganges für eine Spielwohnung am Fritz-Flinte-Ring 74	E: SAGA	10.10.88	14	Neugestaltung der Eingangsbereiche der Wehrring 12, 13 und 74	E: GAGFAH
				10.10.88	15	Neugestaltung des Eingangsbereiches der Kindertagesstätte am Fritz-Flinte-Ring 22 c	E: GAGFAH B: DRK
				10.10.88	16	Neugestaltung des Eingangsbereiches der Spielwohnung am Edwin-Scharff-Ring 74.	E: CONDOR-Versicherung
				10.10.88	17	Umbau sowie Neugestaltung der Außenanlagen der Spielwohnung Fehlinghöhe 4.	E: SAGA
				10.10.88	18	Umgestaltung der Außenanlagen des Gesamtschulkomplexes, insbesondere im Eingangsbereich sowie Beleuchtung des Weges zum Hausplatz: Anlage eines Wasserriessels, Entsiegelungen, intensive Begrünungen u.a. mit Großblumen und Fassadenbegrünungen.	FHH

Tab. 17, 18: Vorgezogene Maßnahmen zur Sanierung. Gelb markiert sind die sozialen Einrichtungen

Senatsbeschluss	Nr.	Maßnahme	Eigentümer (E) Betreiber (B)
10.10.88	19	Neugestaltung der Außenanlagen der Grundschule (Edwin-Scharff-Ring): Entsiegelungen, Bepflanzungen, Bepflanzungen, Anlage eines Schulgartens und eines Biotops.	FHH
10.10.88	20	Erweiterung des Hauses der Jugend im Bereich des Haupteingangs der Gesamtschule: 3 neue Gruppenräume, neu gestaltete Eingangshalle und sanitäre Einrichtungen.	FHH
08.06.89	21	Bau eines Gemeinschaftshauses im Innenhof des Wohnringes 3	E: SAGA
08.06.89	22	Spielplatzmaßnahme im Innenhof des Wohnringes 3	E: SAGA
08.06.89	23	Spielplatzmaßnahme im Innenhof des Wohnringes 2	E: SAGA
08.06.89	24	Neugestaltung der Eingangsbereiche im Wohnring 15	Schiffszimmerer, Hansa, Freie Gewerkschafter
08.06.89	25	Umbau in den Spielwohnungen der Wohnringe 1, 2 und 3	SAGA, CONDOR-Versicherung
08.06.89	26	Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertagesstätte Edwin-Scharff-Ring	Ev.-luth. Kirchengemeinde
08.06.89	27	Bau einer Jugendgemeinschaftshütte im Innenhof des Wohnringes 5	E: SAGA

Tab. 19: Vorgezogene Maßnahmen zur Sanierung. Gelb markiert sind die sozialen Einrichtungen

Erneuerungskonzept (Entwurf) — Die vorgesehenen Maßnahmen		
Maßnahmen- und Kostenübersicht Stand Oktober 1989		
		* Kurzfristig = 1–3 Jahre Mittelfristig = 3–5 Jahre Langfristig = 5–8 Jahre
Geplante Erneuerungsschwerpunkte und weitere Einzelmaßnahmen	Träger der Maßnahme	Beabsichtigte Realisierung*
1.1 Umgestaltung von Hausvorfächern, Eingangsbereichen und Durchgängen im Wohnring 16 (Zentraler Bereich)	Eigentümer: H. Ulonska + GAGFAH	kurzfristig
1.2 Fassadenbegrünungen	Eigentümer	mittelfristig
1.3 Innenhofumgestaltung der Wohnringe 1 und 7	Eigentümer	kurz- bis mittelfristig
1.4 Nutzungs- und Gestaltungsverbesserung von Parkpaletten	Eigentümer	mittel- bis langfristig
1.5 Umgestaltung in der Fußgängerachse Ost	FHH / Eigentümer	mittel- bis langfristig
1.6 Baumpflanzungen am südlichen Wohngebietsrand	Eigentümer	mittelfristig
1.7 Verbesserung der Orientierung	Eigentümer	kurzfristig
2.1 Neubau eines Kindertagesheimes	N.N.	mittelfristig
2.2 Umgestaltung der Außenanlagen und Funktionsverbesserung im Gebäude des Kindertagesheimes Fritz-Plinte-Ring 98	GAGFAH / FFH	kurz- bis mittelfristig
2.3 Grundinstandsetzung des »Parkantenhauses«	FHH	kurzfristig
2.4 Erweiterung des Werkhofes für die Renovierungskolonnen	Verein für soziale Arbeit und Forschung	kurz- bis mittelfristig
2.5 Verlagerung des Jugendclubs / Erweiterung der Erziehungsberatungsstelle	FHH	kurz- bis mittelfristig
2.6 Schaffung attraktiver Sportfreianlagen, insbesondere für Jugendliche	FHH	kurzfristig
2.7 Einrichtung von weiteren Gemeinschaftsräumen	Eigentümer	mittel- bis langfristig
3.0 Umgestaltung des zentralen Bereichs (ohne Hausvorfächern, Eingangs- und Durchgangsbereiche der Wohnringe 15 und 16)	FHH / Eigentümer	kurz- bis mittelfristig
4.0 Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit	FHH	lang- bis mittelfristig

Tab. 20: Ablauf der Vorbereitung zur Sanierung



Abb. 116: Entwurfskonzept zur Sanierung von 1989

Tab. 21: Schnittstellenmatrix der Themen der Akteure im Stadtteil

A/B	B1 Dritter Sektor - Stadteilkulturverein	B2 Dritter Sektor - Sozialer Beschäftigungsträger	B3 Dritter Sektor - Stadteilkulturinitiative	B4 Bewohnerschaft	B5 Grundeigentümer	B6 Staat - planende Verwaltung
A1 Dritter Sektor - Stadteilkulturverein	-	Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, strukturelle Rahmenbedingungen für soziale Infrastruktur verbessern, Freiraum für die Einrichtungen zur individuellen Weiterentwicklung/ kreatives Arbeiten, Generationswechsel bei Aktiven schaffen/ Älter werdende Bevölkerung, Stadtteil vorm Kippen bewahren	U-Bahn-Anschluss, Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, Aktivierung der Bewohner, Stadtteil vorm Kippen bewahren, Förderung ehrenamtlicher Arbeit	Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, (Stadtteil vorm Kippen bewahren)	Mittelachse aufbauen, Aktivierung der Bewohner, Erhalt der sozialen Einrichtungen, Gesamtschulennachfolge sichern, Stadtteil vorm Kippen bewahren, Förderung ehrenamtlicher Arbeit, Quartiersmanagement aufbauen/ Rahmenbedingungen für soziale Infrastruktur verbessern (Entlastung)	Aktivierung der Bewohner, Förderung ehrenamtlicher Arbeit, Mittelachse aufbauen, Stadtteil vorm Kippen bewahren
A2 Dritter Sektor - Sozialer Beschäftigungsträger	Themenschnittstellen siehe A1/B2	-	Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, Stadtteil vorm Kippen bewahren	Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, (Stadtteil vorm Kippen bewahren)	Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, Quartiersmanagement aufbauen/ strukturelle Rahmenbedingungen für soziale Infrastruktur verbessern, Stadtteil vorm Kippen bewahren	Stadtteil vorm Kippen bewahren

<p>A3 Dritter Sektor - Stadtteilinitiative</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A1/B3</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A2/B3</p>	<p>Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, Stadtteil vorm Kippen bewahren, Image verbessern</p>	<p>Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, Aktivierung der Bewohner, Steilshoop nach vorne bringen, Außenwahrnehmung (Image) verbessern, Förderung ehrenamtlicher Arbeit</p>	<p>Image verbessern, Stadtteil vorm Kippen bewahren, Aktivierung der Bewohner, Förderung ehrenamtlicher Arbeit</p>
<p>A4 Bewohnerschaft</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A1/B4</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A2/B4</p>	<p>-</p>	<p>Mieterauswahl verbessern, Gesamtschulennachfolge sichern, Erhalt der sozialen Einrichtungen, (Stadtteil vorm Kippen bewahren), Image verbessern</p>	<p>Stadtteil vorm Kippen bewahren, Image verbessern</p>
<p>A5 Grundigentümer</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A1/B5</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A2/B5</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A4/B5</p>	<p>-</p>	<p>Aktivierung der Bewohner, Förderung ehrenamtlicher Arbeit, Engagement der Grundeigentümer für den Stadtteil sichern/ HID auf den Weg bringen, Orientierung im Stadtteil verbessern, Image verbessern, Stadtteil vorm Kippen bewahren, Mittelachse aufwerten</p>
<p>Staat - planende Verwaltung</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A1/B6</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A2/B6</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A3/B6</p>	<p>Themenschnittstellen siehe A4/B6</p>	<p>-</p>

Leitfaden - Einzelinterviews nach Kernthesen

A - PROGRAMMFRESSER:

1. Was ist in den letzten 20 Jahren aus Ihrer Sicht in Steilshoop passiert?
 - a) Welche Maßnahme/ Programm war gut bzw. nicht so gut für Steilshoop?
 - b) Gibt es neben den sichtbaren auch unsichtbare Folgen?

B - AKTUELLE PLANUNGEN UND ZUSTÄNDIGKEITEN:

1. Was sind nach Ihrer Einschätzung die aktuellen und künftigen Aufgaben für den Stadtteil?
 - a) Wer ist in Ihren Augen dafür alles zuständig, diese Aufgaben zu lösen?
 - b) Wie kann man diese Aufgaben Ihrer Meinung nach angehen?
2. Die Stadt möchte bei der Stadtentwicklung ja vermehrt auf die zivilgesellschaftlichen Akteure im Stadtteil setzen.
 - a) Wer gehört in Ihren Augen alles zu den Akteuren im Stadtteil dazu?
 - b) Was stellen Sie sich darunter vor? (Möglichkeiten, Grenzen)
 - c) Sehen Sie die Möglichkeiten/ Rahmen dafür geschaffen?

C - MASSARBEIT STATT PROGRAMMFRESSEREI

Um Aufgaben zu lösen oder Projekte anzugehen, braucht man ja im allgemeinen Sinne Mittel, Hilfsmittel oder Ressourcen, die einem dabei helfen.

1. Was würden Sie in diesem Sinne alles als darunter Ressourcen begreifen/ verstehen?
2. Gibt es Ressourcen, die in Steilshoop besonders zahlreich und andere die besonders wenig vorhanden sind?
3. Gibt es Ihrer Meinung nach, in Steilshoop, die besonders gut zusammenwirken, harmonisieren?
4. Glauben Sie, dass es welche gibt, die sich gegenseitig behindern oder blockieren?

Bitte ergänzen Sie folgende Angaben zu Ihrer Person bzw. Funktion in oder für Steilshoop.

Ihr Name:

Name der Institution, die Sie vertreten:

Handlungsfeld der Institution:

Ihr Aufgabenbereich innerhalb der Institution:

Vielen Dank für Ihre Unterstützung,

Ellen Fiedelmeier

Datenschutzhinweis:

Die Daten des gesamten Interviews werden nur für die Erstellung der Diplomarbeit verwendet und an keinen Dritten unerlaubt weitergereicht.

Leitfaden Gruppeninterview

Kurze Vorstellungsrunde

Ablauf des Gesprächs

- Oberthema: Steilshoop und seine Stadtteilentwicklung nach dem Sanierungsverfahren, Schwerpunkt auf zivilgesellschaftliche Potenziale für die künftige Stadtteilentwicklung
- Ich werde Erkenntnisse zur Diskussion stellen, die ich schon in den 5 Einzelinterviews betrachtet habe

0. Aufwärmphase: Gemeinsamkeiten herausstellen

- Steilshoop: liebenswerter Stadtteil
 - o Grün
 - o Familienfreundlich
 - o Nähe zum Bramfelder See, Ohlsdorfer Friedhof
 - o Große Wohnungen
 - o Schön gestaltete Innenhöfe
 - o Menschen
 - o Die sozialen Einrichtungen im Stadtteil, die im Zuge der Sanierung geschaffen wurden
- Vieles wurde erst innerhalb des Sanierungsprozesses verbessert und geschaffen
 - o Die Innenhöfe
 - o Sozialen Einrichtungen, wie A.G.D.A.Z., Stadtteilcafé, *RENO*
- Jetzt ist der Sanierungsprozess, das Verfahren ausgelaufen und nun?
 - o die geschaffenen Sanierungsmaßnahmen, bes. die sozialen Einrichtungen sind in ihrer Erhaltung nicht gesichert (*da gab es viele Übereinstimmungen in den Interviews*)
 - o der Stadtteil muss gepflegt werden wie eine Pflanze
 - o Geld wird aber aus dem Stadtteil gezogen

1. Hilfe zur Selbsthilfe/ Sanierungsverfahren

- 1999, Broschüre „Stadtviertel in Bewegung“ heraus, Einblicke in Praxis, Erfolge der sozialen Stadtteilentwicklung
 - o Steilshoop: *RENO*-Werkhof, Stadtteilcafé, Schulmensa = erfolgreiche Maßnahmen der Sanierung
- Zentrale Zielsetzung innerhalb des damaligen Regierungsprogramms war u.a.: Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, das eigenverantwortliche Handeln auf lokaler Ebene zu fördern und die vorhandenen Kräfte zu wecken, in dem es Hilfe zur Selbsthilfe organisiert

Wie passen diese Ziele und die Ergebnisse aus dem Sanierungsverfahren zusammen?

2. Hilfe zur Selbsthilfe/ *HID*

- mit dem Programm „*Lebenswerte Stadt*“ wurde dieses Ziel erneuert
- laut Ole von Beust,
 - o jeder soll eine Chance erhalten
 - o Sozialstaat heißt nicht, die Menschen dauerhaft zu alimentieren
 - o Sondern ihnen stattdessen Hilfe zur Selbsthilfe aufzeigen
- Das *HID* soll in der Quartiersoffensive in Steilshoop zu diesem Zweck ausprobiert werden
 - o Grundeigentümer schließen sich zusammen, bezahlen eine

- Abgabe, die sie für gemeinsame Projekte in einem festgelegten Gebiet nutzen können
- Innovativ: Nichtbereite können durch die Mehrheit von Teilnehmern gezwungen werden, mitzumachen
- Als innovativ nehmen es allerdings laut Aussagen in den Interviews nur die Beteiligten (Stadt, Grundeigentümer) wahr:
 - Es ist im Prinzip eine gute Idee, die alleine aber nicht reicht (viele Übereinstimmungen, auch Beteiligte!)
 - Das *HID* geht an den Bedürfnissen des Stadtteils vorbei (Gesamtschule, Sicherung der Einrichtungen)
 - Es steht nicht im Einklang mit den bestehenden Projekten und den Sanierungserfolgen
 - die Beteiligung an dem Projekt ist nicht vergleichbar mit der während des Sanierungsverfahrens

**Welchen Beitrag leistet das HID als Hilfe zur Selbsthilfe?
Warum werden die aktuellen Bedürfnisse so wenig unterstützt?**

3. Wen kümmert Steilshoop denn nun?

- **Signale, dass jetzt ein anderer Wind weht:**
 - Staat zieht sich etwas zurück
 - Grundeigentümer
 - Aktive Bevölkerung
 - Viele Einrichtungen
 - Sind gefragt
- „alle sitzen in einem Boot“ (viele Übereinstimmungen)

**Sehen sich alle im selben Boot sitzen?
Was ist mit den jungen Menschen im Stadtteil?**

4. Gleich und gleich gesellt sich gern...

- Im Sanierungsprozess gab es Kooperation mit allen Akteuren, heute eher im selben oder „nahen“ Sektor (Bewohner, Initiative, soziale Akteure – Grundeigentümer, Unternehmen), sektorübergreifend nur, wenn man gemeinsame Themen oder Ressourcen hat
- Themen sind je nach „Allianz“ ähnlich:
 - Stadt, Grundeigentümer: Mittelachse, *HID*, *GAGFAH*,
 - Initiative, soziale Akteure: Erhalt der sozialen Einrichtungen
 - Ähnlich: Image bzw. Außenwahrnehmung

**Wieso sind die Themen so unterschiedlich?
Sind Kooperationen weitestgehend durch gleiche Ausgangsbedingungen (Ressourcenverfügbarkeit) oder durch gleiche Themen geprägt?**

5. Lokale Ressourcen/ Erst die Arbeit, dann der Stadtteil/ Themen

- Alle, die Sie hier sitzen, sind ja Akteure, die unabhängig von den Ausgangsbedingungen versuchen, Dinge im Stadtteil zu bewegen
- Wie tragfähig müssen die eigenen Tätigkeiten/Handlungsbereiche gesichert sein, bevor stadtteilbezogene Themen gesetzt werden?**

6. Lokale Ressourcen/ Austauschfähigkeit von Ressourcen

- Eine wichtige Strategie zur tragfähigen Entwicklung eines Stadtteils wie Steilshoop ist seine im innewohnenden Potenziale oder Ressourcen, wie ich sie nenne, zu mobilisieren
- Folgende vorhandenen Ressourcen kamen in den Interviews direkt oder indirekt zur Sprache:
 - öffentliche Gelder, Subventionen war und ist die wichtigste vorhandene Ressource in Steilshoop aktive Bevölkerung
 - Netz und Kooperation der sozialen Einrichtungen
 - Traditionelle Kooperation zwischen den Grundeigentümern
- Fehlend oder nicht ausreichend vorhanden sind:

- Steilshoop ist kein „reicher“ Stadtteil: Geld
- Organisationsfähigkeiten der Bevölkerung
- Räume zur Nutzung für Stadtteilzwecke

Inwieweit kann weniger werdendes öffentliches Geld ersetzt werden?

Gibt es Bereiche, Tätigkeiten, wo es vollständig ersetzt werden kann?

Wo kann es nicht ersetzt werden und behindert bzw. verhindert das Initiieren und Durchführen von Projekten?

Herr F.: Sie arbeiten meist ohne Geld, um was für den Stadtteil zu erreichen: Was ist das Geheimnis?

7. Problemstadtteil als Ressource?

- Steilshoop scheint durch seinen Status als „besonders benachteiligter“ Stadtteil ein Anrecht auf starke öffentliche Förderung zu haben
 - Außenwirkung ist anders als Innenwirkung (viele Übereinstimmungen)
 - Politisches Moment bei der Vergabe von Geldern

Inwieweit wird der „Problemstadtteil“ mit schlechtem Ruf selbst zur Ressource, um öffentliche Gelder zu werben?

Ausblick

Welche Rahmenbedingungen sollte der Staat schaffen, wenn in Zukunft mehr zivilgesellschaftliche Akteure, wie Sie heute, die Stadtteilentwicklung Steilshoop mit gestalten wollen/sollen?

